This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

13020 A

NLC 14008

I. № 26027

ad 1892

Franz Smolka.

Sein Leben und politisches Wirken.

Nach dem Polnischen

des

Carl Widmann.

I. Theil:

Bis zur Auflösung des constituirenden Reichstags, 1849.

Wien.
Bei Carl Konegen.
1887.

DK436.5
S6W5
v.1

Vorbemerkung.

Das Folgende ist nicht eine Uebersetzung, sondern eine sehr freie Bearbeitung des polnischen Originals. Es empfahl sich, das — fast 1000 Seiten starke — Werk des Herrn Widmann für die deutsche Ausgabe beträchtlich zu kürzen. Demgemäß wurde Alles gestrichen oder zusammengezogen, was mit dem eigentlichen Gegenstande dieses Buches, nur in sehr losem Zusammenhange zu stehen oder für den deutschen Leser von allzugeringem Interesse zu sein schien, ferner alle Einzelheiten aus der Geschichte des Jahres 1848, die aus anderen Werken bekannt sind. Ueberdies aber wurde Aufbau und Anordnung des Stoffes wesentlich umgestaltet und die Darstellung überhaupt weit gedrängter gehalten. Trotzdem darf versichert werden, daß nichts Wichtiges weggeblieben ist, und daß der Bearbeiter, wenn er auch manches Eigene hinzufügte, es doch vermieden hat, die Thatsachen in anderem Lichte zu zeigen, als in dem der Verfasser sie gesehen. In diesem Sinne also trägt, was immer an der Form geändert wurde, für alles Wesentliche des Inhalts Herr Widmann allein Verdienst und Verantwortlichkeit.

Siegfried Lipiner.

Vorrede.

Im Jahre 1868 veröffentlichte ich unter anderen biographischen Skizzen eine kurze Darstellung des Lebens Franz Smolka's, die damals mit ganz besonderem Interesse aufgenommen wurde.

Jene Skizze war längst vergriffen, als der Lauf der Ereignisse Smolka aufs Neue an die Spitze der österreichischen Volksvertretung berief und der Wunsch nach einer ausführlichen Darstellung seines Lebensganges lebhafter als je rege wurde. Namentlich drangen viele seiner Collegen im Reichsrathe — Männer aller Parteien und aller Nationalitäten — häufig in ihn, Denkwürdigkeiten aus seinem ereignißreichen Leben abzufassen. Er konnte sich dazu nicht entschließen. Seiner anspruchslosen Natur widerstrebte es, möglicherweise den Schein zu erwecken, als ob er die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenken wollte.

Unter diesen Umständen unternahm ich es, den Gegenstand noch einmal und in voller Ausführlichkeit zu behandeln. Es geschah dies in der Erinnerung an die große Bereitwilligkeit, mit der mir Smolka bei der Abfassung der ersten Arbeit ein sehr reichhaltiges schriftliches Material zur Verfügung gestellt hatte, und in der Ueberzeugung, daß er sich geneigt finden werde, das früher an die Hand Gegebene nunmehr auf jede Weise zu ergänzen. Die Hoffnung auf seine Güte und sein Vertrauen trog mich nicht. Der Held dieses Buches kann in gewissem Sinne als Mitarbeiter an demselben, namentlich an dessen umfangreichstem und bedeutungsvollstem Abschnitte, angesehen werden.

Der vorliegende erste Theil meiner Arbeit behandelt das Leben Smolka's bis 1849. Der Zeitraum nach der Auflösung des Kremsierer Reichstages wird Gegenstand der folgenden Theile sein, deren Veröffentlichung vorläufig aufgeschoben bleibt.

Innerhalb des hier dargestellten Zeitabschnittes sind zwei bedeutende Perioden zu unterscheiden: eine längere, für Smolka's Leben höchst wichtige, aber von geringerer Mannigfaltigkeit der äußeren Ereignisse — die Periode der Verschwörungen von 1831 bis 1841; und eine kürzere, aber an Inhalt überreiche: das Jahr 1848—49. Für die erstere durfte ich eine handschriftliche Arbeit von höchstem Werthe benützen, eine Art Chronik der Verschwörungen von der Niederwerfung des 1831er Aufstandes bis zum Monstre-Processe von 1841, verfaßt von H. Bogdański, der selbst an dem Kampfe von 1831 Theil genommen und die darauffolgende 10jährige Verschwörungsepoche als hervorragendes und leitendes Mitglied der bedeutendsten Verbindungen miterlebt hatte. Theils auf eigener Anschauung und Erfahrung, theils auf Mittheilungen und Bekenntnissen wohleingeweihter Genossen beruhend, dabei höchst sorgfältig und eingehend gearbeitet, übertrifft diese Chronik die vorhandenen gedruckten Nachrichten über diesen Zeitraum weitaus an Werth. Ich habe es aber nicht unterlassen, auch die mündliche Tradition vieler noch lebender Theilhaber zu Rathe zu ziehen, unter Anderem auch Smolka's eigene Mittheilungen zu benützen. Das Werk: „Die polnischen Revolutionen" von Leopold Sacher-Masoch (anonym erschienen) kann nicht als eigentliche Quelle, und als Hilfsmittel nur vorsichtig, benützt werden. Moriz von Sala's nach amtlichen Quellen bearbeitete „Geschichte des polnischen Aufstandes vom Jahre 1846" darf trotz der ausgesprochenen Tendenz, möglichst schön zu färben, immerhin höheren Werth beanspruchen. Mir konnten beide Werke nur wenig mehr als die Bestätigung dessen bieten, was ich bei Bogdański gefunden.

Für die Bewegung im Jahre 1848 bildet die Flut von Druckschriften, die in jenen Zeiten einer beinahe unbeschränkten Preßfreiheit entstanden, im Ganzen nur eine sehr trübe Quelle. Das Werthvollste aus der Flugschriften- und Memoirenlitteratur, den Journalen, amtlichen Protokollen und stenographischen Berichten habe ich so viel als möglich zu verwerthen gesucht, wenn auch alle diese Hilfsmittel speciell im Sinne des eigentlichen Objectes dieser Arbeit für mich an Werth weit hinter der classi-

schen Quelle zurückstehen mußten, aus der mir zu schöpfen vergönnt war.

Smolka hatte nämlich die Güte, mir, neben einer Anzahl werthvoller, bisher ungedruckter Documente, einige hundert Briefe zur Verfügung zu stellen, die er in den Jahren 1848 und 1849 an seine in Lemberg verweilende Gattin geschrieben. In begreiflicher Unruhe um sein Schicksal in jenen Zeiten des Sturmes und Dranges hatte sie ihn gebeten, ihr — und wäre es auch nur in wenigen Zeilen — täglich Nachricht zu geben.

Nicht ohne inneres Widerstreben lieferte mir Smolka diese Briefe aus, die, frisch unter dem Eindrucke der Ereignisse geschrieben, wie ein lebendiges Echo jener Tage klingen. Den Inhalt dieses brieflichen Materials ergänzte Smolka durch mündliche Mittheilungen, die sich namentlich auf jene Zeit bezogen, in der die Absichten der militärischen Reaction bereits deutlich hervortraten, und die Furcht, daß die Briefe aufgefangen werden könnten, dem Schreiber große Vorsicht gebot. Ueberdies hatte Smolka die Freundlichkeit, die Handschrift mit eigenhändigen Verbesserungen und Bemerkungen zu versehen, ohne indeß an jenen Stellen, an denen er mit der von mir vorgetragenen Ueberzeugung nicht übereinstimmte, Aenderungen vorzunehmen.

In diesem Sinne mag die gegenwärtige Arbeit wohl einen Ersatz für die gewünschten Denkwürdigkeiten bieten. Eine Geschichte jener Zeit zu liefern, war nicht ihr Zweck; es galt vornehmlich, das Bild eines Charakters zu zeichnen, der in seiner leidenschaftslosen Ruhe, Bescheidenheit und Selbstlosigkeit mitten in einer Periode gewaltsamster Stürme als ein Typus innerer Reinheit und Festigkeit hoch über die Menge emporragte, und dessen Lebenslauf zugleich einen Theil der Geschichte der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart bildet.

1. Capitel.

Abstammung. Jugendjahre. Der Aufstand von 1830. Amts- und Vormundschaftspflichten. Eintritt in die geheime Verbindung.

Polnischen Namens und polnischer Abstammung, war Smolka vom Gefühle seiner Nationalität erfüllt, ohne daß seine häusliche Umgebung und seine Erziehung wesentlich geeignet gewesen wären, dieses Gefühl in ihm zu erwecken. Sein Vater, Vincenz Smolka, im östlichen Schlesien geboren, hatte im österreichischen Heere gedient, bis er, im französischen Kriege mehrmals schwer verwundet, im Jahre 1809 seinen Abschied nehmen mußte und in den Civildienst bei der österreichischen Salinenverwaltung übertrat. Seine Mutter, Anna, stammte aus der ungarischen, ehemals reich begüterten Familie der Németh y's, die vor langen Zeiten ihre Betheiligung an einem Aufstande gegen die österreichische Regierung mit der Confiscation aller Güter hatte büßen müssen. Sieben Häupter des Hauses wurden damals nach der Niederwerfung der Rebellion hingerichtet, ein minderjähriges Mitglied der Familie zwar begnadigt, aber zugleich der Spruch gefällt, daß in Zukunft jeder männliche Nachkomme des Begnadigten eine rothe Schnur um den Hals zu tragen habe, zum Zeichen, daß er von einem Ahnen stamme, der den Streich des Henkerschwertes verdient hatte. Smolka's Urgroßvater trug noch dieses Abzeichen, und erst nachdem er im Türkenkriege mit Auszeichnung gekämpft, wurde er zur Zeit Maria Theresia's dieser Strafe für die Sünden der Väter enthoben. Diese Abstammung mütterlicherseits und die Erinnerungen an die alte Empörerfamilie mögen in Smolka's jungen Jahren nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung seines Wesens geblieben sein.

Franz Smolka wurde am 5. November 1810 in Kalusz geboren, wo sein Vater damals als Salinencontrolor angestellt

war. Erzogen wurde er anfangs bei seinem Großvater Franz Némethy, seit dem Tode seines Vaters aber (1823) bei seiner verwitweten Mutter in Lemberg. Hier genoß er auch den regelmäßigen Schulunterricht bis zur Vollendung der juridischen Universitätsstudien im Jahre 1831.

Im letzten Abschnitte seiner Studentenzeit, als eben die Frage nach der Berufswahl näher an ihn herantrat, brach (November 1830) die Revolution in Warschau aus. Das ganze Land lebte in der Erregung des großen Kampfes und in der Begeisterung für die nationale Sache. Massenhaft eilte die Jugend unter die Fahnen; auch Smolka dachte vorläufig nicht mehr an seine Zukunft, sondern hielt es für seine Pflicht, an dem Kampfe theilzunehmen. Aber es kam nicht so weit. Als er ausziehen sollte, war eben das Corps des Generals Dwernicki nach Galizien gedrängt worden, der Aufstand war damit so gut wie niedergeworfen.

Einige Monate nachher trat er in den Staatsdienst als Conceptspraktikant bei der Kammerprocuratur, oder wie man damals allgemein sagte, beim Fiscus ein; in welcher Stellung er binnen kurzer Zeit von seinen Vorgesetzten als einer der fähigsten und gewissenhaftesten Beamten erkannt und anerkannt wurde.

Im 22. Lebensjahre für majorenn erklärt, sollte er gleich nach diesem Act Anlaß finden, eine Probe seiner männlichen Reife abzulegen. Sein Oheim Caspar Némethy war gestorben und hatte dreizehn mittellose Kinder hinterlassen, von denen das älteste 14 Jahre alt war, das jüngste einige Monate nach des Vaters Tode geboren wurde.

Der junge, selbst mittellose Smolka wurde den hilflosen Waisen als Vormund bestellt. Mit Ernst und Energie griff er seine Aufgabe an, sorgte angelegentlich für die Erziehung der Kinder und erlebte im Laufe der Zeit die Freude und Genugthuung, sie alle wohlversorgt zu haben. Manche von ihnen nehmen noch heute hervorragende Stellungen ein.

Aber nicht lange sollte er im Bannkreise privater Interessen bleiben. Weder sein Charakter noch seine Verhältnisse waren darnach angethan, ihn die nationale Idee vergessen zu lassen, die ihn vor Kurzem auf das Schlachtfeld der Aufständischen gelockt hatte.

Seit der Niederwerfung des Aufstandes vom Jahre 1831 war die Thätigkeit der polnischen Patrioten von der blutigen

Walstatt auf das Gebiet der geheimen Conspiration verlegt worden. Als Zweig der gleichnamigen großen Vereinigung hatte sich ein Bund polnischer „Carbonari" gebildet, dem eine andere Gesellschaft, die „Volksfreunde", als Hilfsorgan untergeordnet war. Die Mitglieder der letzteren wußten nicht einmal davon, dass eine Carbonariloge in Lemberg existire, viel weniger, daß sie thatsächlich ihrer geheimen Leitung folgten; nur ihre beiden Führer Wiśniowski und Dawid waren in den Sachverhalt eingeweiht und verständigten sich heimlich mit der Loge. So kam es denn auch, daß, als der Lemberger Carbonaribund in Folge der Verhaftung oder Exilirung fast aller Mitglieder zerfallen war, die Gesellschaft der „Volksfreunde" bestehen blieb, und das Ende der Loge für die Führer nur zum Anlasse wurde, eine Reorganisation des noch fortexistirenden Bundes zu unternehmen. Es galt, ihm eine andere Richtung zu geben; nicht mehr auf einen verfrühten bewaffneten Aufstand hinzuarbeiten, sondern im Stillen die revolutionären Ideen zu nähren und namentlich nationalen Sinn und nationale Bildung zu pflegen, um auf diesem Wege die geistige und sociale Wiedergeburt des Volkes anzubahnen. Als eine der wichtigsten Aufgaben betrachtete man es, auf die Szlachta in der Richtung einzuwirken, dass die Aufhebung der Unterthanslasten aus dem freien Willen der Grundherren erfolge, damit ihr nicht etwa einst die Regierung darin zuvorkomme, zum großen Schaden sowohl der leitenden Volksclasse, als der nationalen Sache überhaupt.

Hand in Hand damit ging die Umbildung der früheren militärischen Organisation einer Verschwörung, die blinden Gehorsam gegen den Willen der Leiter forderte, in eine repräsentative und autonomistische Verfassung, wie sie einem Bunde zukommt, der auf die mannigfaltigsten Volkselemente schrittweise eine dauernde innere Wirkung ausüben soll. Demgemäß veränderte sich auch die Zusammensetzung der Gesellschaft. Ihren Kern bildeten nunmehr nicht bloß Freiwillige, die jeden Augenblick zu den Waffen zu greifen bereit waren, sie umschloß jetzt Menschen aller Berufsclassen, private und öffentliche Beamte, Lehrer, Priester, und zwar polnische und ruthenische ohne Unterschied, und überdies allerdings auch Viele (namentlich aus den Kreisen der jüngen Szlachta und ehemaligen polnischen Militärs), die die nationale Sache auf offenem Schlachtfelde zu verfechten geeignet und gewillt waren. Die Männer, von denen die Reform

ausging, waren Freunde Smolka's. Wenn er selbst auch nicht eigentlich zum Bunde gehörte, so besaß er doch das Vertrauen der Leiter desselben und hatte unzweifelhaft auf die vorgenommene Umgestaltung Einfluß geübt.

Es lag in der Natur der Sache, daß er früher oder später in die Reihe der Mitglieder eintreten mußte. So lange dieser Punkt mehr akademisch behandelt wurde, bildete der Staatsdienst für Smolka kein Hinderniß in der Unterhaltung seiner Beziehungen zu den Conspiratoren; schließlich aber befand er sich doch auf dem Scheidewege. Der abgelegte Amtseid war für einen Mann, der einer reservatio mentalis oder sonst irgend eines das Gewissen beschwichtigenden Sophismas nicht fähig war, mit dem von den Mitgliedern des geheimen Bundes geforderten Schwure schlechterdings nicht zu vereinen. Smolka entschloß sich, wie er sich entschließen mußte. Er reichte bei der Procuratur seine Entlassung ein. Das Erstaunen in Beamtenkreisen war groß. Der Kammerprocurator Karl Krauß, der spätere Justizminister und Präsident des obersten Gerichtshofes, hielt es für seine Pflicht, dem jungen, begabten Beamten gleichsam väterliche Vorstellungen zu machen; er wies auf die glänzende Carrière hin, die ihm eröffnet sei, auf die mächtige Protection, die er ihm angedeihen lassen wollte. Dreimal reichte Smolka sein Demissionsgesuch ein, dreimal wies Krauß es zurück, bis der junge Mann eines Tages sein Ernennungsdecret auf Krauß' Tisch niederlegte, mit der Erklärung, von diesem Momente an nicht mehr Beamter zu sein und sein Bureau nicht mehr betreten zu wollen. An demselben Tage, 24. März 1834, legte Smolka seinen Eid als Mitglied des Bundes der „Volksfreunde" ab.

---

2. Capitel.

Die Verschwörungsperiode.

Die Gesellschaft, in die Smolka eintrat, hatte durchaus nicht den Charakter einer fest und endgiltig organisirten. Es war eine Periode der Gährung. In mancherlei Gestaltung und Umgestaltung suchte sie dem neuen Geiste, der sie durchwehen sollte, Form zu geben. Zunächst stellte sich die Nothwendigkeit heraus, die allzu gewaltsamen Elemente, die nur ein Hinarbeiten auf offene Revolution verstanden, auf geeignete Art zu entfernen.

Man löste zu diesem Zwecke die Gesellschaft scheinbar auf, verständigte aber diejenigen, die man behalten wollte, daß sie thatsächlich weiter bestehen werde. Andererseits erschien es doch erwünscht, den Zusammenhang mit den „europäischen", vielmehr italienischen, Carbonari nicht ganz aufzugeben. Unter dem Einfluß Napoleon Nowicki's, der auf die weite Verbreitung, die Macht und den Einfluß des großen revolutionären Bundes hinwies (dem damals auch Prinz Napoleon, der spätere Franzosenkaiser, angehörte), kam eine polnische Carbonariverbindung neuerdings zustande; sie wurde aber auf Andringen Smolka's so organisirt, daß sie durchaus einen national-polnischen Charakter trug und von dem „europäischen" Bunde so gut wie unabhängig war. Die Gesellschaft der „Volksfreunde" blieb als eine Art Noviciat bestehen, aus dem besonders erprobte und verläßliche Mitglieder unter die Carbonari aufgenommen wurden, während eine dritte Vereinigung, die sogenannte „Gesellschaft der gegenseitigen Hilfe"; der zweiten und mittelbar der ersten immer neue Elemente zuführte. Dem letztgenannten Verein fiel eine doppelte Aufgabe zu: zunächst eine materielle — sie hatte den um der guten Sache willen Verfolgten und Geschädigten in jeder Weise Hilfe zu leisten, den Gefangenen ihre Haft zu erleichtern oder zur Flucht zu verhelfen; sodann aber eine noch wichtigere moralische, die vornehmlich in der Verbreitung von Schriften bestand, wie sie dem Zwecke des Bundes entsprachen: eine gefährliche und ganz besonders bedeutungsvolle Thätigkeit, wenn man bedenkt, daß es sich hier nicht nur um politische, historische, strategische Schriften aller Literaturen handelte, sondern um alle in der Emigration erscheinenden Erzeugnisse des polnischen Schriftthums, die in Oesterreich ohne Rücksicht auf den Inhalt verboten waren und zu denen gerade die glänzendsten Producte polnischen Geistes, die Werke Mickiewicz's, Krasiński's, Lelewel's u. A. gehörten.

Die Verfassung des leitenden Bundes der polnischen Carbonari war etwas specifisch Polnisches: sie hatte einen freien demokratischen, jeder Dictatur feindseligen Charakter. Das an der Spitze stehende Dikasterium war aus Delegirten der einzelnen Sectionen zusammengesetzt, die demnach die ausgedehnteste Controle über die Thätigkeit ihrer Häupter übten. Das Dikasterium wählte auch seinen Vorsitzenden nicht für immer, sondern für jede einzelne Sitzung. Mit dem auswärtigen Bunde verständigte es sich durch einen Delegirten aus seiner Mitte.

Anfangs des Jahres 1835 finden wir Smolka bereits als Mitglied des Dikasteriums neben Kasimir Grocholski, Heinrich Bogdański und Anderen; er wurde auch für jede Sitzung zum Präsidenten gewählt. Bald darauf begegnen wir ihm als Repräsentanten der polnischen Carbonari in ihren Beziehungen zur „europäischen" Vereinigung, in welcher Eigenschaft er, gemäß den Satzungen, nur durch einen Delegirten des Dikasteriums von den Beschlüssen desselben verständigt werden, aber nicht mehr als berathendes Mitglied an den Sitzungen theilnehmen sollte. Dennoch wurde er in beiden Functionen zugleich belassen. Es war der erste Schritt zur vollständigen Umgestaltung des Bundes, deren Nothwendigkeit sich immer mehr fühlbar machte.

Man überzeugte sich, daß das repräsentative System auf die Dauer gefährlich werden könnte. Die Seele der Conspiration ist das Geheimniß, und das konnte bei dieser Verfassung schwerlich gewahrt bleiben. Entscheidend aber für die Inangriffnahme der Reform wurde eine Umbildung, die sich in einem Theile des Bundes ungefähr um dieselbe Zeit (1834) vollzogen hatte.

Die Krakauer Section, an deren Spitze der Dichter Severin Goszczyński stand, empfand das Bedürfniß einer Verbindung, die nicht bloß Galizien, sondern alle polnischen Länder umfassen sollte. Krakau, die damals „freie" und streng „neutrale" Stadt, stand zwar unter dem Schutze der Theilungsmächte, das heißt unter der Obhut ihrer Polizei, genoß aber immerhin eines größeren Maßes von Freiheiten, als alle anderen polnischen Gebiete. Von hier aus konnte also leichter über die Grenzen Galiziens hinaus gewirkt werden. So bildete sich denn in der alten Königsstadt die sogenannte „Vereinigung des polnischen Volkes", in der die Krakauer „Volksfreunde" und Carbonari aufgingen. Zweck derselben war, nicht auf einen Aufstand direct hinzuarbeiten, aber alle Theile des ehemaligen polnischen Reiches auf ihn vorzubereiten, namentlich durch eine Annäherung aller Volksschichten an einander und durch eine Umgestaltung des socialen Organismus. Der Bund stand mit keiner auswärtigen Vereinigung in irgendwelchen Beziehungen.

Die oberste Gewalt bildete die „Hauptversammlung" in Krakau. Sie entsendete ihre Mitglieder nach allen Richtungen, um in sämmtlichen Landschaften der ehemaligen Republik Zweigvereine zu bilden, an deren Spitze die einzelnen „Landschaftsversammlungen" stehen sollten. In allen Theilen Polens, mit

Ausnahme Galiziens, nahmen die Bestrebungen der Delegirten, nach erfolgreichen und glückverheißenden Anfängen, ein tragisches Ende. Die Einen büßten ihre Agitation unter der Hand des Henkers, die Anderen in der sibirischen Verbannung; Manche retteten sich durch die Flucht. Dagegen gelang es der „Vereinigung", sich in Galizien auszubreiten und schließlich auch die Lemberger Carbonari in sich aufzulösen. An Stelle des früheren Bundes trat in Lemberg die „Landschaftsversammlung" des neuen, deren Haupt Smolka war.

Mit dem Inslebentreten der neuen Organisation war auch das frühere Repräsentativsystem gänzlich beseitigt. Die Häupter der neuen Verbindung wurden nicht gewählt, sondern behielten eben als die Begründer derselben die oberste Gewalt. Die Mitglieder wußten von der Zusammensetzung und der Thätigkeit des Vorstandes nicht mehr, als sie durch persönliche Beziehungen erfahren konnten. Die oberste Leitung, die Landschaftsversammlungen und die den letzteren untergebenen Bezirkscomités verkehrten miteinander nicht unmittelbar, sondern durch die dazu bestellten Correspondenzbureaux, zu denen vom Bezirkscomité Niemand, von der Landschaftsversammlung nur der Secretär derselben gehören durfte, der dem Bureau zugleich als Leiter vorstand. Secretär der Lemberger Versammlung war Smolka. In seiner Hand lag also die ganze Correspondenz der Landschaftsversammlung einerseits mit der Centralgewalt in Krakau und andererseits mit den Secretären der Bezirkscomités, so daß er im Besitze so gut wie aller Geheimnisse des Bundes war. Zugleich entwickelte er eine reiche und energische Organisationsthätigkeit: er begründete die Bezirkscomités in der Provinz, die in Kurzem so zahlreich wurden, daß sie ganz Galizien umfaßten. Eigene Comités würden für die akademische Jugend ins Leben gerufen: das einflußreichste in Lemberg unter der Leitung Grocholski's, dem Florian Ziemiałkowski als einer der Delegirten des Lemberger Bezirks-Comités beigegeben war. Ein besonderes Militärcomité mußte für die Offiziere und Unteroffiziere in Przemyśl gebildet werden, um das Militär, in dessen Schoße sich eine Verschwörung zum Zwecke einer baldigen bewaffneten Erhebung zu bilden drohte, unter die mäßigende und bändigende Obergewalt der „Vereinigung" zu bringen. Dank der Organisation des Bundes und der stillen Ruhe und unscheinbaren Art, in der Smolka wirkte, hatten trotz seiner ausgedehnten Thätigkeit die Wenigsten eine

Ahnung von der Größe und Bedeutsamkeit seines Einflusses. So ist es auch zu erklären, daß Smolka bis zu seiner Verhaftung im Jahre 1841 eine dem Lande so gut wie unbekannte Persönlichkeit war.

Die oligarchische Leitung des Bundes wurde in Kurzem durch ein trauriges Ereignis auf eine noch geringere Mitgliederzahl reducirt, die Macht der Oligarchie und vor allem Smolka's dadurch noch mehr erhöht: Anfang des Jahres 1836 wurde in Krakau ein russischer Spion, namens Behrens, ermordet. Die Schutzmächte ergriffen den Anlaß, um die Stadt zu besetzen und den Sicherheitsdienst in die Hand Oesterreichs zu legen. Die neue Polizeiverwaltung entfernte alle polnischen Emigranten aus Krakau, die Mitglieder des Vorstandes der „Vereinigung" wurden zur Flucht gezwungen, so daß die Centralgewalt des großen Bundes in Trümmer fiel. Vom Bunde selbst und seiner Organisation erfuhr die Regierung nichts.

Einige hitzige Mitglieder des zersprengten Vorstandes die nach Galizien geflohen waren, begannen sofort unter den Bauern zu Gunsten einer offenen Erhebung zu agitiren. Aber die Lemberger Landschaftsversammlung hielt gute Wacht. Sie bewog jene Heißsporne und überhaupt alle Mitglieder der Centralleitung, ihren Aufenthalt in Lemberg zu nehmen, wo die „Hauptversammlung" neu constituirt wurde. Smolka wurde Mitglied derselben.

Aber der Gegensatz zwischen der Partei des gemäßigten Verfahrens (denn nur um den Unterschied im Verfahren handelte es sich wesentlich) und den wild vorwärts eilenden Gewaltsamen war auf die Dauer nicht auszugleichen. Namentlich der stürmische Malinowski war nicht zu bändigen. Er bekannte sich offen zum Terrorismus. Er hielt dafür, daß die Szlachta zur Aufhebung der Unterthanslasten gezwungen, die Schlachtreihen des so befreiten Volkes durch Zwang in den Krieg getrieben werden müßten. Smolka und seine Anhänger, Gegner dieses terroristischen Systems überhaupt, suchten sich namentlich allen Aufstandsversuchen auf das energischste zu widersetzen. Sie hatten zu den österreichischen Beamtenkreisen zu nahe Beziehungen, um nicht zu wissen, in welchem Geiste die galizische Bureaukratie seit mehr als einem halben Jahrhundert das Volk bearbeitet hatte. Sie wußten, daß die Beamtenschaft überall und immer als die Beschützerin der Bauern gegen den unerträglichen Druck der Szlachta aufgetreten

und, indem sie die Szlachta mit Polen identificirte, erfolgreich bemüht gewesen war, der ländlichen Bevölkerung Haß gegen die Patrioten und Zuneigung für Oesterreich einzuflößen. Smolka und seine Anhänger lebten der Ueberzeugung, daß dieser der polnischen Sache so feindselige Sinn des Volkes nur durch lange und mühsälige Arbeit überwunden werden könne. Läuterung und Aufklärung sowohl Derjenigen, unter deren unmittelbarem Einflusse das Volk stand, als auch des Volkes selbst, Entwicklung des nationalen Sinnes, Eroberung politischer Freiheiten, gründliche Umgestaltung des socialen Zustandes: das sollten die nächsten Ziele der Gesellschaft sein, das die Wege zum letzten Ziel.

Was Malinowski überdies in Harnisch brachte, war die besondere Scrupulosität in der Aufnahme der Mitglieder. Sittenreiner Lebenswandel, unbemakelte Vergangenheit, eifrige Erfüllung der Berufspflichten, höhere Geistesbildung — mit specieller Rücksicht auf die Volksschichten, in der Einer verwendet werden sollte — Fähigkeit zu thatkräftigem Handeln: das waren und blieben auch fürder die unerläßlichen Bedingungen, unter denen einem Bewerber der Beitritt gestattet wurde. Malinowski aber hielt mehr auf die Zahl als auf die Art der Genossen. Ein guter Pole sein, in jedem Augenblicke auf den Ruf des Landes zum Dreinschlagen bereitstehen, das schien ihm genug; alle sonstigen Vorsichten und Rücksichten nannte er Ausgeburten deutscher Pedanterie, an denen eben die „Deutschen" schuld wären, die des Bundes Richtung bestimmten. Diese „Deutschen" waren Smolka und andere Lemberger Mitglieder, unter denen sich übrigens in der That einige Männer deutscher Abkunft befanden, wie Robert Hefern, der Sohn eines österreichischen Kreishauptmannes, u. A.

Smolka und seine Anhänger, zu denen auch Goszczyński gehörte, gewannen die Oberhand. Die Extremen, deren Stellung unhaltbar geworden war, mußten übrigens, schon aus Rücksicht auf ihre persönliche Sicherheit, Lemberg bald verlassen; sie hatten durch ihr Auftreten die Blicke der Polizei zu sehr auf sich gelenkt. So waren die unruhigen Elemente entfernt, und man schritt zur Reconstitution der Leitung nach einer eigens für diesen Zweck festgesetzten Norm. Alle Mitglieder der „Hauptversammlung", der „Landschaftsversammlung" und des Lemberger Bezirkscomités stimmten. Gewählt wurden: Smolka, Goszczyński und Hefern.

Unglücklicherweise sollte das Triumvirat nicht lange intact bleiben. Goszczyński befand sich in Lemberg als Emigrant in

einer sehr schwierigen Lage. Nach der Besetzung Krakaus im Jahre 1836 hatte die österreichische Regierung über alle Emigranten den Spruch verhängt, bis zum 24. Juni 1837 Galizien zu verlassen, wenn sie nicht an Rußland ausgeliefert werden wollten. Goszczyński mußte sich also in Lemberg verborgen halten und verkostete alle Mühsal eines unsteten Lebens. Er verließ bei Tage überhaupt seine Wohnung nicht, schlief jede Nacht wo anders, und Smolka's Aufgabe war es, ihn jeden Abend irgendwo unterzubringen, wenn das Gesinde bereits fort war, aber doch noch vor der Polizeistunde, ehe die Häuser geschlossen wurden. Einmal wurde er auf einem einsamen Spaziergange von zwei Polizeiagenten überfallen, denen er sich nur mit Mühe durch seine mächtige Körperkraft entreißen konnte. Schließlich, da es so nicht mehr weiterging, mußte er Lemberg verlassen, und die Leitung übernahm nun ausschließlich und endgiltig Smolka.

Unter dem Triumvirat und nunmehr unter Smolka wirkte die Vereinigung erfolgreich weiter. Wenn sich auch das städtische Bürgerthum ihren Bestrebungen nur schwer zugänglich zeigte und die Bauernschaft sich im Allgemeinen passiv verhielt, so gewann sie doch auch in diesen Volksschichten Anhänger und Mitglieder, was keiner der früheren Verbindungen gelungen war. In umsichtiger, geräuschloser Weise schloß sie nach und nach die ganze polnische und ruthenische Bevölkerung in ihren Wirkungskreis ein; die ganze Generation wurde unter ihrem Einfluß vergeistigt, veredelt, mit dem Bewußtsein der höchsten, schwierigsten und keineswegs bloß in einem exaltirten Sprunge zu übenden Pflichten erfüllt.

Am stärksten war die sogenannte Intelligenz in ihren Reihen vertreten. Die Szlachta betheiligte sich zahlreich; aber auch jene Glieder derselben, die nicht in den Verband eingetreten waren, zeigten sich immer bereit, dem Zwecke der Vereinigung zu dienen und namentlich im Falle der Noth thatkräftige Hilfe zu leisten. Ganz besonders glänzten die Frauen durch Diensteifer, Muth und Opferwilligkeit.

Dem Bunde gehörten damals unstreitig über tausend in aller Form aufgenommene Mitglieder an. Ueberdies gab es eine Reihe kleinerer Cirkel, die zur Vereinigung nur in mittelbarer oder gar keiner Beziehung standen. Sie hatten sich unter dem Einflusse jener Strömung gebildet, ohne ihr immer zu folgen. Vielen derselben war nur ein ephemeres Dasein beschieden. Jugendliche

Unbesonnenheit zerstörte einen nach dem anderen. Der Gegensatz, dem Malinowski so scharfen Ausdruck gegeben hatte, war eben nicht bloß ein persönlicher. Es gab nur zu Viele, die in Malinowski's blinder Leidenschaftlichkeit befangen waren. Er selbst hatte kurz nach seiner Entfernung aus Lemberg (Juni 1837) die „allgemeine Conföderation des polnischen Volkes" gegründet, die, rasch entstanden, rasch verbreitet, nach kurzem geräuschvollen Dasein rasch endete. Ein halbes Jahr nach ihrer Begründung waren ihre Häupter und viele ihrer Mitglieder im Gefängnisse. Sie war das typische Bild des Schicksals vieler ähnlicher Vereinigungen, die, wenn sie auch nicht immer die extreme Richtung Malinowski's verfolgten, dennoch in ihrem Gebaren jene Umsicht außer Acht ließen, die den Centralbund so lange beschützte und inmitten des Falles so vieler Satelliten ruhig aufrecht erhielt.

In den Jahren 1836 und 1837 wurden viele bedeutende Mitglieder wichtiger Zweigverbindungen der Gesellschaft verhaftet. Die Polizei entdeckte auch politische Cirkel unter den Polen in Wien, namentlich in den Reihen der akademischen Jugend. Wenn diese Cirkel auch nicht in unmittelbarem Verkehr mit der „Vereinigung" standen und ihr Untergang die Entdeckung auch nur einer Spur des großen Bundes keineswegs nach sich zog, so lag es doch in der Natur der Sache, daß die zahlreichen Verhaftungen auch dem Centralbunde selbst gefährlich werden mußten. So manches thätige Mitglied, das jene kleinen Cirkel geschaffen oder geleitet hatte, saß im Kerker. Die Verhaftung der Einen zog die polizeiliche Beaufsichtigung und schließlich auch die Verhaftung Jener nach sich, die mit den Schuldigen verkehrt hatten. Die bei aller Verschiedenheit des Actionsprogrammes doch unleugbare Verwandtschaft unter allen den mannigfaltigen Verbindungen brachte es mit sich, daß Mitglieder der einen leicht zur anderen übergehen konnten und daß es Viele gab, die nacheinander mehreren angehörten. Die Entdeckung einer einzigen und nun gar ein Verrath von irgend einer Seite konnte also leicht zur Entdeckung aller führen. Es war ein gefährlicher Zustand; das Gewebe begann aufzugehen.

Auf die „Vereinigung des polnischen Volkes" wirkten diese Vorgänge in dreifacher Richtung. Die Einen verlangten die Auflösung, die Anderen, namentlich die Lemberger Landschaftsversammlung, drängten zu entschlossenem Handeln, das heißt, zur Revolution. Smolka, und mit ihm die Hauptversammlung, war

weder für das Eine noch für das Andere. Er bestand darauf, daß man auszuharren und nur in der Aufnahme der Mitglieder größere Strenge und im Handeln größere Vorsicht walten zu lassen habe. Seine Anschauung begegnete kräftigem Widerspruch. Er hatte längst mit einer Schar von Malcontenten zu kämpfen gehabt, die nicht begriffen, wie man die Erhebung auf unbe[illegible] Zeit, „bis das ganze Volk vorbereitet sei“, vertagen könne: [illegible] vertagen, ja, in Frage stellen, ob dann am Ende [illegible] überhaupt nothwendig sein werde, das [illegible] an Begeisterung und Energie. Für [illegible] kaltblütige Ruhe Schwerfälligkeit, [illegible] angesichts dieser Zustände, hieß [illegible] man der unerträglichen [illegible]

[illegible] überdies durch den [illegible] Centralverbandes“ in Frank[illegible] eines Aufstandes losarbeitete. [illegible] unter die Bot[illegible] zu begeben gedachten, so [illegible] Bestrebungen der [illegible] geleitet wissen. [illegible] alle Landschafts[illegible] und den [illegible] des Bundes bis zu [illegible] Ein Theil der [illegible] begründete eine neue [illegible] der polnischen Demo[illegible] war, ihre Organe [illegible] Mitglieder sich ihres [illegible] beide Gesell[illegible] eintrat, das in [illegible]

[illegible] im Schoße [illegible] zeigte, durch[illegible] die Polen, allein, [illegible] und Croaten betheiligt [illegible] allen Nationen, [illegible] in der Armee trug [illegible] eingeführte [illegible] alle „gut-

gesinnten" Glieder des Heeres zum Kundschaften und Denunciren: was Wunder, daß man der inneren Empörung durch eine äußere Luft zu machen suchte? Vergebens hatten die beiden, nunmehr nebeneinander existirenden Verbindungen ihren mäßigenden Einfluß aufgeboten, um eine Katastrophe hintanzuhalten. Die Katastrophe trat ein. Zahlreiche Verhaftungen erfolgten. Ueber Przemysl, den Hauptsitz der Militärverschwörung, wurde der Belagerungszustand verhängt. Auch diesmal entgingen die beiden Hauptverbindungen, die mit dem Militärcomplote nichts zu schaffen hatten, glücklich der Entdeckung. Aber unter den Eingekerkerten befanden sich manche ihrer Mitglieder. Die Verhaftungen zogen immer weitere Kreise, bis endlich — wie es scheint, durch Verrath — sowohl die „Vereinigung des polnischen Volkes" als auch die „Verschwörung der polnischen Demokraten" zu Falle gebracht wurden. In demselben Jahre, 1840, und noch mehr 1841 füllten sich die Gefängnisse mit den Führern und Mitgliedern der beiden Verbindungen. In diesen zwei Jahren wurden gegen 150 Personen, theils Civil-, theils Militärpersonen, verhaftet. Die Zahl der vom Jahre 1831—1841 wegen politischer Vergehen Eingekerkerten betrug über 400. Die vorhandenen Anstalten genügten nicht; man mußte die öffentlichen Gebäude in Gefängnisse umwandeln. Am 29. August 1841 erfolgte die Verhaftung Smolka's.

In Regierungs- und Beamtenkreisen, in denen Smolka lebhafter Sympathien genoß, machte sein Unglück einen recht schmerzlichen Eindruck. „Wie schade", hieß es allgemein, „der Mann hätte Hofrath werden können!" Neben ihm nannte man am häufigsten Florian Ziemiałkowski, der (damals Adjunct der Lemberger juristischen Facultät und zugleich Oberhaupt der Krakauer Section der „Vereinigung") bei der studierenden Jugend ungemein beliebt und auch in den Kreisen der deutschen Aristokraten und Bureaukraten sehr wohlgelitten war. Smolka und Ziemiałkowski waren bis dahin nicht in persönlichem Verkehr mit einander gestanden; erst der Kerker führte sie zusammen.

3. Capitel.

Nach der Verhaftung. Das Leben im Gefängniß. Verurtheilung und Begnadigung.

Der Schlag traf Smolka um so härter, als sich seine Verhältnisse kurz vorher ziemlich günstig gestaltet hatten. In den ersten Zeiten seiner conspiratorischen Thätigkeit war seine Lage mißlich genug gewesen: er hatte zwar als Praktikant bei dem Advocaten Rodakowski eine gesicherte Existenz, mußte sich aber sowohl um seiner vormundschaftlichen Pflichten willen als auch im Interesse der Geheimverbindung manche Entbehrung auferlegen. Es ist für seine Persönlichkeit bezeichnend, daß er seiner Opferfreudigkeit wegen der „Finanzminister des Bundes" genannt wurde, während er mit vier Gulden C.-M. monatlich, das heißt nach heutiger Währung, mit 14 Kreuzern täglich, seinen Mittagstisch bestritt und des Abends nichts als ein Stück trockenen Brotes zu sich nahm. In der Kanzlei seines Principals erfüllte er aber alle seine Obliegenheiten auf das Vortrefflichste, erlangte binnen Kurzem die Würde eines Doctors der Rechte und wurde nach einigen Jahren der Praktikantenthätigkeit im August 1840 zum Landesadvocaten in Lemberg ernannt. In jenen Zeiten hatte das mehr Bedeutung als heutzutage. Die Zahl der Advocaten war eine begrenzte, die Staatsprüfungen schwierig, und überdies mußte der Candidat nicht bloß eine gute Reputation als fähiger und ehrlicher Mann, sondern auch, was in Smolka's Falle vor Allem bedenklich war, als politisch gutgesinnter und ehrsamer Staatsbürger genießen. Daß Smolka dies Letztere zu Stande brachte, muß als eine Art Wunder gelten. Die Polizei hatte von seiner geheimen Thätigkeit keine Ahnung, wiewohl er als „Liberaler" längst verdächtig war; und doch hatte er sich ja mehr als einmal den unliebsamsten Entdeckungen ausgesetzt, vor denen ihn nur seine Kaltblütigkeit und Geistesgegenwart bewahrten. Nur Ein Beispiel dieser Art sei hier angeführt. Im Jahre 1835 wohnte Smolka zusammen mit Adolf Leo, einem Gubernialpraktikanten und zugleich Genossen der Verschwörung. In der Nacht vom 4. auf den 5. März 1835 hatte Smolka in Angelegenheiten der Verbindung lange gearbeitet und das Statut der Gesellschaft der „Volksfreunde" neben anderen compromittirenden Papieren vor dem Schlafengehen auf dem Tische liegen gelassen. Da weckte ihn um 4 Uhr Morgens ein heftiges Läuten. Smolka meinte,

es sei der Aufwärter, der so früh komme, und ging, ohne eine Kerze anzuzünden, hinaus, um zu öffnen. Hier stellte sich ihm eine Gerichtscommission vor, die erschienen war, um eine Hausdurchsuchung bei Leo vorzunehmen. Smolka, der sofort die Sachlage begriff, stürzte in das nächste Zimmer voraus, um, wie er sagte, Licht zu machen. Auf dem Wege riß er das Unterfutter seines Schlafrockes auf und schob die compromittirenden Papiere rasch hinein. Er hatte das letzte Blatt noch in der Hand, als die Commission schon, mit einer Laterne versehen, an seiner Seite stand. Das gefährliche Papier hielt er zu einem Knäuel zerdrückt in der Faust, und es war unmöglich, es los zu werden, da ihn der Commissär unablässig im Auge behielt. Die Revision hatte schon einige Stunden gedauert, als Smolka den Commissär Dąbczańśki als guten Bekannten fragte, ob er ihm nicht mit einer Pfeife dienen dürfe. Der Commissär nahm an, und Smolka's Aufgabe war es nun, das Blatt als Fidibus zu verwenden, das Feuer fortwährend in der Hand zu ersticken, und trotz aller ceremoniellen Abwehr von Seite des Gastes immer wieder aufs Neue anzuzünden, bis das fatale Papier ganz verbrannt war.

Zur Erlangung seiner Advocatur war ihm übrigens auch die große Gunst behilflich gewesen, in der er bei dem damaligen Gerichtspräsidenten Krauß und dem Gubernialpräsidenten Krieg stand. — Kurz nach seiner Ernennung vermählte er sich, 1840, mit Leokadia Becker, mit der er seit vier Jahren verlobt gewesen war, einem Weibe von seltenen Tugenden, das gleich ihm dem Geheimbunde angehörte. Am 17. Juli 1841 wurde ihm sein ältester Sohn Ladislaus geboren; sechs Wochen danach erfolgte seine Verhaftung.

Er war mit einem Schlage ein ruinirter Mann. Zum Zwecke der Einrichtung seiner Kanzlei hatte er ein Anlehen aufnehmen müssen, das nun nicht getilgt werden konnte. Erst seit einem Jahre selbständiger Advocat, war er begreiflicherweise noch nicht dahin gelangt, sich eine zahlreiche Clientel zu erwerben, so gut sich im Uebrigen die Verhältnisse anließen. Vorläufig, so lange seine Verurtheilung nicht erfolgt war, verlor er die Advocatur zwar noch nicht. Sein ehemaliger Principal Rodakowski bot sich dem Gerichte selbst als Smolka's Substitut an, führte seine Geschäfte durch einen eigens bestellten Concipisten weiter und übermittelte die Einnahmen der Gattin des Verhafteten, die auf diese Weise sich und ihr Kind während der Gefangenschaft ihres Mannes erhalten konnte.

Um jene Zeit glich ganz Lemberg einem großen Kerker. Es gab nicht leicht eine Familie, die nicht einen Sohn, Verwandten oder Freund unter den Verhafteten gehabt hätte. Die Stimmung der Bevölkerung gelangte bei einer Gelegenheit zu ergreifendem Ausdrucke: Im Theater würde „Fidelio“ gegeben; es war eine schlechte Darstellung, die wenig geeignet war, das Publicum ernsthaft zu berühren. Da ertönte der Chor der Gefangenen — und nun wirkte die Musik des deutschen Meisters erschütternd auf alle Herzen. Auf den Gallerien, in den Logen, im Parterre hörte man lautes Schluchzen: an jenem Abend blieb kein Auge trocken.

Die Lage der Verhafteten war in der That, von dem drohenden Urtheilsspruche ganz abgesehen, jammervoll genug. Das damalige Recht kannte keinen Unterschied zwischen politischen und gemeinen Verbrechern. Smolka selbst versichert, daß die diensthuenden Personen mit den Gefangenen im Allgemeinen ziemlich gut umgegangen seien. Aber die Einrichtung der Kerker an und für sich, die Hausordnung allein reichte schon hin, um die Haft so quälend wie möglich zu machen. Vor Allem waren die Zellen so gut wie ohne Licht; die hoch angebrachten Fenster mit zwei, bestenfalls vier winzigen Scheiben waren durch Gitter und überdies durch vorgehängte sogenannte Körbe verdunkelt, die jeden Verkehr der Gefangenen mit der Außenwelt unmöglich machen sollten. Draußen, unterhalb der Körbe, ging die Wache auf und ab und erlaubte Niemandem, sich zu nähern. Es war eine groteskkomische Situation, wenn ein Officier vorbeiging und die Wache zu salutiren hatte, aber dabei dem Begrüßten den Rücken kehren mußte, um das Fenster auch nicht einen Moment aus dem Auge zu lassen. Die Zellen selbst, kleine, enge, in der Regel einfenstrige Kämmerchen, waren feucht und voll mannigfaltigen Ungeziefers. Zwei Jahre lang mußte Smolka in einem so engen Loche sitzen, daß er, nach seiner Aussage, kaum vier Schritte machen konnte, wenn er sich dabei wie ein Bär im Käfig herumdrehte. Trotz zeitweiliger Reinigung erfüllte Stickluft und Gestank den Raum, zu dem überdies ein solcher Luftzug herrschte, daß fast alle Gefangenen an Rheumatismus erkrankten. Auch für reines Trinkwasser war nicht gesorgt, so daß viele, u. A. auch Smolka, den Durchfall bekamen. Die Inquisiten hatten vor den Verurtheilten [illegible] voraus, daß sie ihre eigene Wäsche und Kleider [illegible] und sich selbst verköstigen durften. Es war nicht gestattet, [illegible] aus der Stadt holen zu lassen. Man mußte sie vom

Gefängnißaufseher beziehen, der den Beutel der Verhafteten nichts weniger als schonte. Es war übrigens, nach Smolka's Worten, eine schändliche Verpflegung; Viele erkrankten in Folge derselben. Klage zu führen, war gefährlich, da der Aufseher Mittel genug hatte, um den Häftlingen das Leben sauer zu machen. Erlaubte man aber ausnahmsweise aus besonderer Gnade, die Kost von der Familie holen zu lassen, so wurden die Speisen wieder in so abscheulich genauer Weise revidirt, um zu sehen, ob sie nichts Verbotenes bergen, daß Niemand diese Gerichte zu sich nehmen konnte. Wer aus Mangel an Mitteln sich mit der gewöhnlichen Gefängnißkost begnügen mußte, bekam als Hauptgericht die berüchtigte Salamacha, eine Art Brotsuppe, deren säuerlicher Duft die ganze Zelle erfüllte. Die hölzernen Gefäße, in denen man sie brachte, sahen jenen Kübeln verzweifelt ähnlich, die in den Kerkern zu ganz anderem Gebrauche dienten. Für halbwegs civilisirte Menschen war auch das Verbot von Messer und Gabel ungemein lästig; von Thee, Kaffee oder Tabak war keine Rede. Alle Schreibrequisiten, wie Papier, Tinte, Bleistift, waren untersagt. In den Civilgefängnissen durfte kein Licht angezündet werden, so daß man in den Wintermonaten von 4 Uhr Nachmittags bis 8 Uhr Morgens im Finstern saß. Erst nach langem Bitten wurde Smolka die Begünstigung eingeräumt, daß auf dem Corridore, vor dem Guckloch an seiner Thür, durch welches die Wache jeden Augenblick in die Zelle sollte sehen können, eine Lampe brennen durfte. Bei dieser Beleuchtung zu lesen, war für die Augen nichts weniger als wohlthuend, und kein Wunder, daß Smolka eine chronische Augenentzündung davontrug. — Während so in den Civilgefängnissen in der Regel jedes Licht im Zellenfenster die Aufmerksamkeit der Wache auf sich zog, worauf sofort Revisionen, Untersuchungen u. s. w. erfolgten, bestand in den Militärgefängnissen eine Plage entgegengesetzter Art. Dort mußte in jeder Kammer die ganze Nacht hindurch die Lampe brennen; ging die nun einmal aus, sogleich war die Wache da, weckte den Häftling und ließ das Licht wieder anzünden. War dies nicht sofort geschehen, so kam auch gleich die Patrouille mit Geräusch und Gepolter hinterdrein, und es begann nun wieder das peinliche Verhör: warum die Lampe ausgegangen? Die Behandlung der Militärgefangenen war überhaupt im Allgemeinen eine viel härtere. Es liefen Gerüchte um, daß manche der verhafteten Officiere mit Kolben geschlagen, die Inquisiten beim Verhör mit

Stockstreichen belegt wurden, ja, daß in Folge der Mißhandlungen und unerträglichen Plackereien Wahnsinnsfälle und Selbstmorde vorkamen. Dergleichen Gerüchte begegneten manchem Zweifel, den auch ich theilte, bis ich mehr als zwanzig Jahre später als politischer Gefangener Gelegenheit hatte, mich zu überzeugen, daß das, was ich damals für Uebertreibung gehalten, seine gute Richtigkeit gehabt haben müsse.

Eine der quälendsten Einrichtungen in allen Gefängnissen waren die nächtlichen Patrouillen. Zweimal in der Nacht und auch öfter wurden die Gefangenen von den Streifwachen und Kerkermeistern geweckt, die, mit großem Gepolter daherkamen, die doppeltgeschlossene Thür geräuschvoll öffneten, in die Zelle eintraten, mit der Laterne in alle Winkel hineinleuchteten und sich endlich ebenso lärmend entfernten, wie sie gekommen.

Zunächst mußten alle Gefangenen die Qual der Einzelhaft durchmachen, die eine Verständigung der Untersuchungshäftlinge untereinander verhindern sollte. Es gab aber eine vortreffliche Art des Verkehrs: das Klopfen. Wohl mußte man oft ein Jahr lang und noch länger pochen, ehe der Nachbar die Bedeutung und Methode der Schläge errieth, und war dieser etwas begriffstützig, so mußte der verzweifelnde Gefangene am Ende seine Versuche ganz und gar aufgeben. Oft überzeugte man sich nach langem und geduldigem Klopfen, daß der Nachbar kein politischer Genosse, sondern ein gemeiner Verbrecher sei. — Die Einsamkeit trieb übrigens den erfinderischen Geist dahin, noch andere mannigfaltige Arten des Verkehres auszudenken, die wir hier nicht bekanntmachen wollen, da sie noch einmal Dem oder Jenem zum Nutzen werden können. Genug, daß Smolka, dessen Zelle auf der einen Seite an die Stiege, auf der anderen an den Kerker eines gemeinen Diebes stieß, endlich seinen Freund Robert Hamerling über sich und einen anderen Patrioten namens Hermann unter sich „entdeckte". Es gelang auch, Papier und Bleistift herzustellen, so daß am Ende eine Art Correspondenz möglich wurde, die freilich sehr mühselig und gefährlich war.

Vor alledem übte der Mangel an Gesellschaft einen verhängnißvollen Einfluß auf das Gemüth. Man erzählte sich, daß der und jener dem Irrsinn nahe sei. Das Alles konnte aber, namentlich in den ersten Jahren der Untersuchung, die eisernen Fesseln des „Systems" nicht brechen. Dazu bedurfte es einer Katastrophe. Einer der Gefangenen, Ferdinand Thürmann, erhängte sich

Ende 1841 in seiner Zelle. Von nun ab beschloß man, jedem Häftling einen Zellengenossen beizugeben. Wenn nur diese Gesellschaft nicht oft schlimmer gewesen wäre, als die Einzelhaft! Smolka erhielt als Mitbewohner seiner winzigen Kammer einen gemeinen Dieb, und es bedurfte vielfacher Bemühungen, bis er diese unliebsame Belebung seiner Oede wieder los ward. Erst gegen das Ende des Processes wurden jene Angeklagten, deren Untersuchung beendet war, zu zweien oder mehreren eingeschlossen. Im dritten Jahre seiner Gefangenschaft erhielt Smolka zum Kerkergenossen Florian Ziemiałkowski, den er bis dahin persönlich nicht gekannt hatte.

Beim Verhör hielt sich Smolka an den Grundsatz, absolut nichts zu gestehen; so lange er nicht wußte, wer irgend etwas bekannt hatte, ja, wer überhaupt verhaftet sei, schien es das Gerathenste, beharrlich zu schweigen. Wenn ihm der Inquirent bestimmte Thatsachen vorhielt und ihn aufmerksam machte, daß alles Leugnen vergeblich sei, weil das Gericht das und das schon wisse, so erwiderte Smolka, das Gericht wisse mehr als er selbst. Gebrauchte der Untersuchungsrichter den Kunstgriff, ihm das Geständniß dieses oder jenes Betheiligten vorzuhalten, um ihn vom Leugnen abzubringen, so konnte Smolka, der ja Alles genau wußte, leicht beurtheilen, ob die genannte Person das Angeführte wirklich habe gestehen können und wie weit das Gericht informirt sei. Danach richtete er seine Aussage, die zuletzt noch immer verneinend ausfiel: und so schrieb man mit ihm im Laufe von sieben Monaten einige hundert Protokollbogen voll, ehe er sein Vertheidigungsverfahren änderte. Erst als er nach und nach vom Untersuchungsrichter selbst herausbekommen hatte, wie weit dieser unterrichtet sei, und ihm zugleich durch alle möglichen, im Kerker prakticirten Kunststücke, Zahl und Namen und die etwaigen Geständnisse der Eingekerkerten bekanntgeworden waren, schritt er dazu, selber zu gestehen. Er bekannte dann Alles, was das Gericht schon wußte, und leugnete hartnäckig, was es bloß erräthen, aber nicht erweisen konnte. Was dem Richter offenbar gar nicht bekannt war, verschwieg er vollständig. So gelang es ihm, viele Genossen zu retten, von deren Verschwörerthätigkeit die Welt bis zum heutigen Tage nichts weiß und gewiß auch nie etwas erfahren wird: Männer, die hohe amtliche Stellungen einnahmen und noch einnehmen.

Vier Jahre dauerte der Proceß und die Untersuchungshaft. Am 21. Jänner 1845 wurde Smolka nebst zwölf Anderen zum Tode verurtheilt, zugleich aber fünf von den Verurtheilten begnadigt und sofort in Freiheit gesetzt, während über die Uebrigen schwere Kerkerstrafen in der Dauer von 8—13 Jahren verhängt wurden. Smolka war unter den Begnadigten. Er verdankte dies der Verwendung Krieg's, der eigens zu diesem Zwecke nach Wien gefahren war und für Smolka den Umstand mit Erfolg geltend gemacht hatte, daß er einst in so charaktervoller Weise, trotz der wiederholten Bemühungen seines Chefs, darauf bestanden, sein Amt und seine aussichtsvolle Laufbahn aufzugeben, bevor er der Verschwörung beitrat. Die Folgen der Verurtheilung wurden aber den Begnadigten nicht erlassen. Smolka verlor also seinen Doctortitel und seine Advocatur, und stand, als er den Kerker verließ, ohne jede Erwerbsquelle da. Aber von nun an war und blieb ihm ein ehrenvoller Platz unter den Vorkämpfern des Volkes und die Achtung der Freunde wie der Gegner gesichert.

---

4. Capitel.

1846.

Nach seiner Freilassung fand Smolka das ganze Land im Zustande fieberhafter Erregung. Unter der Leitung des „demokratischen Centralverbandes in Frankreich" wurde der neue Aufstand vorbereitet.

Smolka nahm an der Bewegung nicht Theil. Als ihm der vom Centralverbande nach Galizien entsendete Dembowski die Führung in Lemberg anbot, erklärte ihm Smolka rundweg, dass ihm die patriotische Pflicht gebiete, die Erhebung nicht zu fördern, sondern zu verhindern, daß er wohl in diesem Sinne, aber in keinem anderen zu wirken gedenke. Der fanatische Emissär drohte ihm mit dem Galgen. „Mag sein", erwiderte Smolka, „daß ich hängen werde, aber dafür darf ich überzeugt sein, durch mein Verfahren die Jugend und Jene, die mit den thatsächlichen Verhältnissen nicht zu rechnen verstehen, vom sicheren Untergange zu retten."

Mit thatsächlichen Verhältnissen zu rechnen, war freilich nicht Dembowski's Sache. Er glaubte, daß man nur die

Fahne der Demokratie und der socialen Revolution zu entrollen brauche, um das ganze Volk zum einmüthigen Handeln zu bringen. Das ganze Volk! Das eben war der Kern der Frage. Wird die Bauernschaft mitthun, wenn sich die Szlachta erhebt? Hat sie ein Bewußtsein des gemeinsamen Vaterlandes, wird die alles umfassende Idee im Stande sein, die tiefe sociale Kluft zu überbrücken? Wir haben schon oben angedeutet, wie in Wahrheit die Sachen standen und wie wenig Smolka sich über die Lage täuschte. Anders Dembowski. Der edle Phantast meinte, daß man in Lemberg allerdings nur auf etwa 2000 Mann zählen könne, er rechne aber auf 60.000 Bauern, die dem Aufstande zu Hilfe kommen würden. Smolka bemühte sich vergeblich, ihn zur Vernunft zu bringen; es war nicht Dembowski's Sache, mit nüchternem Blicke den unheilvollen socialen Gegensatz zwischen Szlachta und Landvolk zu erkennen, den die sehr nüchterne Regierung längst in den Kreis ihrer Berechnungen gezogen hatte, nicht um ihn auszugleichen, sondern um ihn gegen die Freiheitsbestrebungen auszubeuten. Smolka gab den Dingen ganz ungeschminkt ihren richtigen Namen. Es könnte wohl sein, meinte er, daß die Bauern kommen werden, aber nicht um für, sondern um gegen die Aufständischen zu stehen und ein allgemeines Blutbad unter den verhaßten Grundherren anzurichten.

Smolka wirkte in der That erfolgreich mit, um den Ausbruch der Bewegung in Lemberg zu hindern. Die Revolution überhaupt aufzuhalten, konnte ihm nicht gelingen. Wie sie verlief und wie die Ereignisse ihm Recht gegeben, steht auf einem der blutigsten Blätter in der Geschichte verzeichnet.

Die trübe Zeit nach dem Aufstande von 1846 verbrachte Smolka theils in Marienbad, Helgoland und Vevey, wo er seine durch die lange Haft untergrabene Gesundheit wieder herstellte, theils in der Stille seiner Häuslichkeit.

Eine tiefe, düstere, schweigende Trauer lastete in jenen Jahren auf dem Lande. Neue Heerscharen von Angeklagten füllten die Gefängnisse. — Wieder einmal hatte der Absolutismus durch das verderblichste aller Mittel triumphirt. Die von oben, von der Regierung und für die Regierung, hervorgerufene und geleitete sociale Revolution, die mit Prämien belohnte Bestialität, das war der rettende Anker des Systems geworden: eine Revolution, der, wie tief auch ihre inneren Gründe gesucht werden müssen, in ihrem damaligen Ausbruche gerade dasjenige fehlte, was die einzige

Stärke und gleichsam das einzige Recht aller blutigen Umwälzungen ausmachen müßte: die Entstehung von Innen heraus, aus der Freiheit und dem Selbstbewußtsein. Diese Revolution war ein blutiges Werkzeug in der Hand der Hetzer, eine neue Form des „Divide et impera".

„Der Bauer ist für uns", riefen damals die österreichischen Beamten. In den Träumen der Bureaukratie leuchtete eine neue Aera herauf, in der es nur zwei Classen, zwei Säulen des öffentlichen Lebens geben sollte: Beamte und Bauern. Alle Aeußerungen des nationalen Gefühles galten für gefährlich und verbrecherisch, alle Keime geistigen Lebens wurden niedergetreten.

Der neuernannte Gouverneur von Galizien, Graf Franz Stadion, mochte wohl die Nichtigkeit dieser Träume, die Unhaltbarkeit dieser Zustände fühlen. Zunächst suchte er den Abgrund, der sich zwischen der polnischen Aristokratie und den Beamten aufgethan hatte, zu überbrücken; ja, er schien auch einen Anlauf zur Reform zu nehmen, indem er einen aus den fähigsten Beamten gebildeten Kreis um sich schloß, der sich mit der Entwerfung von Verbesserungsplänen zu beschäftigen hatte. Aber alle Versuche dieser Art wurden in Kurzem von den dahinstürmenden Ereignissen überholt. Die Contrerevolution nach 1846 brachte mit Naturnothwendigkeit eine neue große Revolution hervor. Es bedurfte nur eines Anstoßes, um den alten, mühsam gestützten, überall rissigen und brüchigen Bau über den Haufen zu werfen. Und es kam mehr als ein vereinzelter Anstoß. Die allgemeine Gährung gelangte in ganz Europa zum offenen Ausbruche. Die Revolution trug nicht mehr einen volksgeschichtlichen, sondern einen weltgeschichtlichen Charakter.

Zieht man aber insbesondere Oesterreich in Betracht, so ist es nicht zu leugnen, daß ein tiefer, innerer Zusammenhang zwischen den Ereignissen von 1846 und jenen von 1848 bestand. Lassen wir hierüber einen nicht polnischen Autor sprechen, den Historiker Anton Springer, der in seiner „Geschichte Oesterreichs seit dem Wiener Frieden" das Capitel: „Die Märztage von 1848" mit folgenden Worten einleitet: „Seit dem galizischen Aufstande wollte der gewünschte Ruhe und der beneidete Friede nicht wieder in Oesterreich einkehren, schien es mit dem idyllischen Zustande, dessen Verfechter regierungsfreundliche Stimmen so hoch priesen und als unerreichbar behaupteten, für immer vorbei zu sein. Schon lange herrsche in weiten Kreisen die Ueberzeugung von der Unhalt-

barkeit der bestehenden Staatsform; man sah aber diesem Ende wie einem noch fernen Naturereignisse entgegen und ließ sich daher im Genusse dessen, was die Gegenwart darbot, nicht stören. In der letzten Zeit jedoch mehrten sich die Anzeichen der nahenden Katastrophe, und steigerte sich die Vermuthung, daß noch das gegenwärtige Geschlecht den Sturz des Systems erleben werde. Die große Gefahr, die in dem plötzlich unvorbereiteten Eintritte neuer politischer Ereignisse liegt, durch Selbstthätigkeit zu beseitigen, lag freilich der Regierung wie den Bewohnern der Erbländer gleichmäßig fern. Es blieb nur die unbehagliche Stimmung, das Mißtrauen gegen die nächste Zukunft, die Unlust, für das Bestehende mit voller Kraft einzustehen, es ernstlich zu vertheidigen.

Gar manche seit Menschenaltern feststehende Glaubenssätze hatten sich in den letzten Jahren als thörichte Vorurtheile erwiesen. Im Angesichte der Ereignisse in Galizien konnte man nicht mehr behaupten, daß der Same der Empörung in dem zufriedenen Kaiserstaate auf unfruchtbaren Boden falle, die Verschwörung der beiden unglücklichen Brüder Attilo und Emilio Bandiera erregte begründete Zweifel an der unbedingten Treue in militärischen Kreisen, die böhmischen Arbeiterunruhen straften diejenigen Lüge, welche die Abgeschlossenheit Oesterreichs gegen die socialen Bewegungen versicherten. Allen Contumazanstalten und Absperrungsbefehlen zum Trotze hatten sich die politischen Krankheitsstoffe des westlichen Europas nach Oesterreich verpflanzt... Der galizische Aufstand war zwar nach wenigen Tagen gedämpft worden, desto länger dauerte der Nachhall der revolutionären Bewegung. Die improvisirte Bauernregierung erschien nachgerade den Behörden bedenklich. Sie unterschied sich nur durch den Namen von vollständiger Anarchie, sie lockerte den Gehorsam und machte mit jedem Tage größere Ansprüche an die Dankbarkeit des Kaisers. Auch jene Beamte, welche in den Tagen des Aufruhrs willig mit den Bauernbanden gingen, begannen sich später der aufgedrungenen Kameradschaft mit dem Bauernkönige Szela zu schämen. Unerträglich war der gegenwärtige Zustand, unmöglich die Rückkehr zu dem früheren Verwaltungssysteme. Ließ sich auch nicht augenblicklich eine gründliche Reform der Administration durchführen, wie sie der neue Gouverneur Graf Franz Stadion im Sinne hatte, so mußten doch die Schranken der äußeren gesetzlichen Ordnung wieder aufgerichtet oder, was dasselbe heißt, un-

mittelbare Vertreter und Organe der kaiserlichen Regierung bis in die niedrigsten Kreise herab eingesetzt werden. Die massenhafte Vermehrung der Beamten in Galizien übte auf das Budget des Jahres 1847 einen fühlbaren Einfluß und bewirkte in Verbindung mit anderen Ursachen und namentlich mit den fortgesetzten Rüstungen das plötzliche Steigen des gewohnheitsmäßigen Deficits um nahezu dreißig Millionen. Die italienischen Verhältnisse, die Parteikämpfe in der Schweiz, das Drängen nach nationaler Einheit und politischer Freiheit in Deutschland beschäftigten seit 1846 Metternich's Staatskunst und drohten eine gefährliche Rückwirkung auf Oesterreich auszuüben. Die Stellung des Wiener Cabinets zu den Bewegungen in allen diesen Ländern blieb jetzt wie früher eine feindselige, ihr Bekämpfen und Niedertreten sein einziges Ziel.

Der Standpunkt war verdammenswerth. Hatte man sich aber einmal darüber hinweggesetzt, so verdiente die Beharrlichkeit, mit welcher man an der übernommenen Rolle eines Wächters der conservativen Interessen festhielt, immerhin Anerkennung, einen desto entschiedeneren Tadel dann freilich der beschränkte Trotz des Wiener Cabinetes, mit den alten, schon früher unzulänglichen Mitteln auch den neuen, größeren Kampf bestehen zu wollen."

---

5. Capitel.

Das Jahr 1848 in Galizien. Die polnische Petition. Der Nationalrath und die St. Georgs-Partei.

Es ist nicht Aufgabe dieser Arbeit, darzustellen, wie die allgemeine Umwälzung, in den italienischen Staaten beginnend, raschen Laufes fast den ganzen Continent durcheilte und Ein Volk nach dem anderen in seine Wirbel zog — wie namentlich die Pariser Februar-Revolution den Anstoß zum offenen Ausbruche der Bewegung auch in Oesterreich gab — wie in Prag, Wien und Pest fast zu gleicher Zeit der Sturm gegen das überlebte System sich erhob und die rathlose „Staatsconferenz" zur Unterwerfung zwang — wie die Wiener Regierung zunächst durch eine Galvanisirung der alten ständischen Vertretungen, sodann durch die Verfassung vom 25. April der Lage Herr zu werden hoffte, wie sie endlich nach den Mai-Unruhen sich zur Einberufung eines constituirenden

Reichstages entschließen mußte — und wie zu alledem die Lage des Staates einerseits durch auswärtige Complicationen, das Verhältniß zur Deutschland und den italienischen Krieg, erschwert, andererseits durch die nationalen Gegensätze, namentlich den Widerstreit der Czechen und Deutschen diesseits und den offenen Kampf der Kroaten gegen die Magyaren jenseits der Leitha die politische Entwicklnng gekreuzt und schließlich in verhängnißvoller Weise verwirrt wurde.

Kehren wir nach Galizien zurück, wo wir den Helden unserer Erzählung im Mittelpunkte der dortigen Bewegung wieder finden werden. Zwei Parteien standen im Lande einander gegenüber: die aristokratische, die an der Bedeutung der Szlachta und den ständischen Institutionen fest hielt, Reformen zwar nicht abgeneigt war, aber ihre Durchführung den oberen Classen überlassen wissen wollte; sie bildete eine verschwindende Minderheit. Die bedeutende Mehrheit der sogenannten Intelligenz hingegen gehörte zur demokratischen, oder wie sie sich selbst am liebsten nannte, zur nationalen Partei, die die historische Ausnahmsstellung der Szlachta aufheben, sie mit dem Bürgerthum durch Gleichheit der Rechte vereinigen und mit der Bauernschaft durch Aufhebung der Feudallasten versöhnen wollte. Es bestand wohl noch eine dritte, sogenannte ultrademokratische oder Revolutionspartei, die für bedingungslöse und allgemeine Aufhebung aller rechtlichen und politischen Unterschiede im ganzen Gemeindewesen eintrat, und zu der auch Smolka gehörte. Aber unter dem Eindrucke des siegreichen Fortschreitens der Revolution verbanden sich die „Nationalen" mit den Gemäßigten der letztgenannten Richtung. Die so entstandene Vereinigung bildete die herrschende Macht im politischen Leben des Landes. Ihre Führer, unter denen wir den Namen früherer Verschwörer wieder begegnen, traten auch jetzt als die Sprecher des Volkes auf.

Als die Nachricht von den Märzkämpfen in Wien und dem rasch errungenen Siege eintraf, trat ein Kreis von Männern, bestehend aus Smolka, seinem Freunde Robert Hefekn und anderen ehemaligen Leitern der geheimen Verbindungen, zusammen, um in einer Petition der Lemberger Bevölkerung die Forderungen des Landes darzustellen. Einer der Hauptautoren des Schriftstückes, das wir im Anhange (Nr. 1) wörtlich abdrucken, war Smolka. Nicht ohne Kampf gelang es, die minder fortgeschrittenen Elemente und namentlich die sogenannte aristokratische Partei zur

Gutheißung des Entwurfes zu bewegen. Vor Allem mochte die kategorische Erklärung, daß das Unterthansverhältniß und die Robot aufzuheben sei, Vielen gar wenig gefallen haben. Zuletzt aber, als es am 18. März zum Unterschreiben kam, zu dem sich Tausende von Bürgern drängten, traten auch Jene bei, die anfangs der Petition wenigstens in dieser Fassung nicht zuzustimmen geneigt waren.

Obwohl die Abfassung der Petition ein Werk des Augenblickes war, kann man sich doch beim Lesen derselben des Eindruckes nicht erwehren, daß hier eine Frucht der jahrelangen Arbeit vorliegt, welche die energischsten Geister des Volkes in der Schule der Conspiration durchgemacht hatten.

Einige Tage darauf wurde eine aus den Vertretern aller Classen und Confessionen zusammengesetzte Deputation gewählt, die dem Kaiser die Petition in einer besonderen Adresse (Anhang Nr. 2) überreichen sollte. Zwölf Mitglieder derselben, Fürst Georg Lubomirski an der Spitze, wurden beim Kaiser am 6. April vorgelassen, die anderen warteten in einem Nebensaale. Kaum hatte Lubomirski die Adresse abzulesen begonnen, als ihn der Ceremonienmeister mit der Bitte unterbrach, das Weiterlesen zu unterlassen, da der Kaiser zu viele Geschäfte zu erledigen habe und die Petition selbst zu Ende lesen könnte. Lubomirski erklärte, er sei gekommen, um die Wünsche des Landes direct vor Seine Majestät zu bringen, und er werde nicht weichen, bis er seinen Auftrag erfüllt habe. Der Kaiser winkte leutselig gewährend und der Fürst las weiter. Mit der feierlichen Versicherung des Kaisers, die Forderungen des Landes unverzüglich der Berathung zuführen zu wollen, wurde die Deputation entlassen.

Smolka nahm an der Gesandtschaft nicht Theil. Aber aus ihr bildete sich später ein ständiges Organ zur Vertretung der polnischen Interessen in Wien, mit dem Smolka während des Verweilens in der Reichshauptstadt enge Verbindung unterhielt.

In Lemberg hatte sich indeß gleich nach Abfassung der Petition ein Comité gebildet, zu dem sowohl Polen als Deutsche (die Ruthenen brauchen wir nicht besonders zu nennen, denn damals dachte noch Niemand an einen Antagonismus, wie ihn die Reaction später hervorrief), sowohl Christen als Juden, Geistliche und Laien, Adelige und Bürger, Civil- und Militärpersonen, überdies Vertreter der akademischen Jugend gehörten. Seine Thätigkeit dauerte aber nicht länger als drei Tage. Der

Statthalter, dem die Bildung eines solchen Organes der öffentlichen Meinung höchst unliebsam war, verfügte die Auflösung desselben (21. März). Dieser Schritt des Gouverneurs, der in seiner kühnen Entschiedenheit so grell von der Nachgiebigkeit der Wiener Regierung abstach, stieß auf keinen gewaltsamen Widerstand. In lebhafter Erinnerung an die Katastrophe von 1846 hielt man es für nöthig, die Ruhe um jeden Preis zu wahren. Stadion wußte wohl, daß er mit diesem Unstande rechnen durfte. Aber die allgemeine Unzufriedenheit äußerte sich doch immer lauter: in der Journalistik und in den Vereinen, die damals eine so gut wie unbeschränkte Freiheit genossen. Stadion, der die Bewegung, da sie nun einmal nicht zu bannen war, wenigstens von oben herab leiten wollte, bemühte sich aus eigener Initiative, eine Art berathenden Collegiums aus Vertretern der Bevölkerung zu bilden. Die Elemente desselben hoffte er zunächst im Schoße der Stände zu finden, die eben damals zusammentreten sollten, um Repräsentanten für die ständische Versammlung in Wien zu wählen, mit deren Hilfe die Centralregierung damals den Sturm noch beschwören zu können hoffte. In diesen Generalstaaten sollte darüber berathen werden, wie weit Mitglieder des vierten Standes zu den Provinziallandtagen zuzulassen wären: man schien mutatis mutandis die französische Revolution abschreiben zu wollen.

Aber die galizischen Stände (ähnlich wie die anderer Provinzen fast ausschließlich aus Repräsentanten des Großgrundbesitzes und der Geistlichkeit zusammengesetzt) zeigten, daß auch in ihnen ein neuer Geist wehe. Als am 5. April die in Lemberg anwesenden Ständemitglieder auf Stadion's Einladung zusammengetreten waren, stellte Graf Alexander Fredro den Antrag, die Versammlung wolle die Petition vom 18. März als Grundlage ihres Handelns anerkennen. Der Antrag wurde angenommen. Was hatte nach dieser Enunciation die darauffolgende Wahl der Delegirten zur Wiener Ständeversammlung zu bedeuten? Angesichts der Hast, mit der sich damals die Dinge entwickelten, war jene „Erweiterung der ständischen Institutionen" ein Experiment, das alle Gewähr des Mißlingens in sich trug. Nach einigen Wochen gehörte sowohl Notablenversammlung als auch ständischer Landtag in die historische Rumpelkammer.

Vorläufig glaubte Stadion noch immer, auf der Grundlage der alten Ordnungen operiren zu können. Er berief für den 26. April den galizischen Landtag ein, in dem die Städte nunmehr

eine stärkere Vertretung finden sollten. Die Bürgerschaft, die in ihrer überwiegenden Majorität von Ständen nichts wissen wollte und befürchten mußte, daß eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Vertretung nicht mehr zustande kommen werde, bildete nun, um den einberufenen Landtag zu verdrängen, eine aus 22 Mitgliedern, Vertretern aller Volksschichten, mit Ausnahme des Bauernstandes, und aller Glaubensbekenntnisse zusammengesetzte Repräsentanz, den sogenannten „Nationalrath", dem auch Smolka angehörte. Der Nationalrath wollte nach seinem eigenen Manifest weder eine administrative noch eine legislative Körperschaft sein. Er stellte sich die Aufgabe, die öffentliche Meinung im ganzen Lande zu erforschen, aufzuklären und zu vertreten, um alle Strahlen des nationalen Lebens in Einem Brennpunkt zu sammeln und ihm eine praktische und feste Richtung zu geben. Er wollte die öffentliche Meinung leiten und ihr zum Ausdrucke verhelfen, gestand sich aber selbst in der gegenwärtigen Lage, seinem Namen getreu, eine bloß berathende Stimme zu. Im Uebrigen war seine Thätigkeit wesentlich eine negative und abwehrende. Die Entfernung polenfeindlicher Beamten zu erwirken, einer Aufreizung der Bauern im Geiste des Jahres 1846 vorzubeugen und zu diesem Zwecke die Grundbesitzer für die Robotaufhebung günstig zu stimmen, durchzusetzen, daß die Urlauber, die die reactionären Elemente im Volke vermehrten, zum Activdienste wieder einberufen und die Dorfschulzen von dem ihnen im Jahre 1846 aufgedrungenen Contrerevolutionseide entbunden werden: diese und ähnliche Bestrebungen erschöpften Zeit und Kraft des Nationalrathes fast vollständig.

Smolka, der sich keineswegs verhehlte, daß alle die Desiderien nicht zu verwirklichen sein werden, durfte sich dennoch der Mitarbeiterschaft, zu der er aufgefordert wurde, nicht entziehen. Er wollte im Nationalrath als einfacher Soldat dienen, wie er auch als solcher in die Nationalgarde eintrat. Er drängte sich nicht vor, spielte niemals den Volkstribunen, zu Agitationen und Demonstrationen wurde er wenig verwendet; aber wo es positiv zu wirken, wo es eine Organisationsthätigkeit zu entwickeln galt, da wandten sich Aller Augen auf ihn. Stadion, der diese Bedeutung Smolka's durchaus nicht verkannte, suchte ihn darum auch mehr als einmal in die Kreise seiner Politik zu ziehen.

Der Einfluß des Nationalrathes sollte dem Gouverneur in Kurzem bei einer wichtigen Gelegenheit in frappanter Weise vor

Augen treten. Der für den 26. April einberufene Landtag hielt am Geburtstage des Kaisers eine vorberathende Sitzung ab. Nach längerem, ziemlich unfruchtbarem Hin- und Herreden für und gegen eine ständische Vertretung erhob sich plötzlich der Szlachcic Chojecki mit dem Ruf: „Es gibt keinen Landtag!" „Es gibt keinen Landtag!" erscholl es darauf im ganzen Saale. In der That kam der Landtag nicht mehr zu Stande. In einem dem Statthalter überreichten Protest erklärten die Mitglieder, daß sie diese Vertretung als nicht bestehend erachten und dem Nationalrathe beitreten.

Stadion löste den Nationalrath nicht sofort auf, sondern versuchte erst, seiner Politik getreu, ihn unter seine Botmäßigkeit zu bringen. Er ließ Smolka zu sich rufen und forderte ihn auf, eine Anzahl Mitglieder des Nationalrathes zu einer Berathung über öffentliche Angelegenheiten beim Statthalter zu vereinigen. Smolka lehnte ab. Daraufhin wurde das Locale, in dem sich der Nationalrath zu versammeln pflegte, versiegelt und mit Wachen besetzt, seine Papiere confiscirt und die von der Oberleitung gebildeten Bezirkscomités aufgelöst.

Der Nationalrath dachte keineswegs daran, seine Thätigkeit einzustellen; ungestört wirkte er weiter, geheim, halb conspiratorisch. Um ihm ein Gegengewicht zu schaffen, bildete Stadion einen sogenannten „Beirath", zu dessen Mitgliedern unter Anderen auch Graf Agenor Gołuchowski zählte. Smolka, der ebenfalls zum Eintritte aufgefordert wurde, gab eine ablehnende Antwort. Er wollte nicht in einem Collegium sitzen, das unter dem Scheine, über Verfassungsangelegenheiten zu berathen, reactionäre Pläne verfolgte. Von diesem Beirath, und zwar eben von Gołuchowski, der sich damit seine glänzende Laufbahn ebnete, ging die Idee aus, gegen den polnischen Nationalrath einen ruthenischen zu bilden, den Kern der später sogenannten St. Georgs-Partei, auf die wir im Folgenden zurückkommen werden.

---

6. Capitel.

Der slavische Congreß. Smolka in den constituirenden Reichstag gewählt. Sprachendebatte. Des Kaisers Rückkehr nach Wien.

Smolka gehörte auch ferner dem Nationalrathe an, nahm aber an der Thätigkeit desselben in Galizien nicht lange mehr

Theil. Ende Mai entsendete ihn der Nationalrath als seinen Delegirten zum Slavencongreß in Prag.

Die Idee des Congresses war von Seite der Czechen ausgegangen. Sie waren in den ersten Tagen der Revolution mit aller Entschiedenheit und Energie für die Forderung eines großen czechischen, mit dem Hause Oesterreich nur lose verbundenen Staates eingetreten und durften von sich sagen, daß sie am frühesten von allen Völkern Oesterreichs einen großen, fast bedenklich großen, alle ihre Wünsche befriedigenden Erfolg aufzuweisen hatten. Es war dies die böhmische Verfassung vom 8. April, die freilich das Schicksal, werthloses Papier zu bleiben, mit vielen anderen Staatsurkunden jener Zeit theilte. — Nun schreckte sie mitten in ihren Plänen und Hoffnungen der Beschluß des Frankfurter Parlamentes auf, der die Einverleibung sämmtlicher österreichischen Lande mit Ausnahme Ungarns in den deutschen Bund aussprach, also eben das, was die Czechen perhorrescirten, was sie mit leidenschaftlichstem Hasse bekämpften. In dieser Lage faßten sie den Gedanken eines Zusammenwirkens aller slavischen Völker und bewirkten das Zustandekommen eines Slavencongresses, der über ein gemeinsames Vorgehen angesichts der Ereignisse berathen sollte. Sie sahen vor Allem hoffnungsvoll zu dem einzigen Slavenreiche auf, welches eine selbständige, bedeutende, ja gebietende Macht in Europa repräsentirte: zu Rußland, mit dem sie gerne ein Bündniß zu schließen bereit waren, um das verhaßte deutsche Joch für immer abzuschütteln. Parallel mit den czechischen Bestrebungen gingen die Absichten der ungarischen Slaven: der Slovaken und namentlich der Croaten. Die Croaten in ihrem Magyarenhaß und die Czechen in ihrem Deutschenhaß mußten einander auf dem Congresse sehr gut verstehen: Dieselben Wünsche nach nationaler Selbständigkeit, dasselbe Bemühen, das Uebergewicht einer leitenden Nation zu brechen, dieselbe panslavistische und moskowitische Neigung, dazu noch, wenigstens so weit es sich auf dem Congreß zeigte, auf croatischer Seite ein ziemlich gleichgiltiges Verhalten gegen die Frage nach dem Bestand eines österreichischen Staates. Es sei gleich an dieser Stelle darauf hingewiesen, welche Rolle die hier dargestellten Verhältnisse in den politischen Constellationen der nächsten Zukunft, vor Allem im Kampfe der Revolution gegen die alte Macht, spielen mußten. So wenig es unter den Croaten und nun gar unter den Czechen an Liberalen, Demokraten und Radicalen fehlte, so brachten es

die nationalen Verhältnisse doch naturgemäß dahin, daß die Croaten gegen die ungarische, die Czechen gegen die Wiener Revolution zu stehen kamen, daß die ersteren geradezu als Werkzeug der Reaction gemißbraucht, die letzteren zu einem unnatürlichen Bunde mit den freiheitsfeindlichen Elementen gedrängt wurden. Die Polen befanden sich auf dem Congresse in einer sehr unerquicklichen Position. Was ihnen als Polen und als geborenen Vorkämpfern der Freiheit der Name Rußland bedeuten mußte, bedarf keiner weiteren Erörterung; den Haß gegen die Magyaren und Deutschen zu theilen, hatten sie keinen Anlaß; andererseits mußte es ihnen peinlich genug werden, gegen die vereinigten übrigen Slavenstämme aufzutreten. Man darf wohl fragen, wie sich in jener Gesellschaft der einzige anwesende Russe ausgenommen haben mag: Bakunin, der geächtete Flüchtling, auf dem das Todesurtheil des Czaren lastete, und der naturgemäß den Polen weit näher stand als der czechischen und croatischen Russenliebe.

Smolka nahm angesichts dieser Verhältnisse an den Verhandlungen des Congresses keinen thätigen Antheil, so wenig er die Bedeutung desselben zu unterschätzen geneigt war. Uebrigens verließ er nach wenigen Tagen, den 8. Juni, die böhmische Hauptstadt, um sich im Auftrage des Nationalrathes nach Wien zu begeben, wo er die politische Lage in Augenschein nehmen und die polnische Deputation in ihrem Wirken unterstützen sollte.

Wie aus seinen Briefen hervorgeht (die von nun ab unsere Hauptquelle werden), verfolgte er von Wien aus die Thätigkeit des Slavencongresses noch immer mit großem Interesse, ohne sich von demselben irgendwelchen momentanen Erfolg zu versprechen. Der Congreß selbst verschwand bald darauf inmitten der Prager Unruhen und des Bombardements der böhmischen Hauptstadt: eine bedeutende Spur seines Daseins hat er nicht hinterlassen.

Wir folgen unserem Helden in die Residenz, wo ihm in der nächsten Zukunft, im Centrum der politischen Bewegungen, weit über die ihm vom Nationalrathe zugewiesene Aufgabe hinaus, zu wirken bestimmt war. Zunächst empfängt ihn in Wien der Widerhall der Prager Ereignisse. Die von den hitzigen czechischen Radicalen hervorgerufene Juni-Revolution war an und für sich nicht gegen die Deutschen gerichtet, wenn es auch in der Natur der Verhältnisse lag, daß auch bei diesem Anlaß die nationalen Gegen-

sätze zum Ausdruck kommen mußten. Sie kehrte ihre Spitze vor Allem gegen den verhaßten Militärcommandanten Fürsten Windischgrätz, und gegen die conservativen deutschen Elemente der Bevölkerung nur insofern, als diese, durch die national-czechischen Agitationen geängstigt, sich unter den Schutz der Regierung flüchteten und, mit ihr vereint, die Ruhe aufrechtzuerhalten strebten. Die Wiener aber empfanden, wenigstens unmittelbar nach den ersten Nachrichten aus Prag, nur das Moment des nationalen Widerstreites, das freilich an jenen Kämpfen seinen guten Antheil hatte. Die Stimmung des Volkes machte sich in gereizter Weise Luft. „Wien", schreibt Smolka in seinem Briefe vom 14. Juni 1848, „erklärt sich gegen die Czechen; man schreibt ihnen separatistische und deutschfeindliche Tendenzen zu. Gestern riß ein Czeche (gewiß ein bezahlter Provocateur oder ein Betrunkener) einem Deutschen die deutsche Cocarde ab. Darauf hin befahl das hiesige Comité allen hier verweilenden czechischen Studenten (die zur ultraczechischen Verbindung „Swornost" gehören und sich auf theatralische Weise altczechisch kleiden), Wien sofort zu verlassen. Unstreitig trugen zu dieser Entschließung die Nachrichten von den Prager Vorfällen bei, die die Wiener als einen Versuch, sich von Oesterreich loszureißen, betrachten. — Leider gelingt es immer mehr, den Haß zwischen Deutschen und Czechen zu nähren. Die reactionäre Partei hat, wie mir scheint, sich jetzt vornehmlich auf dieses Gebiet verlegt, denn vom guten Einvernehmen der Völker droht dieser Partei die größte Gefahr."

Werfen wir, bevor wir das Leben Smolka's weiter verfolgen, einen Blick auf die Lage Wiens vor dem Zusammentritt des constituirenden Reichstages. Es war das Bild vollständiger Desorganisation; eine centrale Regierung bestand so gut wie gar nicht, der Hof befand sich in Innsbruck, wohin der geängstigte Kaiser nach den Mai-Unruhen entflohen oder vielmehr entführt worden war. Das Ministerium Pillersdorff, dem die Revolution die Erfüllung aller noch so weitgehenden Volkswünsche in [illegible] demüthigender Weise abgetrotzt hatte, war ohne Autorität. Der [illegible] der Regierung mit allen Vollmachten einer Behörde ausgestattete Sicherheitsausschuß bemühte sich, so gut es ging, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, und plagte sich nebenbei mit der „Lösung der socialen Frage", oder besser gesagt, mit der Auffindung von Mitteln, um die gährenden Arbeiterclassen zu be-

friedigen. Wirkliche Ordnung in die unhaltbaren Zustände zu bringen, dem Staate eine dauernde politische Gestaltung zu geben, das war die Aufgabe des Reichstages, zu dem die Wahlen in allen Kronländern, mit Ausnahme der ungarischen, soeben stattfanden.

Smolka verbrachte indessen seine Zeit nicht unthätig. Er knüpfte Beziehungen an, suchte die öffentliche Meinung, die Stimmung des Volkes, den Charakter der Parteien kennen zu lernen, und bildete sich in allseitigem Studium der Verhältnisse nach und nach ein festes politisches Programm, mit dem er später in die Reichsversammlung eintrat; die Reichstagswahlen verfolgte er, namentlich mit Rücksicht auf die galizischen Angelegenheiten, mit größter Aufmerksamkeit. Er war überzeugt, daß im Reichstage eine Sonderstellung Galiziens zu erkämpfen sein werde, und zwar mit Hilfe nicht nur der slavischen, sondern auch eines großen Theiles der deutschen Abgeordneten. „Wir suchen", schreibt er am 20. Juni, „auf die öffentliche Meinung durch einflußreiche Männer, Redacteure u. s. w. einzuwirken. Die Stimmung ist jetzt, was die Polen und das Verhältniß Galiziens zum österreichischen Staate anbetrifft, eine weitaus bessere als in den letzten Jahren. Alle sind darin einig, daß Galizien eine eigene Verwaltung und eine ähnliche Stellung wie Ungarn haben müsse. Ich habe darum schon früher an den Nationalrath berichtet, daß man meines Erachtens unbedingt im Reichstage erscheinen und die Forderungen sogleich aufstellen müsse, nämlich, daß Galizien sich selbst, durch seinen eigenen Landtag, eine besondere Verfassung zu geben, eine autonome Verwaltung, eigenes Ministerium und eo ipso eine nationale Organisation zu bekommen habe. Nur in Bezug auf das Finanz- und Kriegsministerium macht man noch Schwierigkeiten."

Weiter in demselben Brief:

„Ich war bei Schuselka; er freute sich, mich kennen zu lernen, da der Brief, den ich ihm voriges Jahr geschrieben hatte, als ich ihn nicht zu Hause angetroffen, zu seinen angenehmsten Erinnerungen gehöre *). Er hielt eine öffentliche Rede über die österreichischen Zustände; sie gefiel nicht sehr, er lavirte zu viel. Wir Polen konnten freilich vollkommen zufrieden sein, denn in Bezug auf Galizien sagte er wörtlich: „Was Galizien anbetrifft, war es

*) Smolka, der im Jahre 1847 in Blankenese verweilte, hatte Schuselka's Bekanntschaft machen wollen, ihm einen Besuch gemacht, und da er ihn nicht zu Hause getroffen, einen Brief zurückgelassen.

ein großer Fehler, es in den deutschen Bund einzubeziehen, denn dadurch binden wir uns die Hände für die Zukunft in unserem freien Handeln, und gewähren zugleich den Slaven im Reichstage ein gefährliches Uebergewicht. Galizien müßte man unabhängig halten wie Ungarn, um es im geeigneten Momente hinzuschenken und ein großes mit Oesterreich und Deutschland verbündetes Reich zu bilden."

So großen Antheil Smolka an dem künftigen Reichstage nahm, hatte er doch seine eigene Candidatur nirgends aufgestellt, obwohl er im Herzen wohl wünschen mochte, als Abgeordneter in die Constituante entsendet zu werden. „Es thut mir leid", schrieb er am 11. Juni, „daß ich mich nirgends als Candidaten anmelde, denn ich sehe, daß ich hier im Stande wäre, für das Wohl des Landes in erfolgreicher Weise zu wirken. Man müßte ja deutsch können — eine Hauptsache. Jetzt müssen die Wahlen beendigt sein, es wäre also zu früh, zu candidiren; doch kommt es vor, daß Einer eine Wahl nicht annimmt oder an mehreren Orten zugleich gewählt wurde. Wenn so eine Stelle frei würde, würde ich wohl candidiren, wenn Aussicht wäre, gewählt zu werden. Ich halte die Annahme eines solchen Mandates immer für ein Opfer; nur eine Rücksicht ist ausschlaggebend: der Wunsch, etwas zum Wohle des Landes beizutragen und sich Verdienste zu erwerben, die mit der Zeit beachtenswerth werden könnten."

In der That stellte das Wahlcomité seine Candidatur erst auf, als es fast zu früh war und die öffentliche Meinung sich erstaunt fragte, warum unter den von der Lemberger Zeitung veröffentlichten Wahlvorschlägen Smolka's Name fehle. Glücklicherweise mußte im Lubaczower Bezirke wegen vorgekommener Unregelmäßigkeiten eine Wahl wiederholt werden. Dort wurde Smolka ohne sein Vorwissen als Candidat aufgestellt und am 26. Juni einstimmig gewählt. Erst am 10. Juli, am Tage der Eröffnung des Reichstages, erhielt er sein Wahlcertificat.

Bezeichnend für das besondere Vertrauen, das Smolka's Wähler in ihren Abgeordneten setzten, ist die Adresse (Anhang, Nr. V), mit welcher sie ihm am 18. Juli an sie gerichtetes Dankmanifest beantworteten. Es ist dies die erste in der langen Reihe zahlreicher Kundgebungen, die Smolka im Laufe seines politischen Wirkens erhielt. Wir wollen nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit noch einer anderen Kundgebung besonders zu erwähnen, die in so mancher Beziehung nicht uninteressant ist. Es ist dies der Brief, den die

Juden aus Tysmienica an Smolka aus Anlaß eines Schreibens richteten, in welchem er sie ermahnt hatte, von der erbetenen Gleichberechtigung, für die er immer einzutreten willens sei, einen möglichst vorsichtigen und richtigen Gebrauch zu machen. Wir bringen die Adresse im Anhange (Nr. 4). Der wackere Sinn, von dem es zeugt, wäre wohl allen Juden und freilich auch manchem Sterblichen sonst zu wünschen.

Die bureaukratisch-reactionäre Partei in Galizien, die über die Wahl Smolka's einigermaßen entsetzt war, ließ es ihrerseits an Bemühungen nicht fehlen, Proteste gegen seine Erwählung zu Stande zu bringen. In einem dieser Actenstücke heißt es: „Er ist ein begnadigter Hochverräther, weder Aristokrat, noch Demokrat, sondern ein reeller Republikaner" u. s. w. — eine Stelle, die bei der Verlesung in der Kammer allgemeine Heiterkeit hervorrief.

Die Constituirung des Reichstages konnte nicht früher stattfinden, als bis mindestens 192 Mandate verificirt waren. Bis dahin wurden nur vorberathende Sitzungen abgehalten, in denen sich Standpunkt und Charakter der künftigen Parteien, ihre politischen, socialen, vor Allem aber nationalen Unterschiede schon deutlich genug offenbarten. Gleich in den ersten Tagen bei der Verhandlung über die Geschäftsordnung kam es zu stürmischen Debatten über die Sprachenfrage. Man schlug Dolmetscher und andere Auskunftsmittel vor; der ganze Jammer eines polyglotten Reichstages schien hereinzubrechen. Für einen Reichstag, der in seiner Mitte aus Galizien allein nicht weniger als 38 Bauern hatte, die fast alle die Verhandlungssprache weder verstehen noch sprechen konnten, schien das Problem in der That beinahe unlösbar. Bezeichnend sind die Reden, die der galizische Bauer Sawka bei Gelegenheit dieser Kämpfe hielt. „Ich bitte die hochwürdigste Kammer", rief er in seinem gebrochenen Deutsch aus, „es zeigt sich auf diese Art, sie brauchen Keinen von Galizien hier, wir sind umsonst hiehergekommen. Wozu brauchen sich hier so Viele einzufinden, und unsere Reise hat schon so viele Kosten gehabt und umsonst. Ich danke schön, wenn alles deutsch, wer wird polnisch sein?"*)

Und später: „Wer ist schuld, daß in Galizien der Bauer nicht deutsch? bloß die Herrschaft. Von jeher und bis 15. Mai

*) Stenogr. Ber., I., 10.

hat man uns so bedrückt und beschwert, wie es nur immer möglich war; der Bauer in Galizien hat keine Wohnung, keine Kleidung — nichts; alles hat ihm die Herrschaft in Galizien zu entreißen gesucht, er hat nichts zu leben und kann daher nicht in die Schule gehen, die Bewohner von Galizien müssen viele Sachen anderswo kaufen. Also bitte ich die hohe Kammer, sich selbst zu erklären, warum wir Niemanden haben, der die deutsche Sprache versteht*)."

Schließlich verstanden sich die Deutschen selbst dazu, über den die nichtdeutschen Nationalitäten verletzenden Paragraphen zur Tagesordnung überzugehen. Die Frage blieb also theoretisch (denn um mehr als Theorie konnte es sich nicht handeln) vorläufig unentschieden. „Ich muß gestehen", schreibt Smolka am 13. Juli, „daß die deutsche Partei sich, was die Schonung der Nationalitäten anbetrifft, in der liberalsten Weise geäußert hat und die deutsche Sprache nur für den Reichstag als das einzige Mittel verlangte, um weitere Berathungen möglich zu machen. Schließlich hat sie im Interesse des guten Einvernehmens auch diesen Antrag zurückgezogen und den Uebergang zur Tagesordnung beschlossen, so daß ich den Deutschen, wie scharf sie auch ins Zeug gingen, in dieser Beziehung die größte Mäßigung und den besten Willen, auf die anderen Nationalitäten Rücksicht zu nehmen, zuerkennen muß. — Obwohl sie diesmal nachgegeben haben, sehe ich doch noch heftige Kämpfe über diesen Punkt voraus, besonders wenn die Czechen kommen. Gebe der Himmel, daß diese Angelegenheit nicht die Verständigung über vitalere Dinge hindere! Die Deutschen fürchten, daß wir uns mit den Czechen verbinden könnten, und versprechen uns goldene Berge. Zu ungerechten Zwecken werden wir uns mit Niemandem verbinden, aber um das zu erreichen, was uns von Rechtswegen gebührt, werden wir Verbündete suchen, wo sie zu finden sind."

Zugleich mit der Constituirung des Reichstages vollzog sich unter Nöthen und Schmerzen die Bildung des neuen Ministeriums. Am 8. Juli hatten die Wiener Demokraten vom Stellvertreter des Kaisers, Erzherzog Johann, die Entlassung Pillersdorff's und des ganzen Ministeriums, mit Ausnahme Wessenberg's, und die Beauftragung Doblhoff's mit der Bildung eines neuen Cabinetes bewirkt. Smolka gibt im Briefe vom 11. Juli die Ministerliste, die damals umlief, mit knappen Randbemerkungen

*) Stenogr. Ber., I., 11.

wieder: „Doblhoff, Präsident und Minister des Innern (gut); Wessenberg, Aeußeres (gut); Alexander Bach, Justiz (junger Wiener Advocat)“ — daneben eine sorgfältig durchstrichene bedeutungsvolle Bemerkung, die heute nicht mehr zurückgehalten zu werden braucht: „er gefällt mir nicht“; — „Hornbostel, öffentliche Arbeiten (Wiener Fabrikant, ziemlich gut); Schwarzer, Handelsminister (Redacteur der „Oesterreichischen Zeitung“, einstmals Kellner, dann Bombardier, 40 Jahre alt, gefährlich, persönlicher Freund Stadions, buhlt um die Gunst der galizischen Abgeordneten); Exner, Cultus und Unterricht (gut, früher als Katechet gemaßregelt wegen Leugnung der Erbsünde); General Schönhals, Krieg; Stametz Mayer (Wiener Großhändler), Finanzen.“ — Das neue Ministerium kam erst eine Woche später und in anderer Zusammensetzung zu Stande, u. zw.: Präsidentschaft und Aeußeres: Wessenberg, Inneres: Doblhoff, Justiz: Bach, Finanzen: Krauß, Krieg: Latour, Handel: Hornbostel, öffentliche Arbeiten: Schwarzer. Dazu kamen als Unterstaatssecretäre: für die Finanzen Stifft, für Cultus und Unterricht (welches Ressort interimistisch Doblhoff übernahm) Feuchtersleben. — Die neue Regierung konnte nicht von sich sagen, daß sie sich eines großen Ansehens in der Bevölkerung erfreue. Die Armee empfand für sie nur Verachtung: hatte sich doch der Kriegsminister Latour in einem Circular an die Commandanten wegen der Uebernahme des Portefeuilles förmlich entschuldigt und seinen Waffengenossen die beruhigende Versicherung gegeben, daß er sich mit dem Programm der gegenwärtigen Regierung keineswegs im Einklange befinde. — Die Beamten waren ihr abgeneigt, beim Volke genoß sie kein Vertrauen, in Hofkreisen war sie verhaßt. Man betrachtete sie allgemein als nothwendiges Uebel. Dennoch schleppte sie ihr mühsäliges Dasein vom 18. Juli bis Ende November 1848, also länger als irgend eines der Ministerien dieses Jahres, dahin; freilich stellte von den ersten Octobertagen an eigentlich nur noch Krauß allein das Ministerium dar; und dieser Mann, unter allen Ministern der für sein Ressort am wenigsten geeignete, behielt sein Portefeuille bis zum Jahre 1850, unbeweglich und unerschüttert mitten in den fundamentalsten Wandlungen der Politik. Zugleich mit dem Reichstage und mit dem Hofe in bestem Einvernehmen, gab er beiden Geld, ohne je unbequem zu werden; er wußte sich bei dem Volke eine gewisse Popularität zu erwerben, ohne dadurch

nach oben hin an Vertrauenswürdigkeit zu verlieren. So hielt er denn auch in den gefährlichen Octobertagen auf seinem Ministerfauteuil aus. „Dem Finanzminister werden sie nichts anhaben", meinte er, „sie kriegen keinen anderen." Eines der humoristischen Journale jener Zeit verglich einmal das Ministerium mit dem menschlichen Organismus: es ertheilte dabei, ich weiß nicht mehr wem, die ehrenvolle Rolle des Kopfes, Latour stellte die Arme dar, Krauß aber wurde mit jenem Körpertheil verglichen, der gewöhnlich die Schläge bekommt.

Am 22. Juli wurde der Reichstag durch den Stellvertreter des Kaisers, Erzherzog Johann, feierlich eröffnet. Diese Stellvertreterschaft (übrigens eine rein formale, da der Erzherzog, zum deutschen Reichsverweser erwählt, sich um die Zustände in Oesterreich gar nicht bekümmerte) war für den Reichstag eine deutliche Mahnung an die erste Aufgabe, die er zu erfüllen hatte. Das Oberhaupt des Staates mußte wieder an die Spitze gestellt, der Kaiser zur Rückkehr nach Wien bewogen werden. — Die lebhafte Debatte, die sich aus diesem Anlasse über die an den Kaiser zu erlassende Adresse entsponnen, vor Allem die Kämpfe um den Antrag des Abgeordneten Klaudi: die Rückkehr nicht zu erbitten, sondern zu fordern, sind aus den Darstellungen der Geschichte des Jahres 1848 hinlänglich bekannt. Die Linke setzte ihr „Fordern" durch; Smolka stimmte durchaus mit der Linken.

Der Kaiser erfüllte die „Forderung" des Reichstages und kehrte zurück. Die Volksvertretung war stolz auf ihren Sieg, die gutmüthigen Wiener freuten sich wie die Kinder. Aber bei der nächsten Gelegenheit, bei der bekannten Parade am 19. Juli, zu der auch der Reichstag geladen war (Smolka nahm an ihr in der Uniform eines Oberlieutenants der Lemberger Nationalgarde Theil), zeigte sich deutlich genug, welche Entfremdung zwischen dem Hofe (der freilich von der Person des Kaisers wohl unterschieden wurde) und dem Volke herrschte; und die jubelnden Hurrahs, mit denen die akademische Jugend und die Nationalgarde den Reichstag ostentativ begrüßte, waren der Ausdruck der großen Popularität, deren sich die constituirende Versammlung in jenen Tagen erfreute. Andererseits ließ die Art oder Unart, mit der sich die Armee gegen den Reichstag benahm, jeden Weiterblickenden schon damals den Geist der kommenden Militärreaction ahnen.

7. Capitel.

Der Verfassungsausschuß. Die Ruthenen. Die galizischen Justizzustände. Wiedererlangung der Advokatur. Materielle Verhältnisse. Aussichten auf eine Gerichtspräsidentschaft. Verhalten im Reichstag. Rede über den 20-Millionen-Credit.

Eine Verfassung für Oesterreich zu schaffen, war der Reichstag berufen worden; und gerade diese seine Hauptaufgabe zu lösen, sollte ihm nicht vergönnt seint.

Zur Ausarbeitung eines Entwurfes, der als Grundlage der Debatte dienen sollte, wurde am 1. August der Constitutionsausschuß bestellt, in den auch Smolka gewählt ward. Nun schien sich ihm ein neues Gebiet reicher Thätigkeit zu erschließen, der es an ernstester Bedeutung wie an den mannigfaltigsten Schwierigkeiten nicht fehlte. „Ich bin", schreibt er am 9. August, „wie du weißt, Mitglied des Constitutionsausschusses. Dieser hat behufs Ausarbeitung der ersten allgemeinen Skizze einer Verfassung eine engere Commission von fünf Mitgliedern niedergesetzt. Zu dieser gehören: Cajetan Mayer, Palacky, ich, Gobbi und Goldmark. Die Lage ist einigermaßen kritisch wegen der unklaren Beziehungen zum deutschen Bunde, zu Ungarn ꝛc. Ueber die Einzelheiten der Thätigkeit in diesem Ausschusse darf ich nicht sprechen, denn ich bin voto taciturnitatis obstrictus, bis der Entwurf vollendet sein sein wird."

Der Schleier des Geheimnisses, der lange Zeit über der Thätigkeit des Constitutionsausschusses lag, wurde schon im Jahre 1865 durch Anton Springer, der eine diplomatisch genaue Abschrift der Ausschußprotokolle besaß, in seiner „Geschichte Oesterreichs" gelüftet, neuerdings durch die von demselben Schriftsteller veranstaltete Ausgabe der Protokolle vollständig gehoben *). Trotzdem Smolka dem weiteren wie dem engeren Ausschusse angehörte, ist im Rahmen dieser Erzählung kein Anlaß gegeben, auf die Ausschußverhandlungen des Näheren einzugehen; unter den Namen der Redner begegnen wir dem seinigen nur selten. Das liegt an Folgendem: Die Vorberathungen, an denen sich Smolka aufs eifrigste betheiligte, über die wir aber keine

*) Protokolle des Verfassungsausschusses im österreichischen Reichstage 1848—49, herausgegeben von A. Springer, Leipzig 1885.

Protokolle besitzen, hatten sich sehr lange hingezogen, was theils daran lag, daß der Antrag Kudlich, an den sich die einzige legislative Großthat des Reichstages knüpft, alle Mitglieder der Versammlung bis in die ersten Septembertage hinein in Athem hielt, theils daran, daß die Aufregungen der Permanenzzeit keinen Raum für irgend etwas ließen, außer den wechselvollen Ereignissen des Tages — ganz abgesehen davon, daß ein großer Theil der Mitglieder des Verfassungsausschusses nach den ersten Octoberschrecken die Residenz verlassen hatte. So gelangte denn der Ausschuß erst Ende Jänner 1849 dazu, die Berathungen über die vom Fünfercomité vorgelegten Verfassungsentwürfe zu beginnen. Von dieser Zeit an bis zur Auflösung des Reichstages (7. März) arbeitete er mit größtem Fleiße und wurde mit dem eigentlichen Constitutionsentwurf (die „Grundrechte" hatte er bereits früher erledigt) knapp vor dem Momente fertig, in welchem die Thore des Reichstages gewaltsam geschlossen wurden. Nur über diesen Zeitraum — Ende Jänner bis Anfangs März 1849 — berichten die von Springer herausgegebenen Protokolle. Während dieses Zeitraumes aber war Smolka Präsident des Reichstags: eine Würde, mit der er zwar, entgegen der heutigen parlamentarischen Gepflogenheit, die Stelle als Mitglied des Ausschusses vereinigen durfte, die ihm aber (man denke nur an die stürmischen und verwickelten Debatten über die „Grundrechte", die die Kraft des Präsidenten tüchtig in Anspruch nahmen) weder Ruhe noch Frische genug übrig ließ, um sich so ausgiebig und selbstthätig, wie er es wünschen mochte, an der Thätigkeit des Ausschusses zu betheiligen. Es ist nur aus seiner merkwürdigen Arbeitskraft und seiner großen parlamentarischen Gewissenhaftigkeit zu erklären, daß es ihm, bei der Menge der Präsidialgeschäfte, überhaupt möglich war, den Ausschußsitzungen regelmäßig beizuwohnen*).

Zwischen Smolka und dem Reichstag von 1848, dessen Verkörperung man ihn nennen kann, herrscht ein bemerkenswerther Parallelismus. Nicht als Mitschöpfer einer Charte tritt uns Smolka's historische Persönlichkeit entgegen, nicht als Schöpfer einer Verfassung lebt der Reichstag in der Geschichte fort. Etwas

*) Daß er übrigens auf die Beschlüsse des Ausschusses einen nichts weniger als unbedeutenden Einfluß übte, bezeugen u. A. die im Anhang Nr. 3) abgedruckten Briefe aus der Bukowina, in denen sein Eintreten für die Loslösung dieses Kronlandes von Galizien mit so warmem Danke anerkannt wird.

keineswegs Zufälliges, keineswegs bloß durch äußere Ursachen Bedingtes liegt in diesen Thatsachen. Jene Periode der äußeren und inneren, einander wundersam durchflechtenden und in erhöhter Potenz verwirrenden Wirren war nicht die Zeit für dauernde constitutionelle Gestaltungen. Es galt, die allgemeinen Grundzüge freiheitlichen Lebens festzustellen, in der That die „Grundrechte" zu entwerfen, das Princip fest und kräftig zu vertreten, unbeirrt durch den Widerstand der Regierenden, wie durch einzelne Ausschreitungen der Menge. Das that der Reichstag, wenigstens in den wichtigsten Momenten und in seinen wahrhaft charakteristischen Vertretern; das that, und zwar in den gefährlichsten Tagen am kräftigsten, sein Präsident Smolka. So waren nicht einzelne Ausschüsse, sondern das Plenum der Versammlung, und — was wahrlich nicht zu übersehen ist — großentheils auch der außerparlamentarische Schauplatz, Smolka's eigentliches Thätigkeitsfeld.

Die nunmehr gedruckt vorliegenden Protokolle seien übrigens dem Leser, der sich für die Geschichte des politischen Lebens in Oesterreich interessirt, nachdrücklich empfohlen. Sie geben ein getreues und höchst belehrendes Bild der damaligen staatlichen und Parteiverhältnisse überhaupt und werfen auch auf Manches in der politischen Geschichte der Gegenwart in überraschendster Weise Licht.

Neben der parlamentarischen Thätigkeit beschäftigten Smolka vornehmlich die galizischen Landesinteressen. Wir haben bereits erwähnt, wie die vom Grafen Gołuchowski ausgesprochene Idee, gegen die polnischen Bestrebungen die Ruthenen als Contraagitationswerkzeug zu gebrauchen, sofort Anklang fand und ihrem Urheber den Weg zu Würden und Ehren bahnte. Gołuchowski, einer der jüngsten Gubernialräthe, avancirte nun mit auffallender Geschwindigkeit: er wurde binnen kürzester Zeit Vicepräsident des Guberniums, und als der Gouverneur Graf Stadion an den Hof nach Innsbruck berufen ward, um über die Bildung des neuen Cabinetes zu unterhandeln, war es Gołuchowski, den er neben dem Commandirenden Grafen Hammerstein mit der Verwaltung des Landes betraute. Der geschickte Rathgeber, der so zu rechter Zeit das rechte Mittel anzugeben gewußt hatte, wäre auch ganz gewiß, da Stadion, ohne das Ministerium zu übernehmen, dennoch auf seinen galizischen Posten nicht mehr zurückkehren mochte, schon damals zum Statthalter von Galizien ernannt

worden, wenn nicht Smolka in Verbindung mit der polnischen Deputation diese Wahl hintertrieben und die Ernennung des Hofrathes und Referenten für galizische Angelegenheiten, Wenzel Zaleski, durchgesetzt hätte (30. Juli). Aber die Verwaltung Zaleski's sollte nicht lange währen. Kaum war am 22. November 1848 das Ministerium Schwarzenberg-Stadion gebildet, als auch sofort die Abberufung Zaleski's und seine Ersetzung durch Gołuchowski erfolgte.

Die Idee, die Ruthenen gegen die Polen zu verwenden, war allerdings nicht ganz neu. Schon im Jahre 1775 hatte der damalige Schulreferent im Lemberger Gubernium, Johann Christof von Koranda, in einem Bericht über die Einführung des Normal-Schulpatentes in Galizien unter Anderem die Bemerkung gemacht, daß man es in Galizien keineswegs nur mit den polnischen Elementen zu thun habe, daß vielmehr im größten Theile der „revindicirten" Königreiche, das heißt in der ehemaligen rothreussischen Wojewodschaft die Sprache des gemeinen Volkes nicht die polnische, sondern „irgend ein reussischer oder illyrischer Dialect" sei. Er erklärte weiter, daß darum von einer polnischen Unterrichtssprache nicht die Rede sein könne, und fügte überdies noch andere Gründe hinzu — alle so widersinnig, daß sie vom Hofkammerreferenten Felbiger auf das gründlichste abgethan wurden.

Auch im Jahre 1831 hatte sich ein ruthenisches Comité gegen die national-polnische Bewegung gebildet; und in der Verschwörungsperiode spielte die ruthenisch-moskowitische Agitation ebenfalls ihre Rolle. Niemals aber nahmen die Agitationen so großen Umfang an und niemals wurden sie von der Regierung so ausgebeutet, wie im Jahre 1848; ein Theil der liberalen Deutschen in Wien, die den wahren Sinn der Bewegung und die Absichten der Regierung erkannten, ertheilte daher dem Grafen Stadion den Namen eines „Erfinders der ruthenischen Nationalität".

Die von oben herab geförderte Agitation gewann in Kurzem ihr bestimmtes, klar bezeichnetes Ziel, und die ruthenische Frage fing an, sich bedrohlich zu gestalten. Es handelte sich um nichts Geringeres, als um die Bildung eines selbständigen ruthenischen Kronlandes. „Man liest eben", schreibt Smolka am 8. August, „daß eine Petition ruthenischer Unterthanen wegen der Theilung Galiziens in zwei Gubernien eingereicht wurde. Ihr wißt, daß

wir der beabsichtigten Theilung Galiziens, die der Kaiser am 19. Juni 1848 unterschrieben, den Garaus gemacht haben. Es könnte aber aus Anlaß dieser Petition die Frage von Neuem aufgeworfen und zu unserem Schaden ausgebeutet werden. Demgemäß wäre es nöthig, daß man uns eine ruthenische Petition, die die Theilung Galiziens verwirft, und zwar mit möglichst zahlreichen Unterschriften versehen, einsende."

Aus späteren Briefen geht hervor, wie nahe ihm die Angelegenheit ging, und wie er sie aufgefaßt wissen wollte. „Man berichtet", heißt es am 29. August, „daß die Ruthenen eine zweite, mit 15.000 Unterschriften versehene Petition wegen der Theilung Galiziens eingereicht haben. Ich höre, daß Unterschriften gegen die Theilung gesammelt werden. Diese Petition müßte gut, gründlich und in versöhnlichem Geiste abgefaßt sein. Wir können durchaus keine Zeit finden, um etwas Derartiges niederzuschreiben. Es könnte auch als treffliches Thema für eine Rede in der Kammer dienen, wenn uns die Ruthenen, wie zu erwarten steht, öffentlich angreifen sollten. Es ist dies eine wichtige, außerordentlich wichtige Sache und durchaus nöthig, daß sich irgend Jemand mit ihr aufrichtig beschäftige." — Und wieder, am 31. August: „Heute wurde unter die Deputirten ein in Lemberg erschienenes Schriftchen vertheilt, das den Titel führt: »Denkschrift für die ruthenische Nation in Galizien, zur Aufklärung ihrer Verhältnisse.« Ich habe sie noch nicht gelesen; es möge Jemand antworten, aber in ruhigem, nicht verletzendem Tone." (Die letzten Worte im Original deutsch.)

Daß er nicht eine künstliche Gegenagitation wünschte, sondern das „schändliche Memorandum der St. Georgs-Partei" wie er sich einmal ausdrückt, wirklich für eine tiefe Unwahrheit hielt, zeigt schon der Ton seiner Briefe und war durch seine Kenntniß der Sachlage bedingt. Er wußte wohl, daß die sogenannten Ruthenen, die das ruthenische Comité gebildet hatten, nicht einmal wirkliche Ruthenen waren, daß die ganze Frage eine Intrigue der Reaction sei. In Lemberg begründete ein solches Comité der Gubernialrath Dr. Josef Emminger, in Zolkiew der Commissär Wohlfahrt u. s. w. Im Allgemeinen waren im Lande die Urheber der Agitation meistens Beamte deutscher Nationalität oder polnische und ruthenische Renegaten. Smolka kannte von der Verschwörungsperiode her eine Menge wirklicher Ruthenen, von denen er wußte, daß sie sich keineswegs zu Helfers-

helfern der Reaction herzugeben, vielmehr gegen die St. Georgs-Partei entschieden anzukämpfen gewillt waren.

Die von ihm gewünschte Gegenschrift kam in den ersten Septembertagen zu seiner großen Befriedigung zustande. Ihr Verfasser war Caspar Cieglewicz, ein Ruthene.

Wie weit übrigens die Sache schon gediehen war, und mit welchem Erfolg die St. Georgs-Partei arbeitete, zeigt die Instruction für den Statthalter Zaleski vom 2. August 1848. „Seine Majestät", heißt es daselbst, „haben sich bewogen gefunden, Euer Wohlgeboren zum Gouverneur von Galizien mit Einschluß des Krakauer Kreises und der Bukowina, und nach etwa erfolgter Theilung der Provinz in zwei Gubernien zum Gouverneur in Krakau zu ernennen." Ob aber Smolka gut berichtet war, als er (am 8. August) schrieb, daß der Act der Theilung bereits die Unterschrift des Kaisers erlangt habe, scheint gerade nach den eben angeführten Worten sehr fraglich.

Neben der ruthenischen Frage interessirte ihn lebhaft die Reform der galizischen Gerichtszustände. Auf sein energisches Betreiben entsendete der Minister Bach eine Commission aus Galizien, um die ausländischen Justizverhältnisse zu studiren. Daß es ihm gelang, beim Minister etwas Derartiges durchzusetzen (für keine andere Provinz geschah Dergleichen), daß die Commission ganz nach seinem Antrage zusammengesetzt wurde, zeigt von dem großen Einflusse, den er schon damals übte, und erweckte in den Beamtenkreisen eine nicht geringe Meinung von seiner Zukunft. „Der Mann wird Carrière machen", hieß es allgemein. Wirklich hatte es den Anschein, als ob auch ihm persönlich aus seiner angesehenen Stellung und namentlich aus dem freundschaftlichen Verhältnisse, daß sich zwischen ihm und Bach herausgebildet hatte, einiger Vortheil erwachsen könnte. Am 25. August verlieh ihm Bach eine überzählige Advocatursstelle in Lemberg, wodurch eine der Folgen seiner Verurtheilung aufgehoben und ihm wenigstens die Möglichkeit einer Existenz eröffnet wurde. Aber wie er sich um diese Ernennung nicht bemüht hatte, so war überhaupt das Suchen eigenen Vortheiles seine Sache nicht. — Anlaß genug, auf sich bedacht zu sein, hatte er wohl. Seine materielle Lage war elend; und wie bezeichnend sind gerade jene Stellen seiner Briefe, in denen er auf diesen Punkt zu sprechen kommt! „Es ist gut, daß du menagirst", heißt es in einem

Briefe vom 19. September an seine Gattin, „denn ich erwarte nicht, daß mir mein Gebaren irgend welchen Vortheil bringen werde. Kann auch sein, daß wir elend zu Grunde gehen — immer aber mit reinem Gewissen — und so bin ich auch anderseits überzeugt, daß ich heute schon einen ansehnlichen Posten haben könnte, wenn mir etwas daran läge, wenn ich mich d'rum bemüht oder vielleicht verkauft hätte. Aber ich will lieber Holz hacken und Euch in Noth und Elend sehen — was mir das Schmerzlichste wäre — als die Unabhängigkeit meiner Ueberzeugung aufgeben."

So betrachtete er auch jetzt die Wiedergewinnung der Advocatur höchstens mit Rücksicht auf seine Familie und jedenfalls nur im Hinblick auf die Zukunft. Vorläufig war ihm das Geschenk des Justizministers eher störend. Die bewegte, ereignißreiche Gegenwart, die öffentlichen Interessen, namentlich die damals wogende Debatte über die Abschaffung der Robot nahmen sein Denken ausschließlich in Anspruch. „Ich bin also", schreibt er am 29. August, „wieder Advocat; aber wann ich davon Gebrauch machen werde, das ist eine andere Frage. Ich werde wohl beim Appellationsgerichte einreichen, daß man mir keinen Substituten bestelle und mich im Allgemeinen betrachte, als wenn ich nicht Advocat wäre. Ich bin ja jetzt außer Stande, zu sagen, wann ich zurückkehre, und dann wird man, leider Gottes, ganz von vorne anfangen müssen . . . . Bin mir noch nicht klar geworden, was ich anfange, will nicht einmal daran denken, denn mir brummt der Kopf vom Antrage Kudlich, den Amendements, Fragen ꝛc. — Die Fragen sind eben vertheilt worden, 159 an der Zahl (ich schließe ein Exemplar bei) — der augenscheinlichste Beweis, daß man so nicht stimmen kann. Ich bin darauf gespannt, wie sich die Kammer entscheiden wird." Der ganze Ton dieser Stelle, das plötzliche Abspringen auf die politischen Fragen, charakterisirt Smolka's Sinnesart zur Genüge. Wenn ihn zuweilen private Dinge beschäftigten, so waren es die Angelegenheiten Anderer, namentlich wo es galt, sich eines mit Unrecht Verfolgten oder Geschädigten anzunehmen, also in gewissem Sinne auch das öffentliche Interesse dabei im Spiele war. In solchen Fällen — und seine Protection wurde nur allzuhäufig angerufen — versagt er seine Hilfe nie, dringt aber in Uebrigem darauf und ermahnt seine Landsleute energisch, ihn und überhaupt die Abgeordneten mit Privatgeschäften zu verschonen.

Fast noch charakteristischer ist sein Verhalten in einer anderen, seine Person betreffenden Angelegenheit. Um dieselbe Zeit, als er die Advocatur wiedererhielt, verbreitete sich das Gerücht, daß seine Ernennung zum Präsidenten des Lemberger Appellationsgerichtes bevorstehe. Er nahm sich nicht einmal die Mühe, durch eine kurze Anfrage bei Bach zu erfahren, was denn an der Sache sei. „Die Präsidentschaft", schreibt er (29. August), „ist dummes Zeug — es kann aber wohl sein, daß man mich im Ministerium vorgeschlagen hat." Dazu kam, daß er, gegen alle Klugheit der Weltkinder, durch sein Auftreten in der Debatte über den vom Finanzminister geforderten 20-Millionen-Credit die Gunst der Regierung gerade in dem Momente verscherzte, als er im Ministerium thatsächlich schon für jene Stelle designirt war. — Als das Gerücht sich hartnäckig erhielt und ihm aus Galizien wieder darüber geschrieben wird, erwidert er: „Es liegt ja nicht außer aller Wahrscheinlichkeit, doch bin ich fest überzeugt, daß man (nach meiner Rede gegen den 20-Millionen-Credit, für Italien und gegen die Wegnahme unserer Depositen, auch wohl nach manchem Votum im Constitutionsausschusse) in diesem Punkte wieder anderen Sinnes geworden ist. Es ist keine Gefahr, daß mir diese Gnade zu Theil wird .... zerbrich Dir den Kopf nicht darüber."

Die Sache schlief für den Augenblick ein, regte sich aber in den ersten Octobertagen wieder, ohne sein Blut mehr als früher in Wallung zu bringen. Seine Briefe aus dieser Zeit geben von derselben kühlen Gleichgiltigkeit gegen die Carrière, aber zugleich auch von dem Ernste Zeugniß, mit dem er jede Art von Wirksamkeit, sowohl die politische als auch die richterliche, auffaßte. So heißt es im Briefe vom 3. October: „Dein Schreiben vom 30. September habe ich erhalten, in welchem Du meldest, daß eine Petition eingereicht werden soll, um meine Ernennung zum Appellationspräsidenten zu erwirken. Ich weiß wirklich nicht, was ich darüber denken soll. Für den Fall, daß ich irgend einen Posten annehme, müßte ich mich einer Neuwahl unterziehen, und wer weiß, ob man mich in Lubaczow wieder wählen würde; vielleicht würde man die Bauern überreden, für einen anderen zu stimmen, und so könnte ich aus der Kammer entfernt werden. Mir aber liegt weit mehr daran, im Reichstage zu sitzen, als irgend etwas zu werden; ich weiß übrigens nicht, ob das Ministerium zustimmen würde, denn wir stehen jetzt ein wenig schief

miteinander. Wenn ich überdies wirklich zum Gerichtspräsidenten ernannt und auch wiedergewählt würde, so wüßte ich nicht, ob es nicht meine Pflicht erheischte, auf das Mandat zu verzichten und ins Land zurückzukehren, um mich mit der Organisation des Gerichtswesens zu beschäftigen; ich aber möchte durchaus im Reichstage bis zu Ende bleiben. Im Uebrigen ist es unwahrscheinlich, daß die Regierung — wenigstens jetzt — einen begnadigten Staatsverbrecher zum Präsidenten eines Justiztribunals in der Provinz machen würde. D'rum laß Dich dies nicht kümmern; ich meinestheils gestehe, daß ich nicht einmal so große Lust zu dieser Präsidentschaft verspüre." Am 4. kommt er auf den Gegenstand zurück: „Was die aufgefrischte Präsidentschaft betrifft, so lasse ich mir nicht einmal im Traume einfallen, daß dies zu Stande kommen könnte, und thatsächlich würde ich es mir jetzt, wie die Sachen stehen, nicht einmal wünschen. Reaction und Fortschritt messen sich miteinander, und noch so manches ausgezeichnete Opfer wird fallen, ehe sich die Verhältnisse festigen."

Weder seine materielle Lage (die Diäten bildeten seine und seiner Familie einzige Subsistenz), noch die Vorwürfe seiner nächsten Anverwandten in Beamtenkreisen, die ihm seine Selbstvergessenheit stark übel nahmen, konnten Smolka dahin bringen, sich um die Gunst der Machthaber zu bemühen; ja, sein persönlich gutes Verhältniß zu den Ministern wurde durch sein Verhalten in politischen Dingen immer mehr getrübt. „Er watete immer weiter in der Opposition", sagten die Reactionäre. Thatsächlich war er weit davon entfernt, die Regierung principiell zu bekämpfen und Opposition um jeden Preis zu treiben; wie er sich auch in seinem Auftreten niemals zu verletzenden Ausdrücken, zu unsachlichen Angriffen verleiten ließ. Das Ministerium, und namentlich Doblhoff's Persönlichkeit, war ihm sogar im Allgemeinen sympathisch, und er hat sich bei mehr als einem Anlasse nach Kräften und in entscheidender Weise bemüht, es zu erhalten. Es kam vor, daß er von seinen politischen Freunden arg gescholten wurde, weil er in bestimmten Fragen, in denen er die Regierung im Rechte fand, für diese stimmte; das focht ihn nicht an. „Darum muß man sich nicht kümmern", schreibt er (10. September), „nur immer seiner Ueberzeugung und seinem Gewissen folgen; und es ist schwer, sich vor Jedermann zu rechtfertigen."

Aber er war ebensowenig ein „Ministerieller". Von den Schlagworten des Tages unberührt, im großen Ganzen von sehr

ausgesprochenen politischen Anschauungen geleitet, aber im Einzelnen von keinem Parteigebot geknechtet, handelte er immer nach bestem Wissen und Gewissen, unterstützte die Regierung, wo sie nach seiner Meinung Unterstützung, widersprach ihr, wo sie Widerspruch verdiente.

Die erste Gelegenheit, bei der er entscheidend gegen sie auftrat, ist bereits oben kurz erwähnt worden. Es waren die Verhandlungen über den vom Finanzminister geforderten Credit von 20 Millionen Gulden, die wieder, wie so viele andere Millionen vorher, in den Strudel einer regellosen, willkürlichen, unsinnigen, dabei jeder Controle entzogenen Verwaltung hineingeworfen werden sollten. — Die Finanzlage des Staates war über die Maßen erbärmlich. Viele, die sich des Bankerottes von 1811 erinnerten, fürchteten eine Wiederholung der damaligen „Finanzmaßregeln". Zu dem ordentlichen Elend, das sich in dem unheilbaren Deficit äußerte, gesellte sich das außerordentliche, die ungarischen und italienischen Kämpfe, für die der Finanzminister Krauß viele Millionen hingab, während er in seiner kopflosen Art ein gewagtes und in der Regel unfruchtbares, ja verderbliches Mittel nach dem anderen ergriff, um der Noth für den Augenblick abzuhelfen. Zu solchen verzweifelten Auswegen, die in der That mehr einen Bankerottier als einen fähigen Finanzminister und Oekonomen verriethen, gehörten: das Verbot der Silberausfuhr, das auf dem Papier blieb, der Zwangscours des Notengeldes, der ebenfalls auf dem Papier blieb, die Ausgabe von Ein-Gulden-Noten, von Hypothekenscheinen auf die Gmundener Salinen, schließlich die Anordnung, daß alle bei den Gerichten und Patrimonialämtern aufbewahrten Depositengelder an den Staatsschuldentilgungsfonds abgeliefert und dafür 3percentige Obligationen ausgegeben werden sollten — zu einer Zeit, in der der Zinsfuß bis 18 Percent und noch höher gestiegen war. „Nicht die Gewaltsamkeit dieser Maßregel", sagt Springer (Gesch. Oesterr., II., 392), „welche das Depositenvermögen den Wechselfällen des Courses überlieferte, verdient so sehr betont zu werden, als die beispiellose Unkenntniß der wirklichen Zustande, welche dieselbe offenbart. Der Finanzminister hoffte, einige hundert Millionen für die Staatsbedürfnisse flüssig gemacht zu haben, in Wahrheit lagen in den Depositencassen kaum [illegible] Millionen. Eine rettende That mehr hatte er vollbracht, [illegible] in allen Provinzen die größte Bestürzung erregte, von

der Verlegenheit der Regierung zeugte und doch eine kaum nennenswerthe Hilfe darbot."

Als nun der Finanzminister den neuen großen Credit von der Volksvertretung forderte, ergriff Smolka die Gelegenheit, um sich über Alles auszusprechen, was er gegen die Regierung auf dem Herzen hatte: über die Finanzverwaltung überhaupt, über die Wegnahme der Waisengelder, über die „Schuld" und die Behandlung der aufständischen italienischen Provinzen, deren Bändigung so viele Opfer erheischte, und deren Verlust, wie Smolka meinte und die Geschichte bestätigte, auf die Dauer nicht abzuwenden war. Und so kam er im Verfolge seiner Erörterungen auf die italienische Frage überhaupt zu sprechen, da, wie wir aus seinem später mitzutheilenden Programm entnehmen werden, mit seiner Stellung zu dieser Frage auch seine Anschauungen über die Finanznoth und ihre mögliche Heilung aufs Innigste zusammenhing. Wir lassen die Rede nach den stenographischen Berichten (I., 679, Sitzung vom 20. August) wörtlich folgen:

„Abgeordneter Smolka: Unter der Zahl derjenigen Eingeschriebenen, welche gegen den Antrag sprechen wollen, hat es mich befremdet, daß sich Niemand gefunden, welcher gegen die Bewilligung des Credites in der Art, wie er gefordert wird, gesprochen hat. Wiewohl ich aus dieser Stimmung der hohen Kammer zu entnehmen glaube, daß dieser Credit bewilligt werden wird, so halte ich mich dennoch meinen Committenten gegenüber für verpflichtet, dagegen zu sprechen. Ich will mich verwahren gegen die Zumuthung, daß ich nicht etwas zugestehen wolle, was der Staat durchaus benöthigt; ich sage, würde ich die Ueberzeugung haben, daß der Staat nicht 20, sondern 40 Millionen braucht, so würde ich nicht Anstand nehmen, dafür zu votiren. Diese Ueberzeugung aber habe ich nicht; ich könnte eine solche nur aus einer detaillirten, genauen Darstellung der uns gemachten Vorlagen gewinnen, weil dann aus den speciellen Rubriken für den unumgänglich benöthigten Staatsaufwand folgen würde, was für ein Credit dem Staate gewährt werden müsse. — Eine solche detaillirte, numerische Darstellung des Bedarfes für die nächste Zukunft ist uns aber nicht gegeben worden. Es hat schon heute früh der Abgeordnete Brestel erwähnt, daß er die Staatsschuld nicht im Ganzen in Bausch und Bogen anerkennen könne, und zwar aus der Rücksicht, weil die Verhältnisse zwischen Ungarn und Italien noch nicht geregelt sind, und wir nicht wissen, ob diese Provinzen einen ver-

häftnißmäßigen Antheil an der Staatsschuld übernehmen würden, wo es sonach eine Gewissenssache wäre, auf die übrigen Provinzen die ganze Schuldenlast zu übernehmen. Ich bin mit dem Grundsatze ganz einverstanden und will ihn nur noch weiter ausgedehnt wissen. Wenn wir die Staatsschulden in Bausch und Bogen nicht anerkennen, so können wir dann auch nicht die Zinsen unbedingt im Ganzen anerkennen. Wäre uns eine numerisch-detaillirte Darstellung des Bedarfes für die nächste Zukunft vorgelegt worden, so wäre es möglich gewesen, in Bezug auf die Zinsenzahl eine Verminderung eintreten zu lassen; ebenso wäre es auch möglich gewesen, über diese Rubriken des Staatsbedarfes, betreffend die Zinsen der Staatsschuld, vielleicht auch in anderen Rubriken, eine Ersparung zu bewerkstelligen, daß die eine oder die andere angesetzte Auslage überflüssig sei; es wäre dann aus der Summirung der unbeanständeten Posten die Summe hervorgegangen, die zu bewilligen gewesen wäre. — Es hat der Abgeordnete Schuselka und ebenso auch der Abgeordnete Löhner sein Bedauern ausgedrückt, daß bei einer so wichtigen Sache mit so viel Leichtigkeit hinübergegangen wird, auch ich stimme in dieses Bedauern ein; denn abgesehen davon, daß uns keine speciellen Nachweisungen zugekommen sind, ist noch geschehen, daß der Ausschuß heute früh von seinem ursprünglichen Antrage wesentlich abgewichen ist, wobei uns noch der Herr Referent versicherte, daß das Ministerium dem Ausschusse die erforderlichen Nachweisungen vorlegte, die wir aber nicht gesehen haben und welche einzusehen vielleicht wichtig gewesen wäre. Ich sage, aus allen diesen speciellen Nachweisungen hätte ich die Ueberzeugung schöpfen können, daß und wie viel zu bewilligen sei; nachdem ich aber mir diese nicht verschaffen kann, so muß ich gegen die Bewilligung des Credits stimmen, und zwar mit ausdrücklicher Berufung auf die bereits geäußerte Verwahrung. — Dann habe ich auch noch über einige specielle Umstände hier zu sprechen, welche meiner Ansicht nach von großem Einflusse sind auf die Finanzlage des österreichischen Kaiserstaates auch in der nächsten Zukunft. Es ist wegen der italienischen Kriegskosten und wegen der vom Ministerium angeordneten Abfuhr der Depositengelder. Was die Kriegskosten anbelangt, so habe ich nicht das Bedenken, das der Abgeordnete Löhner soeben ausgesprochen hat, es sei an der Zeit, jetzt darüber zu sprechen. Ich sage, es ist an der Zeit, davon zu sprechen, denn diese Frage kann uns vielleicht in Sachen, die vielleicht mehr kosten würden, als die Kriegs-

kosten jetzt betragen. Es ist diese Frage der Kriegskosten materiell und principiell höchst wichtig. Materiell angenommen, weil sie eine große Summe Geldes, welche auf Führung des Krieges in Italien ausgelegt werden mußte, darstellt. Wir haben gar keine speciellen Nachweisungen, wie viel es gewesen sei, namentlich wissen wir auch nicht, was mit allen diesen Contributionen geschehen sei, welche von österreichischen Generälen in mehreren Städten Italiens erhoben wurden. Wahrscheinlich sind sie zur Führung des Krieges verwendet worden. Nachweisungen haben wir darüber keine, ich hoffe aber, daß wir dieselben erhalten werden. Principiell ist diese Sache noch wichtiger, nämlich sobald es sich um die Frage handelt, ob und wer die Kriegskosten bezahlen soll. Nach dem Kriegsgebrauche, welcher aber auf einem zweifelhaften Rechtsgrunde beruht und mit der Gerechtigkeit nicht immer Hand in Hand zu gehen pflegt, wird die Bezahlung der Kriegskosten vom Ueberwundenen gefordert; es ist dies das Recht des Stärkeren, und hiemit ist's mit aller Theorie zu Ende.

Praktischer ist es, gleich auf den concreten Fall einzugehen und zu fragen: sollen diese Kriegskosten von den wiederbesetzten italienischen Provinzen oder von den auswärtigen italienischen Mächten oder von Oesterreich getragen werden?

In Bezug auf die erste Frage hat schon heute früh der Abgeordnete Gobbi den Grundsatz, daß die wiederbesetzten italienischen Provinzen nicht ausschließlich zur Bezahlung der Kriegskosten verhalten werden sollen, mit einer Wärme vertheidigt, welche seinem Gefühle alle Ehre macht. Aber ich habe einige Besorgniß und Aengstlichkeit in dieser Beweisführung zu gewahren geglaubt; ich glaubte nämlich zu bemerken, daß der Abgeordnete Gobbi die Schuld und Ursache der Kriegsführung von den Lombarden abzuwenden und auf andere italienische Mächte, namentlich auf Carl Albert zu wälzen bemüht war.

Ich glaube, das war nicht nöthig. Denn, meine Herren, warum scheuen wir uns anzuerkennen, was geschehen mußte? Waren die blutigen Würfel einmal gefallen, wie dies am 18. März in Mailand der Fall war, wo Ströme Blutes flossen, wo Kinder, Weiber und Greise als Opfer fielen, da, meine Herren, müßte man mehr oder weniger als Mensch sein, um solche Schreckensscenen entweder mit gottesähnlicher Sanftmuth oder aber mit thierischer Gefühllosigkeit hinnehmen zu können. Wenn wir den Menschen nur als Menschen nehmen und gehörige Rechnung tragen

der menschlichen Natur, dem heißen Blute des Südländers, dem Gefühle eines Volkes, welches, was immer auch für dasselbe geschehen ist und noch geschehen sollte, sich immer unter fremder Herrschaft fühlen wird, ich sage, tragen wir allen diesen Momenten gehörige Rechnung, dann, meine Herren, werden Sie sagen, daß nach den Mailänder Ereignissen des 18. März das kommen mußte, was geschehen ist. So sehr ich damit einverstanden bin, daß die wieder besetzten italienischen Provinzen die Kriegskosten nicht ausschließlich, sondern allenfalls im Verhältnisse mit den übrigen Provinzen zu tragen haben, so bin ich nicht einverstanden mit der Ansicht des Abgeordneten Gobbi, daß diese Kriegskosten von den auswärtigen italienischen Mächten getragen werden müssen, ich sage Mächten (darunter verstehe ich die Völker); denn ich frage, warum sollen die italienischen Völker Kriegskosten dafür zahlen, daß sie ihren Brüdern, welche entschlossen waren, zu siegen oder zu sterben, zu Hilfe eilten? (Murren im Centrum und Beifall auf der Linken.) Oder wollen Sie glauben, meine Herren, daß Sie unter einer anderen Fahne nach Schleswig-Holstein gezogen sind? Wollen Sie diese Analogie nicht scheuen, meine Herren, welche ich soeben gezogen habe, und ich glaube, wenn wir diese Analogie durchgehen, so wird sich Manches zu Gunsten der Italiener herausstellen. (Ruf: zur Sache.) Ich glaube, meine Herren, daß dies zur Sache gehört. Bezüglich Schleswig-Holsteins haben Sie einen vielhundertjährigen Besitz, hier einen viel kürzeren Besitz, dort zwar den Ausdruck eines kräftigen Volkswillens, der aber in keinem Vergleiche steht zu der zur historischen Bedeutung gewordenen Abneigung des Italieners gegen die Herrschaft der Deutschen. (Links Beifall; Centrum und rechts Ruf: zur Sache.) Ich glaube dies gehört zur Begründung.

Abgeordneter Borrosch. Ich glaube, die Redefreiheit sollte jedenfalls geehrt bleiben.

Abgeordneter Smolka. Nun also, ich sage, wollen Sie, meine Herren, nicht scheuen diese Analogie, dann, glaube ich, müssen Sie diesen Hilfsleistungen der italienischen Völker jene Bedeutung einräumen, welche ihnen vom höheren Standpunkte aus betrachtet, dem jetzigen Zeitgeiste nach, dem charakteristischen Merkmale des Jahrhunderts nach, gebührt, demzufolge die Völker zur gemeinschaftlichen Erringung der Freiheit, zur Vereinigung homogener Elemente gedrängt werden. Ich wäre also durchaus nicht der Ansicht, daß diese Kriegskosten von italienischen Völkern einge-

bracht werden müssen. Dann frage ich, wie werden sie eingebracht werden? Sollen sie mit Krieg überzogen werden, dann sage ich, wird es zu nichts führen, und es werden nach zehmal mehr Millionen mehr ausgelegt, als bereits ausgelegt worden sind. Ich glaube also, meine Herren, es ist in dieser Beziehung nichts zu thun, als daß vielleicht in einer Art die italienische Frage sich lösen ließe, welche die Italiener uns zu wohlwollenden Nachbarn machen würde. (Ruf: zur Sache. Bewegung.) Diese werden dann für diesen Fall vielleicht geneigt sein, auch diese Kriegskosten zu übernehmen.

Nun ist hier noch eine zweite Frage, nämlich die wegen der Depositen. Es ist hier nämlich ein Ministerialerlaß vom 29. Mai 1848, erlassen an sämmtliche Präsidien, vermöge welchem aufgetragen wird, daß alle in gerichtlichen Verwahrungsämtern befindlichen Depositen an den Staatsschuldentilgungsfonds abgeführt werden sollen, wofür den Depositenämtern Staatsschuldenscheine oder Cassenscheine, ich weiß das nicht, mit dreipercentiger Verzinsung übermacht werden. Es ist dies eine Art Zwangsanlehen nach meiner Ansicht, welches, glaube ich, immer als das letzte Mittel angesehen werden sollte, für den Bedarf des Staates Geld zu verschaffen.

In Galizien namentlich hat diese Maßregel große Unzufriedenheit erzeugt, und es werden uns in dieser Beziehung schon Proteste und Vorstellungen eingesendet, wie auch von den Gerichtsbehörden an das Justizministerium. In Galizien namentlich ist dieses aus dem Grunde lästig, weil daselbst eine Verordnung besteht, daß für alle in Depositenämtern befindlichen Waisen- und Pupillengelder galizische Pfandbriefe gekauft werden sollen, welche einen sehr guten Cours haben und jetzt zu diesen Zeiten, wo alle Papiere so gefallen sind, über pari stehen, obwohl sie bloß mit 4 Percent verzinst werden. Es ist zwar richtig, daß es in dieser Verordnung heißt, daß die Gelder nur dann abgeführt werden sollen, wenn sie nicht eine andere Verwendung, andere Anlegung finden. Nun kommt aber erst das zu berücksichtigen, daß diese Verordnung nicht gehörig in Galizien kundgemacht wurde, und daß es viele Eigenthümer gibt, welche um diese Verordnung nicht wissen, und deren Capitalien abgeführt zu werden in Gefahr stehen. Ich glaube ferner, daß es auch in Rücksicht derer, welche von dieser Verordnung in die gehörige Kenntniß gesetzt wurden, immer ein Eingriff in das Privatrecht ist; denn warum soll es dem Eigenthümer nicht frei-

stehen, sein Geld im Depositenamte liegen zu haben, während er sich vielleicht darum umsieht, einen Gewährsmann zu finden, bei welchem er mit 5 oder 6 Percent das Geld anlegen könnte? Warum soll er sich ferner dem aussetzen, daß das Geld abgeführt wird, und in einer Zeit, wo er es vielleicht nothwendig braucht, sich um die Rückzahlung erst im langen Wege darum bewerben muß, wo doch oft der Fall eintritt, daß gerade daran gelegen ist, das Geld augenblicklich, vielleicht in einem oder zwei Tagen zu haben. — Auch ist es mir aufgefallen, daß in diesem Erlasse ein Zusatz für Niederösterreich sich befindet, worin es heißt: „Auf die im Depositenamte des Wiener städtischen Civilgerichtes erliegenden Beträge hat die gegenwärtige Verordnung keine Anwendung." Ich glaube, wenn die Verordnung auf irgend welches Gericht und auf irgendwelche Gelder Anwendung hätte finden können, so wäre es am ersten auf diese, hier in Wien sich in gerichtlichen Depositenämtern befindenden Gelder anzuwenden gewesen; denn hier ist die Partei nicht dem ausgesetzt, daß sie es nicht augenblicklich zurückerhalten könnte. Dann ist in Galizien namentlich auch dieser Uebelstand damit verbunden, daß sich Alles dazu drängt, für das im Depositenamte befindliche Geld Pfandbriefe zu kaufen; dadurch werden die Pfandbriefe auf eine unnatürliche Höhe getrieben, sie stehen jetzt über 103; dadurch sind aber wieder die Inhaber der Pfandbriefe der Gefahr ausgesetzt, bei der jährlich zweimal vorkommenden Verlosung die Percente über pari zu verlieren, weil sie nach der Verlosung nur nach dem Nennwerthe und nicht nach dem Courswerthe ausgezahlt werden. Nun ich glaube ferner, daß auf diese Art auf keinen Fall viel zusammenkommen und dem Staate kein großer Vortheil erwachsen wird. Uebrigens glaube ich, daß das Vertrauen die festeste Stütze des Staatscredites ist. Aber man sieht diese Maßregel als eine gehässige Maßregel an, welche geeignet ist, den Credit und das Vertrauen zu untergraben, und ich würde also den Antrag stellen, daß es dem Ministerim gefallen möge, diesen Erlaß zurückzuziehen und jedenfalls diejenigen Gelder, die abgeführt worden sind, sobald es thunlich sein wird, wieder an die Depositenämter zurückzustellen."

Daß die Rede nicht geeignet war, die Freundschaftsbande zwischen Smolka und der Regierung zu stärken, bedarf wohl keiner Versicherung; bei den Demokraten aber hatte er sich, so weit auch seine Art von ihrem Treiben ablag, einen Stein ins

Brett gelegt. Eines der damaligen Blätter, „Der Radicale“ brachte einen Bericht voll herben Tadels für die Kammer und voll auszeichnenden Lobes für Smolka*). „Die Art, wie die Reichstagsmajorität die Siege in Italien betrachtet (so sprach sich das genannte Blatt aus), hat uns lebhaft an die Zeiten Metternich's erinnert, da man die Kämpfe der Nationen als gewöhnliche Schlägereien ansah, in denen das Recht des Schwertes entscheidet. Dem Besiegten ließ man niemals Gerechtigkeit widerfahren; er mußte die Zeche zahlen, mit Geld und mit Blut. Der Wiener Reichstag hat den lombardischen Aufstand für ein Verbrechen erklärt, für welches Italien zur Bezahlung der Kriegskosten verurtheilt wurde: und ein solcher Reichstag nennt sich demokratisch, ein Reichstag, in dem man sogar, was das Urtheil über Italien betrifft, eine Art Terrorismus übte. Wenn Jemand einen wirklich menschlichen Standpunkt einnimmt und die Freiheit der Lombarden gesichert wissen will, wie die jedes anderen Volkes, und das Streben nach Unabhängigkeit für ein gerechtes hält, ohne Rücksicht auf die Finanzen des Staates, dann wird er sofort mit lauten Ausrufen der Unzufriedenheit unterbrochen. Diese Art Demokratie ist eine neue Erfindung. Von den Rednern ging keiner auf den eigentlichen Kern der Frage ein, mit alleiniger Ausnahme des Abgeordneten Smolka, der die Sache an der Wurzel faßte und die Anträge der Regierung wie die der Commission bekämpfte. Er sprach würdig und mit männlichem Ernst, imponirte sogar den Mitgliedern des Centrums, welche leiser murrten als gewöhnlich, während Smolka seine demokratischen Anschauungen über Italien darlegte. Smolka wußte — er sprach es selbst aus — daß er in der Minderheit bleiben werde; und so geschah es auch.“

---

8. Capitel.

Arbeiterunruhen. Swoboda-Krawall. Smolka für die Präsidentschaft candidirt, zum Vicepräsidenten gewählt. Der historische Schnurrbart.

Die allgemeine finanzielle und ökonomische Lage in Verbindung mit den politischen Tagesereignissen brachte naturgemäß

*) Das Journal liegt mir nicht vor, ich muß die Stelle aus der Uebersetzung des Herrn Widmann zurückübersetzen. L.

für die besitzende Classe sehr fühlbare Geschäftsstockungen, für die unteren Volksschichten aber acute Nothstände und in ihrem Gefolge sociale Unruhen hervor. Der kleine Gewerbsmann, der die Zeit der Krisis nicht zu überdauern vermochte, der beschäftigungslose Arbeiter, der sich dem Elende preisgegeben sah: das waren neue Elemente der Gährung, die sich zu den allgemeinen Wirren gesellten und die Ruhe der Hauptstadt zu bedrohen anfingen.

Man muß sich die damalige Arbeiterschaft, um zunächst von ihr zu sprechen, nicht etwa als eine organisirte oder gar von socialistischen Ideen erfüllte Masse denken; es waren Malcontenten, die eine Verbesserung ihrer Lage forderten, ohne weiter über die Bedingungen einer solchen Verbesserung nachzudenken. Brot, leichten und lohnenden Erwerb zu schaffen: das war es, was sie verlangten, und was die damalige Volksbehörde, der Sicherheitsausschuß, zu leisten suchte. Es ging aber schwer genug, oder vielmehr es ging ganz und gar nicht. Er konnte wohl die Arbeiter von Moment zu Moment durch kleine Mittel, zum Theil demoralisirender Art, beschwichtigen, aber eine haltbare, wirthschaftliche Ordnung herzustellen, war natürlich seine Sache nicht. Er bemühte sich nur, alle möglichen Arbeiten ausfindig zu machen, die Löhne für den Augenblick zu erhöhen und so die Ruhe der Stadt zu erkaufen. Es sollte sich bald zeigen, wie unpolitisch dieses Verfahren war. Eine Unmasse fremder Speculanten und Nichtsthuer überschwemmte die Reichshauptstadt und fühlte sich jetzt in derselben so behaglich, daß sie nicht wieder hinaus wollte. Es fanden sich Aufwiegler, die zu immer höher gespannten Forderungen anreizten; sei es zu revolutionären, sei es zu reactionären Zwecken. Der Reaction namentlich mochte es ja sehr recht sein, wenn die Krisis zu gewaltsamen Ausbrüchen führte und die revolutionären Elemente einander bekriegten, bis sie als Retterin der Gesellschaft auftreten und auf ihre Weise Frieden stiften konnte. „Mit den Arbeitern", hatte Smolka bereits am 20. Juni gemeldet, „haben wir unsere liebe Noth. Die reactionäre Partei hetzt die Arbeiterschaft auf. Gestern erwischte man unter ihnen den Koch des Ministers Fiquelmont, daher große Wuth gegen die Aristo- Ein Theil der Arbeiter schafft nicht geringe Verlegen- stellt fortwährend die unbilligsten Ansprüche. Gestern ist Garde gegen sie aufgetreten, doch ist alles ruhig abge- Der Magistrat zahlt den Arbeitern über 40.000 fl. C.-M., Arbeit nicht einmal 15.000 werth, eigentlich jetzt

vollkommen überflüssig ist. Ueberdies mehrt sich das Proletariat von Tag zu Tag. Es war eine tiefe Politik der Regierung und eine noch tiefere Dummheit des Ausschusses, daß er sich die Arbeiterfrage aufhalsen ließ; den ganzen Tag berath er über sie und kann sich doch keinen Rath schaffen."

Es sollte sich nun zeigen, ob die Regierung mehr vermochte, als der vielgeplagte Sicherheitsausschuß. Saß doch im neuen Cabinete der erste österreichische Arbeitsminister, Ernst von Schwarzer, der sich auch unverzüglich mit aller Energie daran machte, die „sociale Frage" nach seinem Verständniß zu „lösen". Er bildete am 2. August das „provisorische Centralcomité für Arbeiterangelegenheiten", um, wie es hieß, „die Arbeiter zur organischen Freiheit zurückzuführen und sie der gegenwärtigen traurigen Lage zu entreißen, damit sie nicht des Schutzes von Seiten des Staates bedürfen". Demgemäß wurde beschlossen, sämmtliche fremde Arbeiter, alle Dirnen und alle „Müßiggänger" (woran man wohl diese von den unbeschäftigten Arbeitern unterschied?) auszuweisen, überdies die bisherigen Löhne für Frauen und für Kinder unter 15 Jahren herabzusetzen.

Die Ausgewiesenen hatten nun freilich ihre „organische Freiheit", und die Frauen und Kinder konnten sich auch über zu viel „Schutz von Seiten des Staates" nicht beklagen. Bei den besitzenden Classen, die das Anwachsen des Proletariats mit größter Besorgniß betrachteten, fand diese Maßregel eine sehr gute Aufnahme. Aber ob sie zur Beruhigung des arbeitenden Volkes beitragen konnten, war wohl fraglich. Es ist nicht ausgemacht, daß Schwarzer bewußt im Dienste der Reaction arbeitete, aber daß er thatsächlich ihre Geschäfte besorgte, ist gewiß. Die „tiefe Politik der Regierung" und „die noch tiefere Dummheit des Sicherheitsausschusses" brachte jetzt ihre Früchte. Auf das Haupt des letzteren entlud sich der erste Sturm. Der Ausschuß hatte durch seine Rolle als Arbeiterbeschützer bewirkt, daß er jetzt als Urheber der Lohnherabsetzung angesehen wurde; es half ihm nichts, daß er an der Maßregel ganz unschuldig war, daß die Regierung es nicht einmal für nöthig gehalten hatte, ihn von der Verfügung zu verständigen. Die Arbeitermassen, unbewaffnete, zumeist aus Frauen bestehende Haufen, stürmten zunächst zum Locale des Ausschusses hin, der nichts Besseres zu thun wußte, als eine Deputation an Schwarzer abzusenden. Das Ministerium erwiderte, daß es seine Anordnungen nicht zurückziehen werde.

Es blieb auch dabei, als die Arbeiter, vom Studentencomité und Gemeinderathe ebenfalls an die Regierung gewiesen, sich direct zu Schwarzer begaben. So kam es denn zum Straßenkampf. Ein Theil der Nationalgarde und der Stadtmiliz, die das Ministerium zu Hilfe gerufen hatte, ergriff die Gelegenheit gar nicht ungern, um die unruhige und unbequeme Arbeiterschaft zur Raison zu bringen.

Wieder einmal wurde „in blutigem Kampfe die Ordnung hergestellt", aber zu gleicher Zeit kamen zwei Institutionen zu Falle, die der Revolution ihren Ursprung verdankten: der Sicherheitsausschuß und das Ministerium für öffentliche Arbeiten. Jener löste sich am 25. August auf; an demselben Tage oder einige Tage später legte Schwarzer sein Portefeuille nieder, um es für immer einzubüßen; seine formelle Entlassung erfolgte erst am 23. September.

Noch bedauerlicher schien sich der Aufruhr gestalten zu wollen, der kurz nachher von den kleinen Gewerbetreibenden ausging. Diesen arg bedrängten Leuten war plötzlich ein Helfer in der Person eines gewissen August Swoboda erstanden, der ein „Institut für den Personalcredit" zu begründen unternahm. Das nöthige Capital sollte durch Emission von 200.000 Actien zu 20 fl. aufgebracht werden. In den Statuten war wohl von solidarischer Haftung die Rede, aber ein Fond zur Deckung der Actien war nicht vorhanden. Trotzdem gelang es Swoboda bei vielen Personen, namentlich bei den Ministern Hornbostel und Doblhoff, Unterstützung zu finden. Der letztere nahm ihm für einige Tausend Gulden Actien ab. Sogar der Kaiser förderte das Unternehmen mit einer Beisteuer von 10.000 fl., was natürlich sofort mittelst riesiger Placate an allen Straßenecken annoncirt wurde. Nun drängten sich die Theilnehmer zu Tausenden heran. Bald war ein bedeutendes Capital aufgehäuft, aber ebenso rasch wieder erschöpft, da sehr Viele von ihrem Rechte, Darleben zu erhalten, Gebrauch machten. Als das bare Geld zu Ende war, gab man statt Geld Actien, die, immer wohlfeiler verkauft, schließlich jeden Werth verloren. Nun erfolgte, was zu erwarten war. Die Actionäre forderten vergeblich ihre Einlagen zurück, der Sturm gegen Swoboda brach los. Schließlich wandte man sich an die öffentlichen Gewalten. Eine große Volksmenge sammelte sich (11. September) vor dem Locale des Gemeinderathes mit der Forderung, dieser möge Swoboda's Actien garantiren. Der verneinenden Antwort folgte ein solcher Aufruhr, daß die Väter der Stadt es

für angezeigt hielten, die Flucht zu ergreifen. Der Urheber des so wohlgelungenen ökonomischen Meisterstücks verlor sich irgendwo, um nicht mehr von sich hören zu lassen.

Nun bestürmte man die Regierung; vergeblich stellte Doblhoff der Menge vor, daß dies ja eine private Angelegenheit sei, daß er selbst großen Schaden erlitten habe. Erst gegen 10 Uhr Abends vermochte man die unruhigen Massen durch das Versprechen zu beschwichtigen, daß das Ministerium sofort die Sache in Berathung ziehen und seine Beschlüsse kundgeben werde. Am nächsten Morgen um 5 Uhr versammelten sich die Scharen wieder vor dem Ministerium des Innern, um das Resultat der Berathungen zu vernehmen; endlich, gegen 9 Uhr, erfolgte der Bescheid, daß die Regierung eine Commission einsetzen werde, um die Actien zu liquidiren und theilweise aufzukaufen. Der Beschluß befriedigte Niemand; der Sturm wurde lauter. Man begann andere Fragen politischer Natur in die Affaire zu mengen, die verschiedenen Parteien machten sich in ihrer Weise durch Ausrufe Luft. Während die Einen ihre Entrüstung äußerten, daß das Ministerium aus Staatsmitteln Privatschulden zahlen wolle, riefen die Anderen, daß man dem Arbeiter fünf Kreuzer täglich abziehe, aber für Radetzky und Jellačić Millionen zur Verfügung habe. Wenn die Regierung mit dem Gelde des Volkes Krieg führen könne, müsse sie es auch im Unglücke retten. — Es kam so weit, daß das Ministerpalais in aller Form gestürmt wurde. Doblhoff schwebte in Lebensgefahr; er war entschlossen, bis zum letzten Augenblicke auszuharren und wäre seiner Festigkeit zum Opfer gefallen, wenn ihn nicht seine Umgebung fast mit Gewalt entführt hätte. Nach Doblhoff's Flucht drängte sich die Menge in die Gemächer, zerschlug Thüren und Möbel, — im Hofe wäre ein anständig gekleideter Mann fast gehängt worden, weil er eine schwarz-gelbe Cocarde trug. Die Garde und die Akademiker machten keine Miene, die Revolte zu unterdrücken. Der Gardecommandant Streffleur war genöthigt, militärische Hilfe zu verlangen. Um 1 Uhr Nachmittags rückten die Truppen aus und besetzten das städtische Zeughaus, räumten es aber wieder in Folge eines kräftigen Protestes von Seite der Garde. Kurz darauf publicirte das Ministerium die Aufruhracte.

Zu weiteren Ausschreitungen kam es vorläufig nicht. Als die Menge hörte, daß der Reichstag die Sache in die Hand nehmen wollte, zog sie ab, um am nächsten Morgen, verstärkt

und in erhöhter Aufregung wiederkommen. Der Krawall, von den Parteien zu ihren Zwecken ausgebeutet, nahm einen immer bedenklicheren politischen Charakter an. Die Arbeiter betheiligten sich, um bei dieser Gelegenheit die im August erlittene Niederlage wett zu machen; die Radicalen strengten sich an, des Aufruhrs Herr zu werden, da sie reactionäre Pläne witterten. Auf der Universität beschloß man die Wiederherstellung des Sicherheitsausschusses zu fordern — eine Maßregel, die die Regierung entschieden ablehnte.

Die Menge beruhigte sich einigermaßen, als es hieß, daß im Reichstag ein Antrag auf Gewährung eines 2-Millionen-Credites zur Unterstützung der Gewerbetreibenden und der Arbeiter eingebracht sei; Antragsteller waren Bretzel und Goldmark. Die Angelegenheit wurde dem Finanzausschuß zugewiesen, mit dem Auftrage, binnen 24 Stunden Bericht zu erstatten. Der Präsident wollte die Sitzung eben schließen, als der Kriegsminister in größter Erregung in den Saal stürzte. Wir schließen hier Emelka's während der Sitzung geschriebenen Bericht aus dem Briefe vom 13. September an: „2 Uhr. Der Kriegsminister bringt die Nachricht, daß man sich in der Aula zusammengerottet habe, um das Ministerium zu stürzen und den Reichstag auseinanderzujagen, daß ein Theil der Garde in ihrer Hilflosigkeit Militär requirirt habe und daß dieses schon ausgerückt sei. Der Reichstag erklärt sich in Permanenz. Ich glaube nicht, daß etwas Gefährliches los ist; ich kann mich des Gedankens nicht erwehren, daß die Sache, wenigstens in ihren Anfängen, ein von der Reaction aufgeführtes Stückchen sei, um einen Conflict hervorzurufen und zu beweisen, daß Repressalien gegen die Presse, die Studentenschaft, die Garde u. s. w. nothwendig seien.

„3 Uhr. Von der Aula bringt man die Nachricht, es sei erlogen, daß die Studenten den Reichstag auseinanderjagen wollen. Ich war davon überzeugt; aber daß das Ministerium dabei den Hals brechen kann, ist sehr wohl denkbar. Es thut mir leid um Todtdoff. Bin hinausgegangen, zu sehen, was los ist: überall die Nationalgarde unter Waffen und Militär — im Uebrigen aber vollkommene Ruhe. „Die Finte des Herrn Kriegsministers ist mißlungen", sagt das Publicum.

„4 Uhr. Eine Studentendeputation erscheint mit einer Adresse, in der die akademische Legion den letzten Blutstropfen für den Reichstag vergießen zu wollen erklärt. Die Reaction hat also gehofft, die Universität nur verdächtigen zu wollen."

Im nächsten Briefe (14. September) wird der Bericht in unmittelbarem Anschlusse an das Letzterzählte fortgesetzt: „Nach 4 Uhr kamen von Zeit zu Zeit Nachrichten, daß man schon Barrikaden baue, daß das Militär die Studenten angegriffen habe, daß es »am Hof« zum Kampfe gekommen sei. Gewöhnlich erwies es sich gleich darauf, daß man übertrieben. Es war eine lebhafte Debatte, verschiedene Anträge wurden eingebracht. Ich beantragte kurz vor 7 Uhr, daß das Militär sofort zurückgezogen und in den Kasernen consignirt werde. — Großer Widerstand, heftige Discussion. Man wendete ein, daß das Ministerium, welches die Truppen habe ausrücken lassen, nach der Annahme eines solchen Antrages entweder zurücktreten oder alle Verantwortung von sich auf den Reichstag abwälzen müßte. Schließlich nahm die Kammer meinen Antrag an. Ferner wurde die Nominirung von fünf Commissären beschlossen, die dem Ministerrath, der im Kriegsministerium abgehalten wurde, beiwohnen sollten. Zu diesen Commissären gehörte auch ich. Ich war also bei der Ministerberathung, bestand darauf, daß das Heer zurückgezogen werde, ging auf die Universität, sprach zur akademischen Legion, die mich sehr gut aufnahm, ging wieder in den Ministerrath, erstattete einen beruhigenden Bericht über das Verhalten der Studentenschaft, sprach wieder und wieder für die Zurückziehung des Militärs, die das Ministerium, wenn auch ungern, nach und nach vornehmen ließ, ging wieder in die Kammer, erstattete Bericht, die Permanenz wurde aufgehoben, nur uns fünf Commissären aufgetragen, uns wieder in den Ministerrath zu begeben und uns nicht zu entfernen, bis alles Militär zurückgezogen sei — was denn auch um ½11 Uhr Nachts erfolgt war; und danach herrschte die größte Ruhe und Stille, als ob nichts vorgefallen wäre.“ Wir können hier nicht einige Einzelheiten übergehen, die uns der ehrwürdige Präsident des jetzigen Abgeordnetenhauses aus seinem untrüglichen Gedächtniß mitgetheilt hat. Als die Commission im Ministerrathe erschienen war, trug Smolka demselben die Forderung des Reichstages vor, die Entfernung des Militärs anzuordnen. Die Commission stieß auf kräftigen Widerstand. Ministerpräsident Wessenberg und Justizminister Bach sprachen sich entschieden dagegen aus, indem sie erklärten, daß dem Reichstage kein Recht zustehe, in die executive Gewalt einzugreifen. Am geneigtesten, die Forderung des Reichstages zu erfüllen, erwies sich Latour. Er hielt seinen Collegen vor, daß die Constituante eine Gewalt sei, der

das Ministerium Gehorsam schulde. Im Verlauf dieses Streites schlugen sich die Commissionsmitglieder Hein und Lasser selbst auf die Seite Wessenberg's und Bach's. Man muß, erklärten sie, einmal dieser Unordnung ein Ende machen. Smolka wandte sich zu seinen Collegen und warf ihnen vor, daß sie ihre Sache verrathen, indem sie gegen den vom Reichstage übernommenen Auftrag handeln. Von Latour unterstützt, erkämpfte er endlich vom Ministerrathe die Befolgung des Reichstagsbeschlusses. Latour erließ also den Befehl, das Militär in den Kasernen zu consigniren unter der Bedingung, daß die Garde und die akademische Legion ebenfalls auseinandergehen. Die letzteren zum Rückzuge zu bewegen, übernahm Smolka, und die Aufgabe gelang ihm, dank dem großen Vertrauen, das er beim Wiener Volke genoß, aufs Rascheste und Glänzendste. Er ging von Gasse zu Gasse, überall hin, wo Nationalgarden standen — hielt keine feierliche Ansprache, sondern begab sich von einem Commandanten zum anderen, verständigte jeden, daß das Militär sich zurückziehe und demgemäß auch die Garden sich zu entfernen hätten. Unter Rufen: „Hoch der Reichstag! Nach Hause!" ging Alles auseinander. Die akademische Legion berief Smolka in die Aula, dort bestieg er das Katheder, hielt eine kurze Ansprache und wiederum hieß es: „Hoch der Reichstag! Nach Hause!" worauf die ganze Legion sich fortbegab. Binnen einer halben Stunde herrschte Ruhe in der ganzen Stadt.

Für Smolka wurde der Tag bedeutsam und folgenreich. Durch seinen Antrag auf Zurückziehung des Militärs hatte er sich die Zuneigung und Dankbarkeit der Massen und zugleich die größte Sympathie bei der demokratischen Partei erworben. Sein festes Auftreten im Ministerrathe, seine ohne alle pathetischen Declamationen und mit solcher Raschheit gewonnenen Erfolge bei der Garde und den Studenten, sein ganzes leidenschaftsloses, würdiges Verhalten, die schlichte, rein logische, von aller hohlen Phraseologie freie Art seiner Beredtsamkeit, die von der Rhetorik der meisten Abgeordneten so grell abstach und sich so wirkungsreich erwiesen hatte, imponirte aller Welt und erhöhte bei Freund und Feind sein schon früher erworbenes Ansehen.

Als am nächsten Tage die von vier zu vier Wochen stattfindende Neuwahl des Präsidiums vorgenommen wurde, kam die Achtung, in der Smolka bei allen Parteien stand, auch zu formellem Ausdruck. Er wurde mit 221 von 288 abgegebenen Stimmen zum ersten Vicepräsidenten gewählt (14. September).

Schon bei der letztvorgenommenen Erneuerung des Präsidiums, 18. August, war er als Candidat für die Vicepräsidentschaft aufgestellt worden und wäre auch beinahe durchgedrungen. „Wenn die Nachlässigkeit eines Theiles der Unseren und der Czechen es nicht verhindert hätte", schreibt er am 19. August, „wäre ich gestern zum Vicepräsidenten erwählt worden. Ich hatte bei der ersten Abstimmung die meisten Stimmen: 136, zur absoluten Majorität fehlten nur 9 Stimmen. Es wurde Einigen zu langweilig, bei der zweiten Abstimmung zu bleiben, und manche entfernten sich auch, weil sie glaubten, daß ich schon gewählt sei; und so wurde denn Strasser mit 125 Stimmen gewählt: eine sehr gleichgiltige Sache, nur insofern unangenehm, als es nun heißt, sie wollten durchaus den Ihrigen durchsetzen, und es ist nicht gelungen."

Für die Septemberwahl aber war Smolka — zunächst von deutscher Seite — nicht die Vicepräsidentschaft, sondern die Präsidentschaft des Reichstages zugedacht, und es lag nur an ihm, wenn er sich mit der zweiten Stelle begnügte. Abgesehen von seinen persönlichen Eigenschaften, die bei allen Parteien gleich warme Anerkennung fanden, war für die Deutschen auch sein politisches Verhalten maßgebend: seine Versöhnlichkeit in nationalen Dingen, sein Schweigen bei der leidigen Sprachendebatte, sein mäßigender Einfluß auf die Vertreter der nichtdeutschen Völkerschaften, mit denen man zu einer Verständigung gelangen wollte. In seiner anspruchslosen Weise spricht er darüber in seinen Briefen vom 12. und 13. September: „Morgen" (Brief vom 12.) „findet die Neuwahl des Präsidiums statt. Die ganze deutsche Linke will mich zum Präsidenten wählen, da sie Strobach als einen Czechen ablehnen. Wenn auch unsere Deputirten für mich stimmen sollten, könnte ich wohl Präsident werden. Aber ich will es nicht und habe den Deutschen von vorneherein erklärt, nicht anzunehmen ... Gestern war eine sehr stürmische Sitzung aus Anlaß der Sprachenfrage und der Verletzung aller Nichtdeutschen durch den Abgeordneten Borrosch. Es scheint, daß die liberalen Deutschen auch darum für mich als Präsidenten stimmen wollen, weil sie sich mit den Slaven und namentlich mit den Polen verständigen möchten.

„Du mußt die Geschichte nicht besonders publik machen, damit man nicht meine, ich rühmte mich dessen. Uebrigens sind die Deutschen erst heute mit dieser Proposition an mich heran-

getreten, ich bin also nicht unbedingt überzeugt, daß wirklich die ganze Partei diese Absicht hegt." — Und am nächsten Tage: „Die liberalen Deutschen wollten mich in der That und wollen mich noch jetzt zum Präsidenten wählen; ich habe entschieden abgelehnt. So werden sie denn für mich als ersten Vicepräsidenten stimmen, und ich dürfte also sicher gewählt werden."

Von jeder Eitelkeit fern, hatte er an der neuerlangten parlamentarischen Würde nicht einmal ungetheilte Freude. „Ich fürchte", schreibt er am 15. September, „daß ich werde präsidiren müssen, da Strobach auf 10 Tage nach Prag verreisen will. Gott steh' mir bei" (im Original deutsch), „wenn wieder so stürmische Debatten kommen, wie in diesen Tagen. Als Vicepräsident werde ich jetzt mehr zu thun haben, denn ich gehöre „zum Vorstandsbureau"; darum ist mir diese Wahl ein wenig unangenehm, weil ich mich jetzt von der Partei etwas entfernt werde halten müssen, und es mir auch nicht recht ansteht, das Wort zu ergreifen, um für den Fall, daß ich die Sitzungen leiten müßte, selbst den Schein einer Parteilichkeit zu vermeiden."

Der neugewählte Vicepräsident wurde von der Kammer mit stürmischem Beifall, von allen Journalen in der sympathischesten Weise begrüßt. Von den Liberalen war nichts anderes zu erwarten; aber auch die reactionären Organe konnten trotz der politischen Gegnerschaft nicht umhin, in Ausdrücken größter Hochachtung von ihm zu sprechen. So schrieb der von Adolf Bäuerle, dem berüchtigten Reactionär, herausgegebene „Oesterreichische Courier": „Smolka, der jetzige Vicepräsident, war in der Zeit des Absolutismus jenem Ende nahe, von dem man sagt, daß es die Menschen gewaltsam ums Leben bringt. Sein männliches Aeußere ist sehr einnehmend. Er hat den schönsten Bart, den ich je gesehen habe. Obzwar er zur äußersten Linken gehört, ist er dennoch weit entfernt von der dummen Opposition quand même und verletzt niemals die äußeren Formen durch Quicken, Zischen, Miauen oder andere unartikulirte Laute, wie sie auf dieser Seite so beliebt sind. Er spricht nur dann, wenn er von der Unwahrheit dessen, was er bekämpft, überzeugt ist. Sein Gebaren erinnert an den Freiheitsmärtyrer Wisniowski, der zum Tode wie zur Hochzeit ging. Neben Borkowski ist Smolka der beste Kopf unter den Polen, und sogar seine politischen Gegner müssen ihm Achtung zollen."

Sein Bart, von dem oben die Rede ist, und noch mehr sein Schnurrbart waren damals kleine Berühmtheiten. „Du kannst Dir denken, wie mir Bart und Schnurrbart gewachsen sind", schreibt er einmal, „wenn schon die Zeitungen darüber schreiben." — Sein Schnurrbart besonders war noch weit mächtiger, als er heute ist; er konnte ihn über den Nacken in einen Knoten schlingen und mehrmals ums Ohr herum winden.

---

9. Capitel.

Die ungarischen Kämpfe und der Wiener Reichstag. Drohender Sturz Doblhoff's. Smolka's Interpellation und ihr Erfolg.

Mit dem Eingreifen in die Swoboda-Affaire war der Reichstag, der seit der Erledigung des Antrages Kudlich ohnehin kein Arbeitsmaterial hatte und behufs Erfüllung seiner eigentlichen Aufgabe dem Verfassungsausschusse Zeit zur Berathung lassen mußte, vom Gebiete der Legislation auf das der activen Politik übergetreten. Wenn wir von der Debatte über die Steuerbewilligung für 1849 absehen, finden wir den Reichstag von nun ab bis zu seiner Vertagung mitten im Wirbel der politischen Tagesereignisse, Einwirkung empfangend und selber einwirkend.

Smolka hatte ein richtiges Gefühl, als er ahnte, daß seine Vicepräsidentschaft kein leichtes Amt sein werde; die politischen Stürme hatten noch lange nicht ausgetobt; neue Wetterwolken zogen heran — diesmal von der anderen Reichshälfte her, von Ungarn, dessen Verhältniß zum Hause Oesterreich ein immer gespannteres geworden war.

Die Politik der Ungarn verfolgte ein dreifaches Ziel: die Schwächung der Wiener Centralgewalt, die Unterwerfung der Slaven im eigenen Lande, mit denen sie seit langer Zeit in offener Fehde lagen, und den Ausbau der freiheitlichen Institutionen. Im Sinne dieser Politik schlossen sie das Bündniß mit dem Frankfurter Parlament und strebten, um die Macht des Slaventhums zu schwächen, die Einverleibung der deutsch-slavischen Erbländer in den deutschen Bund an. So vereinigten sie denn auch drei Feinde gegen sich: die reactionäre Partei, das Slaventhum diesseits und jenseits der Leitha, das insofern zum Helfer der Reaction

werden mußte, und die Wiener Regierung, die im Reichstage bereits am 28. August den offenen Bruch aussprach, als sie durch den Mund Doblhoff's in sehr heftigen Worten gegen die „einseitige, selbstsüchtige und undankbare ungarische Politik" wetterte, die „in sich selbst den Todeskeim trage."

„Es scheint", schrieb Smolka an diesem Tage, „daß es zum Kriege mit den Ungarn kommt, wenn sie die vom Ministerium gestellten Bedingungen nicht annehmen."

Von einem Annehmen war, wie die Sachen damals standen, keine Rede mehr. Wohl versuchte der ungarische Reichstag noch einmal, das Aeußerste abzuwenden. Er entsandte eine aus hundert Mitgliedern bestehende Deputation nach Schönbrunn, um dem Monarchen die Wünsche des Landes vorzutragen. Sie wurde sehr kühl empfangen. Der Kaiser erklärte, gemäß seinem königlichen Eide an den Gesetzen, der Integrität und den Rechten Ungarns festhalten zu wollen. Schweigend entfernten sich die Abgesandten. Zur selben Zeit erhielten die Ungarn eine noch bündigere und klarere Antwort. Noch während die Deputation in Wien verweilte, erschien das kaiserliche Manifest, kraft dessen Jellačić in alle Würden und Ehren feierlich wieder eingesetzt ward, die ihm auf Batthyányi's Andringen mittelst Manifests vom 10. Juni abgenommen worden waren. Batthyányi gab in Folge dessen sofort seine Entlassung als Ministerpräsident. Der Palatin erklärte zwar, die Regierung in seine Hand zu nehmen, aber thatsächlich herrschte Kossuth als unumschränkter Dictator.

Am 11. September überschritt Jellačić mit seinem Heere die Drau; der Krieg zwischen Ungarn und Croaten brach wieder aus. Die Wiener Regierung gestattete den Officieren und Soldaten des regulären Heeres, sich zu den Scharen Jellačić's zu gesellen, und der österreichische Consul in Belgrad, Oberst Mayerhofer, nahm die Auflehnung der Serben gegen die ungarische Krone unverhohlen in Schutz. Wie weit man von Wien aus dem Banus Vorschub leistete, ging namentlich aus der Correspondenz zwischen Latour und Jellačić hervor, die, von den Ungarn aufgefangen, veröffentlicht und in Wien begierig gelesen, nicht wenig dazu beigetragen haben mag, die That vom 6. October herbeizuführen.

Nachdem der Bruch mit dem Hofe entschieden war, beschlossen die Ungarn auf Kossuth's Vorschlag eine neue Deputation nach Wien zu entsenden, diesmal an den österreichischen Reichstag.

„Senden wir Gesandte nach Wien", rief Kossuth am 15. September in der Sitzung des ungarischen Unterhauses, „aber nicht an den verrätherischen Hof, sondern an das Volk. Sagen wir dem Volke, daß wir bereit sind, alle unsere Zwistigkeiten, falls solche bestehen, in freundschaftlicher Weise zu schlichten, daß unser Beistand ihm gewiß ist im Augenblicke der Gefahr, daß wir aber auch auf seine Unterstützung im Kampfe gegen den Absolutismus rechnen."

Wenn die Ungarn auf die Sympathien des Wiener Volkes zählten, wenn sie bei diesem das Interesse für die ungarische Sache neu zu beleben, ja, aufs äußerste zu entflammen hofften, so war ihre Rechnung eine vollkommen richtige. Anders stand es mit den Aussichten im Reichstage. Dieser bestand überwiegend aus Slaven, die selbst, wenn sich ein Theil der Polen, speciell in der ungarischen Frage, von ihnen trennen sollte, im Verein mit den Centralisten und Reactionären gerade in dieser Frage der Mehrheit sicher sein konnten. Welche Aufnahme hatten sie von einer solchen Versämmlung zu erwarten?

Als die von Franz Deák geführte Deputation in Wien eingetroffen war und vor dem Reichstage zu erscheinen wünschte, versuchte Präsident Strobach, ein Czeche, sich zunächst hinter die Geschäftsordnung zu verschanzen, die den Eintritt von Deputationen in den Versammlungssaal verwehre. So leicht sollte ihm doch die Sache nicht gelingen. Es entspann sich über die Frage der Zulassung eine äußerst lebhafte Debatte, an der sich die hervorragendsten Redner des Hauses betheiligten. Die Czechen, unter ihnen Rieger und Palacky, traten, vom Centrum unterstützt, gegen die Zulassung auf; für dieselbe sprach u. A. Löhner in bedeutender Rede. Der formelle Antrag, der Deputation das Erscheinen vor dem Reichstage zu gestatten, eventuell, wenn Dieses abgelehnt würde, eine Commission zur Anhörung derselben zu nominiren, ging von polnischer Seite aus. „Eine sehr stürmische Sitzung", schreibt Smolka am 19. November während der Debatten; „schon 2 Uhr (wir sitzen seit 9 Uhr Morgens) und noch immer tobt der parlamentarische Kampf. — Ich werde für die Zulassung stimmen, wenn wir auch damit nicht durchdringen werden, denn das ganze Centrum und die Czechen sind sehr dagegen. Den Hof erfüllt eine ungeheure Menschenmenge, die auf die Entscheidung des Reichstages wartet." — Und weiter: „Die ganze ministerielle Partei bekämpft die Anträge auf das Heftigste; sie dürften auch gewiß abgelehnt werden; ich werde aber jeden-

falls für dieselben stimmen, da ich keinen Versuch der Verständigung von der Hand weisen möchte, der möglicherweise dem Bürgerkriege ein Ziel setzte."

Die Verhandlung schloß, wie Smolka vorausgesagt hatte. Bei namentlicher Abstimmung wurde mit 186 gegen 108 Stimmen der Antrag Helfert's angenommen: Der Reichstag wolle beschließen, in Angelegenheit der Zulassung der magyarischen Deputation (auf das Wort „magyarisch" legte Helfert besonderen Nachdruck) keine Ausnahme vom Reglement des Hauses zu machen." Smolka und die Mehrheit der Polen stimmten mit der Minorität. „Die Folgen", schreibt Smolka am nächsten Tage, „können unselige sein; eine Annäherung von Seiten des Reichstages hätte vielleicht einem Bürgerkrieg, und zwar einem furchtbaren, vorgebeugt. Ich weiß noch nicht, was in der Stadt vorgeht, sitze seit Frühmorgens im Constitutionsausschusse. Es heißt, daß die ungarische Deputation ihre Wünsche nicht dem Reichstagspräsidenten vorlegen werde (der Reichstag beschloß nämlich, daß die Deputation, wenn sie wolle, sich ans Präsidium wenden könne), vielmehr in die Heimat zurückkehren werde, entschlossen, ihre Sache auf dem Schlachtfelde zur Entscheidung zu bringen."

Als Smolka dies schrieb, wußte er noch nicht, was auf der Straße vorging, welche gewaltige Entrüstnng der Beschluß des Reichstages in der Bevölkerung erweckt hatte, und mit welchen begeisterten Ovationen die ungarischen Abgesandten gefeiert wurden, die unmittelbar nach der Entscheidung des Reichstages rothe Federn an die Hüte gesteckt hatten, zum Zeichen, daß von nun an zwischen ihnen und der Wiener Regierung Krieg sei. Moralisch nahm das Volk schon jetzt an diesem Kriege Theil; die Reichstagsmehrheit, namentlich die Czechen, mußten laute Mißfallensbezeugungen über sich ergehen lassen; in heftigen Worten wurde das Ministerium verwünscht; es war das erste Rollen des Gewitters, das sich in Kurzem mit vernichtender Kraft entladen sollte.

Es kann nicht Wunder nehmen, daß unter diesen Umständen die Stellung des Cabinetes erschüttert schien und Gerüchte über eine Ministerkrise in Umlauf kamen. Daß Schwarzer in diesen Tagen seine Entlassung erhalten, ist schon früher erwähnt worden. Smolka erwartete auch den Rücktritt des Finanzministers Krauß, dem bei den Verhandlungen über das Budget für 1849 furchtbar zugesetzt wurde. „Eben", schreibt Smolka am 26. September, „wird Krauß in der Finanzfrage bearbeitet; wenn er jetzt nicht

zurücktritt, so weiß ich nicht, was man noch sagen kann, um einen Minister hinauszubringen. Uebrigens sollten ihn nicht sowohl diese Reden zum Rücktritt bewegen, als vielmehr der Beschluß selbst, der wahrscheinlich erfolgen wird: nämlich daß die Steuern bloß für drei Monate bewilligt werden." Aber Smolka überschätzte Krauß' Empfindlichkeit, wenn er an seine Demission glaubte. Der Minister hörte alle Vorwürfe an — oder hörte sie auch nicht: man sagte, daß er sich zuweilen taub stelle — und dachte durchaus nicht daran, sein Amt niederzulegen. Uebrigens wurde die Discussion über das Budget durch die Octoberrevolution unterbrochen, und Krauß überdauerte auf seinem Ministerfauteuil alle Stürme.

Drohender für den Bestand der Regierung gestaltete sich der Zwiespalt im Schoße des Cabinetes selbst. Einige Mitglieder desselben, namentlich Bach, drangen auf Maßregeln zur Bändigung der Wiener Demokraten, z. B. Einschränkung der Preßfreiheit und des Versammlungsrechtes, denen Doblhoff zuzustimmen sich nicht entschließen konnte. Doblhoff's Rücktritt schien unvermeidlich, wenn nicht zu seinen Gunsten ein mächtiger Druck auf seine Gegner im Ministerium und im Reichstage, und damit zugleich auf die öffentliche Meinung, ausgeübt würde. Smolka war viel daran gelegen, ihn zu halten. Wohl täuschte er sich, bei aller Sympathie für Doblhoff's Persönlichkeit, nicht darüber, daß er der Mann nicht war, unter solchen Verhältnissen die Lage zu beherrschen. „Ich liebe diesen Doblhoff sehr", schreibt er, „er ist unstreitig der ehrlichste Mann unter der Sonne, obzwar nicht begabt genug für so schwere Zeiten." Aber abgesehen von Doblhoff's Redlichkeit, die wenigstens verbürgte, daß er sich einer reactionären Intrigue widersetzen würde, war im Falle seiner Demission mit ziemlicher Sicherheit die Bildung eines Cabinets Stadion-Bach zu gewärtigen: eine Eventualität, die Smolka die größte Besorgniß einflößte. Er beschloß also durch eine Interpellation im Reichstage über die Rücktrittsgerüchte ein Vertrauensvotum für Doblhoff zu provociren. Die Interpellation, am 30. September eingebracht, lautete (nach den stenographischen Berichten II., 642) folgendermaßen:

„Abgeordneter Smolka. Ich werde mir erlauben, an das Gesammtministerium eine Interpellation zu richten. Seit einigen Tagen bereits verbreitet sich das Gerücht, daß der Herr Minister des Innern aus dem Ministerium zu treten gedenke, ja, daß derselbe sein Portefeuille in die Hände Sr. Majestät bereits zurückgelegt habe.

„Ich begreife sehr wohl, daß der angeregte Umstand eine lediglich zwischen Sr. Majestät und dem Ministerium selbst zu ordnende Angelegenheit betrifft: indessen glaube ich mich dem Vorwurfe der Unbescheidenheit nicht ausgesetzt zu haben, wenn ich das Wort ergreife, um auf ein Gerücht hinzuweisen, welches, wie ich zu bemerken Gelegenheit hatte, die Gemüther der Einwohner Wiens und auch Anderer mit Unruhe und Besorgniß erfüllte. Diese Besorgniß ist das schönste Zeugniß des Vertrauens, welches der Minister des Innern noch immer im Volke genießt. (Stürmischer Beifall.)

„Es ist dies eine Anerkennung des redlichen, dem Wohle des Staates gewidmeten, wenn auch leider nicht immer mit dem erwünschten Erfolge gekrönten Strebens des Ministers des Innern.

„Sollte in dieser Beziehung die Ansicht der hier versammelten Vertreter des Volkes oder wenigstens eines Theiles derselben auf die Willensbestimmung des Herrn Ministers des Innern von einigem Einflusse sein, so kann ich mir Glück wünschen, daß ich die Gelegenheit ergriffen habe, offen auszusprechen, daß auch uns galizische Abgeordnete das Gerücht, daß der Herr Minister des Innern zurückzutreten willens sei, mit Besorgniß erfüllte (Bravo), indem wir das aufrichtige und redliche Bestreben des Herrn Ministers des Innern, in Galizien den constitutionellen Errungenschaften Eingang zu verschaffen und diese daselbst fest zu begründen, dankbar anerkennen. (Bravo.)

„Indem ich dieses vorausgeschickt habe, hoffe ich, daß es mir weder die hohe Kammer, noch das Ministerium als eine Unbescheidenheit annehmen wird.

„Wenn ich mir erlaube, die Frage zu stellen, ob das Ministerium in der Lage sei, aufzuklären, ob das Gerücht, daß der Herr Minister des Innern zurückzutreten gedenke oder sein Portefeuille bereits niedergelegt habe, in Wahrheit gegründet sei oder nicht*); und ich füge nur noch hinzu, wie ich recht wohl einsehe, daß die Sachlage der Art sein könne, daß ich mich auch ohne Beantwortung dieser Frage werde bescheiden müssen.“ (Beifall.)

Nach dem stürmischen Beifall, mit dem das Lob Doblhoff's vom Hause aufgenommen worden war, konnte Wessen-

*) Der Sten. Ber. scheint hier, wie in vielen anderen Fällen, fehlerhaft zu sein. Nach „annehmen wird“ hat offenbar ein Komma zu stehen. L.

berg nicht umhin, zu erwidern, daß kein Gesuch von Doblhoff eingereicht worden sei, bloß seine Kränklichkeit habe es wünschenswerth gemacht, daß er sich auf einige Zeit von den Arbeiten zurückziehe, und auch sie, seine Collegen, wünschten, daß er in seiner Stellung verbleibe. — Unmittelbar nach der Sitzung begab sich eine Deputation aus Mitgliedern aller Parteien des Hauses unter der Führung Smolka's zu Doblhoff, um ihm zur Erlangung des Vertrauensvotums zu gratuliren. „Meine Interpellation", berichtet er am 2. October, „und die mit ihr verbundene Beglückwünschungsgesandtschaft wird allgemein als kluges politisches Manöver angesehen; alle loben sie, sogar die radicalen Blätter, die vom Gesichtspunkte ausgehen, daß ich durch das Vertrauensvotum für Doblhoff eo ipso den übrigen Ministern ein Mißtrauensvotum verschafft habe. Die Conservativen aber meinen, daß, wenn ich nicht für Doblhoff und eben dadurch in gewissem Sinne für das ganze Ministerium das Vertrauensvotum erwirkt hätte, die Regierung jetzt vielleicht schon in Trümmer gegangen und Anarchie eingetreten wäre. Ich aber sage, daß, wenn ich das nicht gethan hätte, Doblhoff nicht mehr im Cabinet säße und dann unfehlbar irgend ein Streich geschehen wäre, sei es von Seite des Volkes, welches in Doblhoff Vertrauen setzt, sei es von Seite der Minister, nach Entfernung des Redlichsten unter ihnen. Nun aber ist die Regierung gezwungen, Doblhoff zu halten, der bei der öffentlichen Meinung durch diese Interpellation sogar außerordentlich gewonnen hat, wie er es wirklich verdient. Daß man mit dem Doblhoff etwas vorgehabt hat, war augenscheinlich, denn die Minister waren während meiner Interpellation in sichtlicher Verwirrung. Nachdem ich geendigt hatte, berieth sich Wessenberg mit den Ministern, bevor er antwortete. Er hätte gewiß anders gesprochen, wenn die Kammer meine Interpellation nicht mit so außerordentlichem Beifall aufgenommen hätte."

Zur Charakteristik der Art, wie sich die Presse äußerte, führt Smolka folgende Stelle aus dem damals erscheinenden Journal „Die Constitution" an:

„Abgeordneter Smolka theilt mit, daß sich seit einigen Tagen das Gerücht von Doblhoff's Austritte aus dem Ministerium verbreite. Dasselbe errege Unruhe und Besorgniß, da man Doblhoff für einen ehrlichen Mann halte, wenn auch seine Ansicht mancher Hindernisse halber nicht immer zur That habe werden können. Er sehe sich daher bemüssigt, anzufragen, ob

Doblhoff wirklich seine Entlassung genommen oder zu nehmen Willens sei?

Rauschender Beifall begleitete diese Interpellation. Der Minister Wessenberg sitzt verdutzt da. Seine freiherrlichen Gnaden wenden sich an den bekannten Advocaten, der ihnen auch die Antwort einflüstert.

Wessenberg erhebt sich sodann und sagt seine Lection her: „Ein Gesuch sei noch nicht eingebracht, nur habe dem Minister des Innern seiner Kränklichkeit halber eine Erleichterung wünschenswerth geschienen.“ —

Die anderen Minister in der Interpellation anzugreifen, hatte Smolka mit Absicht vermieden, wiewohl ihm genügendes Material zur Verfügung gestanden.

„Bach“, schreibt er in demselben Briefe, „ist während der Interpellation erblaßt, denn er wußte nicht, was ich weiter sagen werde. Doch habe ich sie in sehr zarter und artiger Form abgefaßt; genug, daß Doblhoff nothwendig ist und man nur beklagen muß, daß er nicht viel wirken kann.“

Es lag aber auch verhältnißmäßig weit weniger daran, ob Doblhoff eine größere oder geringere Wirksamkeit entfalte, als daß die drohend herannahende Reaction aufgehalten werde. Das gelang, dank dem Schritte Smolka's, vollständig. Er selbst aber hatte sich aufs Neue die Anerkennung aller Parteien erworben und seine politische Stellung befestigt, die in den nächsten Tagen eine so bedeutsame werden sollte.

---

10. Capitel.

Der 6. October.

Seit dem Ausbruch des ungarisch-croatischen Krieges hatte die Wiener Demokratie nur Ein Ziel vor Augen: die Entsendung von Streitkräften gegen die Ungarn zu verhüten. Man fühlte mit richtigem Instinct, daß Jellačić nichts Anderes als ein Werkzeug der Reaction sei, das jetzt gegen die Ungarn verwendet werde und im Nothfalle gegen die Wiener Revolution dienen würde. Begannen doch bereits auch die Südslaven an dem nationalen Sinne des Banus zu zweifeln, und er selbst kehrte immer mehr und mehr den „österreichischen Feldherrn“ hervor.

Durch das kaiserliche Patent vom 3. October wurde über Ungarn der Belagerungszustand verhängt, der ungarische Reichstag aufgelöst, General Récsey zum Ministerpräsidenten und Jellačić zum Generalgouverneur ernannt. Zu gleicher Zeit bekam die Armee den Marschbefehl nach Ungarn.

Aber die Wiener Bevölkerung vermochte dem Ausrücken der Truppen auf den ungarischen Kriegsschauplatz nicht theilnahmslos zuzusehen. Ihre Sympathie für die Ungarn, nicht nur vom Hofe und der Regierung, sondern auch vom Reichstage verletzt, hielt sich an die Truppen selbst: an die Soldaten, die aus dem Volke hervorgegangen, dem Gefühle des Volkes näher standen. Es fanden Zusammenkünfte und Verbrüderungen mit den Regimentern statt — Alles in der Absicht, sie dahin zu bringen, daß sie sich nicht als Werkzeug gegen die Ungarn gebrauchen lassen. Diese Bemühungen des Volkes von der einen Seite und die Vorbereitungen der Regierung von der anderen währten einige Tage. Erst als bedeutende Heeresabtheilungen aus den Provinzen ungehindert an die Grenze marschirt waren, beschloß man, die Wiener Garnison ausrücken zu lassen. Zuerst erging der Marschbefehl (5. October) an das italienische Grenadierbataillon. Die Italiener wollten sich dem Befehle widersetzen und mußten unter Cavallerieescorte auf den Bahnhof gebracht werden. Unter tiefem Schweigen der Truppen und des Volkes bewegte sich der Zug gleich einer Leichenprocession durch die Straßen. Noch kam es zu keinem Zusammenstoße. Das Bataillon fuhr ab, das Volk machte keinen Versuch, es zurückzuhalten. Anders gestaltete sich die Sache am nächsten Tage (6. October).

Wir geben die folgende Erzählung zum Theil nach Smolka's während der stürmischen Reichstagssitzung unter dem Donner der Geschütze geschriebenen Brief, zum Theile nach seinen mündlichen Mittheilungen und anderen gleichzeitigen Quellen. — Es war ein heller, reiner Herbsttag; alle Straßen in Bewegung, weil ein aus Wienern bestehendes Grenadierbataillon nach Ungarn abmarschiren sollte. Die ganze Nacht vom 5. auf den 6. hindurch hatten Abschiede, Zusammenkünfte der Grenadiere mit ihren Verwandten und Freunden stattgefunden, und dabei reifte allgemein im Volke der Entschluß, den Abmarsch nicht zuzulassen. Es hieß, daß das Ministerium zur Expedirung gerade dieses Bataillons absichtlich einen Tag gewählt hatte, für den keine Sitzung des Reichstags angesagt war, damit das Volk keine Gelegenheit habe, an diesen zu appelliren.

Die mit den Soldaten fraternisirende Menge beeinflußte im Laufe der Nacht die Truppen so weit, daß sie dem Marschbefehle Widerstand entgegenzusetzen beschlossen. Vergeblich bemühte sich eine Deputation der städtischen Garde die Rücknahme der Ausrückungsordre zu erwirken. Weder der Kriegsminister Latour noch der commandirende General Auersperg, an den sie jener gewiesen, waren geneigt, den Wünschen des Volkes Rechnung zu tragen. Latour, den der Commandant der akademischen Legion Josef Aigner auf eine Meuterei der Soldaten gefaßt machte, die bei der Studentenschaft gewiß Unterstützung finden würde, erwiderte, er werde den Befehl nicht zurücknehmen, obwohl er schon von zwanzig Seiten vor Anschlägen auf sein Leben gewarnt worden sei. So erfolgte denn der Ausmarsch.

Auf der Taborbrücke blieben die Soldaten stehen und erklärten, nicht weiter zu wollen. Das Commando, von dieser Insubordination verständigt, entsendete das Regiment Nassau und einen Trupp Jäger, um die Meuterer zum Gehorsam zu zwingen. Kaum hatte sich die Nachricht davon in der Stadt verbreitet, als das Volk massenhaft gegen die Taborbrücke zuströmte, mit ihm die Garde und die akademische Legion. Die Garde und die Legion stellten sich auf der rechten Seite der zur Brücke führenden Straße auf, während die zur Brechung des Widerstandes ausgerückten Truppen die linke besetzten. Schweigend, in drohender Haltung standen beide Reihen einander gegenüber. Indessen warf sich das Volk auf die Kanonen, die unter Militärassistenz gegen die Donau zu geführt wurden, und wollte die Artillerie nicht über die Brücke lassen. — Smolka, der sich gerade in den Constitutionsausschuß begeben wollte, vernahm, daß es zum Kampfe zwischen Volk und Soldaten gekommen sei, und machte sich sofort in Begleitung der Abgeordneten Krauß und Borkowski auf, um auf den Schauplatz der Unruhen zu eilen. Je näher sie demselben kamen, desto schwerer konnte der Wagen im Gedränge vorwärts, schließlich mußten sie aussteigen und Smolka ging zu Fuß weiter. Ein Zaun versperrte ihm den Weg; er übersprang ihn und befand sich nun plötzlich mitten im Herde des Aufruhrs. Die Menge, die ihn sehr wohl kannte, ließ ihn achtungsvoll hindurch, und so gelang es ihm, mitten zwischen der Garde und dem Heer Platz zu finden.

„Als ich die Taborbrücke erreichte", meldet er in seinem am 6. October um 10 Uhr Abends geschriebenen Briefe, „hörte ich sagen, das Volk habe die Geschütze genommen, und sah, wie die

Menge die Vorderräder einiger Kanonen dahinschleppte. Eine Abtheilung des Regiments Nassau attaquirte diesen Haufen ein wenig, um, wie es scheint, ihm die Kanonen abzunehmen. Das Volk, nur mit Stöcken und Stangen bewaffnet, ließ die Truppen nicht heran, doch kam es zu keinem eigentlichen Zusammenstoß, was ich vollkommen deutlich sah, da ich mitten unter den Leuten war. Das zehn Schritte weit entfernte Militär gab Feuer, und diesem Beispiel folgten sofort sämmtliche in dieser Gegend aufgestellten Truppen; die Grenadiere schossen auf die Nassauer und die Jäger. Es fiel so mancher neben mir und manche Kugel pfiff mir am Ohr vorbei, ehe ich aus dem Gedränge herauskonnte. Sofort eilte ich in das Präsidialbureau — nach 12 Uhr Mittags. Wir konnten aber Strobach um keinen Preis bewegen, eine Sitzung einzuberufen. Er fürchtete, daß der Reichstag die Executivgewalt an sich reißen werde; alles Andringen war vergeblich. Ich fuhr mit Strobach in den Ministerrath und verlangte dort vom ersten Augenblicke an, daß das Militär aus der Stadt entfernt werde, denn ich sah voraus, daß es anderenfalls zu schrecklichen Scenen kommen werde. Alles vergeblich."

Hiezu einiges Ergänzende: Als Strobach, der in offenbarem Einverständnisse mit dem Ministerium war, auf seiner Weigerung, den Reichstag zu versammeln, bestand, setzten Smolka und die anwesenden Deputirten ein Protokoll auf, in welchem sie gegen das Verfahren des Präsidenten Protest einlegten und ihn für alle Folgen desselben verantwortlich machten. Mitten in diesem Streite erging von Seite des Ministeriums die Aufforderung an Strobach, in der Sitzung des Ministerrathes zu erscheinen. Nunmehr wollten es aber die Deputirten selbst nicht zulassen, daß er sich hinbegebe, und gaben ihren Widerstand erst nach längerem Kampfe unter der Bedingung auf, daß Smolka ihn begleite.

Als Smolka mit Strobach im Kriegsministerium erschien, wo die Minister versammelt waren, beantragte er vor Allem, daß eine außerordentliche Sitzung des Reichstages einberufen und zugleich das Militär in den Kasernen consignirt werde; die Garden und die akademische Legion zum Nachhausegehen zu bewegen, nahm er selbst auf sich. Wie bei den Septemberkrawallen, so waren auch jetzt Bach und Wessenberg gegen die beruhigenden Maßregeln. Wie damals, so wurde auch jetzt Smolka von Latour unterstützt, der mit den Polen überhaupt sehr befreundet war, und namentlich für Smolka die größte Verehrung hegte.

Wie damals, so wurde Smolka auch jetzt von einem Repräsentanten des Reichstages verlassen, in diesem Falle von Strobach, der vom Einberufen einer Sitzung nichts wissen wollte.

Während dieser Verhandlungen erschienen jeden Augenblick bald Abgeordnete von beiden Seiten des Hauses, die die Versammlung des Reichstages forderten, bald Adjutanten, die Meldungen über den Verlauf des Aufruhrs brachten.

In der Stadt waren mittlerweile die Nationalgarden selbst unter einander in Kampf gerathen. Der conservative Theil derselben, namentlich die Garde aus dem Kärnthner Viertel, die gar gern zur Unterdrückung des Aufstandes mitgewirkt hätte, wurde von den Vorstadtgarden erst des Verrathes, der „Schwarz-Gelberei" beschuldigt, dann thätlich angegriffen. Arg bedrängt, forderte sie den Kriegsminister auf, das Militär zu ihrer Unterstützung in die Stadt rücken zu lassen. Latour und Smolka waren gegen diesen Schritt; auf wiederholtes Andringen und nach längerem Widerstreben ertheilte der Kriegsminister äußerst ungern den Befehl.

Das Militär rückte ein; die auf dem Graben aufgestellte Artillerie gab Feuer, wovon sämmtliche Fenster im Kriegsministerialgebäude sprangen. Alle Minister fuhren erschreckt von ihren Sitzen auf, und Strobach bat nun Smolka in seiner Herzensangst, eiligst den Reichstag zusammenzurufen. Smolka übernahm die nun sehr erschwerte, ja gefährlich gewordene Aufgabe, indem er Strobach scharfe Vorwürfe machte, dies nicht schon vor drei Stunden gethan zu haben, als es noch möglich war, den Sturm zu beschwören, wie das am 13. Semptember gelang. Strobach beeilte sich nun, den schriftlichen Auftrag zur Eröffnung der Sitzung auszufertigen, und versprach, bald selbst zu kommen. „Wir haben", schreibt Smolka weiter, „Strobach endlich dahin gebracht, die Sitzung um ½5 Nachmittags einzuberufen. Doch war es schon zu spät. Die Abgeordneten hatten sich im Saale versammelt, gewissermaßen privatim, und beriethen, was nun anzufangen. Ich konnte nicht länger im Ministerrathe bleiben — es war dort nichts mehr zu machen, da sie die Köpfe verloren hatten — und eilte in den Reichstag. Mit Mühe und Noth kam ich aus dem Kriegsministerium heraus, denn die Truppen zogen sich unter scharfem Feuern zurück. Durch verschiedene Nebengassen gelangte ich endlich in den Saal, wo ich bereits eine private Sitzung, der Pillersdorff präsidirte, vorfand. Man berichtete, daß das Volk das Kriegsministerium ge-

stürmt habe, und daß die Minister in größter Gefahr schweben, da alles Militär aus der Stadt hinausgedrängt sei.

„Es wird eine Commission bestellt, zusammengesetzt aus mir, Borrosch und Goldmark, um den Ministern zu Hilfe zu eilen. Wir machten uns gleich aus herabgerissenen Vorhängen eine Fahne, die ich trug, damit man das Erscheinen einer Reichstagscommission erkenne. Ueberall wurden wir mit Hochrufen begrüßt. Im Kriegsministerium fanden wir eine schreckliche Verwüstung vor; alle Thüren wurden gesprengt, um die Minister zu finden. — Borrosch, Goldmark und ich bemühten uns, die rasende Menge zu beschwichtigen. Es wurde uns versprochen, daß den Ministern nichts geschehen werde, daß man sie bloß festnehmen wolle. Man fand Latour — ich vertheidigte ihn mit größter Lebensgefahr — es half nichts; er wurde vor meinen Augen erschlagen und dann am »Hof« aufgeknüpft. Er erlitt den Tod mit vollkommener Ruhe.

„Ich eilte in den Sitzungssaal. Strobach hatte sich geflüchtet, da das Volk auch gegen ihn aufgebracht war, weil er keine Sitzung hatte einberufen wollen. Ich nahm den Präsidentensitz ein."

Diese lapidare Darstellung Smolka's — ein rechtes Bild der Hast — sei nun durch eine Schilderung der Einzelnheiten jener Ereignisse ergänzt: Die Commission, zu der auch Fischhof und Sierakowski gehörten, stieß in den Straßen überall auf Barricaden, über die sie auf Brücken, die von den Arbeitern eiligst improvisirt wurden, unter freundlichen Zurufen des Volkes hinwegschritten. So gelangten sie in das Kriegsministerium, wo sich ihnen ein Bild furchtbarer Zerstörung darbot: das Thor war erbrochen, eine wilde Menge zerschlug die zur Treppe führende Thüre, während im Hofe die Wache, Gewehr bei Fuß, unbeweglich dastand. Smolka, Fischhof und Borrosch sprachen mehrmals zum Volke; sie erhielten immer nur die eine Antwort: „Latour und Bach müssen hängen." Den Anprall der Massen aufzuhalten, war keine Möglichkeit. Wenn der eine Haufe durch Bitten und Beschwörungen zum Weichen gebracht war, so folgten andere auf dem Fuße nach. Endlich brachten es die Abgeordneten mit dem Aufgebote aller Beredsamkeit dahin, daß die Leute versprachen, von Gewaltthätigkeiten gegen die Minister abzustehen, wenn dieselben zu Gefangenen gemacht würden. Doch ließ die Menge nicht ab, vorwärts zu drängen; kaum daß sie einen Augenblick in ihrem Anpralle

stille hielt, so oft ihr die Abgeordneten den Weg vertraten. Smolka stand auf der Treppe und sprach, während er die improvisirte Fahne dem Volke quer vorhielt, immer aufs Neue beschwörend und zur Ruhe mahnend. Seine Gestalt allein übte auf die Menge eine solche Wirkung, daß immer die Zunächststehenden, die ihn sahen und hörten, zurückwichen; aber fortwährend drängten Andere nach, die er immer wieder aufzuhalten verstand. Während dieses gelinden Kampfes mußte Smolka Schritt für Schritt weichen, bis er schließlich in das erste Stockwerk hinaufgedrängt war. Dort angelangt, überschwemmte der Pöbel sofort das ganze Haus, zerschlug Thüren und Schränke, um die Minister ausfindig zu machen. und aufzuknüpfen. Im ersten Stockwerke wurde Niemand gefunden. Indessen kam Smolka durch einen Deputirten die heimliche Mittheilung zu, daß die Minister durch die Kirche entflohen seien. Smolka hatte jetzt keinen Grund, dem Volke Widerstand zu leisten; es konnte sich nur mehr darum handeln, das Gebäude vor Vernichtung zu schützen. Trotzdem blieb er, wie von einem Instinct geleitet, immer in derselben Haltung, die Fahne in der Hand, auf der Treppe des zweiten Stockwerkes stehen und suchte fortwährend die Anstürmenden abzuwehren, indem er immer wieder versicherte, daß die Minister sich nicht im Hause befinden. Inzwischen zogen aus der Stadt stets neue Scharen heran, aufgereizt durch den Anblick des Blutvergießens, als dessen Urheber sie Latour betrachteten. „Keine Rache?“ schrien sie, wenn sich die einen oder die anderen zu beruhigen schienen, „Keine Rache? — Mir wurde der Vater erschlagen — mir die Mutter — mir der Bruder! — Aufhängen, aufhängen!“ — Smolka erzählt, daß er Leute gesehen habe mit vor Wuth schäumendem Munde und blutunterlaufenen Augen. Der sich immer erneuernde Zufluß wilderregter Massen wirkte aufstachelnd auch auf diejenigen, die bereits durch Smolka beschwichtigt waren. Alles drängte vorwärts, um der Opfer habhaft zu werden. Schritt für Schritt zurückgedrängt, fand sich Smolka endlich im dritten Stockwerke. Hier erschien Latour's Adjutant Thaddäus Niewiadomski in Civiltracht, um Smolka die Mittheilung zu bringen, der Kriegsminister sei nicht entflohen; alle anderen seien gerettet, nur ihm sei, während er sich in die Wohnung des Adjutanten begeben, um sich rasch in Civilkleider zu werfen, die Flucht unmöglich geworden. — Nun hieß es für Smolka, in dieser verzweiflungsvollen Lage irgend etwas ausfindig machen, um Latour zu retten. An Flucht war nicht zu denken; drei

Stockwerke erfüllte das wüthende Volk. Die Nachricht, daß alle Minister mit Ausnahme Latour's, der sich im Hause verborgen halte, entflohen seien, verbreitete sich, man weiß nicht durch wen, unter der Menge. Alle Wuth kehrte sich jetzt gegen dieses eine Opfer; der Tumult stieg immer höher. Smolka sah sich immer ärger bedrängt, es war eine entsetzliche Lage. Um den Ansturm der Menge ein wenig aufzuhalten und so möglicherweise Zeit zu gewinnen, während der Latour sich vielleicht doch noch retten könnte, erklärte Smolka, daß er selbst den Minister aufsuchen und ihn bewegen wolle, sein Portefeuille niederzulegen und sich einem ordentlichen Gerichte zu unterwerfen. „Er wird", versicherte er der Menge, „sofort gefangen gesetzt und, wenn er sich schuldig erweist, verurtheilt werden. — Es wäre eine Schande", fügte er hinzu, „wenn sich das Volk ohne richterliches Urtheil Recht verschaffen wollte." Durch die gute Aufnahme, die seine Worte fanden, ermuthigt, richtete er an alle Jene, die mit ihm Eines Sinnes seien, die Aufforderung, sich ihm zum Schutze des Ministers zur Verfügung zu stellen. Eine Schar von 30 Männern, aus Nationalgarden und Legionisten bestehend, trat vor, um ihre Unterstützung zu versprechen. Er nahm ihnen nun den feierlichen Eid ab, Latour vor jeder Gewaltthätigkeit zu schützen, stellte die improvisirte Schutzwache in Reih' und Glied auf, um die Menge abzuwehren, und begab sich, nachdem der Corridor verschlossen worden war, in das vierte Stockwerk. Von Niewiadomski begleitet, gelangte er in Latour's Versteck, ein kleines, unverschlossenes, leeres Kämmerchen, das zum Kaminfegen diente. Er stellte dem Minister das Gefährliche der Lage vor und rieth ihm, rasch seine Demission niederzuschreiben. Latour hatte bereits an seiner Rettung verzweifelt. „Retten Sie sich selbst", rief er, „und überlassen Sie mich meinem Schicksal." Mit Mühe bewogen ihn Smolka und Niewiadomski, sein Amt niederzulegen und sich unter Smolka's Schutz als Gefangener zu stellen. Die Verzichtleistung, die er eigenhändig niederschrieb, lautete: „Mit Genehmigung Sr. Majestät lege ich mein Amt als Kriegsminister nieder." Die ersten Worte machten Smolka stutzig; er bedeutete Latour, daß sie keineswegs zur Beruhigung des Volkes dienen können, da sie leicht einen Hintergedanken vermuthen lassen, und bat ihn, die Genehmigungsclausel zu streichen. Latour bestand auf dieser Formulirung. „Als Soldat", sagte er, „könne er nicht anders handeln." Diese Erklärung in der Hand, ging nun Smolka schweren

Herzens in das dritte Stockwerk hinab, wo ihn das Volk ruhig erwartete. Er wies das Blatt vor, erklärte, daß der Minister demissionirt habe, daß man ihn vor Gericht stellen werde, und forderte die Menge auf, sich nach Hause zu begeben. Schon hörte man die Rufe: „Vivat! Nach Hause!“ und Alles schien aufs Beste zu gelingen, als es plötzlich Jemandem einfiel, die Verlesung des Schriftstückes zu fordern; sogleich stimmte die ganze Menge in dieses Verlangen ein. Was Smolka befürchtet hatte, geschah. Die Clausel von des Kaisers Genehmigung machte den fatalsten Eindruck. „Er wird nicht genehmigen“, rief man, „das ist ein Kniff, ein Betrug! Aufhängen!“ Die Wuth des Volkes steigerte sich aufs Aeußerste. Unter ungeheurem Tumulte stürmte man vorwärts. Smolka und die von ihm organisirte Schutzwache wurden ins vierte Stockwerk gedrängt. Noch einmal gelang es Smolka, sich Gehör zu verschaffen. Er erbot sich, Latour in das städtische Zeughaus zu bringen und forderte Sicherheit für seine Person. „Die Person des Gefangenen“, erklärte er, „ist heilig und unantastbar.“ Für einen Moment trat Ruhe ein; das Volk begann zu weichen, die Rettung schien noch möglich. Smolka begab sich in Latour's Versteck und erzählte das Vorgefallene. Der Minister fügte sich der unvermeidlichen Nothwendigkeit; Smolka und Fischhof nahmen ihn unter den Arm und führten ihn, von der Schutzwache umgeben, mitten durch das Volk, ungehindert durch sämmtliche Stockwerke bis in den Hof hinab. Dort fanden sie ein so starkes Gedränge, daß sie nicht weiter konnten. An der Mauer in der Nähe eines Gitterfensters mußten sie stehen und warten, bis sich die Haufen zerstreut haben würden. Aber es kamen immer wieder neue heran, die von Smolka's Abmachungen mit den Anderen nichts wußten. Als sie des Ministers ansichtig wurden, drangen sie mit aller Gewalt auf ihn ein. An die Mauer gedrängt, suchten Smolka und Fischhof den Minister so gut wie möglich zu decken; aber sie hatten keine anderen Waffen als ihre Beredtsamkeit. Mehrmals stießen an Smolka's Brust Bajonette und Säbel, die aber jedesmal, sobald man ihn erkannt hatte, zurückwichen. Ein solcher Stoß mit einem Carabinerkolben zerschmetterte Smolka's Uhr. Als er einen gegen Latour gezielten Streich mit der Hand aufhalten wollte, bekam er einen Hieb mit einer Eisenstange, daß sein Arm kraftlos herabsank. Während er so den Minister zu schützen suchte, rief ihm dieser wiederholt zu „Herr Präsident, retten Sie sich, ich bin ohnehin verloren, ich

fürchte den Tod nicht!" Angesichts der schwachen Kraft, über die er verfügen konnte — die improvisirte Schutzwache konnte den Angriffen der Menge nicht länger widerstehen — schickte Smolka den in der Nähe befindlichen Abgeordneten Wieńkowski, um die Grenadiere, die 15 Schritte vom Kampfplatze entfernt, ruhig dastanden, zur Hilfe herbeizurufen. Wieńkowski hätte den Versuch, Smolka's Auftrag zu erfüllen, beinahe mit seinem Leben bezahlt. Als die Menge hörte, daß er die Grenadiere heranrief, wollte sie ihn augenblicklich an einer der Laternen im Hof aufhängen. Schon war ihm irgend eine Schnur um den Hals gelegt, als ihn der beim Volke sehr beliebte Sierakowski mit Mühe den Händen der Rasenden entriß.

Schon war die Schutzwache zersprengt; bis zum letzten Moment hielten Smolka und Fischhof bei Latour aus. Aber der Minister war nicht mehr zu retten. Mitten im wilden Andringen der Menge gegen ihr Opfer wurde Smolka zur Erde geworfen. Als es ihm gelungen war, sich aus den über ihn hinwegstürmenden Massen wieder emporzuarbeiten, sah er Latour bereits am Boden liegen, blutend und wahrscheinlich schon leblos, aber noch immer vom Pöbel mißhandelt; wenige Minuten darauf war die Leiche des Ministers an einen der Gascandelaber am „Hof" aufgeknüpft.

Die hier nach den mündlichen Mittheilungen Smolka's gegebene Erzählung steht im Großen und Ganzen mit anderen Schilderungen jener Vorgänge in Einklang, sogar mit jenen, die ihre reactionäre Tendenz unzweideutig offenbaren.

Auch der 1850 erschienene quasi officielle Bericht *) stimmt in seinem ersten Theil, der den Vorgang selbst schildert, so ziemlich mit dem von uns Gegebenen überein. Aber auf den zweiten Theil, den Bericht über den gegen die angeblichen Mörder Latour's durchgeführten Proceß, verlohnt es sich näher einzugehen. Er ist ein getreues Abbild des damaligen Strafverfahrens, namentlich des militärgerichtlichen, das den Angeklagten vollkommen der Willkür des Richters überlieferte. Das Beweisverfahren steht auf so schwachen Grundlagen, daß man sagen kann, nicht ein einziger der Verurtheilten sei seines Verbrechens überführt. Dem Gerichte

*) Ergebnisse der vom k. k. Militärgerichte geführten Untersuchung wider die Mörder des k. k. Kriegsministers Generalfeldzeugmeisters Theodor Grafen Baillet von Latour. Wien, aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei, 1850.

als solchem lag daran, die Thäter ausfindig zu machen; die Reaction aber verfolgte nur den Zweck, um jeden Preis einige Personen als Werkzeuge der Revolution zu bestrafen. Da es nun in solchen Fällen, wo ganze Menschenmassen sich auf einen Einzigen stürzen, fast eine Unmöglichkeit ist, den eigentlichen Mörder zu bestimmen, so suchte man wenigstens herauszufinden, wer Latour den Todesstoß versetzt habe. Im Weiteren handelte es sich um den „intellectuellen Urheber", und da es gar nicht möglich war, bei der allgemeinen leidenschaftlichen Erregung, in der Einer den Andern aufreizte und zu den verbissensten Aufwieglern gerade die Werkzeuge der Reaction selbst gehört haben mögen, die Schuld einzelner Personen zu erweisen, so hielt man sich an vage Mittheilungen und Verdächtigungen, sogar an ganz werthlosen Klatsch, um darauf einen richterlichen Spruch zu gründen. So heißt es einmal (S. 155): „Was Füster betrifft, so bestätiget auch eine in der Nähe der Universität dienende Köchin, die ihn genau von Person kannte, daß der Professor gegen halb 6 Uhr bei Ankunft einer von mehreren Technikern geführten Schar der Mörder aus dem neuen Universitätsgebäude heraus mitten unter sie getreten sei und sie mit dem Rufe empfangen habe: Bravo, meine Kinder!" — Was das für Beweise sind und was sie beweisen, bedarf wohl keiner Erörterung. Nach dieser Methode nimmt der Bericht der Reihe nach namentlich die Führer der politischen Bewegung vor, ohne irgend etwas wesentlich Triftigeres als das oben Citirte beibringen zu können. In Betreff der drei Leute, die am 19. März 1849 als Mörder Latour's vom Kriegsgericht zum Tode verurtheilt und hingerichtet wurden, ist im Berichte, wenn man ihn noch so genau durchstudirt, ein eigentlicher Beweis, daß irgend Einer von ihnen Latour den Todesstoß versetzt oder ihn zu tödten beabsichtigt habe, durchaus nicht zu finden. Außer diesen Dreien wurden als Theilhaber an der Mordthat zu zwanzig Jahren schweren Kerkers verurtheilt: der Tischlergeselle Franz Rohl, weil er beim Aufknüpfen der Leiche Latour's mitgeholfen habe; ferner der Fabriksarbeiter Johann Johl, weil er, wie es im Bericht heißt, „überrascht und ohne Ueberlegung" das Messer zum Abschneiden des Strickes hergegeben! Eine Schuld, die in einem officiellen Schriftstücke so formulirt wird, kostete Johl also 20 Jahre seines Lebens, und vielleicht sein ganzes Leben, denn wir wissen nicht — und haben Grund daran zu zweifeln — ob er seine Haft überlebt hat.

Die Behandlung in den damaligen Militärgefängnissen war eine furchtbare. Als ich im Jahre 1865 als politischer Verbrecher in Josefstadt gefangen saß, kam mir die Tradition von zwei anderen Verurtheilten zu Ohren, deren Schuld und Strafe ebenfalls in den angeführten „Ergebnissen" verzeichnet ist. Es waren dies: Josef Pawlikowski, wegen Mithilfe an der Aufknüpfung der Leiche Latour's zu 20 Jahren, und Josef Major, als „Aufwiegler" zu 10 Jahren Kerkers verurtheilt. Diese beiden wurden zu den Erdarbeiten bei den Fortificationen verwendet; wenn sie die zugewiesene Arbeit am Abend nicht fertig gebracht hatten, wurden sie mit Stockschlägen bestraft. Pawlikowski starb nach einigen Jahren, Major aber gab, als er aus dem Kerker entlassen worden war, im Auslande Denkwürdigkeiten über seine Haftzeit heraus, in denen die Behandlung der Gefangenen in Josefstadt ausführlich beschrieben steht. Wohl war bereits im Jahre 1850 die Schmerling'sche Instruction, betreffend die Behandlung der Häftlinge, erschienen, die für die politischen Verbrecher bedeutende Erleichterungen anordnete. Sie wurde jedoch zunächst nur in den Civilgefängnissen befolgt; die Militärgewalten, denen sie officiell nicht mitgetheilt worden war, bekümmerten sich um dieselbe nicht und erkannten demgemäß keinen Unterschied zwischen politischen und gemeinen Verbrechern an. Erst im Jahre 1865 trat sie allgemein in Wirksamkeit, und ich selbst habe bereits ihre Wohlthat genossen.

Nun noch Einiges über den dritten Theil der „Ergebnisse". In diesem tritt das Bestreben hervor, die Ermordung Latour's als Folge des Zusammenwirkens vielfacher Potenzen darzustellen. In erster Linie wird die Aula beschuldigt, die die Mordthat vorbereitet und geleitet haben soll; weiters die ganze demokratische Partei, insbesondere die radicalen Blätter und die Linke des Reichstages und, da diese in der Versammlung das Uebergewicht besaß, der ganze Reichstag, mit seinem Präsidenten an der Spitze. Die Abgeordneten überhaupt und unter ihnen auch Smolka waren also in den Augen dieser Justiz die nur nicht gerichtlich überwiesenen Urheber des Mordes, und ihre Vertheidigung des Ministers mit eigener Lebensgefahr bloßer Schein. „Eine derartige Verdächtigung verdient in der That, mit dem Namen der abscheulichsten Niederträchtigkeit gebrandmarkt zu werden. — Und wie stand es mit jener Grenadiercompagnie, die fünfzehn Schritte entfernt, ruhig dem Morde zusah? Und wie mit den zahlreichen

Militärs, die sich im Kriegsministerium herumtrieben? Sie waren wohl alle von Smolka und Fischhof beredet, Latour im Stich zu lassen. Daß ein gewissermaßen amtliches Schriftstück eine so niedrige Verleumdung gerade Derjenigen wagen könnte, die Latour mit eigener Lebensgefahr vertheidigt haben, gehört zum Unglaublichen."

Macht doch übrigens der Bericht selbst, wie offen er auch seine Tendenz an der Stirne trägt, den Eindruck, als ob es eine abgemachte Sache gewesen wäre, Latour seinem Schicksale zu überlassen, als wenn die Contrerevolution ein Opfer gewünscht hätte, um die Rachepolitik zu motiviren. Fast die ganze Umgebung Latour's, die beiden Adjutanten Niewiadomski und Gondrecourt ausgenommen, haben den Minister im Momente der Gefahr verlassen. Als General Smola zu Auersperg kam und Hilfe verlangte, versagte sie dieser unter dem Vorwande, er habe von Latour den Befehl, das Volk nicht anzugreifen. Belehrend ist in dieser Beziehung eine vom Adjutanten Niewiadomski später niedergeschriebene Erklärung, die wir mit unwesentlichen Kürzungen im Anhange (Nr. 6) abdrucken. Der Ton, in dem die „Ergebnisse" von den Vertheidigern Latour's sprechen, ist schon an und für sich charakteristisch. „Wie kann man es z. B. rechtfertigen", sagt Springer, als er auf diesen Bericht zu sprechen kommt, „daß es S. 39 heißt: Fischhof betheuert, Smolka behauptet, Sierakowski versichert, die ersten Streiche von Latour abgewehrt zu haben; festgestellt ist es, daß Hauptmann Gondrecourt ihn mit seinem Leibe deckte, bis er unter den gräßlichsten Drohungen weggerissen wurde*). Soll darunter verstanden werden, daß die liberalen Abgeordneten Latour nicht ernstlich vertheidigt haben? Aber auch der Hauptmann hatte keine Wunden von seiner Vertheidigung aufzuweisen und konnte nur, wie die Abgeordneten, seine Bemühungen, den Grafen zu retten, behaupten, betheuern, versichern."

Jene von Smolka in Eid genommene Schutzwache, der Fischhof im Reichstage das Zeugniß ausstellen konnte, daß sie ihr gegebenes Versprechen gewissenhaft erfüllt und den Minister bis zum letzten Momente mit eigener Lebensgefahr vertheidigt habe, scheinen die „Ergebnisse" so zu betrachten, als wenn sie

*) Woher der Bericht dies wissen mag? Smolka, Fischhof, die Latour bis zu seinem Tode auch nicht für einen Augenblick verließen, haben hievon nicht das Geringste bemerkt. (Anmerkung Smolka's.)

eher zum Verderben als zum Schutze Latour's gebildet worden wäre. In der That wurden einige dieser wackeren Beschützer Latour's vom Kriegsgerichte ganz unschuldigerweise, ohne daß irgend ein Beweis erbracht worden wäre, als Theilnehmer am Morde verurtheilt: so der Legionist Ransch, der es mit sechs Jahren schweren Kerkers büßen mußte, daß er für seine Vertheidigung Latour's vom Volke fast gelyncht worden wäre!

Im Geiste derselben Rachepolitik verurtheilte Windischgrätz den Deputirten Goldmark in contumaciam zum Tode, weil man annahm, daß er als Präsident des akademischen Comités der intellectuelle Urheber des Mordes gewesen sei. Als im Jahre 1868 auf Goldmark's eigenes Ansuchen die Revision seines Processes vorgenommen wurde, zeigte es sich, daß er und das akademische Comité nicht nur zur Ermordung nicht angereizt, nicht nur von jeder Gewaltthätigkeit abgerathen, sondern auch Alles vorbereitet hatten, um Latour als Gefangenen ehrerbietig zu empfangen, dann aber, nachdem die That vollbracht war, dieselbe laut und öffentlich verdammt haben. So mußte denn auch, nachdem alle Entlastungszeugen, unter ihnen als einer der ausschlaggebendsten Smolka, vernommen worden waren, das ordentliche Gericht, gemäß den „actenmäßig constatirten Umständen", „wegen Mangel des Thatbestandes" die Untersuchung einstellen und so den unschuldig Verurtheilten vollkommen rehabilitiren *).

11. Capitel.

Wien nach dem 6. October. Smolka und der Bestand des Reichstags. Krauß und Smolka. Die Stellung des Reichstags und seines Vorsitzenden. Ablehnung des Justizportefeuilles. Smolka's politisches Programm. Präsidentenwahl.

Nach Latour's Ermordung bot Wien das Bild einer eroberten Stadt dar. Lärmende Gruppen durchzogen wie triumphirend die Straßen; andere bivouakirten bei improvisirten Lagerfeuern an und auf den Barricaden, während auf der anderen Seite schwer beladene Wagen die Habseligkeiten der aus Wien entfliehenden Familien beförderten. Das Militär hatte die Stadt

*) Vgl. Knepler, Der Proceß Goldmark. Wien 1868.

verlassen; nur im Zeughause blieb eine Abtheilung eingeschlossen und wurde von dem aufs Höchste gereizten Volke belagert.

Der Reichstag selbst bot ein Seitenstück zu der in der Stadt herrschenden Verwirrung; die Abgeordneten bildeten lebhafte Gruppen, gingen ab und zu, brachten immer neue Nachrichten, während alle die Rückkehr des Präsidenten oder des Vicepräsidenten und den Beginn der Sitzung ungeduldig erwarteten. Endlich erschien Strobach, um die Sitzung zu eröffnen, oder vielmehr, um sie nicht zu eröffnen. Nach der Auszählung waren bloß 120 Mitglieder anwesend, und der Präsident erklärte, trotz der Forderung vieler Abgeordneten, bei der Beschlußunfähigkeit des Hauses zu keiner Verhandlung schreiten zu können. Er glaubte, während so viele „Ordnungen" zusammenstürzten, die Geschäftsordnung aufrecht erhalten zu können! — Unterdessen erschienen Bewaffnete im Saale, und der Abgeordnete Sierakowski brachte die Nachricht von Latour's Tod. Während der darauffolgenden aufgeregten Reden und der Unruhe im Hause verließ Strobach mit der Mehrzahl der czechischen Abgeordneten das Haus. Im Vorhause begegnete ihm Smolka, der eben vom Schauplatze der Mordthat zurückkehrte. In der Meinung, Strobach wolle dem Minister zu Hilfe eilen, hielt er ihn mit den Worten auf: „Kehren Sie um, Latour ist schon erschlagen." „Gleich, gleich", sagte Strobach und stürzte eilig davon. Als Smolka den Sitzungssaal betrat, wurde er mit lauten Zurufen begrüßt: „Smolka! Präsidiren!" — Ohne Zögern übernahm er den Vorsitz in der Versammlung, die inzwischen bis zur beschlußfähigen Anzahl angewachsen war.

Er übernahm ihn, um ihn von jetzt an, die kurze Unterbrechung vom 20. December bis 20. Jänner abgerechnet, bis zum Staatsstreiche vom 7. März 1849 zu führen und in dieser bedeutsamen und ereignißreichen Periode seines Wirkens alle die Eigenschaften glänzend zu rechtfertigen, die ihm den Weg zur höchsten Ehrenstelle im Reichstage, und fast durfte man für einige Zeit sagen: im Reiche, gebahnt hatten. Die Lage in Wien nach dem 6. October war so beschaffen, daß die vollkommenste Anarchie unvermeidlich schien. Eine Regierung bestand nicht mehr; die erregten Leidenschaften, erst durch die Kämpfe in der Stadt, später durch das Herannahen Windischgrätz' und die Belagerung die immer genährte, immer trügende Hoffnung auf Ungarn bis zum Aeußersten aufgereizt, drohten mit den furchtbarsten Ausbrüchen. Die einzige legale Gewalt — denn eine Gewalt war er

von nun an —, die in Wien bestand und Autorität genoß, war der Reichstag. Es ist bezeichnend, daß es später in den stürmischesten Tagen genügte, ein Privathaus oder ein öffentliches Gebäude vor Zerstörung zu sichern, wenn die Worte: „Das Haus ist unter den Schutz des Reichstages gestellt", daran affichirt waren. — Aber gerade diesem Reichstage drohte ein vorzeitiges Ende — nicht jenes ehrenvolle, das er im März 1849 fand, sondern das erbärmlichste und kläglichste: das Auseinandergehen der Deputirten. Dem Beispiele der Czechen, die im Innersten dem ganzen Sinn der Octoberrevolution feind, die Reichshauptstadt verließen, wären aus ähnlichen Gründen oder aus Aengstlichkeit gern sehr viele Abgeordnete gefolgt. Die auf solche Weise beschlußunfähig gemachte Versammlung wäre damit sang- und klanglos, ohne erst einen Staatsstreich nöthig zu machen, im Sande verschwunden. Wie bequem wäre dies der Reaction gewesen! Wie willkommen, den „revolutionären Reichstag" loszuwerden, ohne Farbe bekennen oder einen ungesetzlichen Act begehen zu müssen! Sagen zu dürfen, daß der erste zur Erfüllung der höchsten Aufgabe einberufene Reichstag in einem Momente der Verwirrung von selber verschwunden sei, daß die Constitution beim besten Willen der Regierung einfach darum nicht zustande gekommen, weil die Constituante durchgegangen: das hätte der Reactionspartei nicht bloß zur Genugthuung, es hätte ihr auch zu großem praktischen Nutzen gereicht. — Diese Schmach von der Jugendperiode des Constitutionalismus in Oesterreich abgewendet zu haben, ist Smolka's Verdienst. Mit allen Mitteln, bei jeder Gelegenheit kämpfte er für die Existenz des Reichstages. Er widersetzte sich eben so energisch den Fluchtversuchen der Deputirten, wie den bald verschämten, bald unverschämten Bemühungen der Regierung, sich des Reichstages auf gute und vor allem auf stille Art zu entledigen. Er unterließ es auch nicht, die Stellung und Würde der Versammlung bei jedem Anlasse, dem geringfügigsten, wie dem bedeutsamsten, mit eiserner Festigkeit zu vertheidigen, und er that es immer mit Erfolg. Die Regierung, deren Werbungen Smolka zurückwies, und die nun wußte, wer für den Reichstag gute Wacht hielt, konnte sich der sehr unangenehmen Nothwendigkeit nicht entziehen, offene Gewalt zu gebrauchen — ein Mittel, zu dem sie erst dann den Muth fand, als das Waffenglück auf dem ungarischen Schlachtfelde sich gegen die Revolution zu entscheiden schien.

Unmittelbar nach der Mordthat vom 6. October erklärte sich der Reichstag in Permanenz und suchte, so gut es ging, der außerordentlichen Aufgabe zu entsprechen, die ihm die außerordentliche Lage auferlegte. „Wir haben die Executive in die Hand genommen", berichtet Smolka kurz und trocken. (Brief vom 6. October.) Die Garde und die akademische Legion gaben die bestimmtesten Erklärungen ab, sich den Befehlen des Reichstages zu unterwerfen. Die Deputationen, die in den nächsten Tagen mit ähnlichen Versicherungen und zugleich mit der Bitte um Schutz und Hilfe erschienen, wurden so zahlreich, daß man in Betreff ihres Verkehrs mit dem Reichstag ein eigenes Reglement erlassen mußte. Der Reichstag selbst vermied es behutsam, den Schein zu erwecken, als wollte er die höchste Gewalt an sich reißen. Bei jeder Gelegenheit betonte er sowohl die Autorität des Monarchen, wie die des Ministeriums, als der gesetzlichen Executive.

Zur Herstellung und Aufrechthaltung der Ordnung bestellte der Reichstag eine ständige Sicherheitscommission, die der Plenarversammlung jede halbe Stunde Bericht zu erstatten hatte. Ständiger Referent dieser Commission war der Abgeordnete Schuselka. — Zugleich wurde auf Antrag Hornbostel's beschlossen, an den General Grafen Auersperg eine Deputation abzusenden mit der Bitte, dem Blutvergießen in der Stadt Einhalt zu thun. Die Nominirung der Mitglieder wurde Smolka überlassen. Auersperg versprach, das Militär zurückzuziehen, wenn das Volk von der Belagerung des Zeughauses abstünde. Der Reichstag erließ demnach an das Militär und an die Garden den Befehl, beiderseits die Feindseligkeiten einzustellen, und zugleich an die Eisenbahndirectionen das Verbot, Truppen in die Stadt zu befördern. Zur Widerlegung der Gerüchte, daß die Volksvertretung beschlußunfähig geworden, wurde eine Proclamation an die Völker erlassen, und überdies die Entsendung von Deputationen in die Provinzen beschlossen, um den Umtrieben der reactionären Partei, die jetzt schon ihre Zeit gekommen wähnte, entgegenzuarbeiten. Einen Augenblick schien sich Alles zum Besten wenden zu wollen. Die Deputation, die dem Kaiser in einer Adresse die Bitte des Reichstages überbrachte, ein volksthümliches Ministerium unter Zuziehung Doblhoff's und Hornbostel's zu bilden, wurde sehr freundlich empfangen, die Erfüllung der Bitte zugesagt. Aber wenige Stunden darauf erfolgte ein Ereigniß, das alle

Hoffnung auf eine friedliche Beendigung der Wirren zu nichte machte. Es war die Flucht des Kaisers nach Olmütz, 7. October.

Folgen wir nach dieser allgemeinen Uebersicht der Begebenheiten wieder den Berichten Smolka's. „Gegen vier Uhr" schreibt er (noch immer im Briefe vom 6. October) „eröffnete ich die Sitzung. Wir nahmen die Executivgewalt in die Hand, erließen allerhand Verordnungen, entsendeten eine Deputation an den Kaiser u. s. w. Die größte Plage haben wir mit dem kaiserlichen Zeughaus, in welchem sich ein Theil des Militärs nebst den beim Volke als Schwarz-Gelbe so sehr mißliebigen Nationalgarden vom Kärnthner Viertel verbarricadirt haben. Das Volk will um jeden Preis das Zeughaus erobern und Alle, die sich darin befinden, umbringen. Die Garde feuert von den Wällen aus Kanonenschüsse gegen dieses Zeughaus ab; die Eingeschlossenen vertheidigen sich wüthend, da sie sich ohnehin verloren geben. Man kann nicht zu ihnen hinein, da auf Jeden geschossen wird, der sich dem Zeughaus nähert, so daß schon mehrere zu ihnen entsendete Parlamentäre getödtet wurden. — Es ist dem Volke gelungen, das Zeughaus anzuzünden, der Brand ist aber schon wieder gelöscht. Wir tagen ununterbrochen; ich schreibe diesen Brief in einzelnen freien Momenten während der Sitzung.

„Es ist schon beinahe 2 Uhr Morgens, also schon der 7. October 1848. Der Reichstag hat an den Kaiser nach Schönbrunn eine Deputation mit einer Adresse entsendet, in der die Bildung eines neuen, volksthümlichen Ministeriums unter Beibehaltung Doblhoff's und Hornbostel's erbeten wird. Die Deputation bringt aus Schönbrunn die Antwort des Kaisers: daß er die Neubildung genehmige, — und meldet, daß ich zum Justizminister vorgeschlagen worden sei; ich aber werde ablehnen. Was wird denn die Lemberger Beamtenschaft dazu sagen, die die Nachricht, daß ich Appellationsgerichtspräsident werden sollte, mit solchem Entsetzen aufnahm?

„Die Wiener Vororte sollen sich erhoben haben und in Bereitschaft stehen, um den Wienern im Falle der Noth Hilfe zu leisten. Strobach, Rieger und andere hervorragende Czechen mußten sich verbergen, so wüthend ist das Volk über sie, weil sie gegen die Ungarn gesprochen haben. Schon 2 Uhr Nachts, und das Zeughaus wird noch immer belagert; ich habe wieder eine energische Proclamation abgesendet, daß das Feuer auf beiden Seiten eingestellt werde."

Die ganze Nacht brachte Smolka auf seinem Präsidialsitze zu, indem er bald diese, bald jene Anordnung erließ. Nicht alle Abgeordneten waren so ausdauernd. „Ein Theil der Herren Abgeordneten liegt auf den Bänken und schnarcht", schreibt er.

„Eben wird berichtet, daß das Militär sich in der Nähe des Belvederes concentrire und die Stadt bombardiren wolle. Ich glaube es nicht; — denn die Commission, die vor Kurzem zum Commandanten Auersperg geschickt wurde, brachte die Nachricht, daß von Seite des Militärs alle Feindseligkeiten ganz gewiß eingestellt werden würden — doch habe ich aus Anlaß dieses Gerüchtes an den Commandanten den Befehl ergehen lassen, sich den Beschlüssen des Reichstages zu fügen.

„11 Uhr Morgens. Wie es heißt, wurde Bach in Wien gefangen und aufgehängt. Ich kann nicht verbürgen, daß es wahr ist."

Kurz nachdem er diese Worte niedergeschrieben, unterbrach Smolka die Sitzung, nachdem er die Abgeordneten aufgefordert hatte, sich bis zu seiner Rückkehr nicht zu entfernen. Es war ihm gemeldet worden, daß der Finanzminister Krauß — der jetzt eigentlich nicht mehr Minister war, da das ganze Cabinet bereits seine Entlassung erhalten hatte, — mit einer wichtigen Nachricht auf ihn warte. Als Smolka das Präsidialbureau betrat, stand vor ihm Krauß, bis über die Augen in Shawls und Mäntel gehüllt, um in der Stadt nicht erkannt zu werden. Er übergab ihm das Manifest, in welchem der Kaiser kundmacht, daß er, durch die Revolution gezwungen, die Nähe seiner Hauptstadt verlasse, und zugleich alle seine Völker zum Kampfe gegen die Anarchie aufruft. „Ich habe", erzählt Schuselka, „dieses merkwürdige kaiserliche Actenstück in Händen gehabt. Es war ein gewöhnliches Quartbriefpapier, vom oberen bis zum untersten Rande so eng beschrieben, daß kaum Platz für die Unterschrift des Kaisers blieb. Es war offenbar die in Eile verfaßte Originalschrift, denn viele Worte waren ausgestrichen und verbessert, Text und Datum waren von verschiedener, letzteres wahrscheinlich von weiblicher Hand. Der kaiserliche Namenszug war unverkennbar echt."

Von Krauß aufgefordert, das Manifest im Reichstage zur Verlesung zu bringen, erwiderte Smolka, daß die bloße Promulgirung eines solchen Actes ihm — Krauß — das Los Latour's bereiten und das Werk der Beruhigung, an welchem der Reichstag so eifrig und mühevoll arbeite, vollkommen vernichten könne.

Krauß bemerkte: als vom Kaiser ernannter Beamter müsse er den kaiserlichen Befehl vollziehen. Smolka las das Actenstück noch einmal genau durch und gerieth sogleich auf ein Mittel, das den Minister retten und sogar noch ganz unverdient populär machen könnte. Das Schriftstück war nicht contrasignirt, also inconstitutionell und ungiltig, und der Minister, der es contrasignirt hätte, wäre damit für den ganzen Inhalt desselben verantwortlich geworden. Er gab also Krauß den Rath, in der Kammer zu erklären, daß er die Gegenzeichnung des Manifestes verweigert habe. Nach einigem Zögern entschloß sich der arg bedrängte Krauß, Smolka's Rath zu befolgen. Smolka eröffnete also um 1/2 12 Uhr Mittags die Sitzung aufs Neue. Der Finanzminister ergriff das Wort zu folgender Mittheilung*):

„Ich habe heute vor beiläufig einer Stunde von Schönbrunn durch einen Mann der Burgwache ein versiegeltes Schreiben empfangen. Diesem Schreiben lag ein Aufsatz, der mit der Unterschrift Sr. Majestät versehen ist, bei; ich wenigstens fand die Schriftzüge derart, daß ich sie nur für die Sr. Majestät erkennen kann. Dabei lag ein Zettel."

Nun verlas er das bekannte Manifest und hierauf den Zettel, der folgendermaßen lautete: „Dieses Manifest soll im Allerhöchsten Auftrage von Sr. Excellenz dem Herrn Minister Baron Krauß contrasignirt und dann sogleich promulgirt werden. Sollte es nicht contrasignirt werden können, so soll es uncontrasignirt vom Commandirenden, Herrn Grafen Auersperg, veröffentlicht werden.

Schönbrunn, den 7. October 1848.

Im hohen Auftrage." Unterschrift unleserlich.

Die Erklärung, die Krauß hierauf abgab: daß er ein Actenstück, das er weder vorgeschlagen habe, noch auch nachträglich gutheißen könnte, im Sinne der Constitution nicht contrasigniren dürfe, und daß er mit dieser Weigerung dem Throne einen Dienst zu leisten glaube, wurde vom Reichstage mit „allgemeinem, anhaltendem Beifall" aufgenommen; zum Lohne für seine constitutionelle Gesinnung wurde ihm nicht nur die früher verweigerte Steuerbewilligung für das Jahr 1849 zugestanden, sondern auch beschlossen, ihn zu Doblhoff und Hornbostel als dritten Vertrauensmann der Kammer zu gesellen, welchen

*) Stenogr. Ber. III, 14 f.

Dreien die Weiterführung der Geschäfte und die Wahl der bei der Bildung des Cabinets vorzuschlagenden Minister übertragen werden sollte. Smolka und der Reichstag wollten offenbar in richtigem Takt Alles thun, um angesichts der Lage die Position des Ministeriums als der gesetzlichen Executive möglichst zu stärken, es in der Reichshauptstadt festzuhalten und ihm das Zusammenwirken mit dem Reichstage zu erleichtern. Dem entsprach es auch, daß Smolka in seinen Briefen — deren Inhalt ja leicht zur öffentlichen Kenntniß kommen konnte — darüber schweigt, daß es erst sein Rath gewesen, der Krauß zu der correcten constitutionellen Gesinnung erweckt und ihm alle die Erfolge eingetragen. „Minister Krauß", heißt es im Briefe vom 7. October, „berichtet, daß er vom Kaiser eine Proclamation zur Contrasignirung erhalten habe, die er aber nicht contrasigniren wolle. Der Kaiser zeigt seine Abreise an und ruft sehr energisch alle Gutgesinnten auf, der Anarchie ein Ende zu machen; für den Fall, daß die Minister ihre Contrasignatur versagen würden, fordert er den Commandanten Auersperg auf, diese Proclamation zu veröffentlichen. — Der Reichstag hat eine Commission erwählt, um den Gegenstand sofort in Berathung zu ziehen und geeignete Vorschläge zu erstatten. Es bedarf aller Energie, daß nicht Alles drunter und drüber gehe."

„Ich erhalte während der Sitzung mitten im Schreiben dieses Briefes immerwährend telegraphische Depeschen: daß das Militär die Eisenbahn mit Gewalt benützen wolle, was wir gestern verboten haben; ferner, daß die Arbeiter aus der ganzen Umgegend mittelst Eisenbahn nach Wien zu fahren gedenken. Es wird, wie ich glaube, zu erbittertem Kampfe mit dem Militär kommen, und zwar mehr oder weniger überall. Der Reichstag genießt beim Volke großer Autorität, nachdem er im Verein mit dem Ministerium die Zügel der Regierung ergriffen. Es ist gelungen, das im Arsenal eingeschlossene Militär zur Uebergabe zu bewegen; nun aber wird das Arsenal ausgeraubt. Ich sehe keine Möglichkeit, das zu verhindern. — Strobach hat sich geflüchtet."

„Ich wundere mich selbst", fügte er am Schlusse des Briefes hinzu, „daß ich so vollkommen ruhig bin und unerschrocken und durch alle die fortwährend einlaufenden, hochwichtigen Nachrichten ganz und gar nicht außer Fassung gebracht, als wenn Alles in schönster Ordnung und nichts Besonderes vorgefallen wäre."

Seine Ruhe verließ ihn auch in den folgenden Tagen nicht, als Jellačić (8. October) bereits österreichisches Gebiet betrat und in Wien Alles vor Schrecken den Kopf verlor. „Eben", schreibt er am 9., „allarmirt man die Stadt — Jellačić sei schon vom Stephansthurme aus zu erblicken. Ich glaube es nicht; im Uebrigen, was gäbe es da zu fürchten?"

Nur bei dieser ruhigen Gemüthsverfassung war es ihm möglich, all Dasjenige zu leisten, was ihm in diesen Tagen aufgebürdet war. Er mußte nicht nur die Plenarversammlungen leiten, mit dem ständigen Ausschusse fortwährend im Verkehr bleiben, mit allen möglichen Deputationen parlamentiren, die ihm oft mit geradezu grotesken Vorschlägen kamen, sondern auch eine Menge administrativer, polizeilicher, ja, sogar diplomatischer Geschäfte besorgen, die sich in den Händen des Reichstagspräsidenten vereinigten. Ueberdies hatte er die größte Mühe, die furchtsamen Abgeordneten in Wien festzuhalten, von denen manche ihn kniefällig um Urlaub baten; er aber blieb immer unerbittlich. „Ich kann Sie nicht entlassen", war seine stereotype Antwort, „ich habe nur zehn Abgeordnete über die zur Beschlußfähigkeit nöthige Anzahl; für Ihre persönliche Sicherheit garantire ich Ihnen. Der Reichstag ist jetzt in Wien die einzige legale Institution. Man darf nicht die Hauptstadt des letzten Organes der höchsten Gewalt berauben, das ihr noch geblieben und das allein beim Volke Gehör und Ansehen besitzt." — In besonderem Schrecken lebten die polnischen Bauern, die bei der Wiener Bevölkerung wegen ihres Zusammengehens mit der Reaction außerordentlich verhaßt und zugleich durch ihre Tracht allgemein kenntlich waren. Smolka nahm sie daher in seine Wohnung oder vielmehr ins Präsidialbureau zu sich und bestimmte ihnen zwei Zimmer, wo ihrer etwa 30 einen großen Theil des Octobers hindurch übernachteten.

Um den Reichstag beisammenzuhalten, trug er der Nationalgarde, die bereits die Stadt abgesperrt hatte, auf, ohne seine Bewilligung Niemand hinauszulassen. Die Garden hielten sich im Allgemeinen streng an diese Weisung. Wer nicht einen vom Reichstagspräsidenten unterfertigten Passirschein hatte, wurde zurückgehalten. Solche Scheine stellte Smolka den Botschaftern, Gesandten und den zu ihnen gehörigen Personen aus, noch am letzten Tage vor der Eroberung Wiens dem türkischen Gesandten und seinem Personal. „Der Reichstag", durfte Smolka am 8. October schreiben, „steht fester als je und ist die wirkliche

Regierung (wenn auch wahrscheinlich nicht für lange), und da ich dem Reichstag präsidire, bin ich die erste Figur in Wien."

Die letzten Worte entsprachen durchaus der Wahrheit. Welchen Sinnes Smolka dabei war, sagt am besten der Zusatz: „Zeige das Niemand, sonst lacht man."

Seine Bescheidenheit konnte aber nicht hindern, daß ihn die Anderen sehr ernst nahmen. Schon im Briefe vom 7. October erwähnt er, wie wir gesehen, daß er zum Justizminister vorgeschlagen sei, und erklärt sofort, nicht annehmen zu wollen. Krauß, der die Verhandlungen führte (Doblhoff war krank und Hornbostel entschlossen, in das Cabinet nicht einzutreten), bot ihm aber das Portefeuille wieder und wieder an. Auf sein und vieler Abgeordneten immer erneutes Drängen stellte er endlich sein politisches Programm auf, von dessen Genehmigung er seinen Eintritt in das Ministerium abhängig machte. Der Inhalt desselben war folgender:

„Angesichts der Idee der Gleichberechtigung der Nationalitäten, die Oesterreich selbst auf seine Fahne geschrieben hat, des Umstandes, daß es unter dieser Fahne seinen Kampf gegen die Revolution führte, indem es Serben, Croaten und Rumänen den Ungarn, die Deutschen den Czechen, die Ruthenen den Polen gegenüberstellte, angesichts dessen endlich, daß diese Idee täglich an Macht zu gewinnen bestimmt ist, ist es geradezu eine Unmöglichkeit, Oesterreich ferner in seinem gegenwärtigen Gefüge zu erhalten. Oesterreich muß also eine vollständige Umgestaltung seines staatlichen Organismus anstreben.

„Es hätte demgemäß — abgesehen von einem aufrichtiggemeinten Verleihen politischer Freiheiten — auf seine uralte historische Grundlage zurückzugreifen, die deutsche Kaiserkrone, die ihm von den Deutschen so beharrlich angeboten wird, anzunehmen und die Einigung Deutschlands durchzuführen.

„Die italienischen Landschaften hätte Oesterreich zu Gunsten des seiner Einigung zustrebenden italienischen Volkes aufzugeben.

„Den Ungarn müßte es ihre Verfassung vollkommen wiederherstellen, mit dem Bestreben, aus Ungarn ein »unteres Donaureich« zu bilden, mit welchem Oesterreich durch Personalunion verbunden wäre.

„Galizien wäre eine vollkommen selbständige Regierung und nationale Institutionen zu verleihen, mit der von vorneherein ausgesprochenen Bestimmung, daß es den Krystallisationspunkt eines

künftigen Polen zu bilden habe. Zwischen Galizien und Oesterreich wäre ebenfalls eine Personalunion herzustellen.

„So würde Oesterreich ein einheitlicher deutscher Staat werden, mit so herrlichen Annexen, wie Polen und Ungarn nebst den zu ihnen gehörigen Gebieten.

„Oesterreich würde auf diese Weise nicht nur in politischer, sondern auch in finanzieller Beziehung gewinnen. Die Hälfte seiner Staatsschuld (die damals gegen tausend Millionen betrug) würde Italien auf sich nehmen, wenn Oesterreich die italienischen Provinzen freiwillig abtreten und die Einheitsbestrebungen Italiens unterstützen würde; und — was das Wichtigste und für die Durchführung der übrigen Punkte des Programmes unerläßlich ist — Italien würde aus einem verbissenen Feinde ein wohlwollender Nachbar und sogar ein Verbündeter Oesterreichs werden.

„Die andere Hälfte der Schuld würden die übrigen Provinzen ohne Schwierigkeit tragen (war doch die Steuerkraft des Volkes damals noch keineswegs so erschöpft wie in unseren Tagen). In politischer Hinsicht würde die Dynastie die allgemeine Anerkennung und sogar Begeisterung der deutschen, der polnischen und der ungarischen Nation für sich gewinnen und sich dadurch im Innern befestigen. Eine Gefahr von außen drohte von keiner Seite. Frankreich war zu sehr mit sich selbst beschäftigt, um sich in fremde Angelegenheiten zu mengen; Preußens Kraft gelähmt — es war kurz nach jenen Tagen, in denen das Volk den König gezwungen hatte, vor den Opfern der Reaction sein Haupt zu entblößen — eine Zeit, in der die Sympathien des deutschen Volkes weit mehr Oesterreich, als Preußen zugewendet waren. — Schweden und die Türkei wären die natürlichen Verbündeten Oesterreichs, da ihnen nur daran lag, Rußland zu schwächen, und diesen Staaten nichts willkommener sein konnte, als neben Rußland ein solches Reich gebildet zu sehen, wie das wiedergeborene Oesterreich im Verein mit Ungarn und Polen wäre. Rußland würde nicht wagen, in den Proceß der Wiedergeburt Oesterreichs feindselig einzugreifen, da sich zur Vertheidigung des so geschaffenen neuen Zustandes die in ihren Wünschen befriedigten Völker einhellig gegen die Nordmacht wenden würden."

Daß dieses Programm nicht geeignet war, bei der Regierungspartei, die so ganz andere Pläne und Ziele hatte, Wohlgefallen zu erwecken, liegt auf der Hand. Krauß, der sich am meisten an der Forderung stieß, die italienischen Provinzen, die schönsten

Perlen der österreichischen Krone, wie er sich ausdrückte, abzutreten, stellte ihm immer aufs neue vor, daß es sich in erster Linie darum handle, den Sturm zu beschwören; über wichtige politische Fragen werde man später sprechen und sich dann gewiß mit Leichtigkeit verständigen können. Smolka erwiderte hierauf: was die Beruhigung der Gemüther betreffe, könne er als Reichstagspräsident weit erfolgreicher in dieser Richtung wirken als das Ministerium, in das er eintreten sollte. Schließlich erklärte er, die Annahme des Portefeuilles unbedingt von der Genehmigung seines Programmes abhängig zu machen; was aber speciell die italienischen Provinzen angehe, so spreche er seine Ueberzeugung aus, daß Oesterreich früher oder später nach ungeheurer vergeblicher Kraftanstrengung sie dennoch unfehlbar verlieren werde.

Wenn die damalige »Realpolitik« Smolka's Forderung, die Lombardei und Venedig zu opfern, wahrscheinlich als Schwärmereien eines Ideologen ansah, so zeigte die Geschichte, in der die Ideen leben, ringen und sich schließlich auch gegen die mächtigste äußere Gewalt durchsetzen, daß die höchste Idealpolitik zugleich die höchste Realpolitik sei.

Da Smolka von seinen Bedingungen nicht abzubringen war, erklärte Krauß schließlich das Programm ad referendum zu nehmen, und kam, wie zu erwarten war, am zweiten oder dritten Tage darauf mit der Antwort zurück, daß der Kaiser einem Programme nicht zustimmen könne, „welches die angestammten Herrscherrechte so vieler deutscher Fürsten in Frage stellen würde"; Smolka lehnte also endgiltig ab und fügte nur noch hinzu, daß, wenn Oesterreich in diesem Sinne verharre, jenes „In Frage Stellen" durch Preußen erfolgen, daß der König von Preußen sich die deutsche Kaiserkrone aufsetzen und einen deutschen Staat nach dem anderen annectiren werde.

Bei allen diesen Unterhandlungen verhielt sich Smolka mit der kältesten Gleichgiltigkeit; er legte auf die Ministerschaft sehr geringen Werth, desto höheren auf seinen Platz im Reichstage. Mußte er doch, bei den täglich steigenden Aussichten der Reaction, immer mehr bezweifeln, ob ein liberales Ministerium, wenn es überhaupt zu Stande käme, seinem Programm treu zu bleiben vermöchte, während er selbst in den „maßgebenden Kreisen" nicht Macht und Einfluß genug besaß, um etwaige reactionäre Bestrebungen des Cabinets zu brechen. „Man hat mir das Justizministerium angeboten", schreibt er am 9. October, „und plagt

mich noch jetzt, anzunehmen; ich habe entschieden abgelehnt. Ich halte meine Stellung als Reichsrathspräsident (am 12. findet die Neuwahl statt, und ich werde unzweifelhaft zum Präsidenten gewählt werden) für eine unvergleichlich wichtigere, da jetzt der Reichstag thatsächlich die Regierung führt, und es mir, ich weiß nicht wie, gelingt, die Parteien zu einigen; — man folgt mir weit mehr als Strobach, und Du kannst dir wohl vorstellen, was das für Sitzungen waren, inmitten des Geschützfeuers, unaufhörlicher Deputationen, schrecklichster Nachrichten und wildester Anträge: und es gelang mir; Alles in schönster Ordnung zu erhalten."

Und am 16. October: „Es freut mich, daß auch Du der Meinung bist, daß ich das Portefeuille nicht annehmen solle. Ich wollte es um keinen Preis, damals, als die Combination sehr liberal ausgefallen wäre, und wie erst jetzt, da, wie es scheint, der Kaiser ein sehr liberales Ministerium nicht bestätigen wird. Heute wurde ich wieder geplagt, anzunehmen — will es aber nicht, unter keiner Bedingung."

Bei der Stellung, die Smolka seit dem 6. October im Reichstage einnahm, war es nur die Bestätigung einer Thatsache, wenn ihn die Versammlung bei der Neuwahl des Präsidiums auf Antrag des Abgeordneten Adam Potocki mit Acclamation zum Präsidenten erwählte. So wenig dieser Act einen Zweifel zuließ, drang Smolka doch in richtiger Würdigung der Verhältnisse auf ein ordentliches Scrutinium. Es sollte Niemandem ein Vorwand gegeben werden, irgend jemals die Legalität der Reichstagsbeschlüsse in Frage zu stellen. Das Scrutinium fand am nächsten Tage (12. October) statt; Smolka wurde mit 186 von 220 Stimmen zum Präsidenten gewählt.

---

12. Capitel.

„Jellačić vor den Thoren!" — Bestechungsversuch. Schreckensscenen. Wien rüstet sich zur Vertheidigung. Die Hoffnung auf Ungarn und der Reichstag. Windischgrätz. Smolka und die Thronentsetzung des Hauses Habsburg. Vertagung und Verlegung des Reichstages. Die Eroberung Wiens.

Die Angst in der Hauptstadt stieg immer höher. „Halb Wien", heißt es im Briefe vom 12. October, „hat sich, weiß

Gott wohin, geflüchtet; ein solcher Schrecken herrscht vor Jellačić' Croaten. Gestern wurde den ganzen Tag hindurch allarmirt; Jellačić, hieß es, beginnt den Angriff gegen die Stadt. — Lauter Hirngespinnste. — Er steht hinter den Bergen auf dem Wege nach Baden, bei Hetzendorf ꝛc.

„Zur Vertheidigung der Stadt werden alle möglichen Vorsichtsmaßregeln getroffen — Alles sieht kriegerisch aus. Der Gemeinderath und das Commando der Nationalgarde ist zu Allem ermächtigt, was zur Vertheidigung der Stadt nöthig wäre. Die Brücke über die Donau ist abgebrochen, die Ufer stark besetzt, da es heißt, daß aus Böhmen — und auch aus Galizien — Truppen herranrücken. — Fast alle Czechen haben sich geflüchtet und im Vereine mit den Deutschen in Prag sich gegen die hiesige Bewegung erklärt. — Ich habe meine liebe Noth, die Herren in der Stadt festzuhalten; Urlaub ertheile ich nicht, aber sie laufen auch so davon. Die polnische Delegation steht unerschrocken auf ihrem Posten — nur die Bauern haben Angst bekommen. Ich begreife nicht, was hier zu fürchten ist."

Diese Klagen über das Verhalten der Abgeordneten kehren in den folgenden Briefen häufig wieder. Es war nicht damit abgethan, daß es mit großer Mühe gelang, sie in beschlußfähiger Anzahl beisammenzuhalten. Viele Furchtsame entfernten sich bei Verhandlungen über heikle Fragen unmittelbar vor der Abstimmung, so daß die Sitzung oft abgebrochen werden mußte. Dem Hofe wäre freilich ein großer Gefallen damit geschehen, wenn sich die Abgeordneten langsam zerstreut, der Reichstag sein sanftes Ende gefunden hätte. „Der Hexensabbath, der dann in Wien losgebrochen wäre, hätte ihr (wie Smolka schreibt) einen guten Anlaß abgegeben, um das Militär einrücken zu lassen, und weiß Gott was Alles aufzuführen." Aber alle Bemühungen in dieser Hinsicht scheiterten an Smolka's Festigkeit. Schon in den ersten Tagen der Permanenz war Krauß, der immer im Einverständniß mit dem Hofe handelte, dem Präsidenten gegenüber mit der vertraulichen Mittheilung herausgerückt, daß es doch unter den obwaltenden Umständen sehr wünschenswerth wäre, wenn der Reichstag auseinanderginge. Die Regierung wäre zu großen Opfern bereit — er gab nicht undeutlich zu verstehen, daß es auch Geldopfer sein könnten — wenn es zur Erfüllung dieser Wünsche führen würde. Smolka erklärte hierauf, daß der Reichstag unbedingt in der Hauptstadt bleiben müsse, wenn die Anarchie verhindert werden

sollte, und that im Uebrigen, als wenn er die letzte Anspielung nicht verstünde. Aber die Regierung ließ in ihren Werbungen so leicht nicht nach. Kurz darauf wurde dasselbe Ansinnen in weniger verschämter Form gestellt. Wir berichten darüber nach dem „Neuen Wiener Tagblatt", das im Jahre 1881 einige Beiträge zur Biographie Smolka's veröffentlichte. Smolka hat dem Inhalte jener Aufsätze nicht nur nicht widersprochen, sondern sie auch auf einem uns zur Verfügung gestellten Exemplare mit eigenhändigen Berichtigungen und Zusätzen versehen, die wir in unsere Darstellung verflechten.

„Eines Morgens erschien bei Smolka ein Mann, mit der Bitte, den Präsidenten zu sprechen. Auf die Frage, wer er sei, erklärte er, es werde vom Verlaufe der Unterredung abhängen, ob er seinen Namen nenne oder nicht. Ohne Umschweife theilte er hierauf den Zweck seines Besuches mit. Das Staatswohl erheische es, daß der Reichstag von selbst zu existiren aufhöre, auseinandergehe oder wenigstens Wien verlasse, um sich in irgend einem neutralen Orte, etwa in Kremsier, wieder zu versammeln*). Der Präsident möge das Signal dazu geben, und wenn das durchaus nicht möglich wäre, wenigstens zulassen, daß die Deputirten auseinandergehen und so den Reichstag beschlußunfähig machen. Wenn sodann die bis nun durch die Autorität des Reichstages verhinderte Anarchie losbräche, so würden die Wiener selbst, die bereits das Revoltiren satt haben und am liebsten die Hilfe der Regierung anrufen würden, dieselbe niederwerfen. — So würde die Revolution

*) Das „Tgbl." läßt hier den Unterhändler geradezu von einer Verlegung nach Kremsier sprechen. Ich glaube, daß dies auf einem Irrthume des Verfassers oder auf einem Gedächtnißfehler seines Gewährsmannes beruht. Bloß um der Verlegung willen hätte sich die Regierung schwerlich zu einem so gefährlichen Schritte entschlossen. Sie konnte, bevor das Vertagungspatent erschienen war, gar nicht wissen, ob Smolka dem Willen der Regierung einen so entschiedenen Widerstand entgegensetzen werde, der ja an des Kaisers Machtwort schließlich doch scheitern mußte. Daß man nach dem Erscheinen des Patents mit dem Ansinnen an Smolka herangetreten wäre, ist fast undenkbar. Was der Regierung sehr werthvoll sein mußte, war das Verschwinden des Reichstages. Dies stimmt auch zu den Winken des Finanzministers. Der Unterhändler mag zu Smolka's Beruhigung hingeworfen haben, daß der Reichstag ja wieder, etwa außerhalb des Revolutionsherdes, versammelt werden könne. — Aus Smolka's Briefen geht überdies hervor, daß er vor dem Erscheinen des Patents keine Ahnung davon hatte, daß man sich mit der Absicht der Verlegung trage. Der Präsident des jetzigen Abgeordnetenhauses hält meine Auffassung für die richtige. L.

durch die Revolution selbst besiegt: ein, wie die Geschichte lehrt, häufig und mit Erfolg angewendetes Mittel. Wolle der Präsident dazu seine Hand bieten, so erwarte ihn reicher Lohn dafür. Er möge nach Belieben einen der höchsten Posten im Staatsdienste wählen, in wenigen Stunden werde er die Ernennung in seinen Händen haben.

„Smolka erwiderte darauf: »Ich bemühe mich, den Reichstag complet zu erhalten, habe darum die Stadt schließen lassen, gebe keinem Abgeordneten einen Urlaub oder Passirschein und mache sie für ein etwaiges Beschlußunfähigwerden des Reichstages verantwortlich, indem ich zugleich erkläre, in solchem Falle für ihre Sicherheit nicht zu bürgen; denn ich sehe es auf der flachen Hand, daß nur dem Reichstage ein leidliches Aufrechterhalten der Ordnung zu verdanken sei und im Falle des Auseinandergehens eine greuliche Anarchie erfolgen würde. Sie wissen ja, daß sich eine halbe Million Gewehre aus den beiden eroberten Zeughäusern in den Händen des Volkes befindet. — Was den hohen Posten betrifft, so erkläre ich, daß ich den Posten als Reichstagspräsident höher stelle als jeden anderen, und auf diesem weit eher im Stande bin, anarchistischen Ausschreitungen vorzubeugen, denn als Mitglied der Regierung.« »Ich verstehe«, erwiderte der Abgesandte, »Sie sind nicht reich, Sie legen vielleicht mehr Gewicht auf eine sorgenfreie Zukunft.« — »Es ist wahr«, erwiderte Smolka, »ich bin nicht bloß nicht reich, ich befinde mich sogar in bedrängten Verhältnissen; denn man hat mich die letzten vier Jahre im Kerker gehalten, meine Advocatur ist zu Grunde gegangen, meine Clienten haben sich verlaufen, und da ich nicht lange nach meiner Freilassung als Abgeordneter nach Wien gegangen bin, so hatte ich keine Zeit, mir eine Existenz zu gründen, so daß wahrlich Gott allein es weiß, wovon Weib und Kind zu Hause leben.« Darauf der Versucher: »Wohlan, lassen Sie den Reichstag im Sande verlaufen, oder gehen Sie allenfalls nach Kremsier; es handelt sich nicht um eine Kleinigkeit, es handelt sich um eine bedeutende Summe!« Und nun sagte Smolka: ‚Ihre Antraggeber mögen durch Sie erfahren, daß ich es für meine Pflicht halte, Wien in seiner heutigen Lage nicht zu verlassen. Gehen Sie durch die Straßen, und Sie werden auf verschiedenen Häusern ein Placat mit der Aufschrift finden: ‚Unter dem Schutze des Reichstages.‘ Der Reichstag schützt das Eigenthum — schützt, so viel in seiner Macht steht, die Sicherheit.

Gerade jetzt kann die letzte legale Institution Wien nicht verlassen. Ihnen aber rathe ich, mir nicht mehr vor die Augen zu kommen. Danken Sie Gott, daß ich Ihre Anträge vergessen will.«

„Begreiflicherweise beeilte sich der Mann, diesem Winke nachzukommen. Smolka ist ihm seit jenem Tage nicht wieder begegnet. Ohne Zweifel war es ein Abgesandter des Ministers Krauß oder ein Agent der reactionären Hofpartei."

Die Furcht vor Jellačić' Croaten konnte die Wiener Bevölkerung doch keineswegs so weit lähmen, daß sie daran gedacht hätte, sich der Gnade und Ungnade eben dieser Croaten wehrlos auszuliefern. Je näher die Entscheidung rückte, desto mehr verwandelte sich das Gefühl der Angst in das wilder, verzweifelter Kampflust. Die drohende Aufstellung der Heere Jellačić' und Auersperg's vor den Thoren Wiens, die Kunde von dem Herannahen einer mächtigen Armee aus Böhmen unter dem Fürsten Windischgrätz mahnten zu rascher Durchführung der Vertheidigungsmaßregeln. Ein grausiger Vorfall trug dazu bei, die Wuth des Volkes aufs Höchste aufzustacheln. Für Smolka war er noch mit einem anderen entsetzlichen Ereigniß verknüpft, das von der furchtbaren Aufregung der Gemüther in jenen Tagen Zeugniß ablegt.

Nachdem General Auersperg abgezogen war, um zu Jellačić zu stoßen, fand man im Schwarzenberggarten, seinem nunmehr geräumten Hauptquartier, den schrecklich verstümmelten Leichnam eines Studenten von der akademischen Legion: „Die Zunge war ausgeschnitten" — erzählt Berthold Auerbach als Augenzeuge — „die Augen ausgestochen, der Mund aufgeschlitzt bis zu den Ohren, die Nase abgehackt, der Bauch aufgeschlitzt, alle Raserei des zum Ungeheuer gewordenen Menschen war verübt. Ein Heulen und Racherufen, herzerschütternd wie noch nie, hörte ich hier. Die Frauen zerflossen in Thränen und Wehklagen, und die Männer hoben ihre Waffen zum Himmel und schwuren Rache an dem Hause Habsburg. Ich sah einen alten, wohlbeleibten Mann, die hellen Thränen liefen ihm über die Wangen, und er konnte nur noch heiser die Worte rufen: »Rache an Habsburg! So läßt uns der gute Kaiser ermorden, weil ein Einziger ermordet worden!« Ich sah hier das empörte Herz des gutmüthigsten Volkes und erkannte, wohin man es treiben kann durch schmählichen Verrath. »Zum Reichstag!" schrie Alles. Mit

einer schwarzen Fahne voraus, trug man die Leiche hin, die Reichstagsmitglieder mußten sehen, wie die Truppen des Kaisers mit seinem Volke umgingen."

Smolka — das Folgende nach seinen mündlichen Mittheilungen — befand sich eben, etwa eine Stunde vor dem angesagten Beginn der Sitzung, im Präsidialbureau in der Gesellschaft des Fürsten Lubomirski, der in sichtlicher Aufregung im Zimmer auf und ab ging und einmal ums andere fragte, wie wohl Jellačić verfahren werde. Da hörte man das Toben der heranstürmenden Menge. Smolka öffnete das Fenster, um zu sehen, was vorgehe; aber an derartige, fast täglich wiederkehrende Massenaufzüge schon längst gewöhnt, meinte er, es sei wieder eine der vielen „Sturmpetitionen" und kehrte sogleich wieder an seine Arbeit zurück. Da stürzte ein Deputirter ins Präsidialzimmer mit dem Schreckensrufe: „Herr Präsident, bewaffnete Menschenmassen haben die Leiche eines ermordeten Legionisten gebracht und wollen sie in den Reichstagssaal tragen." Smolka lief hinaus, um das Volk zu beruhigen, sah aber, als er einen Blick durch das Corridorfenster warf, daß ihm bereits Schuselka zuvorgekommen sei, der eben vom Kaiser Josef-Denkmal herab eine beschwichtigende Ansprache an das Volk hielt. Er begab sich also wieder in das Bureau, wo sich ihm ein schrecklicher Anblick darbot. Gleich beim Eintritt bemerkte er, wie Lubomirski eine Pistole an den Mund setzte (der Fürst trug die Waffe aus Vorsicht immer bei sich, da er als Freund Jellačić' und der Czechen bei den Wienern sehr mißliebig war und unangenehme Zusammenstöße befürchten mußte). Smolka stürzte sich sofort auf ihn, um ihm die Pistole zu entreißen. Lubomirski wehrte sich; während des Ringens ging der Schuß los und durchbohrte die Decke. Lubomirski rannte nun in einem Anfalle von Wahnsinn gegen das offene Fenster zu, um sich hinabzuwerfen. Smolka riß ihn herab, als er schon auf dem Brette stand und fiel mit ihm zugleich zu Boden. Unter fürchterlichem Brüllen packte Lubomirski den Präsidenten mit solcher Gewalt, daß es diesem nicht möglich war, sich den Armen des Tobsüchtigen zu entreißen. Indessen waren die Schriftführer, die in einem benachbarten Zimmer versammelt waren, durch den Schuß erschreckt, aufgefahren, und Einer von ihnen eilte in den Saal, wo sich bereits die Abgeordneten eingefunden hatten, um die Schreckensbotschaft zu melden, daß der Präsident erschossen worden sei. Es entstand ein ungeheurer

Tumult. Die Nachricht verbreitete sich auch unter dem noch immer auf der Straße versammelten Volke. Niemand dachte im ersten Augenblicke der Verwirrung daran, dem Präsidenten zu Hilfe zu eilen. Inzwischen war es Lubomirski, der sich noch immer mit Smolka ringend auf dem Boden wälzte, gelungen, noch einmal das Fenster zu erreichen. Smolka packte ihn wieder, warf ihn aufs Sopha und hielt ihn, indem er zugleich um Hilfe rief, so lange fest, bis einige Abgeordnete, unter ihnen Dr. Fischhof, herbeigeeilt waren. Fischhof constatirte sofort die unzweideutigste Sinnesverwirrung, und empfahl, den Fürsten — der noch immer tobte und schrie: „Jellačić, der Verräther!" — der Obhut einiger polnischer Magnaten zu übergeben. Unter dem Schutze der Deputirten, denen es nur unter großen Anstrengungen gelang, das Volk vom Eindringen in das Präsidialbureau abzuhalten, wurde der Kranke weggebracht. Smolka eilte indessen in den Sitzungssaal, um die dort herrschende Aufregung zu beschwichtigen. Mit lebhafter Freude begrüßt, erzählte er das Geschehene und bat zugleich alle anwesenden Berichterstatter, über den Vorfall zu schweigen, um Lubomirski's Familie nicht zu beunruhigen. „Schon das zweite Mal", schreibt er am nächsten Tage (13. October) „trifft es sich so, daß ich unmittelbar nach solchen schrecklichen Scenen, wie die Ermordung Latour's und der Vorfall mit Lubomirski, präsidiren muß. Alles wundert sich, daß ich so viel Ruhe zu bewahren vermag. Wer mich nicht kennen würde, würde glauben, daß ich ein Herz von Stein habe, und es ist doch gerade das Gegentheil der Fall. Ich weiß mir das selbst nicht zu erklären."

Alle Maßregeln zur Vertheidigung Wiens waren unnütz, wenn nicht Hilfe von außen kam. Das Volk, welches dies sehr wohl empfand, forderte also den Reichstag auf, den Landsturm in den deutschen Provinzen aufzubieten und die Unterstützung der Ungarn anzurufen. Der Reichstag befand sich in der mißlichsten Lage. Er hatte durch sein Verweilen in Wien ohnehin den Schein auf sich geladen, daß er die Revolution billige, hatte allen Protesten und allen Anklagen getrotzt, die der czechische Sonderbund von Prag aus gegen ihn schleuderte. Aber er scheute sich doch, seine Vollmachten so weit zu überschreiten: die Organisation des Widerstandes in seine Hand zu nehmen und offen an die Hilfe der Ungarn zu appelliren. Gegen Jellačić, ja gegen Windischgrätz ließ sich noch immer mit einem äußerlichen Schein von

Recht die Anklage erheben, daß sie nach eigener Willkür, nicht nach dem Sinne des Kaisers verfahren; aber sich an Ungarn zu wenden, das seinen Abfall vom Hause Habsburg ganz unzweideutig erklärt hatte, hieß doch in ganz anderem Sinne den Boden der Legalität verlassen. Wenn das Werk, zu dessen Durchführung die Versammlung einberufen worden war, die Constituirung des Reiches, zu Stande kommen sollte, durfte sich der Reichstag nicht jeder Möglichkeit berauben, die Wirren zu überdauern, durfte nicht jede Brücke zwischen sich und der Krone abbrechen. Er betrachtete es als seine Aufgabe, Alles zu thun, um es nicht zum Aeußersten kommen zu lassen, und wenn möglich, noch in letzter Stunde einen friedlichen Ausgleich herbeizuführen.

Smolka wollte die Hoffnung nicht ganz aufgeben, daß dies doch noch gelingen könne. Der Gedanke an einen Bürgerkrieg und seine Folgen war ihm zu schrecklich, als daß er sich nicht hätte überreden mögen, daß auch der Hof seinerseits die Hand dazu bieten werde, ihn zu verhindern. Aber er konnte sich nicht verhehlen, daß die Friedensaussichten von Tag zu Tag immer mehr sanken. „Ein Zusammenstoß mit Jellačić", schreibt er am 17. October, „wird schwerlich verhindert werden können, namentlich wenn die Ungarn anmarschiren, wie das beigelegte Placat besagt. Ich werde es glauben, wenn ich sie sehe — denn es hieß nun schon sechsmal, daß sie vor Wien stehen. — Wenn der Kaiser nicht bald und energisch die Sache in die Hand nimmt, so kann es zu einem blutigen Kampfe kommen, denn das Militär wird nur dem Kaiser gehorchen. Aber der arme Monarch ist jetzt leider von lauter Militärpersonen umgeben, die, wie es scheint, die Sache zur blutigen Entscheidung bringen wollen. Wie immer es ausfallen möge, dem Throne werden sie den schlechtesten Dienst geleistet haben. Denn wie ist es möglich, dort lange zu regieren, wo das Volk in der Armee seinen Feind und Gegner sieht? Es wird viel Blut fließen und doch die Sache nicht gründlich beigelegt werden. Gebe Gott, daß es zu einer solchen Schlichtung der Angelegenheiten komme, bei der die Rechte des Volkes gewahrt würden."

An die Vertheidigungsfähigkeit Wiens glaubte Smolka nicht; er äußerte dies wiederholt dem General Bem gegenüber, der zu jener Zeit häufig zu ihm kam, um ihn in seine, manchmal recht abenteuerlichen, Kriegspläne einzuweihen. Noch weniger baute Smolka auf die ungarische Hilfe. Was er sich aber am aller-

wenigsten denken konnte, war, daß diese von einem Reichstagsbeschlusse abhängig sei. „Man bringt den Reichstag", schreibt er, „in eine mißliche Lage, wenn man verlangt, daß er die Ungarn herbeirufe. Ich glaube, daß, wenn sie kommen könnten, sie auch ohne den Ruf des Reichstages gekommen wären, und wenn sie es nicht können, auch der Reichstag sie nicht herbringen wird." Daß, im Falle Wien ohne Entsatz bliebe, der Kampf ein um so erbitterterer sein werde, verhehlte er sich keineswegs. „Wenn sich die Wiener von den Ungarn verlassen sehen", schreibt er, „so werden sie in Wuth gerathen und sich den Truppen, die Wien einschließen, doch nicht ergeben. Alles dies wurde, nach einer Berathung mehrerer Reichstagsmitglieder mit Krauß, in einem Memorial an den Kaiser und den Minister Wessenberg auseinandergesetzt, und ich will hoffen, daß sie sich doch entschließen werden, die Sache beizulegen."

Er klammerte sich um so zäher an diese Hoffnung, als er mit ahnungsvollem Blick am Ende dieser ganzen unheilvollen Entwicklung das Gespenst der russischen Intervention aufsteigen sah. „Ich würde wetten", schreibt er einmal (13. October), „daß die Russen in Krakau einmarschiren und dem Kaiser zu Hilfe kommen werden, wenn es nicht bald zu einem friedlichen Ausgleich kommt."

In seinem Sinne also geschah es, wenn der Reichstag durch Deputationen und Adressen an den Kaiser sich immer wieder und wieder um die Herstellung des Friedens bemühte, dagegen die Insurgierung der Provinzen und die Anrufung der Ungarn ablehnte. Der sonst so populäre Reichstag rief durch seinen Widerstand heftige Aeußerungen des Unwillens im Volke hervor. Bei einer solchen Gelegenheit gerieth Smolka einmal sogar in eine recht bedenkliche Lage, aus der ihn nur seine Kaltblütigkeit und Geistesgegenwart rettete; es war das erste Mal während seiner Präsidentschaft, daß man ihm feindselig entgegenzutreten und sogar zu drohen wagte: Um die Aufbietung des Landsturmes zu erzwingen, marschirte einige Tage vor der Eroberung Wiens eine große Menschenmenge, eine Deputation an der Spitze, vor Smolka's Präsidialbureau. Es war eine der damals so häufigen „Sturmpetitionen". Die Führer der Deputation, zu denen auch Becher, der Redacteur des Smolka sehr freundlich gesinnten „Radicalen", gehörte, stellten ihm die Forderung des Volkes dar. Smolka erklärte, es sei unmöglich, sie zu erfüllen. Der Reichstag sei ein gesetzgebender Körper und keine executive

Gewalt. „Dann verlangen wir", sagte Becher, „daß Sie, Herr Präsident, aus eigener Machtvollkommenheit den Landsturm einberufen. Wir haben es mehr als einmal erfahren, daß Sie die Executive ausgeübt haben." „Ich habe das gethan", erwiderte Smolka, „wo es mir für das öffentliche Wohl unerläßlich schien. Was Ihre heutige Forderung betrifft, so liegt hier nicht bloß keine unvermeidliche Nothwendigkeit vor, sondern die Erfüllung derselben würde unberechenbare gefährliche Folgen nach sich ziehen. Ich muß also bei meiner verneinenden Antwort bleiben." Da wies Becher aufs Fenster hin und donnerte dem Präsidenten zu: „Nehmen Sie die Sache nicht so leicht, unsere Forderung wird von zwanzigtausend Bewaffneten unterstützt, die dort unten ungeduldig des Erfolges unserer Sendung harren." Smolka fühlte, daß ihn nur ein energisches Auftreten vor einer Katastrophe bewahren könne, und erwiderte: „Wenn Sie mir mit Gewalt drohen, so bedarf es dazu nicht zwanzigtausend Bajonette, dazu würden zwei kräftige Menschen genügen, denn ich bin wehrlos. Aber wenn Sie sich einbilden, daß Sie mich durch Schrecken dahin bringen werden, meinen Entschluß zu ändern, so werde ich Sie überzeugen, daß ich in diesem Falle die Executivgewalt ausüben werde und beim Volke noch über genügende Autorität verfüge. Wenn Sie noch einmal wagen, mir so zu drohen, so werde ich eben Ihren Bewaffneten nur einen Wink zu geben brauchen, um sofort Gehorsam zu finden und Sie erschießen zu lassen. Und jetzt: Linksum! Marsch!" Auf dieses Commando verließ die Deputation lautlos das Zimmer.

Die Vermittlungsversuche des Reichstages blieben erfolglos. Seine Abgesandten wurden vom Kaiser entweder gar nicht empfangen oder sie erhielten ausweichende Antworten. „Ich sehe mit Vergnügen", sagte Kaiser Ferdinand zu einer dieser Deputationen (15. October), „daß der Reichstag der Arnarchie entgegenzutreten sucht. Ich werde meinerseits Ruhe und Sicherheit in der Hauptstadt wieder herstellen und dem Reichstage die Möglichkeit fernerer ungestörter Berathung verschaffen."

Einen Augenblick konnte Smolka glauben, daß der Hof „gelindere Seiten anzustimmen" beginne. Die Proclamation vom 19. October war erschienen, in welcher der Kaiser — dem Sinne einer drei Tage vorher erlassenen Kundmachung vollkommen entgegen — die Aufrechterhaltuug der Rechte und Freiheiten des Volkes und die Durchführung des Verfassungswerkes durch den

Reichstag verbürgte. Nach Springer verdankte diese Proclamation ihr Entstehen den Bemühungen der Czechen, die, so feindselig sie der großdeutschen und magyarenfreundlichen Wiener Bewegung gegenüberstanden, doch keineswegs eine Wiederherstellung des Absolutismus zuzugeben gedachten. Smolka bestätigt dies gleichfalls vollständig. — Aber wenn Smolka erwartete, daß der Kaiser nun dem Fürsten Windischgrätz in den Arm fallen werde, wenn er noch in zwölfter Stunde, nachdem Wien schon cernirt war, an der Hoffnung auf einen friedlichen Ausgang festhielt, so sollte er bitter enttäuscht werden. In denselben Tagen wurde auf Antrag derselben Czechen die Verlegung des Reichstages nach Kremsier beschlossen. Wien überließ man seinem Schicksale, und alle Proteste der Kammer konnten daran nichts ändern. Wenige Tage nach dem Erscheinen der Proclamation mußte Smolka (Brief vom 22. October) berichten, daß Fürst Windischgrätz den Belagerungszustand und das Standrecht über Wien verhängt habe. „Ich habe", fügt er hinzu, „sofort in den permanenten Ausschuß geschickt, daß er bis 4 Uhr ein Referat erstatte. Ich habe Alle unter Verantwortlichkeit verpflichtet, pünktlich um 4 Uhr zu erscheinen. — Bin neugierig, ob sie in beschlußfähiger Anzahl kommen werden. — Aber sie werden vielleicht eben aus lauter Schrecken kommen. Begreife nicht, was da zu fürchten ist."

Diesem naiven Staunen über die Angst der Abgeordneten sind wir in Smolka's Briefen aus jener Zeit schon mehr als einmal begegnet. Mitten in einer Umgebung, die theils von Furcht, theils von jener Art verzweifelten, gleichsam schreienden Muthes erfüllt war, die, bei Lichte besehen, der Furcht sehr nahe kommt, bewahrt er unerschütterlich diese wundersame Ruhe, die tiefe innere Unerschrockenheit, die jene Furcht gar nicht zu fassen vermag und mit jenem Muthe nichts gemein hat. Daß er sich dabei über die Gefahr der Lage nicht der mindesten Täuschung hingab, haben wir bereits gesehen. — Aber auch an der männlich-feurigen Lust am Kampfe fehlte es ihm nicht. Es duldete ihn, wie wir aus einem späteren Briefe entnehmen werden, manchmal kaum mehr auf seinem Präsidentensitze.

„Gestern", meldet er weiter (am 24. October), „gab es Kämpfe bei der Nußdorferlinie, wenn auch nicht bedeutende, immerhin etwa ein halbes Hundert Kanonenschüsse — Verwundete und Erschlagene nicht viel. Windischgrätz scheint das kaiserliche Patent vom 19. gar nicht beachten zu wollen und gibt nicht einmal

dem Minister Krauß eine schriftliche Antwort — ließ ihm gestern durch den an ihn (Windischgrätz) entsendeten Courier zurücksagen, daß er in Wien keine andere Executivgewalt anerkenne als den Gemeinderath, daß er der Stadt 24 Stunden Bedenkzeit gebe; nach Ablauf welcher Zeit unbedingte Unterwerfung zu erfolgen habe. Er wollte, daß Krauß dies öffentlich verlautbaren lasse — was Krauß verweigert hat. — Er verlangte ferner, daß das kaiserliche Manifest vom 16. publicirt werde. Auch dem wurde nicht entsprochen."

An demselben Tage erfolgte der erste feindselige Zusammenstoß zwischen Smolka und dem Fürsten Windischgrätz. „Man hat mir berichtet", schreibt Smolka, „daß das Militär bereits seit dem 22. drei Abgeordnete festhalte und nicht nach Wien lassen wolle. Ich richtete sofort an Windischgrätz einen energischen Protest gegen ein derartiges Verfahren."

Der Protest lautete:

Eure Durchlaucht!

Dem Reichstagsvorstande ist die zuverläßliche Nachricht zugekommen, daß von Seite des k. k. Militärcommandanten drei Reichstagsabgeordnete, darunter namentlich Herr Stanislaus Koszowski, Reichstagsabgeordneter aus Sambor, seit dem 22. d. M. in Floridsdorf aufgehalten und denselben der Eintritt nach Wien verweigert werde.

Der Reichstagsvorstand will sich der Hoffnung hingeben, daß der obgedachte Thatumstand auf Unkenntniß oder Mißverständniß beruhe; müßte sich aber gegen eine derartige — wenn absichtliche — Eigenmächtigkeit auf das feierlichste verwahren, indem jede Mißachtung der Person eines Reichstagsabgeordneten sowie jede dem ausdrücklichen, im Manifeste vom 19. d. M. neuerlich aufs Bestimmteste ausgesprochenen Willen Seiner Majestät zuwiderlaufende Hinderung desselben, seiner Pflicht nachzukommen, als eine schwere Verletzung des Gesetzes bezeichnet, und der Veranlasser dafür aufs strengste verantwortlich erklärt werden müßte.

Vom Reichstagsvorstande:

Wien, 24. October 1848.

Franz Smolka, Präsident.

Carl Wieser, Schriftführer. Gleispach, Schriftführer.

Der unterzeichnete Minister kann dieses Einschreiten nur aufs Kräftigste unterstützen.

24. October 1848. Krauß.

An Seine Durchlaucht den k. k. Feldmarschall Fürsten zu Windischgrätz."

Einige Schriftführer zögerten, die Note zu unterschreiben, bis der Graf Gleispach und der tüchtige, unerschrockene Wieser, der den Präsidenten in allen kritischen Augenblicken aufs Energischste unterstützte, sich selbst dazu erboten. Krauß, den Smolka aufgefordert hatte, das Schriftstück mit zu unterschreiben, um ihm größeren Nachdruck zu verleihen, unterschrieb ohne alle Schwierigkeit. Wie vorauszusehen war, versetzte die Note den Feldmarschall in die äußerste Wuth. „Was", rief er, als der Courier es ihm überreicht hatte, und fuhr vom Sessel auf, „an mich schreibt man so impertinent? Marsch fort!" Und damit warf er dem Boten das Schriftstück vor die Füße. Nach dieser Antwort blieb dem Courier nichts übrig, als das Papier eilig aufzuheben und Gott zu danken, daß er mit heiler Haut davongekommen. Aber Smolka war nicht der Mann, solche Bescheide hinzunehmen. Er telegraphirte augenblicklich an den Kaiser nach Olmütz, und sofort erfolgte von dort aus an Windischgrätz der Befehl, die Abgeordneten unverzüglich nach Wien zu lassen.

Inzwischen war eine neue Proclamation des Feldmarschalls erschienen, die am besten durch ihren eigenen Wortlaut charakterisirt wird: „Im Verfolge des Belagerungszustandes", heißt es in derselben, „habe ich befunden, als fernere Bedingungen zu stellen: Alle bewaffneten Corps werden aufgelöst, die Aula gesperrt, die Vorsteher der akademischen Legion und 12 Studenten als Geißeln gestellt; mehrere von mir noch zu bestimmende Individuen sind auszuliefern; alle Zeitungen mit Ausnahme der „Wiener Zeitung", welche sich bloß auf officielle Mittheilungen zu beschränken hat, sind zu suspendiren" 2c.

„Im permanenten Ausschusse wird über dieses Ultimatum berathen", schreibt Smolka; ich glaube kaum, daß uns hier irgend etwas zu thun möglich sei. Wir haben sein Verfahren für illegal erklärt, besitzen aber die Executivgewalt nicht, um dem Ausspruche Gewicht zu verschaffen. Ich hoffe doch, daß etwas aus Olmütz kommt, bevor die 48 Stunden (Windischgrätz's Termin) abgelaufen."

Es gab so Manchen, der Windischgrätz's Sprache noch ganz anders als mit bloßen Verwahrungen beantwortet zu sehen wünschte. Smolka schweigt in seinen Briefen und schwieg noch lange Jahre nachher über einen Zwischenfall, der die Regierung

wohl hätte belehren können, wer eigentlich der „revolutionäre Octoberpräsident“ war, dessen Wiederwahl sie später in Kremsier so heftig bekämpfte. Wir erzählen das Factum nach den bereits angeführten Aufsätzen im „N. Wr. Tgbl.“ mit einigen unwesentlichen Veränderungen, die von Smolka selbst herrühren.

„Fürst Windischgrätz hatte seine flammende Proclamation gegen die Revolution erlassen und die unbedingte Uebergabe Wiens auf Gnade und Ungnade gefordert. Die Aufregung in den Straßen, in der Aula, im Sicherheitsausschusse war eine ungeheuere. Die Proclamation sollte in entsprechender Weise beantwortet werden. Der Reichstag war in Permanenz, Schuselka stand wie gewöhnlich auf der Tribüne, um über die Vorgänge zu referiren. Und, wie gewöhnlich in diesen Tagen, hatte ihm der Präsident die Worte zugeflüstert: Ich bitte Dich, sprich was Du willst, nur sprich recht lange, damit ich das Haus zusammenhalte. — Die Gallerie war von bewaffneten Mobilgarden und Studenten erfüllt, welche jedes ihnen mißliebige Wort auszischten, jede kräftige Phrase mit donnerndem Applaus begrüßten. Es handelte sich, wie gesagt, darum, der Proclamation des Fürsten Windischgrätz die „gebührende Abfertigung“, wie man sich gelinde ausdrückte, angedeihen zu lassen. Da tritt ein Abgeordneter auf die Stufen, die zum Präsidentensitze führen, flüstert dem Präsidenten einige Worte zu und übergibt ihm einen schriftlichen Antrag mit dem Verlangen, denselben sofort zur Verlesung zu bringen und als dringlich in Verhandlung zu ziehen.

Wie immer blieben die Züge des Präsidenten unbeweglich, kein Zucken verrieth die Bedeutung des ihm eben übergebenen Antrages. Ruhig und kalt, als würde es sich um die gewöhnlichste und gleichgiltigste Sache handeln, sagte Smolka zum Antragsteller: „Ich kann jetzt den Redner nicht unterbrechen und werde seiner Zeit den Antrag an passender Stelle einfügen.“ Der Abgeordnete begab sich auf seinen Sitz zurück, die Sitzung dauerte fort, die Discussion über den in Verhandlung stehenden Gegenstand wurde abgebrochen, aber Smolka brachte den Antrag nicht zur Verlesung.

Dieser Antrag ging dahin, daß der Reichstag angesichts der Proclamation des Fürsten Windischgrätz die Dynastie Habsburg des Thrones für verlustig erklären und die Ausweisung sämmtlicher Mitglieder des Kaiserhauses beschließen solle. Smolka, der erst im Laufe der Discussion den Antrag genau durchgelesen

hatte, ließ den Antragsteller durch den Quästor Scherzer zu sich rufen und stellte ihm vor, der Antrag sei der reine Wahnsinn und er werde ihn nicht zur Verhandlung bringen. Er blieb unerschütterlich, trotzdem der Abgeordnete energisch darauf bestand, seine Motion vorzubringen. Endlich fügte sich der letztere, und so blieb der österreichische Reichstag, dank dem Takte und der Geistesgegenwart seines Präsidenten, vor einem Akte bewahrt, den ein halbes Jahr nachher der ungarische Reichstag begehen sollte, und der so tragische Consequenzen nach sich zog.

Das that der „revolutionäre Präsident". Jenem Abgeordneten sagte es Smolka zu, daß die Sache Geheimniß bleiben werde, bis der Tod weiteres Schweigen überflüssig machen würde, denn nur unter dieser Bedingung erklärte der Abgeordnete den Antrag zurückzuziehen. Der Mann ist aus dem Leben geschieden, und es ist kein Grund vorhanden, seinen Namen zu verschweigen. Es war der Abgeordnete Ladislaus Sierakowski."

Smolka's Hoffnung auf „irgend etwas aus Olmütz" begann erst zu schwinden, als er am 25. October das Patent erhielt, in welchem der Kaiser den Reichstag aufforderte, seine Sitzungen abzubrechen, um sich am 15. November in Kremsier wieder zu versammeln, und zugleich dem Fürsten Windischgrätz den Auftrag ertheilte, die Unterwerfung Wiens mit Waffengewalt zu erzwingen.

Man entfernte also den Reichstag vom „Revolutionsherde". Man schickte ihn, wie es damals allgemein hieß, in die Verbannung. Abgesehen davon, was diese Maßregel für Wien bedeutete, war die Verlegung von der Reichshauptstadt in ein kleines, unbekanntes mährisches Städtchen gewiß keine Erhöhung der Würde der Versammlung zu nennen. Alles dies und nicht zuletzt die Vertagung selbst schien ein Vorbote der Auflösung zu sein. Der Reichstag protestirte in einer Adresse an den Kaiser gegen die Worte des Manifestes, daß sich Wien „in offener Empörung befinde", und bat um Zurücknahme der Verordnung. Inzwischen drang Krauß in den Präsidenten, die formelle Vertagung auszusprechen. Smolka weigerte sich beharrlich; er hielt Sitzungen ab, so lange das Haus beschlußfähig war, und beruhigte die Abgeordneten mit dem Hinweis auf die Deputation, die ja noch eine günstige Antwort aus Olmütz bringen könne.

Sie brachte eine ungünstige. Die Frage, ob der Reichstag nach der Vertagung wieder in Wien zusammentreten solle, ver-

sprach der Kaiser in Erwägung zu ziehen, die Vertagung selbst hielt er aufrecht. Dem gegenüber verfocht Smolka die Rechtsanschauung, daß der Reichstag eine constituirende Versammlung sei, zu deren Begriffe es gehöre, daß alle constitutionellen Rechte, demgemäß auch das Recht der Vertagung erst durch sie, im Einvernehmen mit der Krone, festgestellt werden müßten. Er wich also nicht und setzte seine Bemühungen, die Abgeordneten zusammenzuhalten, mit allen Kräften fort.

Aber die Ereignisse der nächsten Tage machten all dem ein Ende. Lassen wir darüber die Briefe Smolka's sprechen, in denen sich alle Phasen des Kampfes — Furcht, Hoffnung, Verzweiflung der Belagerten — spiegeln und die Lust am Ringen, die den Schreiber mitergreift.

„Täglich", schreibt er am 27. October, „gibt es Gefechte an den Linien, und gestern an einigen Stellen sogar recht bedeutende. Vom Militär hereingeworfene Granaten und Raketen setzten gestern die zwei großen Zuckerraffinerien von Mack und Zinner, ferner die Holzlager in Brand. Ungeheure Feuersbrünste die ganze Nacht hindurch; sie waren gewiß auf mehrere Meilen Entfernung sichtbar. Die Croaten, die in die Leopoldstadt, die Dampfmühle, das Schüttbad, das Rasumowski-Palais und überhaupt in die Erdbergvorstadt eingedrungen waren, wurden wieder hinausgedrängt. Es hat aber viele der tüchtigsten Leute gekostet. Die Mordthaten, deren sich die Croaten schuldig machten, und jene Feuersbrünste haben das Volk in solche Wuth versetzt, daß Alle, sogar die Garden, die für schwarz-gelb galten, geschworen haben, daß Windischgrätz Wien nicht anders als in Trümmern bekommen werde. Wenn er eine der Vorstädte nehmen sollte, wollen sie die Burg und alle öffentlichen Gebäude zerstören.

„Der Gemeinderath und andere Corporationen haben gestern Berathungen abgehalten und beschlossen, sich Windischgrätz um keinen Preis zu ergeben, sondern sich bis auf den letzten Mann zu wehren. Der Gemeinderath hat schon mehrmals mit Windischgrätz unterhandelt, ohne daß ein Uebereinkommen erzielt worden wäre, da Windischgrätz von seinen Bedingungen, die ihr wohl schon kennt, um kein Haar abgehen will; seit dem gestrigen Brande aber will selbst der Gemeinderath nichts mehr von Verhandlungen wissen. Das bewaffnete Volk würde meines Erachtens gar keine Bedingungen von Windischgrätz annehmen, eine solche Wuth herrscht gegen ihn. Das gestrige Feuer (es sind auch einige

Wohnhäuser abgebrannt) war eine schöne Proclamation an die Völker Oesterreichs, die, wie ich hoffe, ihr gehöriges Echo finden und zum Urtheil herausfordern wird: ob es einem österreichischen General erlaubt sein soll, die Hauptstadt zu bombardiren. Der angerichtete Schade beträgt bereits viele Millionen und er wird noch auf Hunderte von Millionen anwachsen, wenn sich das Militär nicht so bald als möglich zurückzieht. Croaten (Rothmäntler), die man erwischte, erzählen, man habe ihnen gesagt, daß sie vor Pest stehen; sie wollten nicht glauben, daß das Wien sei. Ich gehe nun wieder, um die Versammlung zu eröffnen. In der ganzen Stadt ist weder Milch noch Sahne zu haben, seit einigen Tagen bekommt man keinen Kaffee mehr. Seid ruhig, die ganze Geschichte muß sich in diesen Tagen entscheiden, und wie ich doch hoffe, auf dem Wege der Verhandlungen."

Die „Geschichte" gelangte auch in den nächsten Tagen zur Entscheidung, aber nicht im Sinne der Erwartung Smolka's. „Seit einer Woche", heißt es weiter in den Briefen (29. October), „finden fast fortwährend Gefechte an den Linien statt, gestern ein allgemeiner Angriff von allen Seiten, der von 9 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends unter fortwährendem Kanonenfeuer und Bombardement andauerte. Ich war gestern auf der St. Peters-Kuppel und habe 17 durch Granaten und Raketen entstandene Brände gesehen. An vielen Linien hat sich die Garde wacker geschlagen; nicht so auf der Landstraße, wo sogar Verrath im Spiele gewesen sein soll; sie wurde in der That gegen Abend vom Militär besetzt, was zur Folge hatte, daß die Garde von der Jägerzeile und der Leopoldstadt (die sich den ganzen Tag, vom Prater her stark angegriffen, sehr brav schlug), schließlich in der Flanke bedroht, zurückweichen mußte, so daß das Militär gegen 6 Uhr Landstraße, Leopoldstadt und Erdberg eingenommen hat. Der Garde begann es an Munition zu fehlen. Um 6 Uhr hörte das Feuer auf beiden Seiten auf, und so stehen die Dinge bis zu diesem Augenblicke. (11 Uhr Morgens.)

„Der Gemeinderath und das Gardecommando ist der Meinung, daß sich die Stadt nicht zu halten vermag, da sie von der Leopoldstadt und vom großen Hauptmauthgebäude aus ganz in Trümmer geschossen werden kann. Das Militär hält sich bis jetzt zurück, wie es scheint mit Rücksicht auf die beabsichtigte Zerstörung der Burg und der öffentlichen Gebäude. Es wird also zu irgend einem Vergleich kommen.

„Die Deputation ist aus Olmütz zurückgekehrt. Pillersdorff soll mit solcher Energie, solchem Feuer und Gefühl gesprochen haben, daß es Alles überstiegen hat, was in solchen Fällen gesagt werden kann. Die Kaiserin schluchzte laut. Der Kaiser aber zog ein Blatt Papier hervor, von dem er ablas, daß der Reichstag vertagt sei, daß er aber in Betreff der Frage, ob derselbe sich in Wien versammeln solle, die Adresse in Erwägung ziehen werde. — Wir halten täglich Sitzungen und thun zur Rettung Wiens, was wir können. Einige galizische Deputirte, die sich aus Wien geflüchtet, sind in Krakau schrecklich aufgenommen und einfach zur Stadt hinausgejagt worden. — Gestern schlug eine Granate in ein Gebäude der Spiegelgasse ein, etwa 200 Schritte in gerader Linie vom Josefsplatze. Ich befand mich gerade in dieser Gasse, ein zerschmetterter Dachziegel fiel mir vor die Füße. Ich habe deutlich das Sausen der Granate gehört, ähnlich wie von der Kuppel der St. Peterskirche und an anderen Orten. Mein Wort darauf, daß darin nichts Schreckliches ist. Ich gab aber immer sehr Acht, daß mir nichts geschehe, und zwar mit Rücksicht auf Euch. Denn wenn ihr nicht wäret, würde ich mich unfehlbar mitten unter den Kämpfenden befinden, so sehr zieht es mich dahin. — Seit zwei Tagen ist die Gasleitung durch das Militär unterbrochen, so daß es in der Nacht vollkommen finster wäre, wenn nicht die unzähligen Brände ihren Schein verbreiteten; alle ersten Stockwerke müssen beleuchtet sein, eine traurige Illumination während des Bombardements.

„(30. October, 9 Uhr Morgens.) Es scheint, daß heute die ganze Geschichte zu Ende kommen wird. — Der gestrige Tag verging mit lauter Parlamentiren, und heute wird die Stadt übergeben werden. — Die Vorstädte legen schon, eine nach der anderen, die Waffen nieder, die städtische Garde hat keine Lust, sich zu schlagen. — Es ist nur die eine Schwierigkeit, daß sich ein Theil der Garde aus den Vorstädten, und ein Theil der Arbeiterschaft in die Stadt zurückgezogen hat, da sie sich nicht unterwerfen will. Ferner, daß man noch immer Lust hat, sich an die Burg und die öffentlichen Gebäude zu machen. — Diese Nacht befürchtete man große Unordnungen und Räubereien von Seite des in die Stadt zurückgeströmten Proletariats. — Ich war überzeugt, daß es dazu nicht kommt: so habe ich die Redlichkeit und den ehrenhaften Sinn des hiesigen armen Volkes kennen gelernt, dessen musterhaftes Verhalten das größte Lob

verdient. Steht es doch schon seit 24 Tagen, und zwar aufs Höchste erregt, unter Waffen, ohne daß es auch nur ein einziges Mal zu irgend einer Raubthat gekommen wäre, und dabei geht der letzte Bettler mit irgend einem Gewehr herum. — Wie es heißt, soll sich das Militär in jenen Vorstädten, die sich freiwillig unterworfen haben, gut benehmen. Es ist also zu hoffen, daß es auch in der Stadt so sein werde. Bis Mittag, denke ich, wird die Capitulation erfolgt sein; die Stadt kann sich thatsächlich nicht halten, da sie von den Glacis aus schrecklich bombardirt werden kann. Wenn sich alle so gehalten hätten, wie die Arbeiter und die akademische Legion, hätte Wien die Angreifer unfehlbar zurückgeschlagen, aber der größte Theil der Nationalgarde wollte nicht kämpfen, und es ist ausgemacht, daß auf der Landstraße Verrath geübt worden ist. Die Garde und das Militär schlugen sich zum Schein, schossen in die Luft — die Garde wich langsam zurück, bis sie dem Militär die ganze Vorstadt überlassen hatte. — Nachdem die Landstraße besetzt war, war die Leopoldstadt schwer zu halten und so ging eine Vorstadt nach der anderen verloren. — Die armen Studenten dauern mich; ich hoffe, daß Windischgrätz sie nicht strenge behandeln wird, wenn die Stadt capitulirt.

„Es handelt sich jetzt darum, den Reichstag in Wien festzuhalten. Der Hof besteht im Bunde mit den Czechen noch immer darauf, daß wir nach Kremsier gehen. Wenn aber die Stadt übergeben und die Ordnung, nach dem Wunsche des Hofes, hergestellt sein wird, so wird man möglicherweise davon abgehen. — Es wäre ein schrecklicher Schlag für Wien, die Stadt würde sich als aufgegeben betrachten. — Auf jeden Fall bleibt die Vertagung bis 15. November, die Andere werden benützen können, nur ich Aermster nicht, da ich als Präsident die Kanzlei, die Akten, die Uebersiedlung u. s. w. überwachen muß; wenn wir aber in Wien bleiben sollten, werde ich ebenfalls hier sein müssen, um Alles wieder ins alte Geleise zurückzuführen; seit dem 5. October haben wir keine gedruckten Protokolle, da die Setzer und Druckereiarbeiter fortwährend unter Waffen standen. Es wird noch eine Menge anderer Dinge zu thun geben, da viele Abgeordnete ihre Mandate niederlegen — man wird Neuwahlen ausschreiben müssen u. s. w.

„Wenn der Hof von der Verlegung des Reichstages nach Kremsier nicht abgeht, so gedenkt er gewiß ein Cabinet zu bilden,

wie es sich in Wien auf keinen Fall zu erhalten vermöchte, z. B. Stadion-Neumann. Ich glaube nicht, daß in diesem Falle die Verfassung illiberal ausfallen würde, denn die Czechen wollen eben zeigen, daß sie thatsächlich ebenso liberal sind, wie Andere, aber nur »für die gesetzliche Ruhe und Ordnung« einstehen. — In Wien befinden sich über 200 Abgeordnete, viele von ihnen sind aber schreckliche Memmen, fürchten sich, in die Sitzung zu kommen. — Für heute 10 Uhr Vormittags ist eine Sitzung angesagt, ich weiß nicht, wie Viele ich zusammenbringen werde. — Ich gehe in den Sitzungssaal, dann werde ich schließen.

„½12 Uhr. Ich komme von der Sitzung, habe bloß 174 zusammengebracht, wir konnten also nichts beschließen; haben uns dahin geeinigt, noch eine Adresse an den Kaiser abzusenden, über die morgen verhandelt werden wird. Sie wird das Verbleiben des Reichstages in Wien betreffen. — Wenn ich nur, um Himmels willen, diese Memmen zusammentreiben könnte! Früher fürchteten sie sich vor dem Proletariat, dann vor dem Hofe und vor Windischgrätz, jetzt vor Allen zusammen. — Was die Vertagung betrifft, so erklärt der Reichstag, daß er trotz der kaiserlichen Verfügung nicht auseinandergehen könne, da ich als Präsident die Vertagung noch nicht ausgesprochen. So wälzen sie gewissermaßen die Verantwortung auf mich; ich will sie furchtlos tragen, denn ich thue nur das, was mir Gewissen und Recht befehlen.

„Gestern hat Windischgrätz den letzten Termin gestellt: bis heute Morgens — es ist jetzt schon Mittag, und man sieht weder das Militär einmarschiren, noch hört man ein Bombardement. Es muß dort irgend eine Diversion erfolgt sein, oder man streitet noch um die Bedingungen. — Die Ungarn erwartet man schon seit drei Tagen mit Sicherheit: ich glaube nichts — da sie bereits seit drei Wochen angekündigt werden. Diese Hoffnung aber ist es, die einige Vorstädte von der Waffenstreckung abhält, so Mariahilf, Schottenfeld, Lerchenfeld, Alsergrund, Neubau, wo man fortwährend scharmützelt. — Eine der tüchtigsten Vorstädte, die Wieden, hat die Waffen niedergelegt, und das Militär hat sogar das Belvedere besetzt. Ich habe diesen Brief noch nicht abgeschickt, da die Communication unterbrochen ist. Vielleicht wird sie morgen wieder hergestellt sein.

„Als ich zum Mittagessen ging, wurde Sturm geläutet. Man rief: die Ungarn kommen! Ich kletterte gleich auf die Peterskuppel hinauf, sah und hörte, zwischen 3 und 4 Uhr Nachmittags,

eine große Kanonade zwischen Schwechat und Kaisersdorf. Man konnte vor Nebel und Rauch nicht wahrnehmen, wer sich dort schlägt. Ich zweifle nicht, daß die Ungarn mit Jellačić und Auersperg ins Gefecht gekommen sind, was ich um so mehr glauben muß, als Windischgrätz die Stadt nicht nur nicht angreift, sondern das Militär sich nach der Gegend zurückzuziehen beginnt, wo der Kampf stattfindet; nur die Leopoldstadt und die Landstraße räumen sie nicht. Die Vorstädte, die sich bereits unterworfen haben, greifen aufs Neue zu den Waffen, — furchtbarer Tumult. Von anderer Seite hört man wieder, daß es bloß eine Kriegslist sei, daß Jellačić und Auersperg in der Entfernung auf einander nur zum Schein schießen und Windischgrätz sich zurückziehe, um das Proletariat und die Garde aus der Stadt zu locken und sie so gefangen zu nehmen oder niederzumachen. Du kannst Dir vorstellen, was das für eine schreckliche Lage ist, diese Ungewißheit. Von der entgegengesetzten Seite, nämlich von Fünfhaus und Sechshaus, hat die Garde einen Ausfall gemacht und stürmt mit den Bauern aus der Umgegend gegen Hetzendorf zu (Windischgrätz's Hauptquartier). — Wenn sie sich nur nicht zu weit vorwagen, da man sie am Ende wirklich nur auf das offene Feld hinauslocken will.

„Der Gardecommandant Messenhauser hat soeben seine Demission gegeben; wie es scheint, darum, weil er heute Morgens der Capitulation zugestimmt hat und die Dinge nun eine andere Wendung nehmen. Aber es wäre schrecklich, die Stadt in diesem Moment ohne Commando zu lassen. Es scheint, daß Fenneberg es übernehmen wird. Freilich hört jetzt selten wer auf ein Commando, Alles handelt auf eigene Faust, und darum geht es auch nicht aufs Beste. — Wenn Windischgrätz siegt, wird er wegen der Nichteinhaltung der Capitulation furchtbare Rache nehmen.

„Ich höre im Zimmer, in meiner Präsidialkanzlei, das Carabinerfeuer; man muß also ziemlich in der Nähe kämpfen, vielleicht auf den Glacis.

„31. October. Gestern wurde die Vorstadt Mariahilf von 9 bis 12 Uhr Nachts bombardirt, hat sich aber nicht übergeben. Heute heißt es, daß ein kleiner Theil des ungarischen Heeres eilig in der Richtung auf Wien marschirt sei, um eine Diversion zu bewirken, aber von Jellačić und Auersperg geschlagen wurde; und so wird es wohl auch sein; denn wenn die Ungarn gesiegt hätten, wären sie

gewiß gestern gegen Abend schon in der Stadt gewesen. Wieder neigen fast alle Garden zur Capitulation. — Ich denke, daß gegen Mittag oder Abend die Stadt übergeben werden wird. Es gibt dabei wieder eine Schwierigkeit. Windischgrätz hat nämlich verlangt, daß man zum Zeichen der Uebergabe eine Fahne auf dem Stefansthurme aushänge. Das hat die Gemüther sehr aufgeregt, und wer weiß, ob es nicht wegen dieser Dummheit wieder zu einem Zusammenstoß kommt.

„1. November. Gestern hatten wir von 3 bis ½6 Uhr ein fürchterliches Bombardement. Ein Theil des bewaffneten Volkes wollte die Thore nicht öffnen, der Fahne wegen; — man schoß auf das Militär — genug, daß das letztere um 3 Uhr die Stadt mit Granaten und congrev'schen Raketen zu bombardiren begann. Ich war während dieses Bombardements theils auf der Straße, theils in unserem Club in der Spiegelgasse. Viele Granaten haben in der Nähe dieses Hauses eingeschlagen und sind auf die Straße gefallen — Raketen ebenfalls — eine haben wir gesehen, als sie eben vor dem Hause niederfiel. An einigen Stellen begann es zu brennen. Das größte Feuer, durch Raketen entstanden, war bei der »Burg«, wo das Dach über der Bibliothek, dem Naturaliencabinete ꝛc., ferner der Thurm der Augustinerkirche ein Opfer der Flammen wurde."

Ueber die letzten Augenblicke des Kampfes berichten wir nach Smolka's mündlicher Erzählung: Am 30. October Nachmittags befand er sich im Locale des Polenclubs in der Spiegelgasse. Nach 3 Uhr ließ sich starker Kanonendonner vernehmen. Die Schüsse folgten so rasch aufeinander, daß man ein Pelotonfeuer zu hören glaubte. Granaten und Raketen zerschmetterten die Dächer oder platzten mitten in der Straße.

Als Smolka durchs Fenster sah und in der Richtung gegen die Burg zu dichte Rauchwolken gewahrte, glaubte er, die Burg sei in Brand gerathen. Aus Furcht, daß das Präsidialbureau, das sich in der Stallburg befand, vom Feuer ergriffen werde, eilte er rasch dahin, um die Kasse und die Reichstagsakten zu retten. Die Thore aller Häuser waren geschlossen; von der Spiegelgasse wandte er sich nach rechts gegen die Stallburg und den Josefsplatz zu. Dort erblickte er eine Schar Nationalgarden, die in größter Hast flüchtete, Waffen und Monturen wegwarf und sich in den Nebengassen verlor. Hundert Schritte hinter ihr jagte eine Heeresabtheilung mit gefälltem Bajonette nach.

Smolka drückte sich in einen der geschlossenen Hauseingänge, um die wilde Jagd an sich vorbeirasen zu lassen, dann eilte er durch die nun gänzlich menschenleer gewordene Straße auf den Josefsplatz, wo er auf einen Militärcordon stieß und das Dach der Bibliothek sowie den Thurm der Augustinerkirche in hellen Flammen erblickte.

Smolka trat auf einen der Soldaten zu, erklärte ihm in deutscher Sprache, daß er ein Beamter sei, seine Kanzlei befinde sich in der nächsten Nähe der Stallung; er möge ihn durchlassen, da er die Akten retten müsse. Der Soldat schien ihn nicht zu verstehen und brummte etwas in den Bart. Smolka glaubte slavische Laute zu hören, wiederholte also seine Bitte in polnischer Sprache und gab ihr durch drei Zwanziger den gehörigen Nachdruck. Der Soldat lächelte, salutirte und ließ ihn passiren.

In seinem Präsidialbureau fand er einige Reichstagsbeamte, die sich den ganzen Tag in diesem Raume, als dem relativ sichersten Asyl, aufgehalten hatten, bereits mit dem Einpacken der Akten beschäftigt. Smolka sah nach einer Weile durchs Fenster und bemerkte, daß das Dachfeuer am Bibliotheksgebäude gelöscht sei und nur noch der Kirchthurm brenne. Ueberzeugt, daß keine Gefahr mehr drohe, sistirte er das Einpacken, ging hinaus — es war schon gegen Abend — und half den Brand der Augustinerkirche löschen.

Nachdem das von Garden und Arbeitern vertheidigte äußere Burgthor erstürmt war, zog das Militär in die innere Stadt ein, und bivouakirte den ganzen Nachmittag an Lagerfeuern auf dem Graben und anderen Plätzen, ohne sich irgend welche Excesse zu Schulden kommen zu lassen. Anders ging es in den Vorstädten und nächst der Linien zu. Dort tobte sich die Soldateska nach Kräften aus.

---

13. Capitel.

Uebersiedlung nach Kremsier. Das Bombardement von Lemberg. Smolka und Windischgrätz.

Wien war erobert. Die Militärherrschaft begann ihr Rachewerk. Ein beschlußfähiges Haus war nicht mehr zusammenzubringen. Windischgrätz's Helfer, General Fürst Schwarzenberg, der spätere Ministerpräsident, ließ das Hauptthor zum

Locale der Versammlung schließen und verhinderte viele Deputirte mit Gewalt am Erscheinen. Am 1. November versammelten sich 136 Abgeordnete im Sitzungssaale, um unter Smolka's Vorsitz eine, nothgedrungener Weise „vertrauliche", Besprechung abzuhalten. Smolka eröffnete dieselbe und sagte u. A.:*) „Angesichts der Maßregeln, welche von Seiten des Militärs getroffen worden sind, daß z. B. der Haupteingang versperrt wurde, sodann, wie mir jetzt die Meldung zukam, daß mehreren Abgeordneten, welche von den Vorstädten hereinkommen wollten, der Eingang verwehrt worden ist, ist es augenscheinlich, daß wir hier nicht tagen können; ich werde die Prorogation des Reichstages aussprechen. Bevor ich dies thue, werde ich noch einige Fragen vorlegen, welche Sie, meine Herren, noch besprechen können."

Die Fragen betrafen Tag und Ort des Wiederzusammentrittes. Auf Smolka's Antrag wurde derselbe, im Einklang mit dem kaiserlichen Patente, für den 15. November anberaumt. Als Ort bestimmte er Wien, noch immer in der Hoffnung auf eine Sinnesänderung in Olmütz. — Die Hoffnung erfüllte sich nicht. Am 22. November (auf diesen Tag hatte der Kaiser inzwischen den Termin hinausgeschoben) versammelte sich der Reichstag in Kremsier.

„Ich folge heute", schreibt Smolka (Brief vom 2. November), „den abreisenden Abgeordneten Legitimationen aus, bis jetzt 137 — während ich Aermster hier bleiben muß, vor Allem damit der Reichstag während dieser Zeit durch irgend Jemanden repräsentirt sei; denn ich fürchte, daß weder hier noch in Kremsier eine vollzählige Versammlung zu Stande kommt, und der Hof wäre im Stande, zu sagen, wenn sich der Reichstag nicht versammeln wolle, so gebe es eben keinen Reichstag. Ich muß also darauf sehen, daß der Reichstag nicht auseinanderrinne. — Es scheint, daß man heute Niemanden zur Stadt hinauslassen wird. Ich will zu Krauß gehen, um Abhilfe zu schaffen, da die Deputirten abreisen wollen." — Noch am 3. November beharrte er auf seinem Widerstande gegen die Verlegung. Er konnte sich nicht denken, daß der Hof ernstlich darauf bestehen werde, den Reichstag auf die Dauer in ein Nest zu verlegen, wo er von jedem Zusammenhange mit dem Volke abgeschnitten wäre. „Wir werden", schreibt er, „ganz gewiß nach Kremsier gehen, wenn auch für kurze Zeit.

*) Stenogr. Ber., III., 389.

Das Ministerium hat schon Leute hinausgeschickt, um die Localitäten einzurichten, und ich wurde aufgefordert, die Vorbereitungen zur Uebersiedlung zu treffen. Ich habe darauf erwidert, daß ich daran in keiner Weise theilnehmen könne, so lange ich keine Antwort auf die in Betreff des Verbleibens in Wien an den Kaiser gerichtete Adresse habe. — Auf keinen Fall wird der Reichstag in Kremsier lange bleiben, vielleicht nur 2—3 Wochen, bloß damit sie ihren Kopf durchsetzen, und dieser Spaß wird gegen 100.000 Gulden kosten. — Es wird eine liebliche Existenz werden. Es ist so wenig Platz, daß zwei oder drei Deputirte in Einem Zimmer werden wohnen müssen, und wie es mit der Verköstigung sein wird, weiß Gott. Wie es scheint, wird ein Restaurateur aus Wien bestellt werden."

Mit der Verpflegung der Deputirten wurde es übrigens nicht so arg: es fand sich irgend ein „Reichstagskoch" oder „eine Reichstagsköchin", und man war ziemlich gut versorgt. Auch die Wohnungsverhältnisse gestalteten sich leidlich. Smolka wohnte im erzbischöflichen Palais, wo sich auch alle Reichstagslocalitäten befanden. Er bezog aber zunächst nicht die für ihn bestimmte Präsidialwohnung, sondern ein sauberes Privatzimmer, da sein Präsidium eigentlich am 9. November abgelaufen war, er sich daher nur als provisorischen Vorsitzenden betrachten konnte.

Mitten in die Arbeit, die die Expedirung der Abgeordneten und die Uebersiedlung Smolka verursachten, fiel ein Ereigniß, das ihn auf das Schmerzlichste erregte. Schon in den ersten Tagen des Kampfes um Wien hatte er seiner Befürchtung Ausdruck gegeben, daß das Echo der Wiener Vorgänge Unruhe und Unheil in Galizien hervorrufen könnte. Die galizischen Abgeordneten, unter ihnen Smolka, erließen demgemäß am 19. October ein Manifest, in welchem sie ihre Volksgenossen baten und beschworen, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß kein vorzeitiger Schritt, keine unüberlegte Handlung das Land entzweie, seine physischen und moralischen Kräfte vermindere und sie so von dem einzigen Wege abdränge, auf dem eine gedeihliche Entwicklung der Freiheit möglich sei. Alle gebildeten Classen der galizischen Gesellschaft waren von demselben Geiste durchdrungen. So kam es denn auch zu keinem gewaltsamen Ausbruch. Aber die reactionäre Partei, die eine Revolution herbeisehnte, um gegen die nationale und freiheitliche Bewegung offen auftreten zu können, sparte keine Mühe, um die ohnehin unruhige Bevölkerung, wo immer es an-

ging, zu reizen; und als diese Politik erfolglos blieb, mußte ein gewöhnlicher Wirthshauskrawall dazu dienen, um die galizische Hauptstadt bombardiren und die Reaction auch in Lemberg Lorbern pflücken zu lassen, wie sie ihr in Krakau, Pest und Wien erblühten.

Welchen Charakter die Unruhen hatten, und in welchem Verhältnisse ihre Bedeutung zum Vorgehen des Militärcommandanten stand, geht auch daraus hervor, daß Smolka, der doch mit den galizischen Zuständen aufs Genaueste vertraut war, im ersten Augenblicke gar keine Möglichkeit sah, sich das Ereigniß zu erklären; — abgesehen von der gewiß auf guten Gründen beruhenden Meinung des Finanzministers, die Smolka anführt. „Außerordentlich", schreibt Smolka am 6. November, „erschreckt mich das Gerücht, daß am 2. d. M. Lemberg bombardirt worden sei. — Ich kann es nicht glauben, es gab ja gewiß gar keinen Grund dazu. — Man erzählt sogar Einzelheiten: daß das Rathhaus und das Skarbektheater ein Opfer der Flammen geworden. Um Himmels willen! Kann denn das sein? Gab es denn einen gerechten Grund? . . . Ich erwarte mit größter Ungeduld die heutige Post." — Und am nächsten Tage: „Ich weiß es also unzweifelhaft gewiß, welch ein Unglück Lemberg getroffen. Schon gestern Abends hat mir Krauß mitgetheilt, daß er einen amtlichen Bericht erhalten habe, und fügte hinzu, die ganze unglückselige Geschichte habe gar keinen politischen Anstrich gehabt und sei nur aus einer Wirthshausschlägerei entstanden. Dein Brief bestärkt mich hierin. In der That konnte ich es nicht glauben, daß irgend Jemand so wahnsinnig gewesen sein sollte, in Lemberg revoltiren zu wollen. — Genug, das Unglück ist geschehen; in welcher Ausdehnung? Das weißt Du wohl selbst noch nicht. Es wird des umsichtigsten und dabei energischesten Verfahrens bedürfen, um an den errungenen Freiheiten keinen Verlust zu erleiden. Schreibe mir, wer von Bekannten verwundet oder vielleicht gar erschlagen sei."

Es gab Verwundete und Erschlagene genug. Smolka's Briefe enthalten nichts darüber, aber es ist irgendwo anders verzeichnet.

Auch Galizien hatte nun, gleich anderen Ländern der Monarchie, die Wohlthaten der Militärherrschaft zu verkosten. Der Gleichförmigkeit wegen wurde auch über dieses Land der Belagerungszustand verhängt, und wenige Woche später sah sich Smolka zu werkthätiger Theilnahme durch die zahlreichen, un-

gerechten Verfolgungen aufgerufen, die das neue Regiment nun einleitete.

Für den Augenblick machten ihm die analogen „Thaten" des Wiener Machthabers zu schaffen. Fürst Windischgrätz, dem der ganze Reichstag ein Dorn im Auge war, ließ es an Plackereien gegen die Mitglieder desselben nicht fehlen. Es kam vor, daß Abgeordnete widerrechtlich verhaftet wurden. Smolka trat in jedem derartigen Falle energisch auf, wendete sich nie an Windischgrätz, sondern telegraphirte an den Kaiser nach Olmütz, und setzte seine Sache regelmäßig durch. So befreite er die Abgeordneten Füster und Smreker, die vom Militär gefangen gehalten wurden. Füster, der für seine Sicherheit besorgt war, wohnte seitdem in Smolka's Präsidialbureau.

Die Militärherrschaft schlug nun andere Wege ein. Sie lud mehrere Abgeordnete und Smolka selbst vor das Kriegsgericht am Salzgries. Um nebenbei gegen den Reichstag zu demonstriren, dessen Sitzungen während der Permanenzzeit sie, ganz im Einklange mit den Czechen, als illegal und nichtig betrachtete, nannte sie Smolka, der eben in diesem Zeitraum zum Präsidenten gewählt worden war, in den amtlichen Verordnungen nicht „Präsident" sondern bloß „Vicepräsident". Smolka verwahrte sich zunächst gegen jede Mißachtung des Reichstages in seiner Person; er sei in aller Form Rechtens zum Präsidenten gewählt und vom Kaiser selbst mit diesem Titel angesprochen worden; er sei übrigens bereit, dem Militärgerichte jederzeit in seinem Bureau Rede zu stehen. Dieser Protest hatte Erfolg. Sodann aber erklärte Smolka, eine Verletzung der Immunität der Abgeordneten um keinen Preis dulden zu wollen; die Reichstagsmitglieder könnten nur als Zeugen, und zwar in seiner Gegenwart im Präsidialbureau, vernommen werden; darüber werde er strenge wachen und gegen jeden Versuch, irgend einen Deputierten als Angeklagten zu behandeln, sofort Verwahrung einlegen.

Nach einer Anfrage in Olmütz wurde Smolka's Forderung erfüllt. Die Abgeordneten wurden nicht mehr vor das Tribunal citirt, sondern die Delegirten des Militärgerichtes mußten, nachdem der Präsident schriftlich verständigt worden war, in voller Gala im Präsidialbureau erscheinen und dem Reichstage die militärischen Ehren erweisen, bevor es ihnen gestattet war, Smolka und die eingeladenen Deputirten als Zeugen zu vernehmen.

Auf den „militärischen Ehren" (der Reichstagspräsident war

[illegible] durch kaiserliche Verfügung mit den Erz[illegible] [illegible] werden bestand Smolka auch [illegible] Olmütz und Kremsier unerschütterlich, wie gering er [illegible] [illegible] Ansehen daselbst machte. Wenn es dem [illegible] [illegible] wurde, in dieser Weise die Stellung des [illegible] [illegible] es konnte gegen Smolka's festen [illegible] [illegible] [illegible] daß er im Größten wie im Kleinsten die [illegible] [illegible] Würde der Versammlung mit eherner Energie zu [illegible] [illegible].

[illegible] [illegible] [illegible] der Verfolgung entzogen [illegible] [illegible] [illegible] der Militärgerichte um so rücksichts[illegible] [illegible] [illegible] [illegible] geschützten Opfer. „Tag [illegible] Tag [illegible] [illegible] [illegible]", meldet Smolka kurz am [illegible] [illegible] [illegible] traf ihn die Hinrichtung [illegible].

[illegible] [illegible] [illegible] [illegible] Vollmachten vom Reichstag und [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] sich am 31. October gegen [illegible] [illegible] [illegible] der Feindseligkeiten ausgesprochen und war [illegible] [illegible] [illegible] der Proclamation des Fürsten Windisch[illegible] [illegible] [illegible] Smolka's Präsidialbureau mit der Erklärung erschienen, [illegible] [illegible] [illegible] Commando niederlege. Smolka hatte damals den [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] Sitzen dieser Thatsache gemacht und [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] vor Gericht zu bestätigen. [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] nicht retten. Er wurde am [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] nach drei Tagen, also am [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] Sofort nach Verkündigung [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] den Abgeordneten Baron Prato [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] Begnadigung zu erbitten. [illegible] [illegible] [illegible] [illegible]

verständniß" aussprach, da der Kaiser den unglücklichen Gardecommandanten sicherlich begnadigt haben würde *).

Der Wiederzusammentritt des Reichstages stand vor der Thüre, und Smolka wollte nach Kremsier. Aber nun sollte er aufs Neue die Plackereien Windischgrätz's erfahren. Hatte die Militärbehörde früher die Frechheit gehabt, ihn als „Fremden, der keine feste Beschäftigung in Wien habe", ausweisen zu wollen, so suchte man ihm jetzt die Abreise zu erschweren. Er verlangte einen Passirschein für sich und Füster. Man machte Schwierigkeiten, namentlich in Betreff des letzteren. Als Smolka, der bereits fürchtete, in Kremsier zu spät einzutreffen, dringend wurde, erschien bei ihm, scheinbar zum Besuch, der General Cordon und warf die gelegentliche Bemerkung hin, es würde sich doch gebühren, daß sich Smolka in dieser Angelegenheit persönlich zu Windischgrätz begebe. Smolka erklärte hierauf, er sehe im Allgemeinen die Nothwendigkeit nicht ein, dem Feldmarschall Visiten abzustatten, namentlich nach dem, was zwischen ihnen vorgefallen; den Passirschein sei Windischgrätz ihm und allen Abgeordneten auch ohne Bitte auszustellen verpflichtet; er erwarte demnach, die Karten für sich und Füster binnen einigen Stunden zu erhalten, widrigenfalls er sich an den Kaiser wenden werde. — Unmittelbar nach dieser Unterredung erhielt er das Verlangte und reiste ab (18. November). Zitternd vor Angst hatte sich Füster in seinen Wagen eingebeten. Er fühlte sich nirgends als bei Smolka vor den Häschern des Fürsten Windischgrätz sicher.

14. Capitel.

Das neue Ministerium. Kampf um die Präsidentschaft. Smolka's Wiederwahl. Sein Einwirken auf die Abgeordneten. Der Thronwechsel. Fahrt zu den beiden Kaisern. Machinationen gegen Smolka. Strobach Präsident.

Um dieselbe Zeit, da sich der Reichstag, fern von den Einflüssen der Wiener Demokratie, zur Wiederaufnahme seiner

*) Die Angabe in Smets' und Reschauer's Werke: „Das Jahr 1848" (II. 606), daß Smolka sich an Windischgrätz gewendet habe, ist also falsch. Was von Windischgrätz zu erwarten stand, was gerade der von

Thätigkeit versammelte, gelangte auch die zugleich mit der Octoberrevolution ausgebrochene Cabinetskrise endlich zum Abschluß. General Fürst Schwarzenberg, jener Mann, der der constituirenden Versammlung am 1. November das Thor ihres Hauses gesperrt hatte, übernahm den Vorsitz und das Ministerium des Aeußern, Graf Franz Stadion das Innere, Bach die Justiz, Cordon die Landesvertheidigung, Bruck den Handel und die Finanzen, Thinnfeld die Landwirthschaft. Das Unterrichtsressort verwaltete formell Graf Stadion, in Wirklichkeit der ihm beigegebene Unterstaatssecretär Alexander Helfert.

Das Ministerium Schwarzenberg-Stadion-Bach bot alle Bürgschaften, daß die Regierung nur auf einen günstigen Augenblick, deutlicher gesagt, auf den ersten entscheidenden Erfolg im ungarischen Kriege warte, um allen im Jahre 1848 verliehenen constitutionellen Freiheiten den Garaus zu machen. Dennoch fand das Cabinet bei dem in seiner Mehrheit gar nicht reactionär gesinnten Reichstage so lange Unterstützung, bis sie durch ihr eigenes Auftreten auch die gemäßigten Elemente in die Opposition trieb. Vorne in den Reihen der Ministeriellen standen die Czechen, die ihrer antideutschen und antimagyarischen Politik durch ein Zusammengehen mit den Machthabern zum Siege zu verhelfen hofften. Sie hattten schon im October dem Hofe wesentliche Dienste geleistet, hatten die Wiener Revolution offen verdammt, den Reichstag des Einverständnisses mit den Revolutionären beschuldigt, die Autorität desselben in den Provinzen geschwächt, die Verlegung nach Kremsier erwirkt. Es war die Frage, wie die Hofpartei diese und die weiteren guten Dienste belohnen werde. Aber wenn die Czechen mit Hilfe der Regierung ihre nationalen Wünsche durchsetzen zu können glaubten, ohne die Freiheit zu gefährden, so sollte ihnen eine bittere Enttäuschung nicht erspart bleiben.

Die Stellung zur Octoberrevolution, zum revolutionären Reichstag und dem von ihm zur höchsten parlamentarischen Würde erhobenen Präsidenten bildeten den Mittelpunkt der Kämpfe, die in Kremsier schon bei Eröffnung der ersten Sitzung, ja, bereits vor derselben begannen.

Zunächst stritt man um Aeußerlichkeiten: z. B. ob die Session

ihm so gehaßte Reichstagspräsident zu erwirken vermocht hätte, bedarf keiner Erörterung. Smolka verfuhr auch in diesem Falle nach der bewährten Methode: er rief unmittelbar den Kaiser an.

neu zu eröffnen oder einfach fortzusetzen sei. „Du hast keinen Begriff", schreibt Smolka, „was dieses fortwährende Friedenstiften zwischen den Parteien, dieses Werthlegen auf die kleinsten Kleinigkeiten für Plackereien verursacht. Ich bin auf die Eröffnung der Session gespannt, denn eine gewisse Partei will den Reichstag förmlich eröffnet wissen, und sogar in der telegraphischen Depesche ist davon die Rede. Wir aber, die wir in Wien ausgehalten haben, lassen dies nicht zu; und auch ich schließe mich dem an; ich werde die Sitzung eröffnen, als wenn gar keine Unterbrechung gewesen wäre, da ich dem Hofe das Recht der Vertagung nicht zugestehe."

Größere Bedeutung hatte die Frage, wer die Sitzung zu eröffnen habe. Man sollte glauben, daß dies gar keine Frage war. Aber die Rechte konnte sich in der Aeußerung ihrer Feindseligkeiten gegen die Wiener Revolution nicht genug thun. Sie hätte am liebsten die ganze Permanenz aus der Geschichte des Reichstages gestrichen, Alles, was während dieser Zeit geschehen, für nichtig erklärt. Für sie war also Smolka auch nicht Präsident, sondern nur der im September gewählte Vicepräsident.

Wie Smolka sich zu alledem, insofern es seine Person betraf, verhielt, zeigt sein Brief vom 22. November: „Es war lustig", schreibt er, „wie eine gewisse Partei mich anfangs nicht als Präsident anerkennen wollte (wobei sie sich übrigens gegen meine Person stets mit aller Aufmerksamkeit benahm). Als sie sich aber überzeugt hatte, daß auch die Regierung mich in ihren Zuschriften regelmäßig als Präsidenten anspreche, zog sie sich mit ihrer Anschauung leise zurück. Sogar haben mich Einige im Anfang stets „Herr Vicepräsident" titulirt, da sie noch immer Strobach als den legalen Präsidenten betrachten. Ich habe zu dieser Absurdität im Innern immer herzlich gelacht, wobei ich stets that, als wenn ich gar nicht merkte, was sie mit der Titulatur zu erkennen geben wollen. Seit gestern aber leuchtet ihnen der wahre Sachverhalt schon ein, und so haben auch ihre Sorgen aufgehört, wer die Sitzung zu eröffnen habe. — Es gibt aber noch eine ganze Menge von Formalitäten und Etiquettefragen, welche die Parteien ungemein aufregen und in Feuer bringen, mich aber sehr unterhalten, da ich, ohne mir den Kopf zu zerbrechen, immer so verfahre, daß ich keine Partei verletze, und doch thue, was sich gebührt."

So eröffnete er denn am 22. November 1848 die Sitzung, ohne über alle die Streitigkeiten ein Wort zu verlieren, und

[illegible] „Ich [illegible] Smolka „Ich [illegible] [illegible] [illegible]

zweideutigen Sinn des Beschlusses verwiesen und erklärte schließlich, er habe nur eine Bemerkung hingeworfen, stelle aber keinen Antrag*).

Schon am 22. November hatte man das Erscheinen der neuen Minister im Hause erwartet. „Sie hätten gestern kommen und ihr Programm vorlegen sollen", berichtet Smolka (23. November), „so haben mir wenigstens Schwarzenberg und Stadion gesagt, als sie auf das Resultat der Präsidentenwahl warteten. Nachdem sie aber vernommen, daß die Wahl auf mich gefallen sei, kamen sie nicht; wahrscheinlich glauben sie, jetzt ihr Programm ändern zu müssen, da sie sich von einer Mehrheit, die sich für mich entschieden, keine gute Aufnahme versprechen."

Ehe sich das Cabinet dem Reichstage vorstellen konnte, gab es noch eine kleine Schwierigkeit. Als Fürst Schwarzenberg das Erscheinen der Minister dem Präsidenten mündlich ankündigte, verlangte dieser das kaiserliche Ernennungsdecret zu sehen, da er sonst den Ministern den Eintritt in den Reichstagssaal verwehren müßte. Schwarzenberg, der als Diplomat hätte wissen sollen, daß es im politischen Leben auf Formalitäten sehr wohl ankomme, that anfangs beleidigt, wies aber schließlich das kaiserliche Handschreiben vor, mittelst dessen er zum Ministerpräsidenten ernannt und mit der Bildung des Cabinets betraut worden war. Smolka besah das Aktenstück und erklärte, es habe keine Giltigkeit, es fehle die Contrasignatur des früheren Ministeriums. Der Fürst gerieth außer sich, begriff nicht, wie man ein vom Kaiser unterschriebenes Schriftstück als nichtig ansehen könne, und schickte um Stadion. Da dieser sich gezwungen sah, die Forderung Smolka's als durchaus berechtigt anzuerkennen, und hinzufügte, man dürfe keineswegs den Schein einer Verfassungsverletzung auf sich laden, blieb nichts übrig, als eiligst einen Courier nach Olmütz zu schicken, um die Contrasignatur des gewesenen Ministers Wessenberg einzuholen.

Nach diesem Zwischenfall waren die Minister und ihre Kreise eitel Artigkeit und Freundlichkeit gegen den eisernen Präsidenten.

---

*) Wie Springer (II., 590) behaupten kann, die Czechen hätten es durchgesetzt, daß in den officiellen stenographischen Berichten der Sitzung vom 7. October unmittelbar die vom 22. November angereiht wurde, ist uns unbegreiflich. In diesen uns vorliegenden Berichten figurirt die ganze „Permanenz" vom 6. October bis 1. November als 52. Sitzung; an diese schließt sich die Sitzung vom 22. November als die 53.

„Man beginnt mir jetzt Ehren zu erweisen", schreibt dieser (Brief vom 26.), „als wenn man gut machen wollte, was man gegen die Würde des Reichstags und meine Stellung gesündigt hatte; heute z. B. statteten mir die Minister Stadion, Bach, Cordon, Bruck Etiquettevisiten ab (ich bin bei ihnen noch nicht gewesen); dann kam das ganze Officierscorps des Infanterieregimentes »Kaiser« und andere hier weilende Officiere in voller Uniform, mit dem Major, dem hiesigen Commandanten, an der Spitze, um ganz nach militärischer Etiquette »die Aufwartung zu machen«. Zum Schluß ließ der Magistrat anfragen, wann er mir seine Reverenz erweisen dürfe. — Ich war noch nie in meinem Leben in solcher Verlegenheit, aber schließlich geht's auch damit. — Ich muß morgen, wenn ich so viel Zeit finde, den Ministern und den Andern meine Gegenvisite abstatten. Ich sehe, daß mich Einige um diese Ehren, nach denen ich gar kein Verlangen trage, schrecklich beneiden. Mir aber kommt es lächerlich vor, daß man einem so armen Teufel die Honneurs macht, der nicht die Mittel hat, um sich einen Rock anzuschaffen."

Das Cabinet erschien also am 27. November vor dem Hause und legte sein Programm dar. Es klang sehr correct constitutionell. Aber mit der Versicherung Schwarzenberg's, „jeden verfassungsmäßigen Einfluß von der Regierungsgewalt fernhalten zu wollen", stand die Militärdictatur, die auf Oesterreich lastete, in allzu grellem Widerspruch. Es gibt zwei Regierungen, sagte man damals, das constitutionelle Ministerium und die Gewaltherrschaft des Fürsten Windischgrätz. — Tieferblickende mochten sich schon in jenen Tagen nicht verhehlen, daß es in Wahrheit nur eine Regierung sei, daß man den Muth zum entscheidenden Schritte, zur Vernichtung der Freiheiten und Auflösung des Reichstages, nur noch nicht finden könne, so lange man das rebellische Ungarn nicht niedergeworfen habe. Es gab auch so Manchen, dem es schon jetzt gar nicht angenehm war, daß die Regierung sich so verfassungstreu geberdete, mit dem Reichstag so viel Federlesens machte — auseinanderjagen, und basta!

Smolka, der für die Gefahr der Lage nichts weniger als blind war, that seinerseits, was in seiner Macht stand, um Alles hintanzuhalten, was die Existenz des Reichstages gefährden könnte. „Gerade jetzt", schreibt er am 1. December, „sieht es mir nicht aus, als wenn der Reichstag zu Falle kommmen sollte, da Alle, und namentlich die Linke, im Gefühle dieser Gefahr, sehr darauf

achten, keinen Anlaß dazu zu geben. So habe ich auch den Gefährlichsten, Gewaltsamsten das Wort abgenommen, daß sie sich zu keinerlei unüberlegten Anträgen, die die Ruhe in der Kammer zu stören vermöchten, hinreißen lassen, und im Allgemeinen mit Mäßigung verfahren. Es ist dies eine unerläßliche Nothwendigkeit, da eine mächtige Partei außerhalb des Reichstages existirt, die Alles ins alte Geleise zurückgebracht sehen möchte. Es gelingt mir, auf die Leute mildernd einzuwirken, was mich herzlich freut." Zugleich bemühte er sich energisch, die Kammer zu positiver Arbeit anzuhalten; konnte sie doch nur auf diesem Wege ihrer Bestimmung nachkommen, ihr Ansehen kräftigen, ihre Feinde entmuthigen. Er drang darauf, die Pflichten des Abgeordneten ernst zu nehmen; er ließ den Reichstag nicht rasten, wie er selbst nicht rastete. „Während der Feiertage", schreibt er in demselben Briefe, „werden wir keine Ferien halten; man müßte sich ja schämen, nach so langer Unterbrechung noch ruhen zu wollen. Wahrscheinlich aber werden doch Viele abreisen." — „Ich fürchte zwar nicht", fährt er fort, „am 20. wiedergewählt zu werden, da gerade Abgeordnete unserer Partei, besonders die Galizier und Italiener, wahrscheinlich auf die Feiertage nach Hause reisen werden; trotzdem werde ich diese wenigen Tage nicht dazu benützen können, um zu Euch zu fahren, da ich es für eine Gewissenssache halte, auch nur von einer Sitzung wegzubleiben (wie ich bisher noch von gar keiner weggeblieben bin), wo die wichtigste Sache durch eine einzige Stimme in unglücklichem Sinne entschieden werden kann. Es gibt aber Viele, die sich darum wenig kümmern, voyagiren — und, wenn sie an Ort und Stelle sind, selten in die Sitzung kommen oder spät — nach der Abstimmung, wenn man ihrer nicht mehr bedarf. — Ich habe mich schon oft darüber so geärgert, daß ich es gar nicht beschreiben kann. Es wäre gut, wenn in eine unserer Zeitungen ein Artikel eingerückt würde, der unseren Deputirten ins Gewissen redet, daß sie in dieser Beziehung größeren Ernst zeigen, keine Urlaube nehmen — fleißig und früh zur Sitzung kommen — jetzt auf die Feiertage nicht abreisen u. s. w."

Wenn es gänzlich im Dunklen lag, wessen man sich vom neuen Ministerium zu versehen habe, so wurde durch den am 2. December erfolgten Thronwechsel die Ungewißheit über die politische Zukunft noch mehr erhöht. Die ersten Kundgebungen des neuen Kaisers waren geeignet, gute Erwartungen zu erregen.

Der Kaiser drückte in seinem Manifest die Zuversicht aus, „daß das Vaterland auf der Grundlage der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze unter der Theilnahme der Volksvertreter an der Gesetzgebung neu erblühen werde", und erklärte in einem Rescript an den Reichstag, daß es sein lebhafter Wunsch sei, „die Verfassung schnell als möglich unter dem einsichtsvollen Beistande des Reichstages zu Stande kommen zu sehen". Von einer Uebernahme constitutioneller Verpflichtungen oder von einer ausdrücklichen Bestätigung des von Kaiser Ferdinand Gewährten war freilich in beiden Actenstücken nicht die Rede.

Smolka nahm zu diesem bedeutsamen Ereignisse sofort in der einfachsten Weise Stellung, indem er im Reichstag ein Hoch auf den „constitutionellen Kaiser und König" ausbrachte. Das Haus beschloß die Absendung einer Deputation, die dem neuen Herrscher eine Beglückwünschungsadresse, dem Kaiser Ferdinand aber, als dem Urheber der freiheitlichen Einrichtungen in Oesterreich, eine Dankesadresse überbringen sollte. Führer der Deputation mußte naturgemäß der Reichstagspräsident sein. Es wurde der Rechten äußerst sauer, dies zuzugeben. Der „Octoberpräsident" sollte als Vertreter der Reichsversammlung vor den Kaisern, vor dem neuen Herrscher erscheinen! — „Es wurde beschlossen", meldet Smolka (3. December), „daß ich als Präsident »der Wortführer und Anführer« der Deputation sein soll. Ein großer Theil der Abgeordneten scheint dadurch sehr genirt zu sein, und vielleicht auch das Ministerium — läßt sich aber nicht ändern" (im Original deutsch). — „Man zerbricht sich die Köpfe darüber, wie es zu bewirken, daß nicht gerade ich an der Spitze dieser Deputation figurire — vergeblich. — Ich sehne mich durchaus nicht nach dieser Situation; würde am liebsten selbst zurücktreten, aber, wie die Dinge stehen, kann ich es nicht, muß im Gegentheil auf dem bestehen, was mir gebührt. — Ich streite darüber mit Niemandem, da Niemand mir es vorzuschlagen wagt, — beobachte nur die Intriguen u. s. w."

Jene Mitglieder der Adreßdeputation, die Smolka's Führerschaft so sehr „genirte", schoben zunächst das Interesse des Reichstages vor, der in dieser unruhigen Zeit nicht ohne sein Präsidium bleiben dürfe — (auch die beiden Vicepräsidenten waren in die Deputation gewählt worden); — ungarische Streifscharen, sagte man, seien bemüht, vom nahen Kriegsschauplatze aus Mähren zu beunruhigen; wie leicht könnte die Kammer in eine außerordent-

liche Lage gerathen, ohne daß es ihr möglich würde, zu einer Sitzung zusammenzutreten; auch wäre in einem solchen Falle nur Smolka — der geschickte, energische, bewährte Präsident — im Stande, die Versammlung zu leiten. — Als Smolka über die Frage gar keine Debatte zuließ, sondern einfach erklärte, daß es nicht nur sein Recht, sondern seine Pflicht sei, die Führung zu übernehmen, selbst wenn er in die Deputation nicht gewählt worden wäre, daß er in diesem Falle gar nicht zurücktreten dürfe: entschloß man sich, Farbe zu bekennen. In der Nacht auf den 3. December erschien Palacky in Begleitung zweier anderer Deputirten in Smolka's Bureau, wo er noch um 12 Uhr mit Präsidialarbeiten beschäftigt war. Die Herren baten ihn, von der Führung abzustehen; er sei notorisch eine bei Hofe unbeliebte Persönlichkeit, es gezieme sich nicht, daß der neue Kaiser den ersten Gruß des Reichstages vom „revolutionären Präsidenten" empfange. „Sehr bedauerlich", meinte Smolka hierauf, „daß er bei Hofe persona ingrata sei, er glaube es nicht im mindesten verdient zu haben. Sein Zurücktreten könnte aber unter diesen Umständen den Anschein erwecken, als würde er sich zu einer Schuld bekennen, der er sich gar nicht bewußt sei. Er müsse also um so mehr darauf bestehen, nach Olmütz zu reisen." — Die Bemühungen der Gegner nahmen damit noch kein Ende. Die beiden Vicepräsidenten Mayer und Lasser, die Smolka ersucht hatte, sich darüber zu einigen, wer von ihnen seine Vertretung im Präsidium zu übernehmen habe, konnten oder wollten dies durchaus nicht zu Stande bringen. Sie überboten einander in Artigkeiten, Jeder gönnte dem Anderen die Ehre des Vorsitzes, Keiner wollte in Kremsier bleiben. Schließlich machte Smolka von seiner Autorität Gebrauch und beauftragte den ersten Vicepräsidenten Mayer schriftlich, in seiner Abwesenheit das Präsidium zu führen. — Am 3. December, zwischen 9 und 10 Uhr, machte sich die Deputation auf den Weg. Man fuhr zu Wagen von Kremsier nach Hullein. Fürst Schwarzenberg saß neben Smolka und erwies ihm alle schuldigen Ehrbezeugungen. In Hullein stieß man auf neue Schwierigkeiten. Der Extratrain, der die Deputation nach Olmütz bringen sollte, ließ merkwürdig lange auf sich warten. Schwarzenberg spielte den Ungeduldigen: „Die Deputation", klagte er, „sollte vom Kaiser zum Diner geladen werden, und nun werde sie zu spät kommen." Er telegraphirte mehrmals nach Olmütz, mehr als zwei Stunden verliefen, der Zug war noch nicht da. — Als nun Smolka, der inzwischen

ein wenig ins Freie gegangen war, am Telegraphengebäude vorbeikam, winkte ihm Jemand aus dem Bureau — möglicherweise ein Beamter, — er möge hineinkommen. Smolka trat ein, und der Mann erzählte ihm nun leise, Schwarzenberg depeschire fortwährend, daß sich der Zug ja nicht beeilen möge, lasse sich zurücktelegraphiren, die Maschine sei beschädigt u. s. w. — Erst um ½3 Uhr kam die Deputation in Olmütz an. Smolka stieg in der für ihn bestimmten Wohnung ab, vor der eine ganze Nationalgardecompagnie als Ehrenwache stand, und begab sich dann ins Hotel, wo die Deputation versammelt war, um sich auf ein Zeichen von Schwarzenberg ans Hoflager zu begeben. Nach einiger Zeit erschien Schwarzenberg's Präsidialsecretär mit der Meldung, der Kaiser sei bereit, die Herren zu empfangen. „Es wird doch", fügte er wie in Parenthese hinzu, „nicht nöthig sein, der Deputation die militärischen Ehren zu erweisen?" — Also eine neue Intrigue. Das Militär Achtung für den Reichstag zu lehren, das konnte der Hof nicht über sich bringen. Smolka antwortete natürlich aufs Entschiedenste, er müsse im Gegentheil auf allen der Deputation zukommenden Ehrbezeugungen bestehen. Auf die Frage, worauf diese Forderung sich stütze, erwiderte er einfach: „Auf den Willen des Kaisers, der dem Reichstag und seinem Präsidenten dieselben Ehren zuerkannt habe, wie den Erzherzogen. Er müsse auf die genaue Einhaltung dieser Praxis dringen, umsomehr, als man sonst leicht falschen Vermuthungen über die Gesinnungen des Hofes Raum geben würde, was er keineswegs zuzulassen gedenke." — Der Secretär bemerkte, die Sache werde in Olmütz auf große Schwierigkeiten stoßen, das Militär sei da in jene Praxis noch nicht eingeweiht; worauf Smolka ihn kurz und bündig ersuchte, dem Minister Schwarzenberg zu erklären, daß die Deputation, falls das Militär seine Schuldigkeit nicht thun sollte, sich gar nicht zum Kaiser begeben, sondern die Adresse übersenden und nach Prag abreisen werde. Bei diesen Worten geriethen die meisten Mitglieder der Deputation in panischen Schrecken; nur Wenige billigten Smolka's Verfahren, alle aber unterwarfen sich seiner Autorität. Nach kurzer Zeit erschien der Secretär wieder, bat höflichst um Entschuldigung — erklärte, nur seine persönliche Meinung ausgesprochen zu haben, und versicherte, daß der Herr Ministerpräsident es als ganz selbstverständlich betrachte, daß der Deputation ihr Recht werde. So begaben sich denn die Repräsentanten des Reichstages zu Fuß,

paarweise, den Präsidenten an der Spitze, ins erzbischöfliche Palais, die damalige Residenz des Kaisers. Die Militärwachen mußten sich bequemen, ordentlich ins Gewehr zu treten, Generalmarsch zu blasen u. s. w.

Nach einer kurzen ehrerbietigen Ansprache überreichte Smolka die Adresse, worauf der Kaiser in einigen Worten erwiderte.

„Diese Erwiderung", schreibt Smolka am 5. December, „werden wir wohl noch durch das Ministerium schriftlich erhalten, wenigstens werde ich darum mahnen. Ein Ausdruck in dieser Antwort hat mir sehr mißfallen, bin neugierig, ob er auch im schriftlichen Wortlaut vorkommen wird. Der Kaiser sagte nämlich u. A.: „Ich werde das Verfassungswerk prüfen und demselben meine kaiserliche Sanction ertheilen."

Die verlangte Niederschrift erhielt Smolka erst am 11. Das Ministerium mochte es dem Reichstage nicht gern Schwarz auf Weiß geben, daß der Kaiser die Constitution zu sanctioniren versprochen habe. Der Vorbehalt, an dem Smolka Anstoß genommen hatte, war in der That auch in der schriftlichen Antwort enthalten.

Nach der officiellen Erwiderung trat der Kaiser seitwärts, winkte Smolka zu sich und unterhielt sich mit ihm eine Weile. Die Deputationsmitglieder ließ er sich nicht vorstellen und richtete auch an keines derselben das Wort.

Die Deputation sollte sich nun nach Prag begeben. Schwarzenberg gab sich alle Mühe, Smolka davon abzuhalten. Kaiser Ferdinand sei durch die letzten Vorgänge sehr verstimmt, sei krank und werde schon aus letzterem Grunde die Abgesandten nicht empfangen können; auf eine Anfrage sei ihm dies telegraphirt worden. Smolka bestand darauf, den Reichstagsbeschluß auszuführen; wenn der Kaiser die Abgesandten auch nicht empfangen würde, so sollen diese doch wenigstens durch ihre Anwesenheit in Prag den guten Willen des Reichtages bewiesen haben, dem Kaiser für die verliehenen Freiheiten zu danken. Wie immer, führte Smolka seinen Willen aus. In Prag angekommen, waren er und die anderen Mitglieder der Deputation Gegenstand der ausgesuchtesten Ehrbezeugungen von Seite der Czechen, die offenbar von der Absicht geleitet waren, gerade im Hinblick auf die befürchtete Wendung der Dinge zu zeigen, daß sie auch gut constitutionell gesinnt seien. Das Seitenstück zu dem diplomatischen Secretär in Olmütz bildete hier der Vertreter des Statthalters,

Baron Mecsery. Er versicherte, daß der Kaiser unwohl sei, gar keine Deputationen empfange könne, höchstens Smolka allein dürfte möglicherweise vorgelassen werden. Auch hinter dieser Intrigue steckte Schwarzenberg. Unmittelbar nach der Unterredung mit Mecsery erhielt Smolka den Besuch Palacky's, der ihm mittheilte, daß, nach der Versicherung des Oberstthofmeisters Fürsten Lobkowitz, der Kaiser gern bereit sei, die Deputation zu empfangen; Mecsery's Widerstand rühre daher, daß Schwarzenberg ihm fortwährend telegraphire, die Abgeordneten nicht vor den Kaiser zu lassen. — Smolka wandte sich nun direct an den Fürsten Lobkowitz. Die Deputation erhielt am 6. December die gewünschte Audienz, in der Smolka nach einigen einleitenden Worten die Adresse — einem vom Fürsten Lobkowitz geäußerten Wunsche gemäß — übergab, ohne sie zu verlesen. Der Kaiser las hierauf eine sehr freundlich lautende Antwort ab und wollte sich zurückziehen, aber Kaiserin Maria Anna, die bei der Audienz zugegen war, hielt ihn noch eine Weile fest, trat auf den Präsidenten zu und drückte ihm ihren herzlichen Dank für das Andenken aus, das der Reichstag dem Kaiser bewahre. — Am 7. December führte Smolka bereits wieder den Vorsitz in Kremsier.

Wenn irgend ein Präsident geeignet war, den Reichstag in so imponirender Weise zu vertreten, daß die Reaction in ihren Staatsstreichabsichten bedenklich werden konnte, wenn irgend Jemand alle Eigenschaften besaß, um in so kritischen Zeiten die Versammlung zu leiten — zugleich Festigkeit und Milde, beide Vorzüge in so hohem Grade, daß sie fast mit einander unvereinbar schienen — wenn also irgend Jemand mit allen Mitteln auf dem Präsidentensitze hätte festgehalten werden sollen, so war es Smolka. Aber noch hatte die Stunde nicht geschlagen, in der alle Parteien dies erkannten. Die Czechen, die zugleich der Freiheit und der Regierung dienen zu können meinten, arbeiteten an Smolka's Sturz — wohl in der Hoffnung, daß das Ministerium einen conservativen Reichstag eher leben lassen werde. Aber wie weit hätte das „Conservative" des Reichstages gehen müssen, um eine Regierung zu befriedigen, die, allen ihren constitutionellen Redensarten zum Trotz, das Merkmal ihrer reactionären Bestimmung so deutlich an der Stirne trug?

Die Erinnerung an die Revolution, die Furcht vor dem

Staatsstreiche lähmte überhaupt die Kraft und den Muth der Versammlung. Diese Kammer, die doch aus einer gewaltsamen Umwälzung hervorgegangen war, hätte, wenigstens in ihrer großen Mehrheit, jetzt am liebsten jede Spur ihres Ursprunges austilgen mögen. Erst das Verfahren der Regierung selbst und auch der größere Styl der späteren Debatten rüttelte Viele auf. Smolka wurde es peinlich, diese saft- und kraftlose Versammlung zu betrachten. „Das ist jetzt ein trauriger Reichstag", schreibt er am 14. December, „Du glaubst nicht, wie sich die Leute verändert haben. Ich habe niemals dieses Schreien geliebt, dieses heftige Auftreten, bloß zu dem Zwecke, um nutz- und erfolglos etwas Heftiges zu sagen; aber Mitleid und Verachtung überkommt Einen, wenn man jetzt diese Helden sieht: wie das die Ohren hängen läßt, nicht ein Wörtchen zu reden wagt — ich meine damit nicht unsere Abgeordneten, die noch immer fast zu viel der Kühnheit haben, so daß man sie zurückhalten muß, damit sie nichts sagen, was unter den jetzigen Umständen schädlich werden könnte. Es betrifft zumeist die Abgeordneten anderer Nationalitäten, die oft ganz unnöthigen Lärm gemacht haben und jetzt vor Schrecken zittern."

Gegen Smolka, wie überhaupt gegen die revolutionäre Linke wurde innerhalb und außerhalb des Reichstages schwunghaft gearbeitet. „Man hat", meldet er in demselben Briefe, „in Wien und an anderen Orten Mißtrauensvoten gegen Goldmark, Füster, Borrosch und andere herausagitirt, um auf solche Weise diese Abgeordneten moralisch zur Mandatsniederlegung zu zwingen. Jetzt heißt es schon in den Zeitungen, daß meine Wähler mir ein Mißtrauensvotum zu ertheilen gedenken. Welche Schufterei! Ich denke aber, daß es nicht gelingen wird, wenn sich die Militärpartei in der That darum bemühen sollte: was ich trotz Allem nicht glaube."

Eine ganz überflüssige Zuthat zu diesen Bemühungen um Smolka's Sturz war die verletzende Manier, in der sich der Abgeordnete Rieger bei einem geringfügigen Anlaß gegen den Präsidenten benahm. Es handelte sich um ein bereits vom Präsidenten enuncirtes Abstimmungsresultat, das aber die Rechte für zweifelhaft hielt. Sie forderte die Gegenprobe. Löhner erklärte, daß dies nach erfolgter Enunciation unstatthaft sei. „Dann", rief Rieger, „bitte ich den Präsidenten, künftig in zweifelhaften Fällen ein wenig vorsichtiger zu sein." Das Haus gerieth in Erregung; Smolka erwiderte ruhig, für ihn sei die Majorität

eine unzweifelhafte gewesen, und ging zum folgenden Gegenstand über. Aber Rieger's Art hatte ihn doch so tief verletzt, daß er, der Kaltblütige, von aller kleinlichen Empfindlichkeit so weit Entfernte, an ein Duell dachte. „Gestern", schreibt er am 13. December, „hätte ich mich beinahe duellirt. In der Sitzung am 11. beleidigte mich Rieger während der Debatte in solcher Weise, daß ein ungeheurer Lärm entstand. Man verlangte, daß ich ihn zur Ordnung rufe. Ich wollte es nicht thun, da ich ein abgesagter Feind jeder öffentlichen Zänkerei bin. Nach der Sitzung schickte ich Florian*) zu Rieger mit der Erklärung, daß ich auf seine Unartigkeiten nicht in der Kammer erwidern werde, daß ich aber, wenn er sich noch einmal etwas Aehnliches zu Schulden kommen lassen sollte, nicht als Präsident, sondern als Smolka ihn zu finden wissen und Satisfaction verlangen werde. Florian in seiner Hitze ging hin und erklärte, daß ich Genugthuung schon für diesen Vorfall verlange. Es endigte damit, daß Rieger kam und mich schön um Verzeihung bat. Ich möchte nicht, daß die Geschichte an die große Glocke gehängt werde, damit meine Gegner nicht sagen, daß ich schon in solcher Weise zu terrorisiren beginne."

Dank dem Bündniß zwischen den Czechen, einem Theile der galizischen Bauern und dem Centrum wurde Smolka bei der nächsten Präsidentenwahl am 20. December, wenn auch nur auf kurze Zeit, vom Präsidium verdrängt. Das erste Scrutinium ergab für Smolka 143, für Strobach 130, für den Candidaten des Centrums, Cajetan Mayer, 58 Stimmen, also überhaupt keine absolute Majorität. Hierauf wurde von Smolka's Gegenpartei eine zehn Minuten lange Pause verlangt, damit sich die Parteien verständigen können. Die Zeit wurde benützt, um noch in letzter Stunde einen Druck auf die Unschlüssigen zu üben. Der Ruthene P. Szaszkiewicz trieb seine widerstrebenden Bauern an, redete ihnen ein, daß eine Wiederwahl Smolka's die Auflösung des Reichstages nach sich ziehen werde u. s. w.; so ergab denn schon das zweite Scrutinium für Smolka 160, für Strobach 161 von 326 abgegebenen Stimmen. Aber erst der dritte Wahlgang entschied. Strobach wurde mit sehr geringer Mehrheit (166 Stimmen gegen 157, die auf Smolka entfielen) zum Präsidenten gewählt. „Mein Ehrenwort", schreibt Smolka unmittelbar nach der Wahl, „ich bin sehr froh, ein wenig ausruhen zu können."

*) Ziemiałkowski.

Strobach's Antrittsrede wurde mit sehr mäßigem, Smolka's Abschiedsworte mit „langanhaltendem, stürmischem Beifall" aufgenommen.

Gleich am nächsten Tage machte sich die vollzogene Veränderung fühlbar. Man verhandelte über einen neuen, von der Regierung geforderten Credit in der Höhe von 80 Millionen, und Smolka schreibt in Bezug auf die stürmischen Vorgänge bei diesen Debatten: „Es wurde im Allgemeinen bemerkt, daß, so lange ich präsidirte — dritthalb Monate hindurch und in so stürmischen Zeiten — ich Niemanden zur Ordnung gerufen habe und kein Protest gegen mein Verfahren laut geworden sei, während es am ersten Tage der Präsidentschaft Strobach's Ordnungsrufe und mehrere Proteste gab."

---

15. Capitel.

Zwischen der zweiten und dritten Präsidentschaft. Das Verfassungswerk. Galizische Verhältnisse: Die Entwaffnung des Landes, die Ruthenen, die Justizreform. — Smolka als Brautwerber. Weihnachten und Neujahr in Kremsier.

Für Smolka waren die wenigen Wochen zwischen seiner zweiten und seiner dritten Präsidentschaft eine Zeit nicht etwa der Rast, sondern nur anderartiger Beschäftigung. Sich Ruhe gönnen, war überhaupt nie seine Sache gewesen. Vom 6. October an war er nicht recht zu Athem gekommen, und am 5., also knapp vor dem Latourtag, klagt er, wie er über und über in Anspruch genommen sei, theils von den Geschäften im Präsidialbureau, theils von der Thätigkeit in den beiden vorberathenden Commissionen des Verfassungsausschusses: im Subcomité zu Berathung der „Grundrechte" und im Fünferausschusse, der die eigentliche Constitutionsurkunde zu entwerfen hatte. — Jetzt war es ihm nicht unwillkommen, von der Last der Präsidentschaft befreit zu sein, um sich wieder dem Verfassungswerke widmen zu können. Die Vorberathung der „Grundrechte" war bereits beendigt; am 21. December gelangten sie zur ersten Lesung im Hause; — aber der eigentliche Constitutionsentwurf war noch nicht einmal dem großen Ausschusse vorgelegt. Hier galt es nun tüchtige Arbeit. „Jetzt, da

ich die Präsidentschaft los bin", schreibt er am 21. December, „muß ich über Hals und Kopf im Fünferausschusse an der Entwerfung des zweiten Theiles der Constitution arbeiten, der für uns der weit wichtigere ist, da in ihm das Verhältniß der Provinzen zu einander und die Abgrenzung der Gewalten festgestellt wird. Ich lege drei Exemplare der »Grundrechte« bei, wie sie vom Constitutionsausschuß endgiltig redigirt wurden. Doch wirst Du unter den Minoritätsvoten meinen Namen nicht finden, da ich zur Zeit, als diese Artikel definitiv entworfen wurden, Präsident war." Lange sollte er, wie bereits an früherer Stelle erwähnt, sich der Arbeit am Verfassungswerke nicht hingeben können, da er am 20. Jänner, also zwei Tage, bevor die — in den erwähnten „Protokollen" wiedergegebenen — Verhandlungen über den zweiten Theil des Verfassungsentwurfs begannen, aufs Neue zum Haupt der Versammlung erwählt wurde.

Neben den letzterwähnten, das ganze Reich betreffenden Angelegenheiten beschäftigten und beunruhigten Smolka von dieser Zeit an bis zur Auflösung des Reichstags die galizischen Angelegenheiten. Er wurde an seine Heimat immer wieder und nur allzu dringend durch die Bittgesuche derer gemahnt, die seinen Schutz gegen den in Galizien waltenden Militärdespotismus anriefen. Unter der Herrschaft des Belagerungszustandes ging das dictatorische Willkürregiment gegen alle Mißliebigen mit Verhaftungen, Ausweisungen und widerrechtlichen Assentirungen vor. Smolka nahm sich der Verfolgten so warm und nachdrücklich an, daß seiner Gattin für ihn selbst bange zu werden anfing.

„Ich besorge nicht", beruhigt er sie am 15. Jänner, „daß mir daraus etwas Unangenehmes entstehe; den Ministern werde ich mich damit gewiß nicht recommandiren. Das ist mir aber auch gleichgiltig, wenn ich nur helfe."

Aber eben mit diesem Helfen hatte es seine guten Wege. Vor Allem war es gar nicht leicht, der Minister habhaft zu werden. Sie kamen selten und immer nur auf kurze Zeit nach Kremsier; gelangte man aber dazu, sie zu sprechen — und Smolka benützte jede Gelegenheit, um auf Abhilfe in den einzelnen Fällen und auf die Aufhebung des Ausnahmszustandes überhaupt zu dringen — so erhielt man im besten Falle eine ausweichende Antwort. Am traktabelsten erwies sich noch Bach; auch Stadion war wenigstens zugänglich; aber alle Bemühungen scheiterten an

Schwarzenberg's Hartnäckigkeit. „Das eingeschlagene (!) System will strenge durchgeführt werden", meinte er.

Eine Interpellation, die der Abgeordnete Machalski am 19. Jänner einbrachte, fruchtete ebensowenig wie das Eintreten Schuselka's für die widerrechtlich Assentirten am 9. Februar. — In der ersteren, die von der Rechten sowohl wie von der Linken mit Beifall aufgenommen wurde, hatte der Interpellant u. A. die Frage gestellt, warum eine allgemeine Entwaffnung des Landes vorgenommen worden sei, und zwar auch dort, wo Schutzmaßregeln offenbar sehr Noth thäten, wie in den an der russischen Grenze gelegenen Ortschaften, in vereinzelten Edelhöfen u. s. w. Die Antwort Stadion's ist bezeichnend: es sei zu befürchten gewesen, sagte er, daß Bem und andere Führer des ungarischen Aufstandes in Galizien einfallen. Man habe darum den Landsturm aufbieten müssen, und die mit einer solchen Maßregel verbundene Gefahr — er selbst wies auf den Haß der Bauern gegen die Szlachta und das Jahr 1846 hin — habe die Entwaffnung des Landes nöthig gemacht, da sonst durch eine kleine Reibung sehr große Excesse hätten entstehen können. — Der Rede Sinn war also, daß man die haßerfüllten Bauern bewaffnete, die von ihnen bedrohten Schichten der Bevölkerung aber entwaffnete: offenbar das beste Mittel, um ein zweites Jahr 1846 zu verhüten!

Thatsächlich gab es Grund genug, das Schlimmste zu befürchten. Abgesehen von der socialen Gefahr, wäre ein Einmarsch Bem's in Galizien, ja, die bloße Erwartung eines solchen wohl geeignet gewesen, die Flamme des Aufruhrs ins Land zu werfen. Der Druck war so unerträglich, der Ruf: Schlimmer kann's nicht werden! so berechtigt, daß die heißblütigen Elemente leicht zu einem unüberlegten Schritte fortzureißen waren. Wähnte die Regierung, dem durch die Entwaffnung vorbeugen zu können, so bedachte sie nicht, wie es die Szlachta und die Bürgerschaft erbittern müßte, wenn sie sich den Bauern schutzlos ausgeliefert sahen, und daß schließlich derjenige immer Waffen bekommt, der sie gebrauchen will — namentlich wenn man sie ihm ins Land trägt. Smolka, der die Schlächtereien von 1846 miterlebt hatte und überdies von Bem das Tollste erwartete, konnte sich der heftigsten Unruhe nicht erwehren. „Die Nachrichten über einen Einmarsch mehrerer ungarischer Heerhaufen in Galizien", schreibt er am 13. Jänner, „beunruhigen uns sehr. Ich bin sicher, daß das zu nichts Gutem führen, vielmehr die Ursache großen Unglücks

werden kann. Ich fürchte nicht so sehr das Einrücken der Russen, als den von der Regierung organisirten Landsturm, der bei der ungünstigen Gesinnung der Beamtenschaft gegen uns leicht Räubereien und Schlächtereien im großen Style wie im Jahre 1846 herbeiführen kann.

Bem ist nach meiner Meinung ein wackerer Soldat, was Tapferkeit und außerordentlichen Muth betrifft, vielleicht auch ein tüchtiger Artilleriechef; aber ein Commando großen Styls — einer bedeutenden Heeresabtheilung oder gar einer ganzen Armee — würde ich ihm nie anvertrauen. Am wenigsten halte ich ihn für einen Politiker, eher für einen completen Tollkopf. Ich habe in seiner Art, die Dinge zu sehen, ein so absolutes Verkennen aller wirklichen Factoren bemerkt, mit denen ein bedeutender Militär und Politiker rechnet, daß ich nicht begreife, wie dieser Mensch in dem Punkte eine gewisse Reputation erlangen konnte; — ohne, wie gesagt, seiner Tüchtigkeit als Soldat nahetreten zu wollen. Ein organisatorisches Talent vermag ich ebensowenig in ihm zu sehen."

Smolka's Unruhe wuchs von Tag zu Tag. „Um Gottes willen", schreibt er im nächsten Briefe (14. Jänner), „schreibt doch fleißig und genau über dieses Abenteuer Bem's!"

Es geschah nichts von Allem, was Smolka befürchtete: Dank der Besonnenheit der oberen Volksschichten und wohl auch dem Umstande, daß ein Theil der Beamtenschaft selbst der Regierungspolitik abhold war oder bedachte, daß auf ein zweites 1846 leicht ein zweites 1848 folgen und die Helfershelfer des alten „Systems" zur Rechenschaft ziehen könnte.

Aus der Politik der Regierung, das polnische Element dadurch zu schwächen, daß sie die Gegensätze im Lande verschärfte, entsprang auch die Pflege oder, wie man sich zuweilen ausdrückte, die Erfindung der ruthenischen Nationalität. — Was Graf Stadion als Gouverneur von Galizien angebahnt, wollte er nun als Minister vollenden. Er beeilte sich, kurz nach seiner Ernennung, den Statthalter Zaleski, der das national-polnische Leben zu fördern gesucht und namentlich die polnische Unterrichtssprache an den Mittelschulen einzuführen begonnen hatte, durch den Grafen Goluchowski zu ersetzen. Einige Wochen darauf (Ende December) wurde Fischhof, der als Hofrath in das Unterrichtsministerium eingetreten war, zur Niederlegung seines Amtes veranlaßt und an seine Stelle der ruthenische Abgeordnete P. Szaszkiewicz

berufen. Was man nun hätte erwarten sollen, wäre doch wohl die Ruthenisirung der ostgalizischen Schulen gewesen. Es lief aber zunächst eher auf eine Germanisirung hinaus. Die Ministerialverordnung vom 21. Jänner, die „der ruthenischen Nationalität und Sprache die ihr gebührende Geltung" verschaffen will, das rein polnische Dominikanergymnasium in Lemberg aufhebt, das Polnische in den östlichen Kreisen Galiziens nur als freien Gegenstand vortragen läßt u. s. w., erklärt zugleich, „daß die ruthenische Sprache sich dermal noch nicht in jenem Zustande der Ausbildung befindet, der sie zum Vortrage in allen wissenschaftlichen Fächern eignet, daß es ferner theils an den nöthigen Kräften, theils an der entsprechenden Vorbildung der Schüler und an den erforderlichen Lehrbüchern fehlt". Das Unterrichtsministerium verfügt demgemäß, „mit Beachtung des Umstandes, daß das Nationalgefühl der Ruthenen sich weniger gegen die deutsche, als gegen die polnische Sprache sträubt", daß „an den Gymnasien des flachen Landes in den ruthenischen Theilen Galiziens der Unterricht vor der Hand „... in allen Lehrfächern in deutscher Sprache zu ertheilen" sei. „Wo jetzt schon", fährt die Verordnung fort, „der Unterricht in der ruthenischen Sprache ertheilt werden kann, hat dieses sogleich zu geschehen, und es ist vor Allem bei dem Religionsunterricht dahin zu wirken. Doch darf dieses einstweilen nicht ausschließend geschehen, sondern es muß in solchen Fällen der in der ruthenischen Sprache ertheilte Unterricht — da noch ein großer Theil der Schüler ihn aufzufassen nicht im Stande sein wird — neben dem Vortrage in der deutschen und zugleich mit diesem geschehen." (Wiener-Zeitung, 1849, Nr. 18.)

Es ist nicht zu verwundern, daß damals der Witz aufkam, die deutsche Sprache „die provisorische Nationalsprache der Ruthenen" zu nennen.

Diesmal, da es gegen die Einführung des Deutschen aufzutreten galt, fanden die Polen auch an den Czechen Unterstützung, die sonst so energische Vertheidiger der ruthenischen Nationalität waren. (Vgl. Rieger's Reden in den „Protokollen des Verfassungsausschusses".) „Gegen die Einführung der deutschen Sprache", schreibt Smolka am 31. Jänner, „agitiren wir, interpelliren wir u. s. w., und wie mir scheint, nicht ohne Erfolg, da sogar die Czechen, unsere Vettern, über die Einführung der deutschen Sprache zum Zwecke der Förderung der ruthenischen Nationalität

entrüstet sind. Sie können nicht begreifen, in welcher Weise dem slavischen Interesse durch die Einführung des Deutschen gedient sein solle. Seitdem sind sie mit den Ruthenen überworfen, namentlich mit P. Szaszkiewicz, der auch bei unseren Bauern im Reichstag sich immer mehr discreditirt."

Eine Interpellation, die der Abgeordnete Dylewski am 1. Februar in dieser Angelegenheit einbrachte, hatte keinen Erfolg. — Stadion's Erwiderung ließ lange auf sich warten. Eine Art Antwort ertheilte vorläufig der ruthenische Bauer Kapuszczak, der einen Antrag auf Berufung eines ruthenischen Mitgliedes in den Gemeindeausschuß nur zu dem Zwecke stellte, um in der Motivirung gegen Dylewski zu polemisiren und darzulegen, daß Ostgalizien ein rein ruthenisches Gebiet sei. Smolka, der damals wieder Präsident war, ließ ihn ohne Unterbrechung ausreden und ertheilte dem Ruthenen Popiel, der, wie fast alle Nichtbauern auf polnischer Seite stand und Kapuszczak sofort entgegentreten wollte, nicht das Wort, da bei der ersten Lesung eines Antrages eine Debatte nicht zulässig sei. Am 8. Februar sollte die zweite Lesung erfolgen, und man erwartete eine lebhafte Discussion. Smolka, der, wie immer, die strengste Unparteilichkeit bewahren wollte, trat das Präsidium an den Vicepräsidenten ab, da er an dieser Debatte interessirt sei. Aber die Polen kamen nicht zum Wort: Kapuszczak zog seinen Antrag zurück. — Es war eben nur auf eine Polemik gegen die Polen abgesehen gewesen, denen man eine Replik nicht verstatten wollte. — Aus Stadion's Erwiderung, die erst am 3. März erfolgte, sei nur Eine bezeichnende Stelle hervorgehoben. Als Antwort auf die Frage, woher der Minister wisse, daß sich die Ruthenen mehr gegen die polnische als gegen die deutsche Sprache sträuben, citirte Stadion eine Ansprache, die der Rector der Lemberger Universität, Professor Tangl, an den Gouverneur Gołuchowski gehalten, und in der es hieß: „Das ganze Land diesseits des San jauchzt dankbar über die weise Verfügung des hohen Ministeriums, indem es dadurch seine gerechten Wünsche erfüllt sieht." — Tangl, ein Ausländer, der weder des Polnischen noch des Ruthenischen mächtig, im Uebrigen aber wegen seines Servilismus berüchtigt war, war also für den Minister der getreue und glaubwürdige Dolmetsch des ruthenischen Nationalgefühls.

Smolka hatte auf einen Erfolg gehofft und war hierin durch das Verhalten der Ruthenen selbst und auch der Regierung

bestärkt worden. „Was die Ministerialverordnung in Betreff des Schulwesens anbetrifft", schreibt er am 7. Februar, „so haben wir alle unsere Beschwerden in solcher Weise dargestellt, daß man das uns zugefügte Unrecht allgemein einsieht, es den Ministern und den Ruthenen übelnimmt, und sogar die Ruthenen selbst sich dahin entschuldigen, daß sie dies nicht gewollt, nicht verlangt hätten und dagegen zu protestiren gedächten. — Gestern stattete mir Herr Helfert einen Besuch ab, traf mich aber nicht an. Wahrscheinlich wollte er mit mir über dieselbe Angelegenheit sprechen. Ich halte diesen Schritt für ein gutes Zeichen, daß man einlenken wolle." (Im Original deutsch.)

Und am nächsten Tage: „Helfert war heute wieder bei mir, ohne mich zu treffen. — Ich habe aber gehört, daß das Ministerium die Verordnung zurückzuziehen gedenkt; ich will morgen zu ihm gehen."

Aber alle Verhandlungen blieben fruchtlos, und die Antwort Stadion's machte Smolka's Zuversicht vollends zu nichte. Vorläufig blieb es bei der Ministerialverordnung. Unter der Herrschaft des mit der Auflösung des Reichstages inaugurirten neuen Systems aber wurde der Unterricht an sämmtlichen Mittel- und Hochschulen Galiziens ohne Ausnahme in deutscher Sprache ertheilt. Erst das Jahr 1867 brachte eine vollständige Umgestaltung dieses Zustandes.

Erfolglos wie diese Actionen der Abwehr, blieben auch die positiven Bestrebungen Smolka's, eine Verbesserung der galizischen Justizverhältnisse herbeizuführen. Die auf sein Betreiben ins Ausland entsendete Commission erstattete wohl anfangs Februar ein, wie aus Smolka's Beurtheilung zu schließen, vortreffliches Referat; Smolka, der auf Bach großen Einfluß hatte, ließ es an dem kräftigsten Bemühen nicht fehlen: aber allen diesen Einflüssen und Bemühungen machte der Staatsstreich vom 7. März ein jähes Ende.

Fremd genug nimmt sich inmitten aller der politischen Berichte aus diesen Tagen die Erwähnung einer zarten Angelegenheit aus, in die einzugreifen Smolka noch immer Zeit und Gemüthsruhe fand. Er warb für seinen Freund, den Abgeordneten Karl Hubicki, um die Hand der Tochter Sierakowski's. „Ohne Jemanden befragt zu haben", berichtet er mit naivem Stolz am 30. December, „wie man bei solchen Unternehmungen verfahren müsse, habe ich die ganze Angelegenheit mit solcher Präcision

durchgeführt, daß sich alle auf Gnade und Ungnade ergaben ... Wir werden hier also eine Hochzeit feiern. Ich habe erst vorgestern von dem Verhältniß überhaupt erfahren, wurde gestern zum Brautwerber erbeten, und heute ist die ganze Angelegenheit beendigt."

Das Weihnachtsfest nicht im Kreise der Seinen verbringen zu können, ging ihm sehr nahe. Aber sein Gewissen verbot es ihm, Kremsier zu verlassen. „Die nächste Sitzung", schreibt er am 22. December, „wird erst am 3. Jänner sein. Aber ich Armer muß hier bleiben, des Fünfer-Ausschusses wegen. Das Herz that mir buchstäblich weh, als sich die Collegen, die auf die Feiertage nach Hause reisen, gestern verabschiedeten." Es waren nicht alle die fünf Herren so strenge gegen sich selbst wie er, der keine Minute der kostbaren Zeit verlieren wollte. „Gestern", berichtet er am 25. December, „habe ich bei Langie an einer bescheidenen Weihnachtsfeier theilgenommen; heute werde ich tüchtig zu arbeiten beginnen, damit man mir nicht vorwerfe, ich hätte die Vorlegung der übrigen Theile der Verfassung verzögert. Die Herren des Fünfer-Ausschusses haben sich ein wenig auf Reisen gemacht; sie versprechen, in diesen Tagen zurückzukehren." Ausführlicher als über das eigentliche Weihnachtsfest berichtet er einen Tag vorher über einen am 23. December veranstalteten Vorabend, an dem er — wie immer, ohne darauf auszugehen — die Herzen der Bauernschaft gewann. „Wir haben gestern ein opulentes Festmahl veranstaltet, zu dem ich 14 unserer Bauern eingeladen hatte; es waren im Ganzen gegen 30 Personen da. Die Bauern kamen mit Freuden und rechneten es sich sogar zu großer Ehre, da sie mich gern haben, trotz allen von so mancher Seite gesponnenen Intriguen. Ich hielt an die Bauern eine passende Ansprache, und obwohl wir der Feier einen ziemlich ausgeprägten religiösen Charakter verliehen haben, unterhielten wir uns doch sehr gut und sogar herzlich. Die Bauern waren so bewegt, daß sie nicht wußten, was sie mit mir anfangen sollten. Wir haben ein tüchtiges Stück Geld bezahlt, da sie schrecklich viel Wein vertilgt haben, und zwar guten.

„Bei der letzten Präsidentenwahl wollten die Bauern durchaus für mich stimmen, aber man bearbeitete sie fürchterlich, schreckte sie mit der Auflösung des Reichstages u.s.w. Trotzdem haben einige ihre Zettel vertauscht und auch manche andere hätten es gethan, wenn die Einpeitscher ihnen nicht auf dem Nacken gesessen wären."

Durch welche Mittel man auf die Bauernschaft zu wirken suchte, zeigt eine Bemerkung, die er einmal hinwirft. „Ich pflege jetzt oft in die Kirche zu gehen; man macht unseren Bauern Angst, daß der Reichstag die Religion abschaffen wolle."

„Die Weihnachtsfeier", heißt es weiter in dem gemüthlichen Briefe, „währte bis 12 Uhr. Als ich nach Hause kam, hatte ich wieder solche Zahnschmerzen, daß ich bis ¼7 Uhr Morgens im Zimmer auf- und abging; habe dann aber auch sofort irgend einen Schmied kommen lassen, der mir vermittelst unterschiedlicher Zangen den Zahn gezogen hat, zwar nicht schnell, aber gut; vielleicht werde ich jetzt schlafen können.

„Wenn ich mich ein wenig darum bemühen wollte, könnte ich bei der nächsten Präsidentenwahl die Stimmen fast aller unserer Bauern haben. Ich habe mich aber nie darum bemüht und werde es auch künftig nicht thun. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß ich gewählt werde: für mich eine höchst gleichgiltige Sache."

Die herzliche Zuneigung, die die Bauern ihrem Präsidenten entgegenbrachten, äußerten sie in ihrer Weise auch am Neujahrstage. „Heute morgens", schreibt er am 1. Jänner, „kamen unsere Bauern zu mir, um mir zum neuen Jahre zu gratuliren. Sie brachten eine ungeheure Flasche Wein mit, einen schrecklichen »Darmreißer«, ich mußte einen tüchtigen Humpen leeren. Ich fühle es noch jetzt sauer im Magen, freue mich aber über das Vertrauen, das sie zu mir haben."

---

16. Capitel.

Auflösungsgerüchte. Idyllische Träume. Debatte über die Grundrechte. Der § 1. Smolka's Rede. Annäherung der Gegner. Dritte Präsidentschaft. Fasching in Kremsier. Garderobe-Fragen.

Der Tag nahte heran, an dem die Reichsversammlung zur Lösung ihrer eigentlichen Aufgabe, zur Schaffung der Constitution schreiten sollte. Noch hatte die Regierung durch nichts verrathen, daß sie das Werk zu stören oder gar zu vereiteln beabsichtige, doch schwirrten bedenkliche Gerüchte durch die Luft. Man sprach bald von einer neuerlichen Verlegung des Reichstages, bald von einer Vertagung, bald von der Auflösung und der

Octroyirung einer Charte. Smolka schenkte den Gerüchten keinen Glauben; nicht als ob er vom Reichstage so viel gehalten hätte — wir haben schon aus früheren Aeußerungen entnehmen können, wie mißfällig er ihm geworden —; aber abgesehen davon, daß er, der Redliche, sich schwer entschließen konnte, an die Unredlichkeit Anderer zu glauben, schien ihm auch die politische Lage nicht danach angethan, um die Regierung zu gefährlichen Experimenten zu ermuthigen, oder gar ihr die Rückkehr zum Absolutismus zu empfehlen.

„Ich glaube nicht", schreibt er am 29. December, „daß dem Reichstage von Seite der Regierung die Auflösung drohe, so wie ich überzeugt bin, daß nur ungewöhnliche Ereignisse der Kammer die große Bedeutung zurückgeben können, die sie einst gehabt hat, daß sie aber aus eigener Kraft sich zu gar keinem Ansehen mehr erheben, sondern vegetiren werde, so lange es der Regierung gefällt. Für jetzt ist der Reichstag der Regierung noch immer nöthig, darum existirt er auch." — „Immer häufiger", heißt es dann im Briefe vom nächsten Tage, „spricht man »von einer octroyirten Charte«, von einer Vertagung, sogar von der Auflösung. Es scheint aber, daß man derartige Gerüchte absichtlich in Umlauf bringt, um die öffentliche Meinung zu sondiren; undenkbar ist all das durchaus nicht — namentlich wenn es gelänge, die Ungarn niederzuwerfen. Ich denke aber, daß man in diesem Falle den Reichstag auflösen wird, um einen neuen zu berufen, in den auch die Croaten, Ungarn, Serben und Italiener eintreten würden: das Ideal eines babylonischen Thurmbaues.

„Daß man sich ganz ohne Reichstag werde behelfen können, glaube ich nicht; — da ich mir einen so vollkommenen Wortbruch nicht denken kann. Im Uebrigen aber bin ich der Meinung, daß der Reichstag unbedingt nöthig sei, als Organ, durch das sich die Nationalitäten verständigen und zugleich, durch ihre Vertreter, über diese ihre Gleichberechtigung wachen können — die mich jetzt, so oft ich von ihr höre, zum Lachen reizt, denn diese Gleichberechtigung der Nationalitäten im österreichischen Staate scheint mir große Aehnlichkeit mit einem eisernen Käfig zu haben, in welchen man eine Anzahl Hyänen, die sich untereinander fressen, zusammengesperrt hat, mit einem Wärter, der darauf Acht geben soll, daß keine zu Tode gefressen werde, dagegen nach Möglichkeit eine gleiche Portion Biffe bekomme."

In der Hoffnung auf den Fortbestand des Reichstages plante er denn auch, seine Familie, von der er nun schon so lange getrennt war, im Frühling nach Kremsier übersiedeln zu lassen, und empfahl seiner Gattin, die das Wiedersehen kaum mehr erwarten konnte, seinem jungen Władzio (Ladislaus) ein wenig Deutsch beizubringen, damit der Junge mit den Kremsierer Kindern spielen könne. Anspruchslos und leicht zu befriedigen, wie er war, malte er sich das trauliche Leben in dem kleinen Städtchen als eine liebliche Idylle aus. „Wenn nur", schreibt er am 30. December, „dieser Frühling schon endlich da wäre, damit wir zusammen sein könnten! — und ich würde mir in diesem Falle wünschen, in Kremsier zu bleiben; wir hätten bei schönem Wetter einen wundervollen Aufenthalt, den ganzen Tag im herrlichen Park, Blumen in Fülle; der Junge würde an den Teichen und Bächen angeln, würde Vogelnester suchen und zusammen mit wilden und zahmen Schwänen, mit Gänsen und Enten aller Art baden — und die Pfaue! und die goldenen und silbernen Fasane! — Was, Bursche, ein solches Leben ließest Du Dir wohl gefallen?".

Der schöne Traum sollte bald verfliegen. Wenige Tage darauf nahmen die Dinge eine Wendung, die nicht geeignet war, die Gegenwart, wie die nächste Zukunft in so rosigem Lichte erscheinen zu lassen.

Am 4. Jänner wurde im Reichstag die Debatte über den ersten Theil der Constitution, „die Grundrechte", eröffnet. Sie begann unter einem unheilvollen Anzeichen. Bevor noch der erste Redner, Abgeordneter Wildner, zum Worte kam, bestieg Minister Stadion die Tribüne, um gegen den § 1, der den Grundsatz: „Alle Gewalt geht vom Volke aus", an die Spitze der Verfassung stellte, als gegen ein „den thatsächlichen und rechtlichen Verhältnissen der Erbmonarchie" widersprechendes Princip Verwahrung einzulegen. Eine lebhafte Erregung bemächtigte sich des Hauses. Der Abgeordnete Wildner konnte noch einen ziemlich albernen Speech gegen die „Grundrechte" loslassen, aber unmittelbar darauf wurde die Debatte abgebrochen, um in den Clubs über die ministerielle Erklärung berathen zu können. — Es wäre der Regierung nicht schwer geworden, die Ablehnung des Paragraphen durchzusetzen, aber daß sie den Reichstag von vornherein durch einen Protest einzuschüchtern suchte, daß sie ihm dictiren wollte, worüber er berathen dürfe und worüber nicht: das mußte ihr auch ihre eigenen Parteigänger entfremden, mußte alle diejenigen,

die nicht die Freiheit der Verhandlung dem Belieben des Cabinets aufzuopfern gedachten, zum Widerspruch herausfordern und damit einen für die Existenz des Reichstages verhängnißvollen Conflict herbeiführen.

Smolka erkannte sofort die veränderte Sachlage. „Nach der heutigen Sitzung", schreibt er am 4. Jänner, „habe ich wenig Hoffnung, daß wir uns in Kremsier sehen werden. Heute begann nämlich die Berathung über die Grundrechte. Stadion trat auf und verlas eine ministerielle Erklärung, die darauf hinauslief, daß das Cabinet von der Volkssouveränität nichts wissen wolle, und in den Consequenzen, daß sie gewiß den Reichstag auflösen werde, wenn der § 1 angenommen werden sollte. — Genug, die Dinge stehen täglich schöner."

„Die Vorfälle in der gestrigen Sitzung", fährt er im nächsten Briefe (5. Jänner) fort, „werden für unsere ganze Zukunft von Wichtigkeit sein ... Nachdem Stadion seine Erklärung abgegeben, bestieg Herr Wildner v. Maithstein, ein Held von diesseits der Leitha*), die Tribüne und sprach gegen die „Grundrechte" überhaupt — so niederträchtig, wie nur so ein schändlicher Renegat**) zu sprechen im Stande ist. Wir verlangten hierauf, daß die Verhandlung abgebrochen werde, da angesichts dieser ministeriellen Erklärung kein Debattiren möglich sei, bevor man dieselbe auf das Genaueste in Erwägung gezogen. Wir haben beschlossen, die Erklärung in Druck zu legen und die Verhandlung bis zum 8. zu vertagen. Die Clubs berathen über das weitere Vorgehen. Ich bin des Resultates gewiß: nämlich, daß die Kammer Alles thun wird, was der Regierung im Traum einfällt. Ich aber wäre dafür, den § 1 anzunehmen, und wenn der Reichstag auch augenblicklich aufgelöst werden sollte; er würde in diesem Falle mit Ehren enden, im entgegengesetzten aber wird sein Ende früher oder später ein schmähliches sein. — Ich habe

*) D. h. aus Ungarn (von Kremsier aus gesagt). S. die folgende Note.

**) Die Erklärung dieses Ausdruckes scheint in jener Stelle der im Folgenden angeführten Rede Smolka's zu liegen, in der dieser von Wildner's „verleugnetem Adoptivvaterlande" spricht. Wildner, ein Wiener Advocat, Abgeordneter für Krems, hatte das ungarische Indigenat erworben und, offenbar nach dem Ausbruche des ungarischen Krieges, es wieder aufgegeben. In der absolutistischen Periode hatte er sich durch seinen Servilismus ausgezeichnet.

mich für den 8. Jänner in die Rednerliste eintragen lassen, um Wildner zu antworten und gegen die Erklärung des Cabinets gehörig aufzutreten. Vielleicht aber werde ich gar nicht sprechen. Es ist nicht der Mühe werth, seine Lunge anzustrengen — bei dieser elenden Beschaffenheit der Kammer."

So elend benahm sich die Kammer denn doch nicht. Die Regierung selbst hatte ihr eine unbedingte Gefügigkeit unmöglich gemacht. „Wir werden", schreibt Smolka am 6. Jänner, „wahrscheinlich so verfahren, daß wir dem Ministerium — in Form eines von der Mehrheit unterschriebenen Antrags — ein Mißtrauensvotum geben werden; die Debatte über den § 1 aber wird bis zur Vorlegung des zweiten Theiles: »Von den Gewalten«, vertagt werden. — Die Minister wird das gewiß nicht viel genieren; man hätte beim Votiren der 80 Millionen ein Mißtrauensvotum beschließen sollen. Aber bei dieser elenden Zusammensetzung der Kammer nimmt mich schon das Wunder, daß die Mehrheit sich entschließt, diesen Antrag zu unterschreiben."

Der Antrag, von dem Smolka spricht, wurde, mit 178 Unterschriften versehen, am 8. Jänner im Reichstage eingebracht; er ging dahin, die Erklärung der Minister als eine „nach Fassung und Motiven der Würde freier Volksvertreter unangemessene und mit der dem constituirenden Reichstag eingeräumten Stellung unvereinbare Verletzung der freien Meinungsäußerung" zurückzuweisen. Es war weit gekommen, wenn selbst die Czechen Hand in Hand mit der Opposition gingen, der czechische Abgeordnete Pinkas zum Begründer des Antrages ausersehen ward, der Präsident Strobach sich veranlaßt sah, für die Dauer der Verhandlung über diesen Protest sein Präsidium an den Vicepräsidenten abzugeben, um sich der anti-ministeriellen Erklärung anzuschließen, die in der That mit großer Majorität (196 gegen 99 Stimmen) angenommen wurde. Die Debatte wurde hierauf fortgesetzt. Smolka sprach in längerer Rede gegen Wildner. „Es war heute", schreibt er am 8. Jänner, „eine sehr interessante Sitzung. Sehr schön sprachen Pinkas, Gredler, Fischhof und Schuselka. Hierauf fand die Abstimmung statt, bei der die Minister mit 196 gegen 99 Stimmen den ihnen zugedachten Rüffler erhielten. Bei der folgenden Debatte über die Grundrechte sprach auch ich und, wie alle sagen, sehr gut, indem ich diesen Renegaten Wildner ordentlich heruntерputzte, aber in solcher Weise, daß sogar seine Freunde mir gesagt haben: ich hätte, trotz-

dem ich ihn schrecklich abgeführt, dennoch so würdig gesprochen, daß sie nichts dagegen haben können. Im Allgemeinen hat mich die heutige Sitzung sehr gefreut, da wieder einiges Leben in die Kammer gekommen ist. Auch Rieger sprach gegen Wildner, aber in verletzender Weise, so daß es dem größten Theil des Hauses mißfiel, während meine Rede zugleich der äußersten Linken und der Rechten, und was am wunderbarsten ist, sogar dem Centrum zugesagt hat."

Die Rede selbst lautete nach den stenographischen Berichten (V. Bd. S.) folgendermaßen:

„Meine Herren! Ich hatte anfangs nicht die Absicht, mich in der allgemeinen Debatte über die Grundrechte zu betheiligen, weil ich dieselbe als unpraktisch, nicht zum Ziele führend und gefährdend betrachte. Nachdem aber die Debatte über das Allgemeine der Grundrechte bereits eingeleitet wurde, so habe ich auch das Wort ergriffen; und indem ich mich gegen die Grundrechte aussprechen will, so wollte ich damit nur so viel sagen, daß ich mit der jetzigen Fassung der Grundrechte nicht im Ganzen einverstanden bin, und die der hohen Kammer ursprünglich vorgelegte Fassung bezüglich des freisinnigen materiellen Inhaltes vorziehe. Trotz dem. Nichts desto weniger aber hätte ich das Wort in der allgemeinen Debatte nicht ergriffen, indem immerhin in der speciellen Debatte die Beziehungen auf das Allgemeine eingewoben werden können, wenn ich es nicht für nöthig erachtet hätte, auf einige Angriffe des verehrlichen Abgeordneten für Krems zu antworten. Er hat zwar seine Anträge zurückgezogen, ich hätte es aber auch dann für meine Pflicht erachtet, dem Herrn Abgeordneten für Krems zu antworten, wenn er auch gar keinen Antrag gestellt hätte; denn es werden in diesem seinem Vortrage den Grundrechten Vorwürfe gemacht in einer Art und Richtung, daß ich mich derselben wieder in Schutz nehmen zu müssen für verpflichtet halte. Der Herr Abgeordnete für Krems hat vielseitige Einwürfe gemacht, die Form, das Wesen betreffend, überhaupt alles Mögliche gegen dieselben vorgebracht, wie nur überhaupt ein Gladiator des Geistes angegriffen werden kann; so daß man glauben sollte, es wären die Grundrechte in der Anschauungsweise des Herrn Abgeordneten für Krems nichts Besseres, als sieben Todsünden verdammten Druckpapiers — eben nicht viel Anerkennung für die Gesetzlichkeit von 30 Männern, welche die hohe Regierung nach reiflicher Erwägung gewählt hat, und als

ehmaliges und jetzt an den Arbeiten wieder betheiligtes Mitglied des Constitutionsausschusses finde ich mich sehr getröstet darüber, in so ausgezeichneter Gesellschaft über mich den Stab gebrochen zu sehen. Hätte jedoch der Herr Abgeordnete für Krems, vor dessen Einsicht, Geiste und vielseitiger Erfahrung ich zu viel Achtung habe, als daß ich das Gegentheil glauben könnte — hätte, sage ich, der Abgeordnete für Krems genauer und gewissenhafter geprüft, so bin ich überzeugt, er hätte die Widerlegung alles dessen, was er den Grundrechten vorgeworfen, in den Grundrechten selbst gefunden; er hätte gestehen müssen, daß die Grundrechte die unschätzbarsten Freiheiten enthalten, welche geeignet sind, die Wohlfahrt und das Glück der unter Oesterreichs Scepter vereinigten Völker zu begründen. (Bravo.) Dieses im Allgemeinen. Zu den speciellen Vorwürfen, die der Abgeordnete von Krems den Grundrechten und somit auch zum Theil dem Constitutionsausschuß gemacht hat, übergehend, bedauert der Herr Abgeordnete, daß der Berichterstatter des Ausschusses keine Erklärung darüber gegeben habe, was denn eigentlich Grundrechte sind und welchen Zweck dieselben haben? Ich glaube wohl nicht, der Herr Abgeordnete wollte damit gesagt haben, daß in den Grundrechten selbst eine Definition des Begriffes der Grundrechte und eine Erklärung des Zweckes derselben enthalten sein sollen. Würde aber dieser Wunsch bloß im Interesse einer informativen Aufklärung ausgesprochen, so wird der Herr Berichterstatter wohl nicht Anstand nehmen, in dieser Beziehung eine gleichsam officielle Aufklärung zu geben, wenn derselbe zum Worte gelangen wird, was, wie ich glaube, um so nothwendiger erscheinen dürfte, als der Herr Abgeordnete für Krems, sich selbst an eine Auseinandersetzung des Begriffes der Grundrechte machend, und in dieser Beziehung die Begriffe des Polizei- und Rechtsstaates vorausschickend, die Definition des Begriffes der Grundrechte nicht ganz richtig, ja, meiner bescheidenen Meinung zufolge, geradezu irrthümlich als »das gediegene Resultat der Rechtswissenschaft« hingestellt hat. (Heiterkeit.)

„Weitere Einwürfe, welche der Herr Abgeordnete für Krems den Grundrechten gemacht hat, sind: 1. daß sie nicht österreichisch, 2. daß sie nicht systematisch, 3. daß sie nicht ausführlich seien. Was den ersten Punkt anbelangt, so glaubte der Herr Abgeordnete für Krems bedauern zu müssen, in der Lage zu sein, seine Meinung dahin auszusprechen, daß die Grundrechte nicht viel

österreichisch sind, daß in denselben das Gefühl eines Oesterreichers vermißt werde. Ich hätte diesen Ausdruck als einen jener vielen Redensarten angesehen, die gang und gäbe sind, ohne daß man viel Gewicht auf den Sinn derselben legt (Heiterkeit), wenn der Herr Abgeordnete nicht mit dieser Meinungsäußerung den Antrag verbunden hätte, überall in den Grundrechten anstatt des Wortes „Staatsbürger" das Wort „Oesterreicher" zu setzen. Wiewohl der Herr Abgeordnete für Krems diesen Antrag zurückgezogen hat, so finde ich mich dennoch veranlaßt, einige Worte darüber zu sprechen, theils um diese Absicht, die der Herr Abgeordnete ausgesprochen hat, zu widerlegen, theils in der Befürchtung, daß nicht jemand Anderer denselben Antrag stelle. Handelt es sich darum, daß in der Constitutionsurkunde das Wort »Oesterreich« vorkomme, so wird sich dazu in den weiteren Theilen der Constitution noch häufig, und zwar die eigentliche Gelegenheit bieten; aber selbst bezüglich der Grundrechte verweise ich den Herrn Abgeordneten einfach auf die §§ 2, 11, 12, 13, in welchen überall die Worte »österreichischer Staatsbürger« vorkommen. Ich kann mich überhaupt mit dem Antrage des Herrn Abgeordneten für Krems oder, da derselbe zurückgezogen wurde, vielmehr mit der von Seiten des Herrn Abgeordneten bei Gelegenheit der Begründung seines Antrages ausgesprochenen Meinung durchaus nicht einverstanden erklären, indem ich im Allgemeinen ganz für die Stylisirung bin, so wie sie den beregten Umstand betreffend in den Grundrechten vorkommt, nämlich: »Staatsbürger, österreichischer Staatsbürger«, und halte diesen Ausdruck für viel geeigneter als »Oesterreicher«; erstens aus dem Grunde, weil es einleuchtend ist und sich von selbst versteht, daß wir für niemanden Anderen als für die unter dem Scepter Oesterreichs vereinigten Völker die Constitution schreiben. Wenn es dennoch heißt: „Staatsbürger", so wird es Niemandem einfallen, darunter verstehen zu wollen, daß es ein anderer Staatsbürger sei als ein österreichischer. Zweitens halte ich auch den Ausdruck für viel passender und schärfer dasjenige bezeichnend, was er ausdrücken soll; man bezeichnet damit sowohl das Verhältniß des im Staate Lebenden zum Staate selbst, sowie er auch zugleich den Namen des Staates. ausspricht. — Ich maße mir zwar nicht an, die deutsche Sprache besser zu verstehen und zu sprechen, als der Abgeordnete für Krems; allein selbst in dieser Beziehung würde ich durch die von dem Herrn Abgeordneten für Krems vorgeschlagene Verwechslung

nicht befriedigt sein, weder in sprachlicher noch in thatsächlicher Beziehung; — wenigstens würde es mir nicht gut klingen, wenn z. B. im § 2 anstatt »das Volk ist die Gesammtheit der Staatsbürger«, es heißen würde: »das Volk ist die Gesammtheit der Oesterreicher« (Gelächter), und dergleichen Stellen gibt es noch mehrere, abgesehen noch überdies davon, daß nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauche man sehr häufig das Wort »Oesterreicher« als die Bezeichnung der Nationalen der Provinzen von Ober- und Niederösterreich nimmt und daß auch dieses Wort noch eine ganz eigenthümliche, besondere und zwar eine sächliche Bedeutung hat (Heiterkeit). Der Herr Abgeordnete für Krems hat gesagt, es mangle in den Grundrechten das Gefühl eines Oesterreichers, und glaubt, diesem Mangel dadurch abhelfen zu können, daß statt des Wortes »Staatsbürger« »Oesterreicher« gesetzt werde; da bin nun ich wieder in der Lage, behaupten zu müssen, daß, wenn auch wirklich in den Grundrechten ein solcher Mangel vorhanden sein sollte, diesem Mangel keineswegs durch die beantragte Abänderung abgeholfen werden könnte. Meine Herren, das Gefühl ist etwas höchst Subjectives, und wenn der Herr Abgeordnete für Krems nach Ueberlesung der Grundrechte nicht bis zum Grade eigener Befriedigung vom Gefühle eines Oesterreichers ergriffen wurde, so ist wahrlich nicht der Umstand daran schuld, daß das Wort »Oesterreicher« daselbst nicht anstatt des Wortes »Staatsbürger« steht — es dürfte es vielmehr der materielle Inhalt der Grundrechte vielleicht sein — vielleicht eine herbe Rückerinnerung an ein unglückliches Adoptivvaterland, welches der Herr Abgeordnete für Krems verleugnen zu müssen in der traurigen Lage war — noch andere Umstände sind es vielleicht, die das Gefühl des Herrn Abgeordneten beirrt haben mochten. (Bewegung.)

„Meine Herren, geben Sie den unter Oesterreichs Scepter vereinigten Völkern freie, den Bedürfnissen derselben und den Forderungen des Zeitgeistes befriedigend angepaßte Institutionen, wahren Sie, insofern es nur mit dem Interesse des Gesammtstaates vereinbarlich ist, ihre nationale Selbständigkeit — lassen Sie ihnen den freien, von der Natur vorgezeichneten historischen Entwicklungsgang, gönnen Sie denselben ihre historischen Erinnerungen, gebührende Rechnung denselben tragend — und, meine Herren, Sie werden ein freies, ein starkes und mächtiges Oesterreich gegründet haben (anhaltender, allgemeiner Beifall) — ich sage, meine Herren, Sie werden gegründet haben ein viel mäch-

tigeres und stärkeres Oesterreich, als wenn Sie bei entgegengesetzter Handlungsweise in jeden Paragraph der Grundrechte das Wort „Oesterreicher" setzen würden. (Beifall.) Meine Herren, wenn die unter Oesterreichs Scepter vereinigten verschiedenen Nationen sich als solche fühlen — wenn sich Italiener, Polen, Czechen als solche fühlen — so müssen sie es wohl thun, es muß dies in ihrer innersten Natur gegründet sein, sie können es nicht anders. Also, meine Herren, tasten Sie dieses Gefühl nicht hart an, im Gegentheile, wahren Sie es, pflegen Sie dieses Gefühl am sorgfältigsten, und wollen Sie überzeugt sein, daß dieses unbeirrt und allseitig sich frei entwickelnde, jede gesellschaftliche und staatliche Entwicklung kräftig fördernde Gefühl der mächtigste Factor sein wird in dem Resultate eines kräftigen, mächtigen österreichischen Gesammtstaates. (Beifall.) Gefühle, meine Herren, lassen sich weder durch Grundrechte vorschreiben, noch durch Ordonanzen erzwingen; — das innerste Wesen des Gefühles ist es eben, daß es sich nie erzwingen läßt; — daß das Gefühl bei entgegengesetzter, demselben zuwiderer Handlungsweise verletzt wird — und selbst bei eintretender milderer Behandlung nicht gleich verschmerzt werden kann; — daß bei fortgesetzter Verletzung des Gefühles Leidenschaften erzeugt werden, welche, in das innerste Wesen und die Natur des Menschen übergehend, auf die weitesten Nachkommen vererbt werden. — Lassen Sie also, meine Herren, den unter Oesterreichs Scepter vereinigten Völkern das Gefühl dessen, als was sie wirklich sich fühlen, als was sie sich, ohne ihre innerste Natur zu verleugnen, fühlen müssen, und wenn Sie noch dann der menschlichen Natur diese Ehre nicht erweisen, daß Sie bei einer solchen Sachlage noch an dem guten Willen zweifeln wollen — nun, meine Herren, so zweifeln Sie doch nicht an dem praktischen Verstande, an der Erkennung des wohlverstandenen Interesses, durch welches die menschlichen Handlungen im Allgemeinen geleitet werden, welchem zufolge diesen Nationalen wird gelegen sein müssen an der Kräftigung eines Staatsverbandes, der ihnen Freiheiten gewährt, außer welchem sie vielleicht deren entbehren müßten. — Was die weiteren Punkte in dem Vortrage des Abgeordneten für Krems betrifft, so habe ich wenig zu sagen, nachdem er seine Anträge zurückgezogen. Allein, es waren immer Angriffe gegen das Wesen und die Form der uns vorliegenden Grundrechte, gegen die Thätigkeit und die Mühe, welche sich der Constitutionsausschuß gegeben hat, und in dieser Beziehung

glaube ich doch einige Worte erinnern zu müssen. Der Herr Abgeordnete für Krems hat gesagt, daß die Grundrechte nicht systematisch sind. Nun, was diesen Punkt anbetrifft, so glaube ich auch, daß, wenn der Herr Abgeordnete für Krems genauer die Grundrechte studirt hätte, er sich von ihrer vollkommen richtigen, logischen Anordnung überzeugt hätte. Ich überlasse es dem Herrn Berichterstatter, dies genauer nachzuweisen, weil ich nicht viel Werth darauf lege. Es ist mir ziemlich gleichgiltig, ob ein Paragraph da oder dort steht, meinetwegen auch in den zweiten Theil der Constitution versetzt wird; — nehmen Sie, meine Herren, nur das Wesen des Paragraphs an, so ist mir damit gedient; es handelt sich ja darum, die Völker Oesterreichs thatsächlich glücklich zu machen — ob dieß nun ganz in schulgerechter Form geschieht oder nicht, das ist mir ganz gleichgiltig. (Heiterkeit.) Weitere Einwürfe waren, daß die Grundrechte nicht vollständig sind, und da sagte der Herr Abgeordnete von Krems vor Allem, daß das Recht der Persönlichkeit in den Grundrechten nicht gewährleistet wurde. Ich verweise den Abgeordneten nur einfach auf den § 4, worin es heißt: »Die Freiheit der Person ist gewährleistet.« Ich sehe nicht ein, wie das Recht der Persönlichkeit allgemeiner und vollständiger gewährleistet werden könnte, als durch diesen Paragraph. Das Beispiel, welches der Herr Abgeordnete von der Sklaverei vorgebracht hat, wird sich beheben nach Ueberlesung dieses Paragraphen, insoferne es die österreichischen Staatsbürger anbelangt. Soll es sich aber beziehen auf Fremde, so werden nach § 2 Fälle zugelassen und durch das Gesetz bestimmt, wie Fremde das österreichische Staatsbürgerrecht erlangen können, wonach also dieselben ebenfalls vor der Sklaverei sichergestellt sein werden. Wenn es sich aber darum handelt, wie es bis nun der Fall ist, daß nämlich ein Sklave, sobald derselbe den Fuß auf österreichische Erde oder auf ein österreichisches Schiff setzt, frei werde, nun so glaube ich, daß wir in dem weiteren Theile der Constitution jedenfalls zum wenigsten denselben Paragraph annehmen werden, wie er in der octroyirten Charte vom 25. April vorkommt, daß nämlich jeder Fremde, sobald er den österreichischen Kaiserstaat betritt, diese oder jene Rechte genießt, und dabei werden wir auch ganz zuverlässig uns auf den § 4 beziehen — wonach also auch den Fremden die gleiche vollkommene Freiheit der Person gewährleistet sein wird. Weiterhin sagte der Herr Abgeordnete, daß die Grundrechte mangelhaft seien bezüglich des

Rechtes auf die Integrität und Ausbildung des Körpers. Ich hätte nicht leicht gedacht, daß irgend Jemand die Grundrechte in dieser Richtung aufgefaßt hätte, daß nämlich dieselben gegen die Ausbildung des Körpers und gegen gymnastische Uebungen feindlich verfaßt sind. (Heiterkeit.) Wenn die Freiheit der Person gewährleistet ist, so versteht es sich von selbst, daß es einem Jeden frei steht, sich körperlich und geistig auszubilden wie es ihm beliebt. Die Berufung auf die Turnanstalten, glaube ich, beweist auch nichts, denn wie gesagt, zufolge des § 4 wird sich Jedermann gymnastisch üben können wie er will, und sich sogar auch an den berufenen Turnanstalten betheiligen können zufolge des § 11 oder 12, in welchen das Associationsrecht gestattet ist. (Gelächter.) Sollten aber Turnanstalten als rechtswidrig oder staatsgefährlich angesehen werden, nun so widerführe ihnen, vom Standpunkte des Rechtes aus, nur das Gebührliche. Ich glaube wohl nicht, daß dies bei diesen Anstalten der Fall sein wird, indessen es wird von dem legislativen Körper abhängen, sich darüber auszusprechen. Wenn nun den Turnanstalten dieses Schicksal wirklich widerfahren sollte, nun so wird im Grunde der in den Grundrechten gewährleisteten unverletzlichen Hausrechte noch immer jeder österreichische Staatsbürger in häuslicher Zurückgezogenheit sich im Turnen üben können. (Schallendes Gelächter.) Auch scheint mir die Berufung auf den Umstand, daß dem beregten Mangel aus dem Grunde in den Grundrechten hätte abgeholfen werden sollen, weil wir Fälle wissen, daß in anderen Staaten dies oder jenes und namentlich die Turnanstalten verboten wären, nicht von Bedeutung, denn sollen wir in unsere Grundrechte Alles dasjenige aufnehmen, was in den Polizeistaaten verboten war, nun aber unter unseren geänderten Verhältnissen gestattet ist, sollen wir noch überdies Alles aufnehmen, was in anderen Staaten verboten, bei uns aber erlaubt ist, so würden wir wahrlich das auferbaulichste Exemplar casuistischer volumina legum anstatt der Grundrechte bekommen. (Heiterkeit.) Derselbe Herr Abgeordnete sagt ferner, es wären Mängel in Betracht des Rechtes auf die Ausbildung des Geistes in den Grundrechten, nachdem man sich nicht über die Grenze hinaus begeben könnte, wie es auch früher nicht gestattet war, um sich Kenntnisse zu erwerben. In dieser Beziehung verweise ich den Herrn Abgeordneten ganz einfach auf die §§ 18 und 19, welche die freisinnigsten Bestimmungen in Beziehung auf Lehrfreiheit und die Ausbildung des Geistes ent-

halten; ferner auf diejenigen Paragraphen, welche über die Freizügigkeit sprechen, welchen zufolge dieselbe in den österreichischen Staaten ungehindert ist, ja sogar auch Niemand an der Auswanderung verhindert werden kann. Wenn nun schon die Grundrechte hinsichtlich der von mir angedeuteten Verhältnisse so freisinnige Grundsätze aussprechen, nach welchen also auch die bezüglichen zu erlassenden Gesetze werden geregelt werden müssen, so wird das sicherlich um so viel mehr der Fall sein in Beziehung auf die Paßvorschriften, die der österreichische Staatsbürger wird beobachten wollen, um nicht die Zuständigkeit zur Gemeinde oder die österreichische Staatsbürgerschaft zu verlieren, wenn er sich, um seinen Geist auszubilden, ins Ausland oder in eine andere Provinz begeben wollte; daß aber irgend etwas von den Paßvorschriften schon in den Grundrechten vorkommen solle, das werden Sie einsehen, meine Herren, daß das nicht möglich ist. (Heiterkeit.) Weiterhin hat der Herr Abgeordnete für Krems bemerkt, daß das Recht auf Ehre und das Recht der Unverletzlichkeit des gegebenen Wortes in den Grundrechten nicht sichergestellt erscheint. Da muß ich vor Allem bemerken, daß in den Grundrechten und überhaupt in der Constitution die staatsrechtlichen Verhältnisse geordnet werden sollen, nicht aber die privatrechtlichen Verhältnisse. Es werden in den zu erlassenden oder schon bestehenden Polizei-, Criminal- und bürgerlichen Gesetzen diese Rechte gewahrt werden, und sind schon recht gut gewahrt; in der Constitutionsurkunde kann aber davon nichts vorkommen, denn indem man in den Staatsverband tritt, ist es nur nothwendig, von seinen dem Menschen im Naturzustande zukommenden Freiheiten und Rechten nur so viel aufzugeben, als zur Erreichung des Staatszweckes nothwendig ist. Ist dies hinsichtlich des einen oder anderen Rechtes der Fall, so muß das Verhältniß in der Constitutionsurkunde normirt werden. Nun wird aber Niemand behaupten, daß es zur Erreichung des Staatszweckes nothwendig sei, daß irgend Jemand von seinem angebornen Rechte auf Ehre auch nur das Geringste abgebe, ebenso auch von dem Rechte auf die Unverletzlichkeit des in den Grenzen des Gesetzes verpfändeten Wortes; — demnach gehört nichts davon in die Grundrechte, und ich sehe überhaupt gar nicht ein, wie diese Verhältnisse in den Grundrechten hätten gewahrt werden sollen. (Sehr gut.)

„Was den letzten Einwurf betrifft, daß nämlich das Recht des freien Austrittes aus einer kirchlichen Gemeinde nicht genug

gewahrt ist, so verweise ich auf den § 13, welchem zufolge jede Religion und deren Ausübung gewährleistet ist, und auf den § 12, welchem zufolge das Recht der freien Association besteht, daher Jedermann sich ohne allen Anstand jener kirchlichen Gemeinde zugesellen kann, deren Grundsätze er bekennt. Nachdem der Herr Abgeordnete seine Anträge zurückgenommen hat, und wenn überhaupt noch etwas zu erwidern erübrigen sollte, so überlasse ich dieses dem Herrn Berichterstatter." (Verläßt unter anhaltendem Beifalle die Tribüne.)

„Es ist eigenthümlich", schrieb Smolka am nächsten Tage (Brief vom 9. Jänner), „wie Alle von der Rede befriedigt sind, so daß ich sogar im Centrum, zu welchem Wildner gehört, gestern Abends mit Champagner empfangen wurde, und Neumann mir in längerer Rede dankte, daß ich, trotzdem ich seinen Freund gründlich abgethan, dennoch (wie er sich ausdrückte) »edel, mit Zartgefühl, parlamentarischer Feinheit und chevaleresque« gesprochen: namentlich im Gegensatze zu den groben und beleidigenden Ausdrücken Rieger's, über den die Centralisten darum ganz wüthend sind. Sie haben mir eingestanden, daß sie föderalistische Ausdrücke und Darlegungen, wenn ich sie auch noch so scharf vorbringe, von Niemandem so gerne hinnehmen als von mir, — daß sie sogar überzeugt werden. Ist mir noch nicht recht klar, was diese Complimente bedeuten und wohin sie zielen. Es scheint, daß sie bei der nächsten Wahl für mich stimmen wollen.

Wildner, der heute noch einmal gegen den § 1 gesprochen, dankte mir öffentlich für die edle Art, in welcher ich ihn widerlegt, Rieger hingegen richtete er arg zu."

Einige Tage darauf fand bei Doblhoff, der zum Gesandten im Haag ernannt worden war, ein Abschiedsbankett statt. Es zeigte sich bei dieser Gelegenheit, daß Smolka nicht Unrecht gehabt hatte, die Aeußerungen des Centrums im Sinne einer nicht bloß reinpersönlichen Sympathiebezeugung zu deuten. Ohne daß er es auch nur im Mindesten darauf anlegte, irgend Jemandem zu gefallen, war es ihm gelungen, auch seine politischen Gegner zu erobern, — so, daß dieselbe Majorität, die ihn erst vor wenigen Wochen gestürzt hatte, sich nun immer mehr mit dem Gedanken befreundete, ihn als den Würdigsten aus freiem Antriebe an die Spitze der Versammlung zu berufen. Im Briefe vom 15. Jänner, in dem er über den Abend bei Doblhoff berichtet, erwähnt er dieser Aussicht auf die Wiedererlangung

der Präsidentschaft, — wie immer, in seiner gleichgiltig-lakönischen Weise. „Das gestrige Bankett bei Doblhoff verlief sehr hübsch; 38 Personen von allen Parteien und Nationalitäten ꝛc.; von galizischen Abgeordneten waren anwesend: Ich (gemäßigt), Ziemiałkowski (Ultra), Machalski (Reactionär). Der gestrige Abend war ein lebendiger Beweis dafür, wie Doblhoff allgemein beliebt ist. Toaste und Reden auf ihn ohne Ende. Es gab Austern, allerlei Seeungeheuer, verschiedene Delicatessen, Wein in Unmasse. Ich trank Bruderschaft mit Schmitt (Juli-Präsident), Strobach, Mayer (gewesener Unterstaatssecretär), Schuselka, Vacano ꝛc. Mein Wohl wurde besonders ausgebracht, und zwar von Rieger »mit Anspielung auf die feste und ehrenhafte Haltung und Art, mit welcher ich dem Reichstag in den gefährlichsten und schwierigsten Augenblicken vorgestanden« (im Original deutsch) und auf meine Kerkerzeit. Die Deutschen vom Centrum (Autoritätspartei) flüsterten mir beim Zutrinken in's Ohr: Unser nächster Präsident. Es scheint, daß ich am 20. gewählt werde."

Letztere Vermuthung war eine wohlbegründete. Bei der nächsten Präsidentenwahl am 20. Jänner ergab schon das erste Scrutinium für Smolka 154 Stimmen, für Strobach 118. Das Centrum gab 50 Stimmen für Haßelwanter ab. Beim zweiten Scrutinium entfielen auf Smolka 153, auf Strobach 108, auf Haßelwanter 49 Stimmen. Die Wahl mußte zum drittenmal vorgenommen werden, da keine absolute Majorität zustande gekommen war. Nun warf sich das ganze Centrum auf Smolka's Seite, der mit 201 gegen 104 für Strobach abgegebene Stimmen gewählt wurde.

Rieger's Toast hatte also nicht viel zu bedeuten gehabt. Die Czechen stimmten gegen Smolka. „Du argwöhnst", schreibt er an seine Gattin am 25. Jänner, „daß in Rieger's Trink- und Lobspruch auf mich eine Hinterlist stecke: sei außer Sorge, ich weiß sehr wohl, daß Rieger, die Czechen und überhaupt die Abgeordneten ohne Ausnahme mich, was meine Person betrifft, aufrichtig achten; dennoch sind sie in der Präsidentschaftsfrage immer meine erbittertsten Gegner gewesen und werden es sein: was mich aber nicht im Mindesten berührt, da ich mich um die Präsidentschaft nie bemüht habe und auch künftighin nicht bemühen werde. In der That weiß ich nicht, ob ich auch nur Einen Feind im Reichstag habe, vielleicht einzig Szaszkiewicz ausgenommen, obzwar ich diesem Menschen niemals ein böses

Wort gesagt, noch auch im Reichstage so aufgetreten bin, daß ich als sein politischer Gegner betrachtet werden könnte."

Wenn jemals die Präsidentenwürde eine Bürde genännt werden konnte, so war das im Kremsierer Reichstag während der Debatten über die Grundrechte der Fall. Es war keine Kleinigkeit, diese stürmischen Verhandlungen und namentlich diese complicirten Abstimmungen zu leiten. Es bedurfte aller Umsicht, um bei den Discussionen über die einschneidendsten principiellen Fragen, über Themen, wie: die Abschaffung des Adels, der Todesstrafe, über die Glaubens- und Gewissensfreiheit, tumultöse Scenen zu verhüten. Smolka war aber auch gar nicht Willens, sich diese Bürde irgendwie zu erleichtern. Er durfte weder sich noch dem Reichstag Erholung gönnen, wenn das Verfassungswerk mit der wünschenswerthen Raschheit gefördert werden sollte. Er sah es ungern, wenn die Abgeordneten von Zeit zu Zeit in Wien Zerstreuung und Vergnügungen suchten. „Ich", so konnte er einmal mit Recht schreiben, „habe seit dem Bestande des Reichstages nie eine Reise gemacht, noch auch eine Sitzung, und wär's nur für eine Viertelstunde, »gestürzt«, mit Ausnahme der Reise nach Olmütz und Prag zu den beiden Kaisern." — So wollte er auch von Faschingsferien nichts wissen, wenn er auch genöthigt war, einige Bälle und Unterhaltungen mitzumachen. „Lumpt mir dort nicht zu viel herum in den letzten Faschingstagen", schreibt er am 12. Februar, „wir werden hier wahrscheinlich auch sehr still abschließen. Es wurde mir schon zwar zugemuthet, daß wir am 20. und 21. keine Sitzungen halten sollen: was ich aber nicht zugeben werde, da es die größte Lächerlichkeit wäre, das Verfassungswerk liegen zu lassen, weil es irgend Jemandem zu tanzen beliebt — nun gar in solchen Zeiten."

Von Natur heiter angelegt, wie er war, wich er übrigens einem bescheidenen Vergnügen nicht aus, insofern nichts Ernstes dadurch gestört wurde. „Vorgestern", berichtet er launig am 10. Februar, „war ein Ball zu Ehren der Abgeordneten. — Ich war dabei und habe mich sehr anständig verhalten, wie es meiner Würde geziemt, das heißt: ich habe nicht getanzt, nicht getrunken, »habe mir nur die Honneurs machen lassen« (im Original deutsch) und sogar von sehr schönen Damen."

Beiläufig sei hier auch dessen erwähnt, was gelegentlich der kurzen Nachrichten über die Kremsierer Winterunterhaltungen und auch an anderen Stellen der Briefe zur Sprache kommt; — so

kleinlich es erscheinen mag; so bezeichnend ist's für Smolka. Wir meinen jene Stellen, die auf Smolka's materielle Verhältnisse Licht werfen. Der Mann, dem es nur ein Wort gekostet hätte, um die höchsten, glänzendsten und zugleich einträglichsten Aemter zu erlangen, war, bei der haushälterischesten Lebensführung, genöthigt, jede größere Geldausgabe, ja, die Bestreitung des Nöthigsten mit nicht geringer Wichtigkeit zu behandeln. Als er im December die Deputation zu den beiden Kaisern führen sollte, war er, in momentaner Geldverlegenheit, genöthigt, sich einige Toilettegegenstände auszuleihen; und nun, im Winter 1849, da sich die Lückenhaftigkeit der Garderobe sehr fühlbar machte und der Präsident auch einiges für Repräsentation ausgeben mußte, bildete die Anschaffung eines Kleidungsstückes, die Bestellung einiger Kleinigkeiten aus Wien, z. B. eines seidenen Halstuches, einer vergoldeten (ja nicht goldenen!) Uhrkette u. dgl., eine wahre Affaire. Noch andere, gar nicht ungewöhnliche, aber doch sehr empfindliche Geldausgaben kommen dabei zur Erwähnung. So schreibt er am 2. Februar: „Mit Garderobe bin ich sehr schlecht versehen, da ich mir seit zwei Jahren und länger nichts Neues angeschafft habe. Auch mit der Wohnung bin ich nicht zufrieden, zahle viel für Bedienung (die ich nicht habe), muß den Schloßinspector entlohnen und das Dienstpersonal extra; im Uebrigen schindet und prellt man Einen auf allen Seiten, und ich als Präsident darf nicht scrupulös sein." „Ich müßte", heißt es ein anderes Mal (18. Februar), „nach Wien fahren, um mir etwas anzuschaffen. Es thut mir aber Leid um die Zeit und das Geld. Du siehst, daß nicht bloß Du, sondern auch ich haushalte, und dabei muß ich immer bei Collecten u. dgl. nobel auftreten. Loben wir uns gegenseitig."

Er reiste in der That nicht nach Wien, sondern ließ sich die Sachen gelegentlich durch einen Freund kommen. Als er sie endlich, schon während der vierten Präsidentschaft, anfangs März erhielt, schreibt er in seiner heiter liebenswürdigen Weise: „Jetzt erst werde ich ein Elegant werden, wozu die Sammtweste schon viel beigetragen hat. Ich sehe mich wirklich in die Nothwendigkeit versetzt, ein wenig auf die Toilette zu achten, da man mich, — vielleicht in Folge der letzten einstimmigen Wahl — sehr zu ehren beginnt, mich einlädt ꝛc. — Man sagt, daß ich nun schon immerwährend Präsident bleiben werde, und sogar, daß man beantragen müsse, mir 1500 bis 2000 fl. Repräsentations-

gelder auszusetzen. Ich bin zwar nicht so dumm, um an all das zu glauben, aber wenn es wirklich dazu kommen sollte, — was ich sehr bezweifle, so würde ich es mir nicht einmal wünschen, da es schrecklich gênant wäre, und Du wärest nun gar damit unzufrieden. Für alle Fälle rathe ich Ihnen, gnädige Frau, das Nöthige vorzubereiten, um hier elegant auftreten zu können, denn ob ich nun Präsident sein werde oder nicht, mit Repräsentationsgeldern oder ohne dieselben: Sie sind jetzt und bleiben nun einmal — »eine Notabilität«".

---

17. Capitel.

Die „Grundrechte" und der Fortbestand des Reichstags. Vertrauenskundgebungen. Umtriebe der Reactionspartei. Die gefährdeten Octoberprotokolle. Die Kaim-Affaire. Vierte Präsidentschaft. Wiederverleihung der Doctorwürde.

Die Befürchtung, daß die Tage der Constituante gezählt seien, hatte durch die Vorgänge bei den Verhandlungen über die Volkssouveränität neue Nahrung erhalten. Zwar auf dem umstrittenen § 1 bestand die Kammer trotz des energischen Protestes nicht. Er wurde von der Mehrheit, die noch immer den Frieden mit der Regierung erhalten zu können hoffte, von der Tagesordnung wegescamotirt. „Die heutige Sitzung", berichtet Smolka (10. Jänner) „war wieder besonders interessant; sehr schön sprachen Löhner und Rieger, der die Minister wie Buben abkanzelte. Aber was hat man davon, wenn hernach sämmtliche Czechen im Geiste des Ministeriums votirt haben, so daß die ganze Rede Rieger's die reine Komödie schien? Und so wurde der § 1 verworfen oder vielmehr bis zur Verhandlung über den zweiten Theil der Constitution verschoben, wo er wieder in Antrag gebracht werden kann."

Aber wenn die Regierung den Protest vom 8. Jänner auch hätte verzeihen können: der Geist, der von nun ab im Reichstage waltete, mußte ihr höchstes Mißfallen erregen. Immer schärfer traten die Ideen hervor, in deren Namen der Absolutismus gestürzt, der Reichstag zu Stande gekommen war. Nun, da es sich nicht mehr um Opportunitätspolitik und noch nicht um die be-

sondere Gestaltung des österreichischen Staates, sondern um die allgemeinen liberalen Grundsätze und ihre Consequenzen handelte, fanden sich Viele zusammen, die sonst in verschiedenen Lagern einander gegenübergestanden waren. Die Linke gewann das moralische Uebergewicht, die Debatten wurden bedeutender, das parlamentarische Leben schwungvoller; der Reichstag stieg in Smolka's Augen. „Durch die Debatten vom 8., 9. und 10.", schreibt er (11. Jänner), „hat die Kammer so viel Leben bekommen, und sich in der öffentlichen Meinung moralisch so gefestigt, daß ich jetzt an das weitere Fortbestehen derselben glaube. — Es war eine glücklich überstandene Krisis, in der die bessere Natur gesiegt hat. — Es heißt sogar, daß noch am 8. Jänner im Ministerrathe von einem der Cabinetsmitglieder die Auflösung des Reichstages beantragt worden sei, wogegen sich jedoch alle anderen Minister erklärt hätten. Es wurde hierauf die Vertagung des Hauses auf drei Monate beantragt, und zwar wegen der ungarischen Angelegenheiten und im Hinblick darauf, daß später auch die Ungarn ꝛc. in den Reichstag mithineinbezogen würden. Aber auch dies ging nicht durch. — Wahrscheinlich aber wird das Haus nach der zweiten Lesung der »Grundrechte« auf kurze Zeit vertagt werden: aus den angeführten Gründen und auch, damit an dem endgiltigen Beschließen der Constitution bereits alle Nationen theilnehmen. Im Frühling also werden wir uns auf jeden Fall sehen, da entweder ich zu Euch komme oder Ihr zu mir."

Das war allerdings eine einfache Alternative, und ihre Aufstellung nimmt sich nicht aus, als wenn Smolka sehr stark im Glauben gewesen wäre. Ein günstiges Zeichen konnte man es nicht nennen, daß die Regierung in die Debatten gar nicht eingriff, daß seit dem 8. Jänner zwischen ihr und dem Reichstag äußerlich weder ein freundliches noch ein feindliches, sondern gar kein Verhältniß bestand. „Wie die Minister", schreibt Smolka am 2. Februar, „im December keine Sitzung ausgelassen und sich in Alles gemengt haben, so kommen sie jetzt nach der am 8., 9. und 10. Jänner erlittenen Schlappe gar nicht mehr zu den Sitzungen, um sich nicht an den Debatten betheiligen und unangenehme Dinge hören zu müssen. Die Debatten sind übrigens sehr schön und die Beschlüsse fallen in liberalem Geiste aus."

Es bedarf keiner Versicherung, daß die Minister diese schönen Debatten und liberalen Beschlüsse mit anderen Augen ansahen,

als Smolka. Das Wagniß eines Gewaltstreiches, das ihr Smolka jetzt weniger als je zumuthen wollte, wurde ihr thatsächlich ein immer geläufigerer Gedanke. Was mußte sie sich sagen, wenn der Reichstag z. B. die Abschaffung des Adels, und zwar mit imposanter Majorität (231 gegen 84 Stimmen) beschloß? Am gefährlichsten — das empfand man allgemein — waren die Paragraphe über die Glaubens- und Gewissensfreiheit. Smolka sah voraus, daß die Kammer auch über diese Fragen im liberalen Sinne entscheiden werde. Es war klar, wie dies die ultramontane Partei erbittern mußte; und sie, die rücksichtsloseste und energischeste von allen war es auch, die, nachdem die freisinnigen kirchenpolitischen Beschlüsse gefaßt waren, bei Hofe auf ein rasches und entschiedenes Handeln drang. Smolka sah auch diesen Debatten ohne Besorgniß entgegen. „Heute", schreibt er am 12. Februar, „beginnt die Verhandlung über die kirchenpolitischen Paragraphe, und es finden große Vorbereitungen dazu statt. Die Minister sind nicht hieher gekommen. Von Wien langte gestern die Nachricht ein, daß die octroyirte Verfassung schon fertig gestellt sei, daß das Cabinet nur auf einen schreienden Anlaß warte, um den Reichstag aufzulösen. Der Anlaß werde gegeben sein, wenn die kirchlichen Paragraphe nicht im ministeriellen Sinne angenommen oder amendirt werden sollten. Ich bin aber überzeugt, daß das nur Schreckschüsse sind, daß das Ministerium an die Auflösung nicht einmal denken kann, daß es in Kurzem den Reichstag auf Händen tragen wird, und zwar vornehmlich wegen der Finanzmisère. Mir scheint, daß es gar keinen Ausweg gibt als den Bankerott, der heute oder morgen erfolgen muß. Wenn die Armee nicht auf ein Viertel reducirt wird, und zwar sofort (was nicht angeht, wenn man Ungarn und Italien nicht aufgeben will), so werden sie sich in finanzieller Hinsicht nicht Rath schaffen können; die votirten 80 Millionen will Niemand leihen und das monatliche Deficit wird immer größer."

Betrachten wir diese und ähnliche Aeußerungen Smolka's näher, so sehen wir, daß er der Regierung einen größeren Sinn, eine tiefere Einsicht, eine weitere Voraussicht zumuthete, als sie in Wirklichkeit besaß. Angesichts der äußeren und inneren Lage des Staates waren ja die freiheitlichen Einrichtungen in der That eine Nothwendigkeit, die sich früher oder später durchsetzen mußte. Aber eben um dieses Früher oder Später handelte es sich. Die Regierung trieb eine Politik des Augenblicks; was dieser bringen

sollte, verkannte Smolka, weil er über ihn hinaussah; aber nach etwas mehr als einem Decennium — für die Geschichte ein Augenblick — mußte man doch der Nothwendigkeit weichen, freilich erst, nachdem ein unglücklicher Krieg die Schadhaftigkeit des Staatsbaues bloßgelegt hatte. Wie in der italienischen und in der deutschen Frage behielt Smolka Unrecht für den Tag, aber Recht für die Dauer.

Daß er sich in seinem rosigen Optimismus nicht gar so sicher fühlte, geht aus den Worten hervor, mit welchen er am nächsten Tage (13. Februar) die Ungeduld seiner Gattin beschwichtigt. „Was kümmerst Du Dich schon jetzt darum, in welcher Weise Ihr Euch auf die Reise machen werdet? Vor dem 15. April könnt Ihr ja schwerlich fahren, und bis dahin vergehen noch zwei Monate. Was kann bis zu dieser Zeit geschehen! — Die Auflösung — die Vertagung — die Verlegung nach Wien, nach Pest, nach Preßburg — vielleicht nach Belgrad. Alles dies ist ja nicht sehr wahrscheinlich, das Eine oder das Andere sogar sehr unwahrscheinlich, Alles aber ist in diesen Zeiten, die schon das Unwahrscheinlichste gesehen haben, immerhin möglich." — Noch weniger Zuversicht spricht aus seinem Briefe vom 26.: „Ich habe Euch schon mehrmals geschrieben, daß ich an eine nahe bevorstehende Auflösung nicht glaube; und ich bin auch heute dieser Meinung, obzwar ich gar nicht übersehe, daß eine sehr mächtige Partei mit allen Kräften dahin strebt und zu diesem Zwecke den Reichstag mit den schändlichsten Mitteln, namentlich beim niederen Volke, zu discreditiren sucht. Ich sehe sehr wohl ein, daß dieses Manöver gelingen kann, aber ich glaube, doch nicht so bald. — Wenn aber der Reichstag wirklich jetzt, und zwar noch unter meiner Präsidentschaft aufgelöst werden sollte, werde ich doch nicht gleich nach Hause können, da ich dann noch immer längere Zeit wegen des Uebertragens der Akten hier werde funktioniren müssen."

Es klang wie ein schriller Triumphschrei der Reaction, als der Kriegsminister Cordon, der es sonst nie für nöthig befunden hatte, den Reichstag über den Verlauf des ungarischen Krieges zu unterrichten, am 17. Februar in einem Telegramm an den Präsidenten einen Sieg über die Ungarn bei Arad meldete. Aber in demselben Briefe, in dem Smolka die Depesche mittheilt, fügt er hinzu: „Von der anderen Seite melden wieder Privatnachrichten, daß General Schlick aufs Haupt geschlagen sein soll, so daß er seinen Rückzug nach Galizien nicht einmal bewerkstelligen konnte." „Man sagt",

heißt es dann am Ende des Schreibens, „daß im hiesigen Schloß Zimmer für den neuen Kaiser eingerichtet werden: ich glaube es nicht. Es würde mich sehr wundern, wenn er in der Nachbarschaft des Reichstags wohnen wollte. Es ist aber augenscheinlich, daß das Ministerium sich dem Reichstag zu nähern beginnt; es besucht wieder die Sitzungen, und erklärt, daß es ihm niemals eingefallen sei, das Haus aufzulösen oder zu vertagen u.s.w., trotzdem der Reichstag in der letzten Zeit gar keine Schritte in der Hinsicht gethan hat, im Gegentheile sehr entschieden gegen das Ministerium aufgetreten ist." Das war nun nicht danach angethan, die Zukunft des Reichstags schwarz sehen zu lassen. Auch die Journäle begannen, wie Smolka später mittheilt (26. Februar) „unter dem Einflusse des Cabinets sichtlich einzulenken, sich wegen der gegen den Reichstag geschleuderten Schmähungen zu entschuldigen" ꝛc. — Daß man im Schoße des Cabinets mindestens noch sehr schwankend war, beweist der Umstand, daß den Regierungskreisen sehr nahe stehende Männer, wie Kübeck, ja, die Minister Schwarzenberg, Bruck, Stadion, Krauß, sich um Mandate bewarben.

Zur Zerstreuung der Besorgnisse um den Fortbestand des Reichstages trugen nicht wenig die zahlreichen Vertrauensvoten bei, die dem Hause während der Verhandlungen über die Grundrechte und größtentheils eben aus Anlaß dieser Verhandlungen zukamen. — Namentlich die Czechen, die wohl wußten, welch ein Gewaltstreich den Reichstag bedrohe, gaben sich alle Mühe, derartige Kundgebungen zu Stande zu bringen. Sie mochten wohl auch einige Gewissensunruhe empfinden, wenn sie sich in dieser Zeit der Krise erinnerten, wie sie einst zur Freude der Reaction gegen die Kammer gewettert und das Kind mit dem Bade ausgeschüttet hatten. Aus Böhmen, und zwar aus den deutschen wie aus den czechischen Gebieten, liefen im Verlauf von drei Tagen, vom 22. bis zum 24. Februar, 72 Adressen zu Handen des Präsidenten ein. Am 1. März konnte Smolka dem Hause bereits über achzig vorlegen. Sie rührten von 732 Gemeinden her, von denen 170 nur durch ihre Vorstände und Ausschüsse unterschrieben hatten, während die Zahl der übrigen Unterschriften 40.595 betrug. Ueber eine Hannaken-Deputation, die ebenfalls ein Vertrauensvotum überbrachte, berichtet Smolka in seinem Briefe vom 2. Februar. „Ich habe Dir, glaube ich, schon gemeldet, daß eine Deputation mährischer Bauern dem Reichstag in feierlicher

Weise ein Vertrauensvotum zu überreichen vorhat. Gestern Morgens hörte ich, daß die Deputation nicht kommen werde, da die Commissäre, Amtmänner u. s. w. abrathen, verbieten, auch Drohungen nicht sparen. Ich war also sicher, daß sie nicht kommen. Als ich aber nach der Sitzung beim Mittagessen war, ließ man mir sagen, ich möchte sofort ins Präsidium eilen, da die Deputation komme. Sie kam in der That, mit Musik, mit einer Fahne, zu Pferde, in festlicher Tracht u. s. w. Zahlreiche Abgeordnete und eine große Volksmenge überfluteten das Präsidium, die Uebrigen standen unten vor dem Schlosse. — Die Deputation erschien, und ein mährischer Bauer hielt an mich in mährischem Idiom eine Ansprache — die ich gut verstand — und händigte mir eine Adresse ein. Darauf erwiderte ich in polnischer Sprache mehr oder minder Folgendes: »Ich bedaure, daß ich Euch, unserer Hausordnung nach, nicht in der Kammer empfangen darf, daß Ihr alle Eure guten Wünsche nicht mit eigenem Munde dem versammelten Reichstag ausdrücken könnt. Ich, als Präsident und Repräsentant des Reichstages nach außen, nehme mit Freuden die Adresse und den Ausdruck freundlicher Gesinnung für Seine Majestät und den Reichstag entgegen, und werde es nicht unterlassen, dem Hause hierüber Bericht zu erstatten. Seid überzeugt, daß der Reichstag immer auf das Wohl des Volkes bedacht war und bedacht sein wird — des Volkes, aus dessen freier Wahl er hervorgegangen. Setzet Vertrauen in den besten Willen des Kaisers und des Reichstages, die constitutionellen Freiheiten zu befestigen, die Grundsätze der Gleichheit und Schonung aller Nationalitäten zu dauernder Geltung zu bringen und Euch die Erlangung der günstigsten, glücklichsten Lebensbedingungen und allen Wohlergehens in weitestem Maße zu ermöglichen. Den Ausdruck Eurer Gesinnung werde ich dem versammelten Reichstage bei der nächsten Gelegenheit übermitteln.« — Hierauf Ein Hoch um's andere, Musik u. s. w., dann feierlicher Zug zum slavischen Club, wo in verschiedenen slavischen Sprachen Reden gehalten wurden; — ich bin dort nicht gewesen. — Die Geschichte hat politische Bedeutung, da wie es heißt (relata refero), in Folge gewisser Aufhetzereien, beim Kaiser Deputationen erschienen waren, mit der Bitte, den Reichstag aufzulösen und das Entschädigungsgesetz selbst zu erlassen. Durch diese Demonstrationen sehr erbittert, hat denn die Mehrheit des mährischen Volkes eine Gegendemonstration beschlossen, von der sie trotz allen Bemühungen nicht abgebracht

werden können. Es heißt, daß noch mehrere solche Deputationen kommen sollen: — ich würde mir wünschen, daß sie nicht zu zahlreich werden."

Die letzten Worte des vielgeplagten Präsidenten wird man aus einem drei Tage vorher 29. Jänner geschriebenen Briefe verstehen lernen. „Fürchte nicht, meine Liebe, daß ich mich zu sehr anstrenge. Ich bin zwar den ganzen Tag beschäftigt, namentlich da ich aus dem Constitutionsausschusse nicht austreten wollte und dieser jetzt tagtäglich Sitzungen hält — und dabei vier Haussitzungen in der Woche . . .

„Gestern kam ich wieder nicht dazu, Dir zu schreiben. Die Sitzungen dauern gewöhnlich bis 3 oder 4 Uhr. Es bleibt mir hernach kaum so viel Zeit übrig, um das Mittagessen einzunehmen, und um 5 Uhr muß ich schon im Constitutionsausschuß sein, wo ich bis 8 Uhr bleibe. Früh Morgens aber, von 8 Uhr bis zur Eröffnung der Sitzung, bin ich im Bureau, um Präsidialgeschäfte zu erledigen: irgend einen Brief zu schreiben, im Club, bei Conferenzen u. dgl. zu sein, ist fast unmöglich. Während der Sitzung kann ich keine Briefe schreiben, da ich bei den Debatten sehr aufmerken muß — wegen der Fragestellung, die keine so einfache Sache ist; und Alle sagen, daß ich das Analysiren der Anträge und Formuliren der Fragen vortrefflich mache; es gilt also, sich diese gute Reputation zu erhalten, umsomehr als meine Gegner ungeheuer aufpassen, um mich auf irgend einer ungeschickten Fragestellung zu ertappen, was leicht vorkommen kann."

Die Vertrauenskundgebungen fielen um so schwerer ins Gewicht, als die Reactionspartei auch ihrerseits nicht ruhte, vielmehr eine rührige Agitation gegen den Reichstag betrieb. Die Früchte dieser Bemühungen waren Schmähbriefe, namentlich gegen die Linke, die dem Reichstag unter der Adresse des Präsidenten zukamen. Einige derselben drucken wir zur Belustigung des Lesers im Anhange (Nr. 7) ab.

Man ließ es auch an Umtrieben nicht fehlen, um einzelne Abgeordnete zu stürzen und ihre Mandate in regierungsfreundliche Hände zu spielen. So wühlte der Bezirkscommissär Wohlfarth unter den Bauern in Smolka's Wahlbezirke, um ein Mißtrauensvotum gegen ihn zu erwirken. Das hatte aber zunächst nur zur Folge, daß er, ohne alle Mühe, eine Vertrauensadresse erhielt. „Ich habe", schreibt Smolka aus Anlaß dieser Agitationen am 24. Februar, „Deinen Brief nebst der Adresse meiner

Wähler heute erhalten. Ich fürchte nicht, daß ein Mißtrauensvotum (wenn Herr Wohlfarth ein solches zustande brächte) mir irgendwie schaden würde. Man kennt mich hier zu gut — ich bin sicher, daß man ein solches Votum mit Gelächter oder mit Verachtung aufnehmen würde. Wenn Du aber Pawlikowski siehst, so sage ihm, daß er gar keine Schritte dagegen unternehmen möge."

Man wäre übrigens gegen die mißliebigen Elemente des Reichstages gerne noch ganz anders vorgegangen. Die Militärdictatur, die in Wien Rache für die Octoberrevolution übte, gab die Hoffnung nicht auf, einige Abgeordnete der Linken vor das Ausnahmsgericht ziehen zu können. Zu diesem Zwecke wollte Windischgrätz die Drucklegung der Protokolle aus der Permanenzzeit verhindern, um sie, von der Oeffentlichkeit uncontrolirt, nach Willkür als Anklagematerial zu verwenden. Diese löbliche Absicht scheiterte an Smolka's Widerstand. „Die von Windischgrätz versiegelten Octoberprotokolle", meldete er am 23. December, „um die ich einen erbitterten Kampf gekämpft habe, habe ich doch noch während meiner Präsidentschaft, aber erst am 17. December wiedererlangt. Ich habe sie sofort dem Druck übergeben — sie werden jetzt langsam erscheinen. Ich muß aber darüber wachen, daß sie nicht »zufällig« verloren gehen, was der heiße Wunsch derer ist, die uns vorwerfen, daß wir im October weiß Gott was im Reichstag getrieben: was aber Alles eben aus diesen Protokollen widerlegt werden kann."

„Die Sitzungsberichte vom October", meldet er über die Angelegenheit weiter am 31. December, „sind noch nicht gedruckt; ich hüte sie wie meinen Augapfel, auf diese Weise erhalte ich diese Protokolle bei guter Gesundheit. Da ich keine Möglichkeit mehr sehe, es dahin zu bringen, daß man sie hier druckt, habe ich wenigstens veranlaßt, daß sie copirt und die Copien nach Wien zur Drucklegung geschickt werden." — Erst am 12. Jänner konnte er melden, daß man endlich den Druck begonnen habe.

Wenn das Militärgericht auch einsehen mochte, daß es sich mit der Anklage gegen die Abgeordneten schon bis zum günstigen Moment, das heißt: bis zur Auflösung des Reichstags, gedulden müsse, so schien es doch der Mühe werth, schon früher, gelegentlich eines Falles, in dem besonders Gravirendes vorlag, zu versuchen, wie weit man auf das Entgegenkommen der Reichstagsmehrheit rechnen dürfe. Es zeigte sich bei diesem Anlasse, daß es der

Rechten, namentlich den Czechen gar nicht unwillkommen gewesen wäre, auf solche Weise einige Collegen loszuwerden und zugleich der Regierung einen Dienst zu erweisen. „Es ist uns", berichtet Smolka (30. Jänner), „eine Requisition von Seiten des obersten Gerichtshofes zugekommen, betreffend die Auslieferung eines Kammermitgliedes an's Criminalgericht. Der Anzuklagende ist der Deutsch-Böhme Kaim, ein Frohnbauer des Ministers Schwarzenberg, der nach den Octoberereignissen in seinem Wahlkreise gegen den Kaiser, die Regierung, Windischgrätz ꝛc. fürchterlich gewettert haben soll, so daß man ihn wegen Störung der öffentlichen Ruhe zur Verantwortung ziehen will. Ein Theil der Kammer würde ihn sehr gerne aus dem Reichstage entfernen (vielleicht, um dem Minister gefällig zu sein, der bei der Abgeordnetenwahl sein unglücklicher Gegencandidat gewesen ist und jetzt wahrscheinlich gewählt werden würde), zum Theil auch, um eine Probe zu machen, ob man nicht gegen andere Mitglieder, der Octoberereignisse wegen, ebenfalls erfolgreich auftreten könnte. — Daher große Agitation bei der Wahl des Ausschusses, der in Erwägung zu ziehen und zu beurtheilen hat, ob der Reichstag die Auslieferung Kaim's beschließen soll. Der Ausschuß ist aus neun Mitgliedern zusammengesetzt; jede Section hat eines gewählt, die achte mich. Wir sollen uns eben versammeln und constituiren — bin begierig, wie die Sache ausgeht."

Der Gegenstand kam erst am 9. Februar, unter Smolka's dritter Präsidentschaft, auf die Tagesordnung des Hauses. — Anläßlich dieser Verhandlung kam es zu einer lebhaften und auszeichnenden Ovation des Reichstages für Smolka. Schmitt, der Reichstagspräsident vom Juli 1848, legte nämlich, als Obmann des Ausschusses, dar, daß es aus Mangel an den nöthigen Materialien und Hilfsmitteln noch nicht möglich gewesen sei, die Berathung zum Abschluß zu bringen, demgemäß die Angelegenheit vorläufig zu vertagen sei. — Als bei der heftigen Debatte, die sich hierauf entspann, der Abgeordnete Neuwall eine tadelnde Bemerkung über den Ausschuß fallen ließ, der eine Ehrensache des Reichstages so lange hinziehe, wies ihn Borrosch mit der Bemerkung zurecht, daß in diesem Ausschusse unter anderen hervorragenden Männern auch der jetzige Reichstagspräsident Smolka sitze, worauf Neuwall sich noch einmal erhob, um den Vorwurf, als hätte er die Ausschußmitglieder persönlich beleidigen wollen, zurückzuweisen. „Ich weiß",

sagte er, „nur wenige der in die Commission gewählten Mitglieder aufzuzählen, doch nenne ich nur unseren allgemein geachteten, gefeierten und gerechten Herrn Präsidenten, den ich so wie gewiß die ganze Kammer auf das Aufrichtigste verehre*)."

„Lange anhaltender Beifall von allen Seiten des Hauses" bewies Smolka, daß über ihn im ganzen Reichstag nur eine Meinung herrsche.

Ueber die geheime Sitzung vom 16. Februar, in der die Angelegenheit zum letzten Male verhandelt wurde, berichtet Smolka: „Die Sitzung dauerte von 10 Uhr Vormittags bis ½10 Uhr Abends. Es war eine sehr stürmische, leidenschaftliche Debatte. — Ich bedaure sehr, daß die Verhandlung eine geheime war, da Schuselka zur Vertheidigung des Angeschuldigten Kaim die schönste Rede hielt, die ich jemals gehört habe, indem er bei dieser Gelegenheit fürchterlich gegen das Ministerium donnerte. Leider wurden keine Stenographen zugelassen.

„Die Czechen traten gegen den Angeschuldigten fürchterlich auf — wie es scheint, in der Erwartung, daß, wenn er ausgeliefert würde, sie später in ähnlicher Weise noch mehrere Mitglieder hinausräuchern könnten, denen wegen der Octoberereignisse der Proceß gemacht werden soll. — Als Mitglied der zur Berathung eingesetzten Commission habe ich das Präsidium an den Vicepräsidenten abgetreten. Ich war dafür, in die Criminaluntersuchung zu willigen, unter der Bedingung, daß sie hier geführt und der Angeklagte auf freiem Fuße belassen werde.

„Zur Annahme gelangte der formale Beschluß der Commission, bloß ein summarisches Verhör zu gestatten, damit Kaim recurriren könne; für den Fall aber, daß der Recurs verworfen werden sollte, habe das Ministerium die Akten noch einmal vorzulegen, damit der Reichstag dann entscheide, ob die weitere Untersuchung zuzulassen sei... Nach Annahme dieses Antrages wurden alle übrigen abgelehnt, und ich übernahm nun wieder das Präsidium. Die Czechen geriethen in solche Wuth, machten einen solchen Spectakel ꝛc...., daß ich zwei czechische Männer (Klaudi und Hawelka) zur Ordnung rief, und, wie die Abgeordneten sagen, zum ersten Male erzürnt war. Genug, daß ich die Ordnung wieder hergestellt habe."

„Den Sturm, der in Folge dieses Beschlusses heranzuziehen

*) Stenogr. Ber., V., 61.

drohte," berichtet Smolka später, „habe ich dadurch beschworen, daß ich Kaim oder vielmehr die Linke bewog, daß er bis zum Abschluß der Untersuchung einen Urlaub nehme."

Die Frage der Auslieferung Kaim's gelangte im Reichstage nicht mehr zur Entscheidung; wahrscheinlich wurde ihm nach dem Staatsstreich der Proceß gemacht.

Es war vorauszusehen, daß bei der neuen Präsidentenwahl ein Kampf nicht mehr stattfinden werde. Für den ganzen Reichstag kam ein anderer Candidat als Smolka ernstlich nicht mehr in Betracht. Einen Augenblick schien man an Hornbostel zu denken, um ihm, wie Smolka in seinem Briefe vom 14. Februar sagt, für die Redlichkeit, die er als Minister bewiesen, eine Anerkennung zu Theil werden zu lassen. „Ich würde mich freuen, wenn es so käme", fügt Smolka hinzu. — Aber schon am 16. war er seiner Wahl so gut wie sicher.. „Es wird Dich wundern", schreibt er, „daß die conservative Partei, das rechte Centrum, die zwar nicht groß ist, aber immerhin 50 Stimmen stark, diesmal gleich beim ersten Scrutinium für mich votiren wird, um — wie sie sagen — »meiner durch keine Rücksicht beirrten Gerechtigkeit, Ruhe und auch meiner Geschicklichkeit in der Leitung der Verhandlungen ihre Huldigung darzubringen". Es wird also in diesem Falle eine wunderliche Coalition der einander fernstehenden Parteien zu Stande kommen*)."

Die Einigkeit der Parteien in Betreff der Präsidentenwahl wurde nur durch die Czechen gestört, die noch immer in ihrer leidenschaftlichen Opposition verharrten, um sich erst in letzter Stunde, als sie sahen, daß ihr Spiel verloren war, widerwillig zu fügen. „Es scheint", schreibt Smolka am Tage vor der Wahl (22. Februar), „daß ich morgen unzweifelhaft gewählt werde, da gestern eine Deputation im polnischen Club erschien mit der Erklärung, daß die ganze Linke sowie das ganze rechte und linke Centrum gleich beim ersten Scrutinium für mich zu stimmen beschlossen haben; nur die czechischen Abgeordneten aus

*) Beiläufig sei hier zur Charakteristik der Unparteilichkeit Smolka's angeführt, daß er seinen langjährigen Freund und Gesinnungsgenossen Robert Hefern, der sich in Galizien um ein Mandat bewarb, zwar herzlich gern durch Andere gefördert sehen, aber selbst nicht einmal einen Brief zu seinen Gunsten schreiben wollte, „da er den Standpunkt vollkommener Parteilosigkeit einnehmen müsse".

Böhmen werden gegen mich sein; und vielleicht werden sie so vernünftig sein, »zum bösen Spiel eine gute Miene zu machen« (im Original deutsch), und mir ihre Stimmen geben, um nicht zu verrathen, wie sehr sie in der Minderheit sind. Sie hegen zwar für mich die größte Achtung, aber noch vor einigen Tagen (als das Resultat der morgigen Wahl noch nicht so fest stand) krochen sie vor dem Centrum, daß irgend jemand Anderer, nur nicht ich, gewählt werde; — und als sie sahen, daß das Centrum für Strobach nicht zu gewinnen sei, erboten sie sich allesammt für ein Centrumsmitglied zu votiren — aber nur nicht für mich. — Doch das Centrum hielt sich tapfer und erklärte, daß es keinen Anderen als mich wählen werde.

„Diese Manöver werden Dich wohl nicht sehr interessiren, ebenso wenig wie mich; ich habe mich in diesem Punkt nie um etwas bekümmert, weiß von all dem Getriebe, weil man mir davon erzählt."

„Es kam, wie ich vorausgesehen", meldet er am nächsten Tage. „Als die Czechen sahen, daß eine ungeheuere Majorität für mich sein werde, votirten auch sie für mich." — Mit 298 von 312 abgegebenen Stimmen wurde er auf's Neue zur Leitung der Versammlung berufen. „Die Verkündigung des Abstimmungsresultats", heißt es in demselben Briefe, „wurde mit ungeheuerem Beifall aufgenommen. Bei keiner Wahl war die Majorität eine so große gewesen. Ich bin also zum vierten Male gewählt, und zwar bis zum 23. März, höchst wahrscheinlich aber für länger, da man eine Abänderung der Geschäftsordnung beantragen will, in dem Sinne, daß die Präsidentenwahl alle acht Wochen erneuert werde. Dieser Antrag dürfte wohl angenommen werden, und ich bliebe demgemäß bis zum 20. April."

So hatte er es durch seine persönlichen Eigenschaften überhaupt, durch seine Ruhe, Festigkeit, Umsicht und Unparteilichkeit insbesondere dahin gebracht, daß er, ein Mitglied der Minorität, mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität gewählt wurde. Es sei hier eine Stelle aus seinem Briefe vom nächsten Tage angeführt, da sie auf die Art seiner Präsidentschaftsführung Licht wirft. „Du wunderst Dich", heißt es darin, „daß ich oft ziemlich viel schreibe. Ich schreibe aber immer im Constitutionsausschuß während der Berathung oder während der Haussitzung, wenn ich denke, daß es nicht besonders nothwendig sei, aufzumerken. Ich habe mich aber gewöhnt, auch während des Schreibens Acht zu

geben; nur während der Sitzungen, in denen eine Abstimmung vorgenommen werden soll, schreibe ich nicht, da ich bei der Fragestellung sehr genau aufpasse — was gar nicht leicht ist — um mich nicht zu verwirren und ohne alle Parteilichkeit jede vorgebrachte Ansicht, und zwar in logischer Ordnung, zur Abstimmung zu bringen. Oft muß man zu dem Zwecke einen Antrag in einzelne Grundsätze oder mehrere Theile zerlegen."

Es lag in der Natur der Sache, daß das immer wachsende Ansehen, das Smolka im ganzen Hause, bei seinen Freunden wie bei seinen politischen Gegnern, genoß, auch auf die Kreise außerhalb des Reichstags nicht ohne Wirkung bleiben konnte. „Ich bin überzeugt", schreibt Smolka am 26. Februar, „daß mich aus Anlaß meiner Wahl die reactionären Journale loben werden, weil auch das rechte Centrum und die Rechte für mich gestimmt hat. Ich hoffe, daß auch die Lemberger Herren — wie wenig im Uebrigen daran gelegen ist — nun ein anderes Lied singen werden."

Unter den „Lemberger Herren" sind die Kreise der dortigen, im Allgemeinen sehr ractionär gesinnten und polenfeindlichen Bureaukratie zu verstehen, denen Smolka über Alles verhaßt war. Für sie war er der „unverbesserliche Revolutionär", den sie noch von der Verschwörungsperiode her kannten und unablässig mit der heftigsten Feindseligkeit verfolgten. „Sie begreife nicht, wie ihn Gottes Erde trage", soll sich einmal eine mit Smolka verwandte Dame aus den höheren Beamtensphären geäußert haben.

Eine Aussöhnung zwischen Smolka und den Lemberger Schleppträgern des Absolutismus war auf die Dauer nicht möglich — wenn es auch mit einem Umschwunge in der Stimmung zusammenhängen mochte, daß ihm in diesen Tagen von der juridischen Facultät in Lemberg die Doctorwürde, die er in Folge seiner Verurtheilung zugleich mit der Advocatur verloren, aber nicht mit dieser wiedererlangt hatte, neuerdings zuerkannt wurde. Eine gleiche Rehabilitation erfuhr sein Genosse Ziemialkowski. Mitglied der Facultät war damals der heutige Führer der Opposition, Dr. Eduard Herbst.

18. Capitel.

Der 7. März 1849. Zwei Theeabende. Smolka in den Kreisen der Wiener Gesellschaft. Anerbietungen des Grafen Stadion. Die Organisation der galizischen Landesvertretung. Rückkehr nach Lemberg. Oberst Eltschaninoff. Smolka's Confinierung. Chicanen. Ausblick und Schluß.

Wenn man, wie aus Smolka's Briefen hervorgeht, bereits an eine Verlängerung seiner Präsidentschaft dachte, so rechnete man mit einer Lebensdauer des Reichstages, die diesem vom Schicksal nicht bestimmt war. Die längst befürchtete Katastrophe trat ein. Die erste Kunde von einem, wie man glaubte, entscheidenden Erfolge in Ungarn war für die Regierung das Losungszeichen, um den Staatsstreich ins Werk zu setzen. — Am 6. März gelangte die Berathung der Grundrechte zum Abschluß; an demselben Tage wurde der vom Constitutionsausschusse eben fertiggestellte Verfassungsentwurf unter die Abgeordneten vertheilt und die erste Lesung für den 15. März anberaumt. Tags darauf (7. März) erfolgte die gewaltsame Auflösung des Reichstages. — Ein Brief von diesem Tage ist nicht vorhanden. Wir erzählen die Einzelnheiten des Vorganges nach den mündlichen Mittheilungen Smolka's unter Benützung der bereits angeführten Aufsätze im „Tgbl.".

„Es war um 5 Uhr Morgens. Smolka war seiner Gewohnheit nach sehr früh aufgestanden und hatte sich noch nicht ganz angekleidet, als der Diener eintrat und einen Herrn meldete, der in einer unaufschiebbaren Angelegenheit den Präsidenten des Reichstages zu sprechen wünsche. Smolka ließ den Herren bitten, sich zu gedulden, bis er angezogen sei. Der Diener kam aber sofort wieder zurück mit der Meldung, daß die Angelegenheit dieses Herrn keinen Aufschub leide. Smolka nahm nun seinen Schlafrock um und ließ den Ungeduldigen eintreten. Der Mann stellte sich als Graf Mercandin, Hofrath im Ministerium des Innern, vor, zog dann aus seinem Oberrock ein sehr voluminöses, versiegeltes, direct an Smolka adressirtes Packet hervor, das er dem Präsidenten mit der Bitte übergab, es sofort zu öffnen und die darin enthaltenen Documente zu lesen. Smolka öffnete und entfaltete das erste der in dem Packete befindlichen Schriftstücke. Es

war ein an ihn gerichtetes kaiserliches Rescript, das ihn aufforderte, im Sinne des in mehr als hundert Exemplaren beigelegten Manifestes und der ebenfalls beigeschlossenen octroyirten Charte, die vom Kaiser verfügte Auflösung des Reichstages sofort kundzumachen. Eine Zuschrift des Ministerrathes hatte denselben Inhalt wie das kaiserliche Rescript.

Ruhigen Auges überflog Smolka alle diese Papiere und legte sie dann bei Seite. Mercandin, der allen seinen Bewegungen mit der größten Aufmerksamkeit gefolgt war, fragte nach kurzem Stillschweigen ziemlich kleinlaut: „Was ordnen Sie nun an, Herr Präsident?“ — „Nichts“, erwiderte Smolka lakonisch. — „Wie“, rief Mercandin erstaunt, „es ist ja ein Handschreiben Seiner Majestät.“ — „Kennen Sie den Inhalt des Packets?“ — „Ich glaube ihn zu kennen“, erwiderte der Hofrath verwirrt. — „Um was also handelt es sich?“ — „Nun, um die Auflösung des Reichstags.“ — „So ist es“, erwiderte Smolka. — Wieder eine Pause, die Mercandin endlich mit der Frage unterbrach: „Herr Präsident werden wohl im Sinne der Aufforderung Seiner Majestät sofort die Publicirung des Manifestes und die Schließung des Reichstags vornehmen?“ — „Keineswegs“, erwiderte Smolka entschieden. Der erschrockene Hofrath wußte weder was zu erwidern, noch was anzufangen. Smolka erklärte ihm hierauf, daß er dem Hofe das Recht bestreite, den Reichstag eigenmächtig aufzulösen oder eine Constitution zu octroyiren. Der Reichstag sei einberufen worden, um eine Verfassung mit dem Monarchen zu vereinbaren; die so zu Stande gekommene Verfassung könne der Regierung das Auflösungsrecht wohl einräumen; so lange dies aber nicht geschehen, sei das verantwortliche Ministerium nicht berechtigt, dem Kaiser einen solchen Schritt anzurathen. Es hätten zum Mindesten Verhandlungen mit dem Reichstage vorausgehen müssen. — „Was also gedenken Sie zu thun?“ fragte Mercandin. — „Ich habe“, erwiderte Smolka, „für den heutigen Tag eine Sitzung des Hauses anberaumt, und ich werde daher diesem die nöthigen Mittheilungen machen, die Akten vorlegen und dann nach dem Beschlusse des Reichstags verfahren.“ — „Das wird kaum möglich sein, Herr Präsident.“ — „Warum?“ — „Sehen Sie hin“, — mit diesen Worten führte Mercandin den Präsidenten an ein Fenster, von welchem aus man auf dem Schloßhofe einige Compagnien Militär aufgestellt sah; „alle Corridore und alle Zugänge

zum Sitzungssaal", fuhr Mercandin fort, „sind militärisch besetzt, und die Soldaten haben die Weisung, jedem Versuche, in den Sitzungssaal einzudringen, mit den Waffen Widerstand zu leisten.". — „In diesem Falle", sagte Smolka mit unerschütterlicher Ruhe, „kann eine Sitzung nicht stattfinden. Aber ich werde auch die Auflösung des Reichstages nicht aussprechen." — Mercandin's Verwirrung stieg auf das Höchste. — „Was?" wiederholte er mehrmals, „ein kaiserlicher Befehl!" — Smolka schwieg. — „Was nun beginnen", fragte endlich der rathlose Mercandin. — „Machen Sie, was Sie wollen, ich spreche die Auflösung nicht aus." — Mercandin griff zu einem anderen Mittel. Er begann Smolka zu bitten und zu beschwören, daß er es nicht zu Gewaltsamkeiten kommen lasse. Smolka blieb bei seiner Erklärung, fügte aber hinzu: das sei seine persönliche Stellung zu der Frage; da er aber in einer so wichtigen Angelegenheit nicht eigenmächtig verfahren wolle, so werde er das Präsidialbureau, d. h. die beiden Vicepräsidenten und die acht Schriftführer, zu einer Conferenz einberufen. Für den Fall aber, daß das Bureau beschließen sollte, die Auflösung auszusprechen, werde er — das kündige er sofort an — doch keinesfalls den Beschluß vollziehen, sondern dies einem der Vicepräsidenten überlassen.

Bei der hierauf abgehaltenen Sitzung des Bureaus plaidirte Lasser, der zweite Vicepräsident, dafür, daß dem kaiserlichen Auftrage Folge geleistet werde. Der erste Vicepräsident, Hofrath Kudler, und der allezeit wackere und tapfere Wieser erklärten sich energisch dagegen. Endlich kam man überein, die Auflösung nicht zu verkündigen. Mercandin, der in einem Nebenzimmer gewartet hatte, wurde sogleich von dem Beschlusse verständigt. „Der Vorgang ist ein ungesetzlicher", erklärte Smolka, „und wir weichen nur der Gewalt. Ich vollziehe nicht und publicire nicht das Manifest, um nicht meinerseits an einem illegalen Akte theilzunehmen."

Mercandin, der offenbar den Auftrag hatte, die Angelegenheit in friedlicher Weise zu schlichten, fragte Smolka um Rath, was nun zu beginnen, um einem Conflict zu entgehen. Smolka konnte ihm nichts Anderes empfehlen, als daß die Regierung, die ja schon eigenmächtig den Saal geschlossen, nun auch die Publicirung des Manifestes durch einige Corporale besorgen lasse. Mercandin sah ein, daß ihm nichts Anderes übrig bleibe, und ließ die Auflösungsplacate, ohne jede Unterschrift, an alle Straßenecken anschlagen.

Die Stadt gerieth in Bewegung, die Abgeordneten eilten in's Präsidium. In Kurzem war fast der ganze Reichstag in Smolka's Bureau versammelt. Smolka rieth den Deputirten, so rasch wie möglich abzureisen. Er verabschiedete sich also von ihnen und bat sie, ihm zum Andenken ihre eigenhändige Namensfertigung auf einem Bogen zurückzulassen, den er selbst mit der Ueberschrift versah: „Zur Erinnerung an den 7. März 1849." — Das Document wurde später lithographirt. Es fehlen auf ihm nur die Unterschriften Kudlich's, Goldmark's und Füster's, die sich ihrer Verhaftung durch die Flucht entzogen hatten.

Für den Abend desselben Tages*) war Smolka vom Grafen Stadion zum Thee geladen worden. Der Expräsident erschien und wurde zwar sehr höflich, aber sehr kalt behandelt. Das Gespräch kam bald auf ein eigenthümliches Thema. Eine bedeutende Anzahl von stenographischen Sitzungsprotokollen des Reichstages war noch nicht gedruckt. Wohl hatte Smolka widerholt den Finanzminister Philipp von Kraus in dieser Hinsicht urgirt, der die Verzögerung damit entschuldigt hatte, daß das Manuscript immer erst in die Staatsdruckerei nach Wien geschickt werden müsse und daß viel Zeit damit verloren gehe, bis die gedruckten Bogen wieder nach Kremsier zurückkommen. In der Kanzlei des Reichstagspräsidenten hatten sich daher im Manuscript die stenographischen Berichte über eine ganze Reihe von Sitzungen angesammelt, und zwar von Sitzungen, in denen über die Grundrechte berathen, in denen das Princip der Volkssouveränität und ähnliche heikle Themen discutirt worden waren. Die Herausgabe dieser Manuscripte nun wurden während des artigen Gespräches beim Thee von Smolka verlangt. „Was wollen die Herren damit machen?" fragte dieser. Rasch wurde ihm erwidert: „Alle diese Sachen müssen vollständig vernichtet werden!" — „Dann bedaure ich", bemerkte sehr ruhig Smolka, „daß ich den Herren nicht dienen kann; ich werde die Manuscripte nicht ausliefern." — „Warum nicht?" — „Weil ich gehört habe, daß gegen verschiedene Abgeordnete wegen ihrer Reden Untersuchungen eingeleitet werden sollen, wie ja in der That heute die Herren Fischhof und Prato verhaftet worden sind, und ich für etwaige Processe die stenographischen Protokolle, die ein wichtiges Ver-

*) Diese und im Folgenden die durch Anführungszeichen kenntlich gemachten Stücke nach den mehrfach citirten Aufsätzen im „Tgbl." mit unwesentlichen, auf Smolka's mündlichen Erzählungen beruhenden Aenderungen.

theidigungsmaterial für die Angeklagten bilden könnten, bereit halten will." — „Und was werden Sie thun", fragte Graf Mercandin, „wenn wir diese Protokolle suchen und mit Gewalt wegnehmen?" — „Suchen können Sie", erwiderte sehr ernst Smolka, „aber finden werden Sie nichts, dafür habe ich schon gesorgt."

Verstimmt ging die Theegesellschaft auseinander. Smolka, der sehr artig empfangen worden war, wurde ungnädig entlassen.

Allein das Wetter wechselt häufig im März, und im März des Jahres 1849 änderten sich die Verhältnisse, wie das Wetter. Schon zeitlich am folgenden Morgen erhielt Smolka abermals eine Einladung zum Thee, und die Gesellschaft war wie ausgewechselt: lauter Liebenswürdigkeit, lauter Entgegenkommen. Was war da geschehen?

Man muß sich vergegenwärtigen, daß in jener Zeit in Oesterreich Eisenbahnen und Telegraphen nur in ihren ersten Anfängen existirten und daß die Nachrichten mit Courieren befördert wurden, die oft viele Tage brauchten, um ihren Bestimmungsort zu erreichen. — Es lag im Plane der Contrerevolution, daß man einen entscheidenden Sieg in Ungarn abwarten müsse, um zur Auflösung des Kremsierer Reichstags und zur Octroyirung einer Verfassung zu schreiten. Nun hatte ein Courier des Fürsten Windischgrätz nach Olmütz die Nachricht von dem glänzenden Siege gebracht, welchen dieser Feldherr bei Kapolna erfochten zu haben glaubte. Das war das Signal, um jene Maßregeln in's Werk zu setzen. Indessen die hinkenden Boten stellten sich langsam ein: Fürst Windischgrätz mußte sich nach dem „Siege" von Kapolna auf Pest zurückziehen — noch mehr, er mußte sich anschicken, Pest zu räumen, und der siegreichen ungarischen Revolutionsarmee schien der Weg nach Wien offen. Am 7. März, bei der ersten Theegesellschaft, kannte man noch nicht diese Wendung der Dinge. Am 8. waren ungünstige Nachrichten in Kremsier eingetroffen, deren Einfluß auf die Haltung der Theegesellschaft an demselben Abend nicht zu verkennen war.

Am 8. März also wurde Smolka mit ausnehmender Zuvorkommenheit, ja, mit prononcirter Hochachtung behandelt. Man sprach von der Zukunft, und da wurde bemerkt, daß ja auf Grund der octroyirten Verfassung, welche das Datum vom 4. März trug, sehr bald wieder ein Parlament zusammentreten werde und daß es selbstverständlich sei, daß niemand Anderer

Präsident des neuen Abgeordnetenhauses sein werde, als eben Smolka. Nach solchen und ähnlichen Complimenten kam man auf die Frage der stenographischen Sitzungsberichte. Smolka erhielt die Versicherung, daß, wenn er die Manuscripte ausliefern würde, diese Berichte genau im Wortlaut des Manuscriptes gedruckt und veröffentlicht werden würden. Darauf machte Smolka den Vorschlag, es möge darüber ein Protokoll in zwei gleichlautenden Exemplaren verfaßt werden, in welchem diese Zusage schriftlich niederzulegen wäre, mit der weiteren Clausel, daß binnen einer bestimmten Frist jedem Mitgliede des aufgelösten Reichstages ein Exemplar der gedruckten Sitzungsberichte zugestellt werden müsse. — Noch im Laufe des Abends wurde das Protokoll ausgefertigt, nnd ein Exemplar dieses merkwürdigen Schriftstückes befindet sich noch heute im Besitze des jetzigen Präsidenten des Abgeordnetenhauses. Smolka wurde ersucht, sich, nach Beendigung der Uebergabsarbeiten in Kremsier, nach Wien zu begeben. In Wien waren nämlich ebenfalls zahlreiche Akten des Reichstages vorhanden, welche der Ordnung und der Uebergabe harrten, und das sollte Smolka bewerkstelligen.

Die Enttäuschung über die vermeintlichen Erfolge in Ungarn, die Ungewißheit, mit der man in die nächste Zukunft blickte, wirkte auch auf das Benehmen anderer Kreise gegen Smolka ein. „Heute", erzählt er in seinem Briefe vom 10. März, „war ich zu einer Soirée beim Grafen Huyn geladen, einem der Militärcommissäre, die zum Zwecke der Auflösung des Reichstags hergekommen sind — wie die böse Welt sagt, zugleich eines der Häupter der sogenannten Camarilla. Ich habe in ihm einen sehr verständigen und gebildeten Mann kennen gelernt; — habe viele »hohe Herrschaften« dort getroffen; — Huyn empfing mich ungemein freundlich, machte mir viele unverdiente Complimente, z. B. daß er, Dupin u. A. nicht ausgenommen, keinen Kammerpräsidenten gekannt habe, der mit solcher unerschütterlichen Ruhe, Umsicht und Unparteilichkeit das Präsidium geführt — namentlich in so schwierigen Lagen und bei einer so eigenthümlichen Zusammensetzung der Kammer. Er hoffe, daß er in mir den künftigen Präsidenten begrüße etc. bomba. Ich erwähne das nur zum Beweise, daß diese Partei, wenn sie gerecht urtheilen will, anerkennen muß, daß ich in jeder Lage meine Pflicht gewissenhaft erfüllt habe, und nur Dummköpfe mich angreifen, ohne selbst zu wissen, warum."

Die Wiener Polizei war freilich nicht so fein, um allen Windungen diplomatischer Herren zu folgen. Als Smolka am 13. März in Wien eingetroffen war, mußte er sofort die Plackereien des Belagerungszustandes erfahren. Kaum hatte er sich im Hotel einquartirt, als der damalige Wiener Polizeipräsident, Herr Noë von Nordberg, bei ihm erschien. Dieser Herr that etwas verlegen, klagte darüber, wie schwer es ihm sei, sich einer sehr unangenehmen Mission zu entledigen, und producirte endlich einen Befehl des Gouverneurs von Wien, General Welden, dahingehend, daß Smolka binnen 24 Stunden Wien verlassen müsse. — „Das wird wohl schwer gehen", bemerkte Smolka trocken, „denn ich habe hier eine amtliche Thätigkeit zu verrichten." — „Es wird gehen müssen", erwiderte Herr von Noë mit einer Entschiedenheit, an welche sich noch einige Wiener Bürger erinnern dürften, „es wird eben gehen müssen", und empfahl sich. Gleich darauf kam eine Deputation von oberösterreichischen Bauern, um Smolka einzuladen, zu ihnen in ihr Land zu kommen, wo er überaus verehrt werde. Was Smolka darauf erwiderte, läßt sich leicht denken. Er begab sich nun geradeswegs zum Grafen Stadion, um ihm von dem Ausweisungsbefehle des Baron Welden Mittheilung zu machen. Stadion war im höchsten Grade erzürnt und rief ein über das andere Mal aus: „Das ist schon wieder so eine Dummheit dieser Federbüsche!" Der Minister des Innern richtete sofort eine Note an den militärischen Gouverneur von Wien, welche die Folge hatte, daß die Zurücknahme der Ausweisung von Herrn Noë von Nordberg persönlich Smolka überbracht wurde. Dieser bemerkte bloß: „Sie sehen, nicht immer muß man."

Smolka lag Alles daran, in Wien bleiben zu dürfen, weil er, wie er am 15. März schreibt, bei der Uebergabe der Reichstagsakten aus der Permanenzzeit unbedingt anwesend sein wollte. Er glaubte nicht genug thun zu können, um einen Mißbrauch dieser Documente zu Ungunsten der angeklagten oder noch anzuklagenden Abgeordneten zu verhüten. „Ich gestehe", heißt es in demselben Briefe, „daß mich die Obhut der Regierung über mich aufgebracht hat. Begreife nicht, worin ich ihnen hier gefährlich oder unbequem werden könnte. Ich fragte — und da schwatzten sie was von einem »öffentlichen Charakter«, »zu viel Aufsehen« ꝛc. ꝛc. Das verstehe ich nicht — was kann ich übrigens dafür, daß die Leute mich anschauen; ich hüte mich sogar, dort

zu verkehren, wo man viele Menschen treffen kann — mit Ausnahme des Theaters."

Die Wiener Gesellschaft behandelte den ehemaligen Präsidenten mit auszeichnender Hochachtung. „Eine Menge Leute", schreibt er am 15. März, „besuchen mich fortwährend, so daß ich gezwungen bin, noch ein Zimmer hinzuzumiethen, was zwar ein verfluchtes Stück Geld kosten wird — aber was thun? Man muß zeigen, daß der gewesene Präsident des Reichstags kein Lump ist. Sehr lächerlich ist es, daß man mich immer »Herr Reichstagspräsident« titulirt." — „Ich glaube nicht", heißt es am Ende dieses Briefes, „daß ich hier länger als 8 bis 10 Tage nöthig sein werde. Ich möchte so schnell als möglich abreisen, um endlich bei Euch zu sein — und auch darum, weil mir der hiesige Aufenthalt, namentlich der »öffentliche Charakter«, viel kostet." — Doch mußte er länger, als ihm erwünscht war, in der Hauptstadt verweilen und wohl oder übel auch die angenehme Last der Ehren tragen, die ihm von allen Seiten erwiesen wurden. „Ich bin wirklich in Verlegenheit", schreibt er am 17., „da ich nicht weiß, wodurch ich alle diese Ehrbezeugungen verdient habe." — Die Journale begannen das Lob des verschrieenen Revolutionärs zu singen. Der alte Krieg, der sich einst für ihn so freundlich verwendet hatte, die Minister Krauß und Stadion, die Kreise der ehemaligen Abgeordneten und der Literaten überschütteten ihn mit ihren Einladungen. „Ich war gestern", berichtet er einmal, „zum Diner bei Neuwall geladen (einem der Führer der Conservativen im aufgelösten Reichstage). Es waren zumeist Ex-Deputirte dort — Koryphäen — hab' noch nie einen solchen Luxus gesehen: goldene Bestecke ꝛc. ꝛc. Ich bekam den Ehrensitz neben der Hausfrau — beantwortete einen auf mich ausgebrachten Toast; — so behandeln mich hier die Schwarz-Gelben.

„Gegenbild: Heute früh erschien bei mir ein oberösterreichischer Bauer (der aber, was das Vermögen anbetrifft, ein completer Herr ist), abgesandt von den bäuerlichen Reichstagsmitgliedern aus Oesterreich (die erzradical sind), um mich zu begrüßen und meine Unterschrift zu erbitten."

„Es ist mir hier sehr übel zu Muthe", fügt er unmittelbar darauf hinzu und entwirft sein ganzes Programm für die Reise nach Lemberg.

Daß Smolka, nachdem er die höchste Würde in der Reichsversammlung bekleidet, nun ohne Weiters in die bescheidene

Lemberger Advocaturkanzlei zurückkehren werde, konnten sich die Wiener Kreise nicht denken. Wieder einmal sprach man allgemein davon, daß er zu diesen oder jenen hohen Aemtern ausersehen sei. „Ich halte es wirklich für einen großen Widersinn", schreibt er am 16. März anläßlich dieser Gerüchte, „daß ich unter irgend einem Gesichtspunkte Gegenstand der öffentlichen Aufmerksamkeit sein sollte. Aber die Leute, namentlich in Wien, müssen durchaus einen »Plausch« haben, und so habe ich schon zu hören bekommen, daß man meine gestrige Anwesenheit bei den Ministern mit Befriedigung bemerkt hat. Bestärken wird es sie in dieser belustigenden Vermuthung, wenn sie erfahren, daß ich ein Billet folgenden Inhaltes bekommen habe: Der Minister des Innern gibt sich die Ehre, Euer Wohlgeboren für morgen zum Diner um 5 Uhr einzuladen."

Wenn ihm die „belustigende Vermuthung" — daß er nämlich irgend einen hohen Posten annehmen werde — gar keinen Sinn zu haben schien, so sollte ihn bei diesem Diner der Minister Stadion selbst eines Besseren belehren. „Ich will Sie", sagte ihm der Minister, „an den Staat fesseln, und wir bedürfen Ihrer Dienste bei der ungeheuren Reorganisationsarbeit, die jetzt in Oesterreich in Angriff genommen werden muß. Nehmen Sie den Statthalterposten von Galizien an; denn ich werde aus Gesundheitsrücksichten zurücktreten und Graf Gołuchowski wird mich ersetzen. Oder wenn Sie nicht nach Lemberg zurückkehren wollen, so wählen Sie irgend einen hohen Verwaltungsposten." — Smolka erklärte sofort, die Anerbietungen des Ministers ablehnen zu müssen; als ihm aber Stadion hierauf den in allgemeinen Umrissen gehaltenen Entwurf einer neuen Landesverfassung für Galizien zuschickte, mit der Bitte, denselben zu begutachten und wenigstens in diesem Sinne an den Arbeiten der Regierung theilzunehmen, erwiderte Smolka schriftlich: der ehemalige Präsident des Reichstags könne sich an den Arbeiten einer Regierung nicht betheiligen, die den Gewaltstreich gegen die constituirende Versammlung geführt. Er würde damit einem ungesetzlichen Akte seine Genehmigung zu ertheilen, würde durch eine quasi officielle Mitarbeiterschaft an den Arbeiten der Regierung sich auf den Boden der octroyirten Verfassung zu stellen scheinen. Bezüglich der vorgelegten Fragen erlaube er sich nur, einige allgemeine Bemerkungen vorzubringen. — In diesen Bemerkungen übte er an dem Entwurfe eine ungünstige Kritik und bekämpfte namentlich die

beabsichtigte — wenn auch nicht ausdrücklich mit diesem Namen bezeichnete — Theilung Galiziens in eine westliche und eine östliche Hälfte. — Sowohl vom Entwurf als von seiner Antwort behielt er authentische, von seiner Hand herrührende Copien zurück, deren Uebereinstimmung mit dem Original er sich durch Florian Ziemialkowski gleichsam notariell bestätigen ließ. Beide Documente bringen wir im Anhang (Nr. 8 und 9) zum Abdruck.

Die Ehren, die man ihm erwies, hinderten übrigens nicht, daß ihm die Polizei, als einem „verdächtigen Revolutionär", in ihrer Weise aufpaßte. Sie ließ es sich nicht nehmen, seine Briefe manchmal in so unverschämter Weise aufzubrechen und bloß oberflächlich zuzukleben, daß er sich vornahm, den Minister Krauß zu bitten, er möge doch für die Zukunft wenigstens eine gründlichere Wiederzusiegelung anordnen.

Wie in Wien, so glaubte man auch im Kreise seiner Lemberger Freunde an die glänzende Zukunft, die sich nun für Smolka eröffne. „Ich habe heute", schreibt er am 26. März, „deinen Brief vom 23. erhalten und mich sehr darüber belustigt, daß man in Lemberg davon spricht, ich würde nun eine Position erlangen, in der ich, wie Władek sagt, mit einer Nase porträtirt werden könnte."

(Władek, sein Söhnchen, lernte damals zeichnen und illustrirte alle Ereignisse mit seinen künstlerischen Einfällen. Er pflegte dem Vater seine Leistungen zuzusenden, was diesem empfindlich viel Porto kostete. „Die Ohren, die mir Władek geschickt hat", schreibt er einmal, „waren zwar sehr schön, aber ein wenig zu theuer.")

Smolka dachte weder an Aemter noch an Würden, sondern nur daran, wie er unter den gegenwärtigen Verhältnissen, ohne seinen principiellen Standpunkt zu verlassen, etwas zum Wohle des Landes beitragen könnte. „Die Freunde", fährt er in dem angeführten Briefe fort, „rathen mir, noch ein wenig länger hier zu bleiben. Ohne Frage ist jetzt eine Zeit, in der man durch Verbindungen dem Lande nützlich werden kann, wie ich es auch wirklich, wie mir scheint, schon geworden bin. Bei aller Sehnsucht, so rasch als möglich nach Hause zu kommen, dürfte ich möglicherweise doch noch einige Tage länger hier verweilen."

Er blieb denn auch, um bei den Verhandlungen über die Ordnung der Verhältnisse Galiziens — unter Anderem auch des

galizischen Schulwesens, über welches er mit dem Unterstaatssecretär Helfert conferirte — nach Möglichkeit zu Gunsten des Landes zu wirken. „Meine Anwesenheit in Wien", schreibt er am 21. März, „ist nicht ganz ohne Nutzen; denn wenn ich es auch abgelehnt habe, mich an der Organisirung der Provinziallandtage zu betheiligen, so kann ich doch durch meine vielen, mir sehr geneigten Bekannten bedeutenden Einfluß ausüben; und so weiß ich auch, daß man meinen Protest sehr in Betracht gezogen hat, und hege die Hoffnung, daß noch Alles zum Wohle des Landes ausgehen wird." — „Wir werden also", fügt er hinzu, „polnische Gymnasien haben." — Offenbar hatte ihm die Regierung Hoffnungen gemacht, wahrscheinlich um ihn doch noch in letzter Stunde zu gewinnen. „Gebe Gott", beschließt er ein späteres, ebenfalls etwas zuversichtlicher lautendes Schreiben, „daß man endlich zur Ueberzeugung gelange, es sei nur durch Gerechtigkeit und Aufrichtigkeit gut und gefahrlos zu regieren möglich."

Aber es sind nur kurze Momente, in denen er sich dieser tröstlichen Stimmung hingibt. In jenen Zeiten konnten seine Bemühungen unmöglich von Erfolg gekrönt sein; das mußte er sich eingestehen. Im Allgemeinen sah er die Lage in nichts weniger als rosigem Lichte. An ein wirkliches Inslebentreten der octroyirten Verfassung hatte er nie geglaubt; aber wenn er die innere Zerrissenheit, die auswärtigen Verwicklungen des Staatswesens betrachtete, konnte er überhaupt an eine baldige Consolidirung der Verhältnisse nicht glauben, konnte nicht anders als mit schwerer Besorgniß in die nächste Zukunft blicken. „Die Schwierigkeiten", schreibt er am 16. März, mehren sich von Tag zu Tag, — so in Betreff Sardiniens, welches Oesterreich den Krieg erklärt hat (es steht schon in der officiellen Zeitung); auch in Ungarn scheinen die Sachen nicht besonders gut zu gehen ... Was mich aber am meisten kränkt, ist, daß es schon seit einigen Tagen heißt, es seien nicht die Ungarn, sondern die Polen, die »rebellirt haben«, — nur hätten sie in diesem Falle die Methode gewählt, nicht mehr auf eigenem, sondern auf fremdem Boden Krieg zu führen. Dieses dumme Gerede macht mich sehr besorgt, da ich geneigt bin, es als Vorläufer einer russischen Invasion anzusehen, die man vor Europa so rechtfertigen würde, daß man sagte: wir haben ein Recht, zu intervenirn, da, wenn die Polen in Ungarn siegen sollten, auch die

Ruhe unserer polnischen Provinzen bedroht wäre. . . Zur Festigung der Verhältnisse trägt auch die Politik gewiß nicht bei, die unser Cabinet gegenüber dem deutschen Bunde verfolgt, und die leicht dahin führen kann, daß der König von Preußen vielleicht schon in diesen Tagen zum deutschen Kaiser gewählt wird; und so würde Oesterreich von deutscher Seite nicht bloß keine Unterstützung mehr zu erwarten haben, — die ihm der Natur der Sache nach gebührt — sondern vielleicht noch Krieg mit Deutschland bekommen. Ich will das nicht weiter ausführen; vielleicht bin ich heut in solcher Laune, daß ich Alles schwarz sehe."

Eine nähere Beleuchtung dieser Stelle ist nach dem, was wir schon früher über Smolka's politische Anschauungen gesagt haben, überflüssig; wir müßten hier nur wiederholen, daß ihm im großen Ganzen die Geschichte, zwar nicht am nächsten Tage, wohl aber im Verlauf der Ereignisse Recht gab.

Die folgenden Briefe athmen dieselbe Stimmung. „Gestern", meldet er am 21. März, „wurden drei Mörder Latour's gehängt, die aber — was mir sehr zu denken gab — das Kriegsgericht verurtheilt hatte . . . Ich sehe die Elemente eines Zustandes, in welchem alle Verhältnisse der Gesellschaft zerrüttet werden können, mehr als je seit der Völkerwanderung." . . . . Am 25. März: „Hier laufen Gerüchte um, daß Bem Hermannstadt genommen habe und in die Bukowina eingerückt sei. Gebe Gott, daß sich die Nachricht nicht bewahrheitet, denn das würde den Einmarsch der Russen und dieser einen allgemeinen europäischen Krieg nach sich ziehen. Ich denke nämlich, daß sich in diesem Falle die Türkei gegen Rußland wenden wird — auf der anderen Seite ist eine französische Intervention in Italien höchst wahrscheinlich. — Wie es heißt, hat der türkische Gesandte mit seinem ganzen Personal Wien verlassen. — Alles dies prophezeit uns nicht den Frieden, der zur Entwicklung der freiheitlichen Einrichtungen so nothwendig wäre. Ich habe Dir gleich aus Anlaß der Auflösung des Reichstags geschrieben, daß ich großes Unheil vorhersehe und das Vorgefühl habe, diese Constitution werde niemals zur Wirklichkeit werden. Was sich seitdem ereignet, befestigt mich immer mehr in dieser Meinung. Der Krieg mit Ungarn wird gewiß nicht so bald beendigt werden . . . In Italien Krieg — besorgnißerregende Verwicklungen mit den Südslaven und überhaupt mit den Donauvölkern — und überdies mit dem deutschen Bunde — und weiß Gott noch mit wem — und da sollte

man an ein regelrechtes Zusammentreten der Provinziallandtage und des Reichstages denken!"

Einen späteren Brief, in dem er über die Rückwirkung der öffentlichen Zustände auf seine persönliche Lage und sein häusliches Verhältniß spricht, beschließt er mit den Worten: „Ich will Dich nicht erschrecken, aber ich weiß, daß Du Muth hast, und irgendwie wird man sich durch alle Schwierigkeiten durchbeißen müssen. Uebrigens kann es sein, daß sich Alles noch sehr friedlich entwickelt und festigt (woran ich zweifle), was aber Gott gebe — Amen!"

Endlich duldete es ihn nicht länger in Wien. Trotzdem ihn seine galizischen Freunde wiederholt warnten, nach Lemberg zu kommen, da er von den dortigen Behörden Unannehmlichkeiten zu erwarten habe, trotzdem ihn seine Frau mit der Nachricht erschreckte, daß man schon für die nächsten Tage den Einmarsch der Russen befürchte, machte er sich am 30. März zugleich mit Ziemiałkowski auf die Heimreise. — Arm, wie er nach Wien gekommen war, verließ er die Hauptstadt wieder: er, der es doch so ganz anders hätte haben können. Nur mit innerem Widerstreben konnte er sich zur Widerausübung der Advocatur entschließen, und dabei hieß es nun ganz von vorne anfangen. „Ich werde nach Lemberg kommen", schreibt er in einem der wenigen Augenblicke, in denen er an seine trübe und ungewisse Zukunft dachte — „und wenn es so wird, wie ich's schon im vorigen Jahr ausgedacht habe — so werde ich Nikorowicz an jene 50 Morgen Feldes mahnen, die er mir zu geben versprochen hat, werde dann Buchweizen säen, während Władek und Nunia die Gänse hüten."

Nikorowicz, ein reicher Gutsbesitzer, hatte ihn im Jahre 1845, als er aus dem Kerker entlassen worden war und zunächst ohne alle Subsistenzmittel dastand, über seine Zukunft mit den Worten getröstet: „Laß dir's nicht zu Herzen gehen; wenn du willst, gebe ich dir 50 Morgen egypt'scher Erde, richte dir eine ordentliche Wirthschaft ein und du kannst sorgenlos leben." — Er hatte damals, da ihm sein ehemaliger Principal Rodakowski bald wieder Beschäftigung gab, von dem Anerbieten keinen Gebrauch gemacht, und dachte wohl auch jetzt nicht ernstlich daran.

Unter der Herrschaft des Belagerungszustandes in Galizien konnte die Verehrung, deren sich Smolka bei seinen Volksgenossen erfreute, nicht in öffentlichen Kundgebungen für den Heimkehrenden hervortreten; sie gelangte aber nichtsdestoweniger zu deutlichem und herzlichem Ausdruck. In Krakau veranstaltete Adam Potocki ein Festmahl zu seinem Empfange, ein zweites gab die Bürgerschaft; beim letzteren wurden, da die Bevölkerung sich zu betheiligen wünschte und Massendemonstrationen verhindert werden mußten, die Gallerien des Festsaales auch dem großen Publikum eröffnet. Geräuschlos, ernst, der Stimmung des Tages angemessen, verlief das Bankett, bei dem es übrigens an Toasten und Reden nicht fehlte. In ähnlicher Weise wurde Smolka auch in Lemberg, wo er am 5. April eintraf, von seinen Freunden und Verehrern gefeiert.

Einige Tage, nachdem er die galizische Hauptstadt wieder betreten, hatte er eine merkwürdige Zusammenkunft. Der Adjutant des Czaren Nikolaus, Oberst Eltschaninoff, der angeblich in Familienangelegenheiten in Lemberg weilte, ersuchte einen Freund Smolka's, ihn mit dem Expräsidenten bekannt zu machen. Der Freund willfahrte dem Wunsche und lud die beiden Herren zu sich ein. Eltschaninoff gestand gleich an demselben Abend unumwunden, daß er von dem Czaren mit dem Auftrage betraut sei, Smolka näher kennen zu lernen. Er stattete hierauf Smolka einen Besuch ab und erzählte ihm weiter, Czar Nikolaus interessire sich für seine Person so sehr, daß er sich Alles habe vorlesen lassen, was die auswärtigen Blätter (den russischen war dies verboten) über Smolka schrieben. Namentlich habe es den Czaren in Erstaunen gesetzt, daß ein Pole, ein allgemein bekannter Conspirator, von einer nichtpolnischen Majorität, in der überdies Smolka's politische Gegner den Ausschlag gaben, wieder und wieder zur höchsten parlamentarischen Würde erhoben worden sei, und die Hochachtung, ja das Vertrauen der Vertreter aller Nationen und aller Parteien zu gewinnen verstanden habe, ohne jemals auch nur im Mindesten seine politischen Grundsätze zu ändern oder zu verhehlen. Was der Interviewer — den Smolka als vollendeten, feingebildeten Hofmann schildert — dem Czaren berichtet habe, ist uns nicht bekannt.

Wenn sich Czar Nikolaus für Smolka interessirte, so beehrten die Lemberger Polizeibehörden den ehemaligen Präsidenten in ihrer Weise mit ihrem nicht minder lebhaften Interesse. Als

im Mai 1849 die russische Armee durch Galizien nach Ungarn marschiren sollte, beauftragte der Landescommandirende General Hammerstein den Chef der Geheimpolizei mit der Verfertigung einer Liste aller „gefährlichen" Personen, die, für die Zeit der russischen Invasion, außerhalb Galiziens internirt werden sollten. Natürlich stand zu oberst auf der Liste Franz Smolka, hierauf folgte Florian Ziemiałkowski, dann die alten Verschwörer Hefern, Leo u.s.w., im Ganzen gegen 40 Personen. Die Deportation Smolka's verhinderte der Gouverneur Gołuchowski, indem er darauf hinwies, daß von Smolka's Charakter kein unüberlegter Schritt zu befürchten sei, während die Vollziehung einer Gewaltmaßregel an der populärsten Person des Landes leicht eine bedenkliche Erregung der Gemüther, sehr unerwünschte Demonstrationen u.s.w. zur Folge haben könnte. So durfte denn Smolka in Galizien bleiben, wurde aber in Lemberg confinirt, was für ihn nur das Unangenehme hatte, daß er jedesmal, wenn er auch nur die kleinste Reise machen wollte, erst die polizeiliche Bewilligung einzuholen genöthigt war, die durchaus nicht immer ertheilt wurde.

Die Anderen kamen nicht so leichten Kaufes davon. Ziemiałkowski nebst vier der „Gefährlichsten" wurden eines Tages in aller Früh verhaftet und sofort, jeder einzeln für sich, nach verschiedenen Orten gebracht, ohne daß Einer während der ganzen Dauer der Reise erfahren konnte, wohin sie gehe, bis Jeder in dem ihm zugewiesenen Zwangsaufenthaltsorte angelangt war. Ziemiałkowski wurde nach Meran gebracht. — Ueber ein Jahr dauerte diese Verbannung. Die Maßregel wurde mit solcher Hast durchgeführt, daß es Keinem gestattet wurde, sich von den Seinen zu verabschieden oder irgend etwas mit sich zu nehmen; ja denen, die man in Morgentoilette antraf, wurde es verwehrt, sich anzuziehen — sie mußten im Schlafrock mit: Russisch genug!

War Smolka in diesem Falle gelinder behandelt worden, so hatte er dafür zahlreiche andere Plackereien, namentlich von Seite der damaligen ebenso servilen als polenfresserischen Bureaukratie auszustehen, die ihre alte verbissene Feindschaft gegen den „Revolutionär" oft in der absurdesten Weise zum Ausdruck brachte. Ein groteskes Beispiel für viele: Statt der bis 1848 in Uebung gewesenen lateinischen Gerichtssprache war in Galizien nach dem Wiederaufersteben des Absolutismus die deutsche eingeführt worden. Nun ereignete es sich, daß einmal ein Schriftstück

aus Smolka's Kanzlei ans Appellationsgericht einlief, das zwar in deutscher Sprache, aber in polnischen oder vielmehr lateinischen Lettern geschrieben war. Den Referenten, Georg Emminger, versetzte der Anblick der Buchstaben in solche Wuth, daß er eine Disciplinaruntersuchung gegen Smolka beantragte — „wegen dieser impertinenten polnischen Demonstration", wie es wörtlich in seiner Motivirung hieß. Daß das Gericht keine Lust hatte, sich unsterblich zu blamiren und den Antrag verwarf, benimmt der Sache ihr Bezeichnendes nicht.

Smolka's Confinirung wurde nie in aller Form aufgehoben, vielmehr in Jahre 1858, vor dem Ausbruch des italienischen Krieges, ausdrücklich erneuert, und er zugleich unter polizeiliche Aufsicht gestellt.

Aber eben dieser Krieg bedeutete den Beginn eines allgemeinen Umschwungs in den politischen Verhältnissen Oesterreichs. Die Tage des Absolutismus gingen zu Ende. Diejenigen, die an seinen Bestand geglaubt und in diesem Glauben gesündigt hatten, waren für zwei Factoren blind gewesen, die früher oder später das bisherige Gefüge des Reiches über den Haufen werfen mußten. Wir meinen die finanzielle Lage des Staates und die nationale Idee. Jene bedeutete die materielle, diese die ideelle Unhaltbarkeit des alten Gewaltsystems.

Von dem Programm Smolka's und den Vorhersagungen, die er an dasselbe geknüpft, wurde ein Theil nach dem anderen zur Wirklichkeit. Italien einigte sich, aber nicht mit Zustimmung, sondern trotz des Widerstandes Oesterreichs. Oesterreich trat die italienischen Provinzen nicht freiwillig ab, um dafür eine Erleichterung seiner Finanzlast einzutauschen, sondern es verlor sie nach zwei blutigen Kriegen, die seine finanzielle Kraft beinahe zu erschöpfen drohten. — Deutschland einigte sich, wie Smolka gewünscht, aber trotz Oesterreich, wie er gefürchtet hatte. Es kam zum Kriege mit Preußen, und ein Hohenzoller setzte sich die deutsche Kaiserkrone aufs Haupt. — Ungarn gewann seine Selbstständigkeit, Galizien seine Autonomie; ob das letztere den Krystallisationskern eines mit Oesterreich verbündeten Polens bilden wird, muß die Zukunft lehren. Smolka's Glaube an die polnische Sache war und blieb unerschütterlich.

Während sich der Zusammenbruch des Absolutismus vorbereitete und vollzog, stand Smolka als unthätiger, aber auf-

merksamer Zuschauer abseits. Kaum aber hatte das österreichische Staatswesen die Bahnen des constitutionellen Lebens wieder betreten, als auch er neuerdings von der Stimme seiner Volksgenossen auf den Schauplatz des öffentlichen Wirkens berufen ward. Damit beginnt ein neuer Abschnitt in Smolka's Leben, der im folgenden Theile dieser Arbeit zur Darstellung gelangen soll.

Anhang:

Documente.

Documente*).

Nr. 1 (zu S. 29).

(Petition vom 18. März 1848.)

Allergnädigster Herr!

Seit zwei Jahren ist im Königreiche Galizien der Landtag nicht zusammenberufen worden, der Verlust des einzigen Organs, mittelst welchem das Land seine Klagen und Wünsche vor den Thron des a. g. Herrn bringen konnte, bestimmt die unterfertigten Gutseigenthümer und Bewohner der Stadt Lemberg, durch die gegenwärtigen Verhältnisse nothgedrungen im Interesse des Wohls des Landes, im Interesse der Ordnung und einer gesetzmäßigen Entwicklung, mit einem den gegenwärtigen Zeitverhältnissen entsprechenden Schritte vor Dich a. g. Herr in der Zuversicht zu treten, daß Du die Ursachen unseres Unglücks beseitigen und unsere gerechten und den gegenwärtigen Zeitverhältnissen entsprechenden Wünsche erhören werdest.

Immer haben wir mit Zuversicht den weisen Verfügungen unsers a. g. Herrn entgegengesehen, indessen haben uns die Ereignisse der letzten Zeit wie ein drohendes Ungewitter getroffen, und wenn irgend wo die stärkste Entwicklung der Nationalkraft nothwendig ist, so ist dies ohne Zweifel in Galizien, wo die unglücklichen Ereignisse des Jahres 1846 eine so weite Kluft zwischen den Grundherrn und den Unterthanen geöffnet haben, daß sie mit gänzlicher Auflösung aller gesellschaftlichen Bande droht.

Die politischen Processe, die ungebührlichen und unnatürlichen Hindernisse, welche der Entwicklung und dem Gebrauche

*) Der Bearbeiter glaubte von den zahlreichen Aktenstücken, die Herr Widmann dem Werke angehängt, in der deutschen Ausgabe nur die wichtigsten und charakteristischesten beibehalten zu sollen.

der Landessprache, den Landessitten und dem freien Ausspruche der Gesinnung entgegengesetzt wurden, die auf keiner Grundlage beruhenden und mit Nichts zu rechtfertigenden Verfolgungen, mit welchen die Landeskinder von den gegen sie von Haß durchdrungenen Beamten angegriffen werden: Alles dies hat eine Aufregung der Gemüther hervorgerufen, welche so schleunig als möglich zu beseitigen, zu einer unaufschieblichen Nothwendigkeit geworden ist.

Wegen der unvollständigen Vertretung der Landesbewohner auf dem Landtage ist eine richtige Erkenntniß dessen, was dem Lande Noth thut, unmöglich. Das bestehende Gerichtsverfahren ist eine der Haupturſachen des Sinkens des Credits, und gewährt keine Bürgschaft, daß die Gerechtigkeit unparteiisch geübt wird.

Die übermäßige Bevormundung der städtischen Gemeinden und die Beschränkung der Bürger in allen städtischen Angelegenheiten gehören unter die Haupthindernisse, welche dem Aufblühen der Städte im Wege stehen.

Die gänzliche Vernachlässigung der Volksschulen und die hieraus entspringende Obscurität des Landvolkes haben die beklagenswerthen Ereignisse des Jahres 1846 möglich gemacht.

Die galizischen Stände bitten schon seit mehreren Jahren um die Regulirung der unterthänigen Verhältnisse und selbst um die gänzliche Aufhebung aller unterthänigen Schuldigkeiten, jedoch erfolglos. Nachdem aber im Jahre 1846 das patriarchalische Band, welches bisher die Grundherren mit den Unterthanen vereinigte, gänzlich und gewaltsam gelöst wurde, so erscheint die gänzliche Aufhebung aller unterthänigen Schuldigkeiten und des Unterthansverhältnisses sowie die Regulirung des Besitzthums als eine unabweisliche Nothwendigkeit.

Die bürgerliche und politische Gleichheit aller Landeseinwohner, welchen Glaubens sie immer sein mögen, vor Gericht und in allen bürgerlichen Verhältnissen, ist eine gerechte Forderung der Zeit und der lebhafte Wunsch derer, welche in dieser Beziehung Opfer bringen.

Mit Freuden haben wir die hochherzige Verfügung begrüßt, mit der Du a. g. Herr den Bewohnern der Stadt Wien die Erhaltung der Ruhe und Ordnung vertraut und eine Commission zur Berathung der den gegenwärtigen Zeitverhältnissen entsprechenden Reformen niedergesetzt hast.

Dies erfüllte uns mit der Hoffnung, daß Du geruhen werdest Allergnädigster Herr die hier ausgesprochenen Wünsche zu erhören, welche in folgenden Punkten enthalten sind:

1. Die Garantirung der polnischen Nationalität und daher die Aufhebung aller der freien Entwicklung derselben im Wege stehenden Hindernisse, die Einführung der polnischen Sprache in den Schulen, bei den Gerichten und politischen Behörden.

2. Eine abgesonderte Provinzialverwaltung.

3. Eine allgemeine politische Amnestie.

4. Revision der ständischen Verfassung und Vertretung aller Classen der Bewohner auf dem Landtage, welcher auf das schleunigste zusammenberufen werden wolle.

5. Aufhebung der Censur und Einführung von Preßgesetzen.

6. Allgemeine und schleunige Bewaffnung der Städte im Zwecke der Erhaltung der Ruhe und Ordnung, der Sicherheit der Personen und des Eigenthums.

7. Ertheilung einer Municipalverfassung auf den ausgedehntesten Grundlagen.

8. Allgemeine Einführung von Volksschulen.

9. Oeffentliches und mündliches Verfahren mit Schwurgerichten.

10. Gänzliche Aufhebung der Roboth und der unterthänigen Schuldigkeiten, welche die galizischen Grundherren ihren gegenwärtigen Unterthanen zum Geschenke machen wollen, ferner gänzliche Aufhebung des Unterthansverhältnisses und der wechselseitigen Verbindlichkeiten, welche zwischen Grundherrn und Unterthanen bisher bestanden haben, zugleich Regulirung des Besitzthums.

11. Gänzliche bürgerliche und politische Freiheit vor dem Gesetze aller Classen der Bewohner, welcher Religion sie immer sein mögen.

12. Besetzung der Aemter mit Landeskindern, die in Galizien geboren sind, und Ausschließung aller derjenigen, die nicht Landeskinder sind.

13. Das Landesmilitär soll im Lande bleiben, soll eine nationale Verfassung erhalten und Officiere, welche Landeskinder sind.

Indem die Unterfertigten diese heißen Wünsche des Landes aussprechen, erwarten sie von der Weisheit Eurer Majestät. die

schleunigste Erfüllung derselben, weil sie darin das einzige Mittel der Hintanhaltung der Gefahren, mit welchen die Ruhe, Ordnung, das Leben und Eigenthum bedroht ist, und die Kräftigung des moralischen und materiellen Wohles des Landes erblicken.

Lemberg den 18. März 1848.

Nr. 2 (zu S. 30).

(Adresse der Polen aus Galizien und dem Krakauer Kreise an Se. k. k. apostolische Majestät Ferdinand I.)

Euere Majestät!

Eine Reihe außerordentlicher Ereignisse hat das alte Gebäude der europäischen Politik in seinen Grundfesten erschüttert. Das System, das so lange Zeit durch die Gewalt der Bajonette und die Anstrengungen der ausgezeichnetsten diplomatischen Kräfte mit Mühe aufrecht erhalten worden, stürzte mit einem Male zusammen. Das erwachte Selbstbewußtsein der Völker hat eine solche Macht erreicht, daß die gewichtigsten Ordonanzen und die zahlreichsten Heere dagegen nichts mehr auszurichten vermögen. Um nicht von dem sich zusammenziehenden Gewitter zerschmettert zu werden, sondern ruhmvoll und neugestärkt aus demselben hervorzugehen, muß das politische Streben den neuen Verhältnissen schleunigst angepaßt und der Fortschritt auf der neuen Bahn offen und beharrlich verfolgt werden. — Unsicheres Schwanken und unthätiges Zuwarten kann nur Verderben bringen, und guter Rath wäre dann zu spät.

Jener Theil Polens, der seit der unglückseligen Zerstückelung unseres Vaterlandes dem Scepter Eurer Majestät unterworfen ist, befindet sich gegenwärtig in einer Lage, welche mit jedem Tage gefährlicher und bedrohlicher wird.

Dieß drängt uns, ungeachtet wir bereits am 18. März 1848 unsere Wünsche in einer Adresse an Euere Majestät ausgedrückt, vereint mit den Abgeordneten des Krakauer Kreises persönlich vor den Stufen des Thrones Euerer Majestät zu erscheinen, um unsere Besorgnisse an den Tag zu legen, und um die schleunigste Ausführung der jetzt unumgänglich nöthigen Maßregeln gegen die Stürme und Gefahren zu bitten, welche

dem Throne und den Völkern Euerer Majestät, ja der ganzen Civilisation Unheil drohend sich erheben.

Wir sind es, die unserer Lage nach, die ersten Stöße derselben auszuhalten haben werden, und die uns zu Theil gewordene Sympathie aller Völker Europas ist das Ergebniß jenes richtigen Vorgefühles, daß uns abermals der ehrenvolle Beruf beschieden ist, die Vormauer gegen die auf Europa eindringende Barbarei und Knechtschaft zu bilden.

Euerer Majestät Vorfahren haben es wohl gefühlt, daß die gewaltsame Zerstückelung unserer Nation ein großes Unrecht, ja, ein politischer Fehler war — Mit diesem verhängnißvollen Augenblicke beginnt die lange Reihe von Reibungen und Verfolgungen, wie auch der gegenseitige Haß zwischen den ehemals befreundeten Nationen — den Deutschen und Polen. — Mit diesem Augenblicke begann die europäische Bedeutung der österreichischen Macht in Verfall zu gerathen, denn die politische Macht der Nationen ist eine relative, und ein Staat, der einen stärkeren Nachbar an der Seite hat, nimmt immer einen untergeordneten Rang ein.

Wir erkennen mit Dank an, daß beim Congresse im Jahre 1815 das Wiener Cabinet die Ausgleichung dieses Unrechts forderte, indem es die Nothwendigkeit der Wiederherstellung des ganzen und unabhängigen Polenreiches einsah. Was die Umstände damals erschwerten, können die Umstände heute erleichtern. Wir haben deß kein Hehl, daß dieß das Endziel unserer Wünsche ist, und daß wir zur Erreichung dieses Zieles bereit sind, Gut und Blut zu opfern. — Dieser Gedanke allein vermag alle Kräfte der Nation in Bewegung zu setzen und zu jeder Aufopferung zu begeistern.

Ermuthigt durch das allerhöchste Patent vom 15. März 1848, welches die Anerkennung und Achtung einer jeden Nationalität verbürgt, sprechen wir vor Euerer Majestät mit aller Offenherzigkeit und vollem Vertrauen die durch das Urtheil der Geschichte und die Stimme von ganz Europa bestätigte Ueberzeugung aus, daß die polnische Nationalität durch die Theilung eine tödtliche Wunde erhalten; daß wir daher in der Erklärung Euerer Majestät unsere Nationalität anerkennen und achten zu wollen, Euerer Majestät Absicht ersehen, die Verträge bezüglich der Theilung Polens rückgängig zu machen.

Um des Heils des Allerhöchsten Thrones Euerer Majestät,

um der Wohlfahrt der Völker willen, über welche das Scepter Euerer Majestät waltet, zögern Euere Majestät nicht, das Wort unserer Erlösung zu sprechen! Gott hat es bereits im Himmel ausgesprochen, möge es durch Euere Majestät auf Erden verkündet werden. Auf dieses Wort werden sich Millionen Hände unter allen Völkern bewaffnen. Die Stimme einer freien Nation ist immer die Stimme der Wahrheit; nun ist der Wiener Traktät bereits in ganz Europa zu nichte. Der Krieg scheint unvermeidlich. Wir fürchten den Krieg nicht, aber wir wollen dazu bei Zeiten gerüstet sein. Wir haben Jahrhunderte hindurch unser Blut für Andere vergossen und sind bereit es auch jetzt für Andere und für uns zu vergießen. Dem Rufe des auferstehenden Vaterlandes werden die Herzen aller Polen mächtig entgegenschlagen.

Aber Galizien ist entkräftet, es hat kein hinreichendes Kriegsheer, ist aller Wehrmittel beraubt und der Willkür des Eroberers preisgegeben.

Damit es nun nicht als Beute dem gemeinschaftlichen Feinde anheimfalle, bedürfen wir des Schutzes Eurer Majestät, und wollen mit Oesterreich und dessen Völkern im Verbande bleiben; dieser Verband kann aber nur auf Grundlage der Aufrichtigkeit, gemeinsamer und zeitgemäßer Freiheiten Bestand fassen, wie dieß schon thatsächlich mit Ungarn und besonders mit dem Großherzogthume Posen der Fall ist, welches letztere uns durch Abstammung seiner Bewohner und seine Vergangenheit verbrüdert ist, und dessen gegenwärtigen Verhältnisse den unserigen analog sind.

Wir bitten daher, Euere k. k. Majestät geruhen die Aufstellung eines aus Polen, die das allgemeine Vertrauen des Landes besitzen, zusammengesetzten provisorischen Nationalcomité vermöge allerhöchster Sanction zu gestatten, auf daß es sich rasch mit der inneren Reorganisation des Landes, auf rein nationaler Grundlage befasse, indem nur so Ruhe und Ordnung im Lande gesichert und die heißesten Wünsche unseres Volkes befriedigt werden können; schleunigst die inneren Einrichtungen vornehme, welche den Anforderungen der Zeit und den dringenden Bedürfnissen der Nation entsprechen; einen Plan zur künftigen Constitution des Landes entwerfe und ein Wahlgesetz für die künftige Nationalversammlung ausarbeite, welche an die Stelle des ehemaligen Landtages zu treten hat, der in seiner Zusammensetzung mangelhaft, übrigens durch die Ertheilung der Constitution that-

sächlich für ungiltig erklärt und aufgelöst ist; ferner daß es Commissionen ernenne, zur Lösung aller jener Fragen, welche die administrative und sociale Organisation des Landes betreffen; endlich seine Thätigkeit ausdehne zur Verwirklichung der nachfolgenden, zum Theil bereits in der Adresse vom 18. März 1848 ausgedrückten Grundsätze und Wünsche der Nation:

1. Die Entfernung der bisherigen Beamten, in so weit es das Comité für das Wohl des Landes nöthig erachten sollte und die Besetzung der erledigten Stellen mit Eingebornen; denn eine nationale Administration muß aus Männern bestehen, die durch gemeinsames Interesse mit der Nation verbunden und derselben wohlgeneigt sind, die jetzigen Beamten aber sind größtentheils uns so wie der uns zugesicherten Constitution feindlich gesinnt. — Sie sind es, die beständig Zwietracht und Mißtrauen zwischen der Regierung und der Nation stiften und unterhalten.

2. Organisirung einer Nationalgarde auf der breitesten Grundlage im ganzen Lande nach Maßgabe des von dem Comité für nöthig erachteten Bedürfnisses.

3. Ein eigenes durch das Comité schleunigst zu organisirendes nationales Kriegsheer, bestehend aus Eingebornen: und befehligt von Eingebornen, oder von Ausländern, die unserer Nationalsache gewogen und derselben zu dienen bereitwillig sind. Die ersten Cadres dieses Heeres hätten die bisher in Galizien recrutirten Regimenter zu bilden, um deren schleunigste Zurückberufung und Unterordnung unter die durch das Comité aufzustellende Organisirungscommission wir Euere Majestät bitten. Das gegenwärtig im Lande befindliche Militär hingegen soll angewiesen werden, den Eid zu leisten, daß es nichts gegen unsere Nationalinstitution vornehmen werde, so lange es im Lande bleibt, und unterdessen zur Erhaltung der Ruhe und Sicherheit auf dem Lande verwendet werden.

4. Einführung der polnischen Sprache in den Schulen, bei Gerichten, in allen öffentlichen Angelegenheiten und Aemtern; in Volksschulen hingegen soll als Unterrichtssprache diejenige Mundart gebraucht werden, die im Orte vorherrschend ist.

5. Die schleunigste Einberufung eines Landtages oder einer Nationalversammlung nach den von dem Comité festzusetzenden constitutionellen Grundsätzen, deren hauptsächlichste und unerläßliche Grundlage die Repräsentation der ganzen Nation ohne Unterschied der Classen und der Religionsbekenntnisse sein soll.

6. Dankend für die von Euerer Majestät uns zu Theil gewordene Preßfreiheit, bitten wir, daß Versammlungen behufs der Berathung über öffentliche Angelegenheiten nicht verboten werden, wie wir erst unlängst ein Beispiel davon erlebt.

7. Allgemeine Amnestie, um welche wir wiederholt bitten, und indem wir Euerer Majestät für die Freilassung der politischen Märtyrer aus dem Civilstande unseren tiefsten Dank abstatten, bitten wir inständigst um eine ähnliche Amnestie für die Militärs, welche noch zur Stunde im Kerker schmachten, und um freien Aufenthalt in unserem Lande für unsere verurtheilten und in Haft gewesenen Brüder aus andern polnischen, unter fremder Herrschaft befindlichen Provinzen sowie um Freilassung jener Unglücklichen, welche von der Amnestie unter dem Vorwande eines bei politischen Bewegungen begangenen Todtschlages oder anderen Verbrechens ausgeschlossen bleiben. Die Freigebung dieser Gefangenen erscheint um so gerechter und nothwendiger, als anderntheils diejenigen, welche das Volk zu Mord und Raub verleiteten und anführten, nicht gerichtet und gestraft wurden, während wir in christlicher Liebe Allen verziehen haben. Mögen daher auch diejenigen befreit werden, welche nach unserer Ansicht völlig unschuldig sind, indem sie sich bloß gegen das bereits gestürzte System gewaltsam auflehnten; zur Vervollständigung dieser Amnestie ist es unerläßlich, daß alle Amnestirten in alle früheren Rechte und in ihr früheres Eigenthum eingesetzt werden, sowie daß alle Beschlaglegungen, Confiscationen und Pränotationen der Verantwortlichkeit für sämmtliche politisch compromitirte Personen aufgehoben werden.

8. Oeffentliches und mündliches Verfahren mit Schwurgerichten, wozu das Comité den Plan zu liefern und dem Landtage zur Bestätigung vorzulegen hat.

9. Die Gleichstellung aller Volksklassen und Glaubensbekenntnisse vor dem Gesetze ist ein Princip, das sich bereits im ganzen civilisirten Europa Bahn gebrochen. Von der freien und harmonischen Entwicklung aller in der Nation vorhandenen Kräfte und der Verwendung derselben zum allgemeinen Besten, hängt die Wohlfahrt des Staates ab. Wahre Vaterlandsliebe kann nur da allgemein herrschen, wo das Vaterland alle seine Kinder als gleichberechtigte Bürger anerkennt und mit gleicher Liebe behandelt. Es ist überdies Forderung der Gerechtigkeit, daß, wer alle Bürgerpflichten erfüllt, auch aller Bürgerrechte theilhaft

werde. — Wir erachten es daher als dringend nothwendig, daß alle im Lande bestehenden Volksklassen und Glaubensparteien in gerichtlicher, bürgerlicher und politischer Hinsicht vor dem Gesetze vollkommen gleichgestellt werden. Insbesondere sollen alle Religionssteuern (Lichterzündungs- und Koscherfleisch-Steuern) unverzüglich erlassen und alle Beschränkungen und Ausschließungen im bürgerlichen und gewerblichen Leben der Religion wegen aufgehoben werden. Die Geistlichkeit beider Ritus sowie die evangelische und aller anderen Confessionen soll sich gleicher Rechte, Privilegien und Würden erfreuen.

10. Ertheilung von Gemeindeordnungen für Städte und Dörfer auf den freisinnigsten Grundlagen, welche den Stadt- und Dorfbewohnern eine Bürgschaft zur freien Entwicklung und Befestigung ihres Gemeindelebens bieten wird.

11. Umgestaltung des (in Galizien bestehenden gehässigen Polizeisystems im constitutionellen Geiste, daß Niemand willkürlich verhaftet und verfolgt, sondern daß lediglich nach dem Grundsatze der „Habeas corpus"-Acte vorgegangen werde.

12. Die Befreiung der bisherigen Grundholden von den Frohnen (und Unterthansschuldigkeiten) sowie die Ertheilung des Eigenthums der Rusticalgründe an dieselben sind Lebensfragen, ja, ein historisches Factum geworden, bekräftigt einerseits durch den Willen und heißen Wunsch der bisherigen Eigenthümer der Frohnen, und andererseits durch die allgemeine Stimme der bisherigen Unterthanen. Das provisorische Comité wird die Aufhebung der Frohnen und die Ertheilung des Eigenthums der Rusticalgründe an die bisherigen Grundholden im ganzen Lande verkündigen; der zu berufende Landtag aber wird lediglich über Servituten, Dominien, die Urbarialsteuer, die Regulirung des Grundbesitzes, überhaupt über die Bedingungen, unter welchen die Befreiung von den Frohnen und sonstigen unterthänigen Schuldigkeiten zum allgemein verbindlichen Gesetze werden soll, entscheiden.

Alle diese Wünsche fassen wir zum Schlusse in der einen dringenden Bitte zusammen, Euere Majestät wolle unverzüglich ein provisorisches Nationalcomité sanctioniren. Gewitterschwangere Wolken schweben über unseren Häuptern. Wir verhehlen es Euerer Majestät nicht: das ganze Land befindet sich in der größten Aufregung. Wenn in irgend einer Provinz Polens Krieg aus-

bricht, alsdann wird in Galizien unter den jetzigen Verhältnissen keine Macht den Aufstand hintanhalten. Daraus würde das größte Unheil für uns und den Thron Euerer Majestät erfolgen, denn eine solche zweifache nach innen und nach außen gerichtete Erhebung in Galizien würde dieses Land in Anarchie versetzen und es leicht zur Beute des Feindes machen. — Ein energisches, streng nationales Comité, ausgerüstet mit einer administrirenden und reorganisirenden Macht, zusammengesetzt aus Männern des allgemeinen Vertrauens und unter dem Schutze Euerer Majestät ist der einzige Rettungsanker und ist allein im Stande, die Kraft der Nation schnell zu heben und die unheilvollen Aufstände und inneren Wirren niederzuhalten. Jeder andere Uebergang von der Beamtenherrschaft, die bis jetzt über dem Lande lastet, zur constitutionellen Freiheit würde uns in den Abgrund stürzen und dabei die benachbarten Nationen erschüttern.

Erfüllen also Euere Majestät zum Heile Ihres Thrones und Ihrer Völker die Bitte, welche wir vertrauensvoll Euerer Majestät ans Herz legen.

Nr. 3 (zu S. 38).

(Adresse der Wähler Smolka's an ihren Abgeordneten.)

(Uebersetzung.)

„Von den Bürgern des Wahlkreises Lubaczow an den Bürger Smolka:

Bürger! Es hat Dich wohl verwundert, daß Dich gerade jener Kreis einstimmig als Volksvertreter in die große Wiener Reichsversammlung entsendet hat, in welchem Du am wenigsten Bekannte gezählt und mit dem Du in fast gar keiner Beziehung gestanden; aber Dein edles Verhalten während Deines ganzen bisherigen Lebenslaufs, Dein makelloser, in der überzeugungstreuen Verfechtung einer guten Sache durch nichts zu erschütternder Charakter, Deine Aufopferung für das Wohl des Vaterlandes, haben genügt, um von dem Momente an, als bei der Aufstellung der Candidatur Dein Name genannt wurde, jeden Mitbewerber auszuschließen. Du aber hast durch Dein Auftreten im Reichstag die politischen Ueberzeugungen, die Du uns im Schreiben vom 18. Juli dargelegt, zur Genüge bewährt: als Mann bist Du aufgetreten, einzig und allein das Wohl des Volkes vor Augen, ohne Rücksicht auf irgend eine Partei.

Mit Freuden lesen wir Deine im Reichstag gehaltenen Reden, und sind stolz darauf, durch unsere Wahl die Sache des Vaterlandes kräftig gefördert zu haben.

Fahre fort, Bürger, Deine edlen Pflichten eifrig zu erfüllen, und Du wirst unsere und des ganzen Volkes unbegrenzte Dankbarkeit verdient haben.

Ehrerbietigen Gruß."

(Folgen die Unterschriften.)

Nr. 4 (zu S. 39).

(Wir drucken hier die Adresse der Juden von Tysmienica, in der sich das Streben nach Assimilirung mit dem polnischen Volke so erfreulich kundgibt, mit allen grammatischen und orthographischen Fehlern ab; es gehört zum Charakter des Schriftstückes, daß es nicht die Arbeit eines „Studirten" ist.)

Geehrtester Herr!

Im Nahmen unserer gedrückten Glaubensbrüder bringen wir Ihnen unseren wärmsten Dank für Ihre in Ihrem sehr werthen Schreiben vom 19. d. M. ausgesprochenen Sympatieen für das gedrückte und tief gebeugte Israel.

Geehrtester Herr! Wir begreifen den Inhalt Ihres ertheilten Rathes, und geben Ihnen die heiligste Versicherung, daß jeder besser denkende der Galizischen Judenschaft, das Interesse der edlen polnischen Nation beherziget, und dahin strebt, die polnische Nationalität unter uns zu wecken und anzuregen.

Ihr Heil ist das Heil unseres Volkes. Mit warmen Dank und Hingebung haben wir das humane Benehmen unserer hochherzigen Polnischen Brüder, als sie in Ihrer Petition um Emancipation unseres gebeugten Stammes das Wort ergriffen, zu würdigen gewußt: Wir gewannen dadurch die festeste Uiberzeugung, daß die polnische Nation von der wahren Tendenz der Freiheit durchdrungen ist, damit hat sie zur Ehre der Menschheit und der wahren europäischen Civilisation gezeigt, daß ihre Devise: „Wolność Równość Braterstwo" keine leere Phrase daß es ihr mit diesem großem Worte Ernst ist.

Edler Herr und Freund unseres Volkes! Wir verweisen Sie auf einem von Tysmenitz datirten Aufsatze in der Zeitschrift „der Unpartheiische" Nr. 15 ferner auf einer Adresse von der hiesigen Gemeinde an der Rada narodowa in Stanislaw, welche in Nr. 29 der Zeitschrift „Rada Narodowa" gedruckt ist, dann auf einen

Artikel in der von Herrn Löbensstein redigirten W. A. Zeitung Nr. 63, und endlich auf einem Aufruf der Krakauer Israeliten in der Zeitung des „Judenthums" Nr. 23. In diesen Aufsätzen, werden Sie die Gesinnungen unserer Glaubensbrüder erblicken, und daß die größte Theil diese Gesinnung hegt und an den Tag legt, darauf geben wir Ihnen das heiligste Ehrenwort!

Wenn die polnische Sprache uns Allen nicht eigen ist, und ein Mangel an Assimilirung sich herausstellt, wer mehr als der Absolutismus trägt die Schuld? Durch was mehr als durch das unheilvolle System, ist eine unglückselige Kluft zwischen Christ und Jude entstanden?

Durch was mehr als durch Jesuiten-Kniffe und Despotie ist der Nahme Jude zum Schimpfwort in dem Munde unserer christlichen Brüder geworden? Wir wiederholen es, die alten Formen haben eine Trennung zwischen uns herbeigeführt, die alten Gesetze haben uns gesondert und geschieden.

Das tyranische Verdrängen unserer Glaubensbrüder, zu dem unglückseligen Nahrungszweig der Spekulation und des Schachers diesem traurigen Geschicke auf Erden, hat jedes edle Streben in uns erstickt, hat jeden Sinn für Freyheit zu meucheln gesucht.

Aber aus dem tiefsten Abgrund in dem die Menschheit zu stürzen drohet, hat eine erhabene göttliche Hand sie herausgezogen.

Im Jahre des Heils 1848 wurde unser Welttheil, durch ein moralisches Erdbeben erschüttert, die alten Formen abgeschüttelt; die Völker aus ihrem Geistesschlummer aufgerüttelt.

Die Freiheits Idee hat sie Alle beseelt. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ist die donnernde Stimme die alle Schranken zwischen Confessionen, welche Fanatismus und Aberglaube um die Menschheit gezogen, zertrümmert. — „Für alle im Ebenbilde Gottes erschaffene Menschen hat die Erlösungsstunde geschlagen, und der Auferstehungstag der Freiheit ist herangebrochen. Jetzt gilt nicht mehr wer Christ oder Jude, sondern wer Mensch ist und als Mensch gebühren ihm alle Rechte" ist der erhabene Grundsatz der Democratie, die Basis der Volkssouvreinität, auf dem der Tempel der europäischen Freyheit prachtvoll aufgebauet wird. Durch Assimilirung der verschiedenen Confessionen kann die Freyheit allen Stürmen der Zeiten Trotz bieten und ewig bestehen.

Nun geehrter Herr! An Euch edle Pohlen, ist es unsere galizischen Glaubensbrüder zu polonisiren. Euch als Nation deren Nationalität heilig und unversehrt bleiben muß, deren Gültigkeit die Völker Europas anerkennen und sanctioniren, Euch liegt die Pflicht ob, unsere Glaubensbrüder mit Euerer Nationalität zu indentificiren.

Durch Bildung jüdischer Ackerbau-Colonien und Gewöhnung der Israeliten an Besitz von Grund und Boden; ja durch das gänzliche Herausreißen aus dem Schlamme des Handels und elender schwindlicher Spekulation, die nur die Sinne verwirren und die die Gefühle ersticken, endlich durch Anlegung von Schulen faßt in jeder kleinen Gemeinde worin die polnische Sprache gelernt, und zum Organe der Erlernung der nöthigen Bildungs-Kenntnisse wie: Rechenkunst, Geschichte, Geographie, erhoben werden soll, kann der Zweck der Verschmelzung erreicht werden.

O! Ihr Freyheitsbegeisterte Pohlen, Euere energische Verwendungen und kräftige Unterstützung solcher Maßregeln, bei der hohen Reichsversammlung können erwähnte Institute ins Leben rufen. Strebet daher solche Anstalten zu gründen, leget den Grundstein solcher heilvoller Instituten, damit wir weiter bauen können. Eine halbe Milion Seelen wird dadurch Euerer Nationalität zuströmen, kein Decenium wird verstreichen, und das Werk Euerer Hände wird kräftig zum Heile blühen. Und wenn Sie mit dieser Ansicht einverstanden sind, bitten wir Sie um fernere Correspondenz hierüber, denn es handelt sich einen großen Zweck zu erreichen von dessen Realisirung wir Großes zu hoffen haben. Zum Schlusse bemerken wir Ihnen, daß wir Ihr werthes Schreiben in der jüdischen Sprache übersetzt haben, und mehrere Exemplare auf den Mauer- und Sinagogen-Ecken affigiren ließen, um dem Volke Ihren Rath mitzutheilen. Mit Enthusiasmus wurde derselbe aufgenommen, so einen edlen Menschenfreund, wie Sie, segnete Jeder freudig und lebhaft.

Fahren Sie fort edler Herr! in Ihrem humanen Wirken für die heilige Sache Israels. Die Waffe der Wahrheit ist mächtiger als die der Lüge und Bosheit, glorreich der Sieg, welchen die Wahrheit über der Lüge davon tragt, und wie die Sonne aus dickem Gewölke herausleuchtet, muß die Wahrheit in ihrer vollkommenen Erhabenheit aus die Zeiten der Finsterniß glänzend hervorstrahlen.

Gott segne Sie und Ihre Nation mit heißestem Wunsche rufen wir: „Es lebe die Nation-Polens für und für."

Von Lese und Fortschrittsverein zu Tysmenitz d. 27. August 1848.

Ab. Schulmann — Secretair m. p.
H. Cohn — sub Praesident m. p.
S. D. Sokal — Inspektor m. p.

Nr. 5 (zu S. 44).

(Briefe aus der Bukowina an Smolka.)

Hochverehrter Herr!

Das gütige Wohlwollen, welches gleich in die schönste Handlung überging, indem Sie, wie ich mittelst Ihres mir sehr werthen Schreibens in die Kenntniß gesetzt wurde, unsere Angelegenheit in dem Constitutionsausschusse bereits vorgetragen haben, hat mich sehr innig und freudig berührt.

Ich bin überzeugt, daß nur die kluge und weise Einleitung und Ihre tiefe Einsicht bewirken konnte, daß der Constitutionsausschuß sich überzeugt hat, daß das Begehren der Bukowiner gerecht und billig sei, und es nun nicht mehr zu zweifeln sei, daß auch die hohe Kammer sich hievon überzeugen werde und wir nunmehr unsere innigsten Wünsche bald erfüllt sehen werden.

Indem ich nun Ihnen für diese der Bukowina erwiesene Wohlthat meinen wärmsten Dank ausdrücke und versichere, daß dieselbe mit Ausnahme einiger schwachen und beschränkten Menschen, von allen Bukowinern anerkannt wird, bitte ich zugleich die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung entgegen zu nehmen mit der ich die Ehre habe zu sein

Ihr Herr Reichstagspräsident gehorsamer Diener
Eugen Bischof.

Czernowitz, am 13. März 1849.

Hochverehrter Herr Reichstagspräsident!

Wir glauben Ihnen keinen ausgezeichneteren Beweis unserer Hochachtung geben zu können, als indem wir Sie versichern, daß an der Freude, welche die Nachricht von der für uns hochwichtigen Sitzung des Constitutionsausschusses am 1. März l. J. und von

Ihrer thätigen warmen Theilnahme an den Schicksalen unseres Landes, verursacht — die Ueberraschung gar keinen Antheil hat.

Von dem Manne, dessen Patriotismus sich immer glänzend bewiesen, waren wir gewiß, daß er ein gleiches Gefühl in uns ehren wird — das gewichtige Wort, welches immer fürs Recht eingestanden, mußte uns auch günstig sein — und wenn der Adel Ihrer Gesinnungen sich in den leidenschaftlichen parlamentarischen Momenten Anerkennung erzwungen, und oft verschiedene Ansichten unter ein versöhnendes Banner zu scharen vermochte, wie sollte Ihnen in unserer klaren Sache der einstimmige Beitritt Ihrer werthen Collegen fehlen.

Was aber unsere Freude bedeutend erhöht, ist: daß die Männer, die uns das Wort geführt, gerade dem Lande angehören, mit dem wir die administrativen Bande lösen sollen! In einem kleinen Kreise haben Sie dadurch jene Lügen gestraft, die die Verbrüderung der Völker, die Wiege besserer Tage, als ein Traumgespinst ansehen. Im Gegensatze zu den Männern der „alten Zeit", die Länder vereinigten und ihre Herzen trennten, haben Sie im Bewußtsein Ihrer Mission dazu beigetragen, daß zwei Provinzen getrennt, sich den Bruderkuß geben.

Möge der Dank, den wir Ihnen im Namen unseres Landes dafür aussprechen, von Ihnen in seiner ganzen aufrichtigen Wärme erkannt werden.

Czernowitz den 12. März 1849.

Jordaki Wassilko. Alexander Gojan.
Dr. Michal v. Zotta. Dr. Christoph Petrowicz.
Jacob Miculi.

Nr. 6 (zu S. 88).

(Uebersetzung.)

Bemerkungen über die Vorgänge in Wien am 6. October 1848.

Von einem Augenzeugen.

Der amtliche Bericht des k. k. Militärgerichtes über den wider die Mörder des Kriegsministers Grafen Latour durchgeführten Proceß und das im Jahre 1872 erschienene Werk von Moritz Smets: „Das Jahr 1848" weichen in ihren Darstellungen der Ereignisse im Kriegsministerium am 6. October 1848 nur wenig von einander ab.

Allein der amtliche Bericht läßt — wenn er auch in seinem Streben nach Objectivität die Handlungsweise der Polen und des damaligen Vicepräsidenten Smolka nicht gerade verdammt — doch andererseits eine hinreichend klare Darstellung der eifrigen Bemühungen Smolka's um die Rettung des Ministers vermissen. Einige Episoden jener Ereignisse scheinen im Berichte sogar absichtlich übergangen zu sein, einmal weil sie die Ziele der damaligen Reactionspartei und die Abneigung des Kriegsministers gegen dieselbe beleuchten, und zweitens, weil sie zeigen würden, welches Vertrauen Graf Latour zu Smolka gehabt.

Schon im Juli oder im August jenes denkwürdigen Jahres hatte sich Graf Latour — bei einem Diner im Kriegsministerium, an welchem mehrere bekannte Reactionäre theilnahmen — als die Rede auf Smolka kam, ostentativ geäußert: „Dr. Smolka würde ich gerne zu meinen Collegen zählen." Als ihn sein Adjutant nach der Tafel vertraulich fragte, ob das mehr als ein gelegentlich hingeworfenes Wort gewesen, erwiderte er mit voller Entschiedenheit: „Im Gegentheil, es ist meine ernste Meinung, und ich würde es gerne sehen, wenn Smolka von meiner Zuneigung für ihn Kenntniß erhielte."

Den besten Beweis aber für das Vertrauen, das Latour zu den Polen und namentlich zu Smolka hatte, bildet eine nirgends erwähnte Episode der Ereignisse vom 6. October, an welchem Tage der Kriegsminister von allem Anfang gegen ein Einschreiten der bewaffneten Macht und überhaupt gegen jedes Blutvergießen war; — denn schon um 9 Uhr Morgens trug er seinem Adjutanten Niewiadomski auf, sich in den Reichstag zu begeben und vor Allem Smolka sowie die Polen überhaupt von der drohenden Gefahr zu benachrichtigen. Der Adjutant that, wie ihm befohlen, fand zwar Smolka nicht, setzte aber den polnischen Delegirten die Sachlage auseinander, die sich auch in jeder Weise Mühe gaben, daß der Reichstag unverzüglich zu einer Sitzung zusammenberufen werde. Aber der in die Pläne der Reaction eingeweihte Präsident Strobach setzte dem Widerstand entgegen und ließ es erst zu, als die aufgereizte Volksmenge bereits über die Handvoll Soldaten das Uebergewicht erlangt hatte.

Bis zum Heutigen leben Zeugen, die bei dem am 6. October um 10 Uhr Morgens abgehaltenen Ministerrath zugegen waren, in welchem die Minister Latour und Doblhoff sich jeder

Repression mittelst Waffengewalt entschieden widersetzten; konnten doch den Hunderttausenden der Wiener Bevölkerung kaum einige Bataillone entgegengestellt werden. Aber vergeblich — die Mehrheit, an ihrer Spitze Bach, trug den Sieg davon. Als das Feuer eröffnet wurde, war derselbe Bach der erste, der, von einem Lakaien des Grafen Latour hinausgeführt, entfloh, indem er den Schlüssel des einzigen Ausgangs, der zur anstoßenden Kirche führte, mit sich nahm.

Die weitere Erzählung in den angeführten Werken entspricht der Wahrheit. Von dem Momente aber, da der Adjutant Niewiadomski im Ministerialbureau seinen eigenen Civilrock auszog, um ihn dem Minister anzuziehen, und letzteren — den trotz allen Bitten Niemand geleiten wollte — in seine Wohnung im vierten Stock hinaufführte, ist der Bericht unklar und übergeht sogar in tendenziösem Sinne Alles, was auf die polnischen Delegirten Smolka, Sierakowski, Wieńkowski oder auf die andern, wie Borrosch und Schuselka, ein schmeichelhaftes Licht hätte werfen können. Der letztere war sogar bis zu einem gewissen Grade in die Vorkehrungen zur Flucht eingeweiht. (Vgl. Schuselka's Schriften.)

Aber ein ungünstiges Geschick oder auch der Neid der Adjutantur des Ministers verhinderte die Rettung, die im voraus wohlüberdacht und nicht einmal schwierig war. Die Wohnung des Adjutanten, Hauptmanns Niewiadomski, nämlich befand sich in einem engen, dunklen Gang des vierten Stockwerkes. Schon im Monat Mai desselben Jahres, als ähnliche Unruhen häufig vorkamen, hatte derselbe Adjutant des Grafen Latour den verhaßten Minister Montecuculi verkleidet und mitten durch alle Barrikaden zur Stadt hinausgeführt. So hatte auch der Minister Doblhoff im September bei einer ähnlichen Gelegenheit in derselben Wohnung verborgen eine ganze Nacht hindurch geschlafen, während ihn das Wiener Volk überall, selbst in Baden, suchte, da jener Adjutant so vorsichtig gewesen war, das Gerücht von der Abreise Doblhoff's in einem öffentlichen Local zu verbreiten.

Dieselbe Taktik wollte er auch am 6. October befolgen. Er gab den Enragirtesten den Rath, das Kriegsministerium durch die akademische Legion besetzen zu lassen; und zeigte schließlich dem rasenden Pöbel die Stelle, die der Minister angeblich zur Flucht benützt habe. Niewiadomski wäre bei dieser Gelegenheit

selbst zu Grunde gegangen, wenn nicht Smolka und Sierakowski dazwischengetreten und ihn den Händen der Mörder entrissen hätten.

Wie durch ein Wunder gerettet, eilte er, nachdem er unten das Terrain recognoscirt, ins vierte Stockwerk in seine Wohnung, um entweder die Thür zum anstoßenden Dachboden der Kirche einzuschlagen oder den Minister in die Kleider seines Officiersburschen oder in die Uniform eines auf dem Gang Wache stehenden Invaliden zu stecken, zu welchem Zwecke sogar eine entsprechende Perrücke bereit lag.

Unglücklicherweise fand er den Minister nicht mehr in der Wohnung. Einer seiner Collegen, der es Niewiadomski nicht gönnte, daß es ihm nunmehr den dritten Minister zu retten gelinge, hatte, wie er meinte, in der entgegengesetzten Ecke des Gebäudes ein noch besseres Versteck ausfindig gemacht, das keinen Ausgang noch auch irgend eine Möglichkeit der Flucht darbot — namentlich durch die hellen, zum Theil von bewaffneten Garden bewachten Gänge.

Das in den citirten Schriften weiter Erzählte ist richtig; doch übergeht der amtliche Bericht ein sehr wichtiges Factum: daß nämlich Hauptmann Niewiadomski, als er das Unheil herannahen sah, eine Stunde vor der Katastrophe zum „Schottenthor" geeilt ist und von dort aus einen ihm unbekannten Cavallerieofficier mit der Nachricht von der drohenden Gefahr zum commandirenden General Auersperg entsendet hat, der kaum einige hundert Schritte entfernt stand. Als dieser Officier später erfuhr, daß General Windischgrätz Niewiadomski habe verhaften lassen, bezeugte er in einem aus Pest eingesandten Schreiben die Richtigkeit jener Thatsache — woraus also folgt, daß General Auersperg über die Vorgänge in der inneren Stadt genau informirt worden war, ohne auch nur einen Schritt zu thun, um den Minister zu retten. Die Reactionspartei brauchte einen Scandal.

Die Thätigkeit Smolka's und der Reichstagsdelegirten, die bis zum letzten Moment ausgeharrt hatten, wird im amtlichen Bericht mit einer gewissen lakonischen Gleichgiltigkeit dargestellt. Es wäre wohl interessant zu erfahren, was einige unbewaffnete Abgeordnete hätten ausrichten können, als die zurückgebliebenen Adjutanten: Major Br. Borberg, Hauptmann Niewiadomski, Hauptmann Gr. Gondrecourt und Lieutenant Walz, alle der

Reihe nach durch brutale Gewalt fortgestoßen und festgehalten wurden — als die Grenadiercompagnie von der Hauptwache sich, gänzlich demoralisirt, nach allen Seiten zerstreut hatte, während der Generalcommandirende an der Spitze einer bewaffneten Macht in einer Entfernung von etwa tausend Schritten dastand und der Unthat zusah!

So wird auch im amtlichen Bericht nicht mit einem Worte erwähnt, daß Hauptmann Niewiadomski, nachdem er die Nacht im Reichstagssaal schlaflos zugebracht, sich am nächsten Tage ins Hauptquartier begab und dann auf ausdrücklichen Befehl des Generalcommandirenden in die Stadt zurückkehrte, um durch Smolka's Vermittlung beim Reichstage zu erwirken, daß das Militär mit Brot verproviantirt werde — eine Vermittlung, zu der sich der damalige Vicepräsident aus Gründen der Humanität verstand.

Die in vorstehenden Zeilen enthaltenen thatsächlichen Angaben entsprechen genau der Wahrheit, enthalten auch nicht die geringste Uebertreibung, was mit Eid und Ehrenwort zu bekräftigen bereit ist

Taddäus Niewiadomski,
ehemaliger Adjutant des Gr. Latour.

Lemberg, den 15. April 1883.

Nr. 7 (zu S. 174).

(Schmähbriefe gegen den Reichstag, oder vielmehr gegen die Linke; eingelangt zu Handen des Reichstagspräsidenten Smolka.)

I.

Daß die Landleute in der Gegend dort dem Reichstag eine Ergebenheitsadresse ꝛc. gebracht haben, ist hier recht gut bekant, daß das nur von der Linken des Reichstages selbst veranlaßt wurde, denn man hat diese Leite dazu aufgefordert, was wahrhaft lächerlich ist, sich solcher Mittel zu bedienen, nehmlich so verstrickte Schleichwäge zu suchen, was man hier recht gut versteht, was der Auswurf von der Linken dort dadurch zu erzwecken sucht.

Der Fackelzug, der im vorigen Jahre von den Landleuten hier dem Abgn. Kutlich gemacht wurde, ist auf selbe Art von

den Studenten veranlaßt worden, nehmlich dieses Gesindel ist auf den Dörfern lings und rechts herum gerissen, un die Bauern dazu aufzufordern. Das sind Bubenstreiche, auf die der Bauer nicht denkt, und wann er aufgefordert wird, das Maul nicht hält.

Lesen Sie doch öfters den Hansjörgl und die Theaterzeitung ꝛc. besonders vom ersten das 18 Heft und von letzteren vom 9 und 10. Februar.

Es wäre die höchste Zeit, wen einmal der Mist von der Linken des Reichstages ausgenüstet würde, den dort sitzen Kerle, die täglich aufgehängt zu werden verdienen, daher hier der algemeine Wunsch, daß dieser Reichstag aufgelöst werde.

Warum verzögert man dort, den schlechten Kerl Kaim auszuliefern, ist das nicht abscheulich schlecht, wenn der Reichstag einen solchen Menschen in seinen Schutz nimmt und ihn der Gerechtigkeit nicht selbst überliefert. Pfuj Schande! Was soll man sich von ein solchen Reichstag erwarten. Ich sage Reichstag, allein da verstehe ich freulich nur die Linke, denn die Rechte denkt freulich anders aber diese hat zu wenig Gewicht, um der guten Sache Nachdruck zu geben.

Der Himmel gebe nur, das bald ein Donnerwetter auf der Linken in Reichstag einschlagen möchte, und die schwarze Raaben todschlage.

Fischhof; Goldmark, Borrosch, Wioland, Kaim, Schuselka, Kutlich, Füster, Löhner, Sterz ꝛc., das sind Menschen von denen man hier allgemein nur mit Abscheu spricht.

Jos. Nadro.

II.

Endlich haben wir eine Constitution von Kaiser selbst, und nicht von den elenden Reichstag, in welchen auf der linken so schlechte Kerle sitzen, die schon längst den Galgen verdint hatten. Es wäre eine Schande, daß wir uns von solchen Lumpen Kerls Gesetze geben ließen. Wenn ich sage Reichstag, so verstehe ich immer nur die Linge, in welchen besonders Borrosch, Violand, Fischof, Goldmark, Schuselga, Kutlich, Füster, Kaim, Löhner, Scherzer und noch mehrere andere solche Spitzbuben, die mir nicht gleich einfallen, den Mist und den Auswurf bilden.

Es ist darum hier der allgemeine Wunsch, daß nur wegen diesen Spitzbuben auf der Lingen, der ganze Reichstag gesprengt

werde, denn jeder ehrliche gut gesinde Mann, schämt sich von solchen Lumps dictiren zu lassen.

Dieser Wunsch ist nun heite Gott lob erfült worden und Alles jubelnd hier von Freude, daß diese Spitzbuben einmal gesprengt sind, den diese elenden Kerl verdienen, daß man sie nicht todt schißen, nicht hängen sondern durch den Schiender wie Hunde todschlagen lassen soll. Du elender Wioland besonders freie dich wenn du nach Wien kommst, so wie Fischof und Goldmark. Der Schinder wart schon auf euch.

(Aber auch über die Rechte äußerten sich derartige „Volksstimmen". Wir denken aber, der Leser habe an den angeführten Proben dieser Gattung genug und drucken nur noch folgende Zeilen ab, die eines Tages dem Präsidenten Smolka zukamen.)

Herr President!

Damit Sie nicht erschreken, wenn es zu etwas kommt, so vertrau ich, aus besonderer Achtung für ihre Berson, das wir 64 uns verschworen haben, alle Mitglieder der Rechten, zum Heil des Vaterlands und armen Ehrwerbsleite aus dem Weg zu schaffen.

Ein 64ger.

Nr. 8 (zu S. 190).

(Vom Minister Stadion dem gewesenen Reichstagspräsidenten Smolka vorgelegtes Schriftstück, betreffend die Organisation der galizischen Landesvertretung.)

(Copie.)

Erhalten den 18. März 1849. In Berücksichtigung der großen Ausdehnung von Galizien und der dadurch bedingten größeren Zahl der Landtagsabgeordneten wäre es zweckmäßig, den Landtag in zwei Curien zu theilen, wovon die eine in Krakau, die andere in Lemberg zu tagen hätte. Jede dieser Curien hätte aus 140 Abgeordneten zu bestehen. Nachdem in den meisten Städten Galiziens das Interesse der Agricultur, der Urproduction bei weitem das vorwiegendste ist, das industrielle Interesse aber in den wenigsten in den Vordergrund tritt, nachdem somit in den meisten Städten der Grund einer eigenen, von der der Landgemeinden gesonderten Vertretung wegfällt, so scheint es noth-

wendig, das Verhältniß der Vertretung der einzelnen Interessen anders festzustellen als es im Entwurfe der Landesverfassung für Niederösterreich § 7 u. f. f. der Fall ist, wie dies bereits von den Vertrauensmännern anderer Kronländer z. B. von Tirol aus den nämlichen Gründen beantragt wurde.

Eine Aenderung in dem Verhältnisse der Landesvertretung erscheint auch aus dem Grunde nothwendig, weil der Dominicalgrundbesitz, der eigentlich den Besitz der Höchstbesteuerten darstellt, zu dem Rusticalgrundbesitz, der in den Landgemeinden vertreten erscheint, nach dem Geldwerthe des Grundertrages wie 1 zu 3 (7 Millionen zu 19 Millionen) sich herausstellt.

Um nun das Verhältniß der Vertretung der einzelnen Interessen in Einklang zu bringen mit dem thatsächlichen Verhältnisse dieser Interessen im Lande, scheint es am entsprechendsten unter den Städten nur den bedeutenderen d. i. den eigentlich industriellen oder aber politisch wichtigeren eine eigene Vertretung zu geben, wo sodann bei den wenigen Städten, die unter diese Kategorie gehören, die Zahl von 40 Vertretern für ganz Galizien, beziehungsweise 20 in jeder Curie als vollkommen zureichend und entsprechend erscheint. Das Verhältniß der Vertretung der Höchstbesteuerten aber zu den der Landgemeinden wäre wohl am angemessensten dem oben angegebenen Verhältnisse entsprechen wie 1 zu 3 in jeder Curie anzusetzen.

Demgemäß entfielen in jeder Curie auf die Städte 20 Abgeordnete
auf die Höchstbesteuerten ..... 30 "
auf die Landgemeinden ..... 90 "

Die Uebereinstimmung mit dem Original bezeugen
F. Ziemiałkowski — F. Smolka.

Nr. 9 (zu S. 190).

(Smolka's Memorandum.)

Euer Excellenz
Herr Minister des Innern

haben mich mit dem Vertrauen beehrt, meine Mitwirkung bei Feststellung der Landesverfassung für Galizien in Anspruch zu nehmen.

Mein sehnlichster Wunsch, in jeder Lage dem öffentlichen Interesse zu dienen, kömmt jedoch in obgedachter Beziehung in

einen für mich sehr peinlichen Widerstreit mit dem Gefühle einer Pflicht, welche mir, wie ich glaube, gegenüber dem constituirenden nunmehr aufgelösten Reichstage, namentlich im Grunde der von mir in demselben eingenommenen Stellung obliegen soll.

Ich habe die Auflösung des constituirenden Reichstages — namentlich mit Rücksicht auf den gewählten Zeitpunkt schon an und für sich — noch mehr aber die Art der Ausführung derselben gleich im ersten Augenblicke als ein unheilvolles Ereigniß angesehen.

So wie ich aber einerseits — nachdem das Geschehene nicht mehr ungeschehen gemacht werden konnte — das Gefühl der Unzufriedenheit, das dieses Ereigniß voraussichtlich nach sich ziehen mußte, durch mein Verhalten, namentlich gegenüber den Reichstagsabgeordneten nach Kräften (und zwar mit Erfolg) zu mildern beflissen war — so glaube ich andererseits schon im Grunde meiner innegehabten Stellung als Präsident des constituirenden Reichstages mich nicht an Arbeiten betheiligen zu dürfen, die auf die Gutheißung eines Ereignisses schließen ließen, welches ich schon vermöge meiner individuellen Auffassung tief beklage — wodurch ich aber überdies im Grunde der eingenommenen Stellung als Repräsentant des ehemaligen constituirenden Reichstages in seinen Beziehungen nach außen — der mir möglicherweise obgelegenen Pflicht der Erhaltung desselben vergeben zu haben befürchten müßte.

Wenn nun noch in Betracht gezogen wird, daß ich als Mitglied des Constitutionsausschusses an der Zustandebringung des von den jetzigen Bestimmungen wesentlich abweichenden Entwurfes der Constitution betheiligt war, so bin ich überzeugt, daß mich Eure Excellenz in unbefangener Würdigung der Sachlage für entschuldigt halten werden, wenn ich mich von der Betheiligung an der Feststellung der Landesverfassungen zurückziehend mir bezüglich der vorgelegten, im Anschlusse rückfolgenden Fragen nur nachstehende allgemeine Bemerkungen vorzubringen erlaube.

Der vorliegende Plan für die künftige Landesvertretung Galiziens würde, wenn er zur Ausführung käme, nicht nur die von Sr. Majestät in der octroyirten Constitutionsurkunde gewährleistete Einheit Galiziens thatsächlich vernichten, sondern auch die Erzielung der Wohlthaten, die eine den Zeit- und Landesbedürfnissen anpassende Landesvertretung bezweckt, gänzlich in Frage stellen.

Die Eintheilung des galizischen Landtages in zwei Curien, die Krakauer und Lemberger, wäre eine thatsächliche Theilung Galiziens — eine Theilung, die dem Lande zu tiefe Wunden schlagen, auch die Möglichkeit einer ersprießlichen einheitlichen Thätigkeit eines in zwei so weit auseinanderliegenden Curien getheilten Landtages zu sehr in Frage stellen würde, als daß ich die Ausführung dieser Maßregel ob des bloßen Umstandes der großen Ausdehnung dieses Landes und der dadurch bedingten größeren Zahl der Landtagsabgeordneten (die immerhin noch bedeutend kleiner als 280 sein könnte) gutheißen könnte; besonders da eine andere Provinz, deren Bevölkerung und die dadurch bedingte Zahl der Landtagsabgeordneten der Galiziens (ohne Bukowina) gleichkommen, überdies aber bezüglich dieser Provinz vielleicht dringendere Theilungsgründe vorkommen dürften — von einer derartigen Theilung hoffentlich verschont bleiben wird.

Was nun die beabsichtigte Aenderung der Verhältnisse der Factoren der Landesvertretung (bezüglich der im Allgemeinen angenommenen drei gleichen Theile für die Stadt, die Landbevölkerung und die Höchstbesteuerten) anbelangt, so scheint der Umstand, daß die Industrie Galiziens auf einer niedrigen Stufe sich befindet, gerade eine sorgfältigere Vertretung des industriellen, respective städtischen Interesses zu erheischen — da nur auf diese Art das Aufblühen des Handels und der Industrie in Gälizien gefördert werden kann, wenn der gesetzgebende Körper diesen Zweigen seine ganze Aufmerksamkeit zuwendet.

Die Beschränkung der Vertretung der Höchstbesteuerten auf die Dominicalisten dürfte sich mit dem im a. h. Patente vom 7. September 1848 ausgesprochenen Grundsatze der Gleichstellung der ehemaligen Dominical- und Rusticalgründe nicht vereinbaren lassen — und müßte durch das der Vertretung der Landgemeinden hiedurch gebotene Uebergewicht, bei der leider nur zu tiefen Cultursstufe des galizischen Landvolkes in jeder Beziehung von den nachtheiligsten Folgen für Galizien werden.

Dies wären die Gründe, weshalb ich von der innigsten Ueberzeugung ausgehend, daß nur die bisherige auf einem unverdienten Mißtrauen gegründete ausnahmsweise Behandlung Galiziens an der physischen und moralischen Verkümmerung dieses Landes Schuld sei und daß nur eine gleichmäßige, gerechte, sämmtlichen Interessen des Landes gebührende Rechnung tragende Behandlung, Vertrauen und Zuneigung erwecken und demselben

die so sehnlich gewünschte Ruhe und gedeihlichen Entwicklungsgang sichern könne — mich gegen jede exceptionelle zum Nachtheile ausschlagende Behandlung Galiziens verwahren zu müssen glaube, und gegen eine solche in jeder Lage — wenn dazu berufen — auf das kräftigste anzukämpfen mich für verpflichtet erachten würde.

Wien, den 19. März 1849.

F. Smolka,
Dr. der Rechte und galiz. Landesadvocat.

Die authentische Copie dieses Memorandums enthält folgende Zuschrift in polnischer Sprache:

Am 19. März 1849 im Ministerium des Innern zu Handen des Präsidialsecretärs Sachse versiegelt übergeben, mit dem Auftrage, es dem Minister Stadion zu übermitteln.

F. Smolka.
Bestätigt: Florian Ziemiałkowski.

Inhalt.

		Seite
Vorrede des Verfassers		1
1. Cap.	Abstammung. Jugendjahre. Der Aufstand von 1830. Amts- und Vormundschaftspflichten. Eintritt in die geheime Verbindung	5
2. Cap.	Die Verschwörungsperiode	8
3. Cap.	Nach der Verhaftung. Das Leben im Gefängniß. Verurtheilung und Begnadigung	18
4. Cap.	1846	24
5. Cap.	Das Jahr 1848 in Galizien. Die polnische Petition. Der Nationalrath und die St. Georgs-Partei	28
6. Cap.	Der slavische Congreß. Smolka in den constituirenden Reichstag gewählt. Sprachendebatte. Des Kaisers Rückkehr nach Wien	33
7. Cap.	Der Verfassungsausschuß. Die Ruthenen. Die galizischen Justizzustände. Wiedererlangung der Advocatur. Materielle Verhältnisse. Aussichten auf eine Gerichtspräsidentschaft. Verhalten im Reichstag. Rede über den 20-Millionen-Credit	43
8. Cap.	Arbeiterunruhen. Swoboda-Krawall. Smolka für die Präsidentschaft candidirt, zum Vice-Präsidenten gewählt. Der historische Schnurrbart	59
9. Cap.	Die ungarischen Kämpfe und der Wiener Reichstag. Drohender Sturz Doblhoff's. Smolka's Interpellation und ihr Erfolg	69
10. Cap.	Der 6. October	76
11. Cap.	Wien nach dem 6. October. Smolka und der Bestand des Reichstages. Krauß und Smolka. Die Stellung des Reichstages und seines Vorsitzenden. Ablehnung des Justizportefeuilles. Smolka's politisches Programm. Präsidentenwahl	89
12. Cap.	„Jellačić vor den Thoren!" — Bestechungsversuch. Schreckensscenen. Wien rüstet sich zur Vertheidigung. Die Hoffnung auf Ungarn und der Reichstag. Windischgrätz. Smolka und die Thronentsetzung des Hauses Habsburg. Vertagung und Verlegung des Reichstags. Die Eroberung Wiens	101
13. Cap.	Uebersiedlung nach Kremsier. Das Bombardement von Lemberg. Smolka und Windischgrätz	123
14. Cap.	Das neue Ministerium. Kampf um die Präsidentschaft. Smolka's Wiederwahl. Sein Einwirken auf die Abgeordneten. Der Thronwechsel. Fahrt zu den beiden Kaisern. Machinationen gegen Smolka. Strobach Präsident	129

Seite

15. Cap. Zwischen der zweiten und dritten Präsidentschaft. Das Verfassungswerk. Galizische Verhältnisse: Die Entwaffnung des Landes, die Ruthenen, die Justizreform. — Smolka als Brautwerber. Weihnachten und Neujahr in Kremsier 143

16. Cap. Auflösungsgerüchte. Idyllische Träume. Debatte über die Grundrechte. Der § 1. Smolka's Rede. Annäherung der Gegner. Dritte Präsidentschaft. Fasching in Kremsier. Garderobefragen 151

17. Cap. Die „Grundrechte" und der Fortbestand des Reichstags. Vertrauenskundgebungen. Umtriebe der Reactionspartei. Die gefährdeten Octoberprotokolle. Die Kaim-Affaire. Vierte Präsidentschaft. Wiederverleihung der Doctorwürde 168

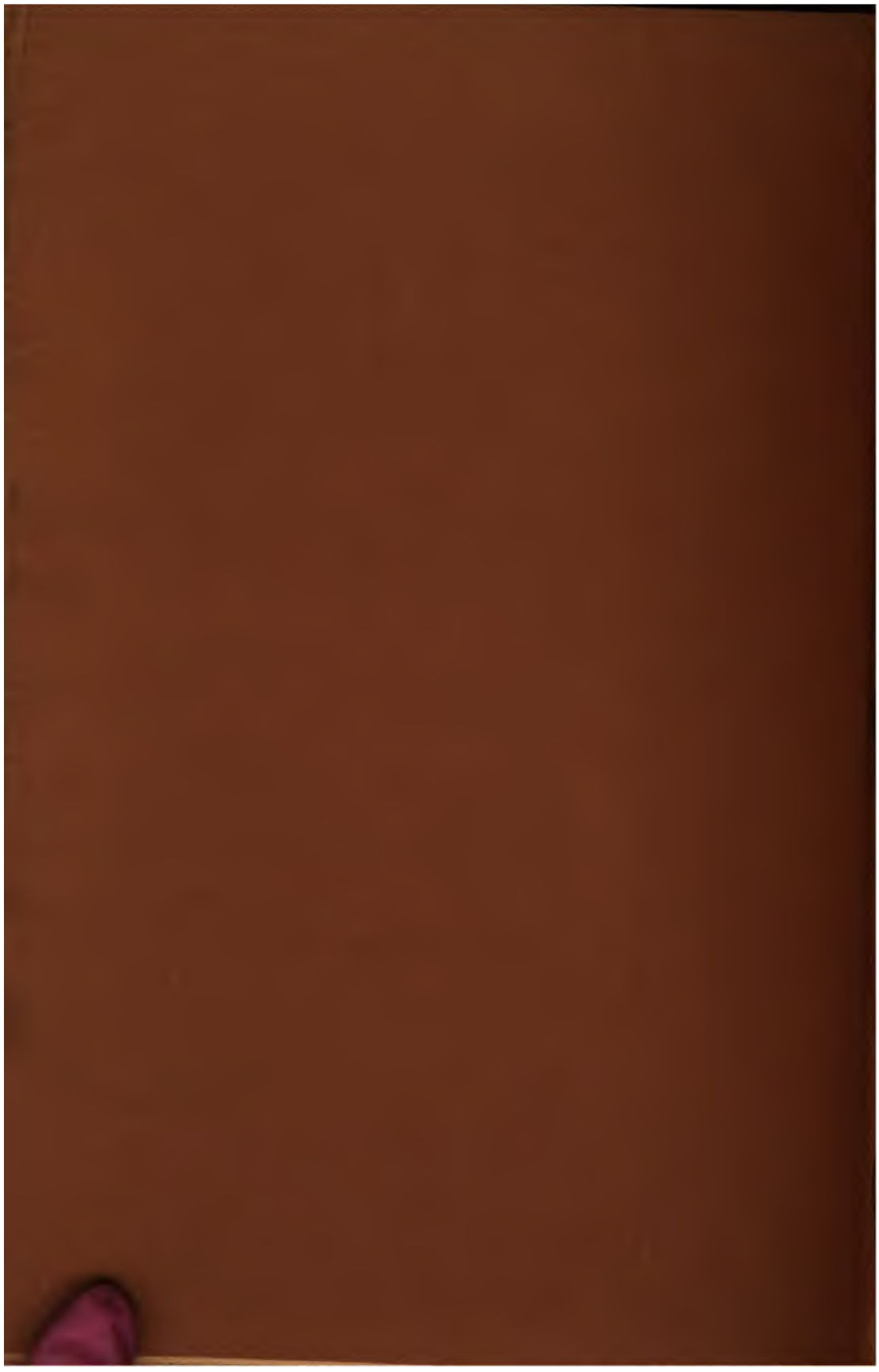
18. Cap. Der 7. März 1849. Zwei Theeabende. Smolka in den Kreisen der Wiener Gesellschaft. Anerbietungen des Grafen Stadion. Die Organisation der galizischen Landesvertretung. Rückkehr nach Lemberg. Oberst Eltschaninoff. Smolka's Confinirung. Chicanen. Ausblick und Schluß 181

Anhang: Documente 201

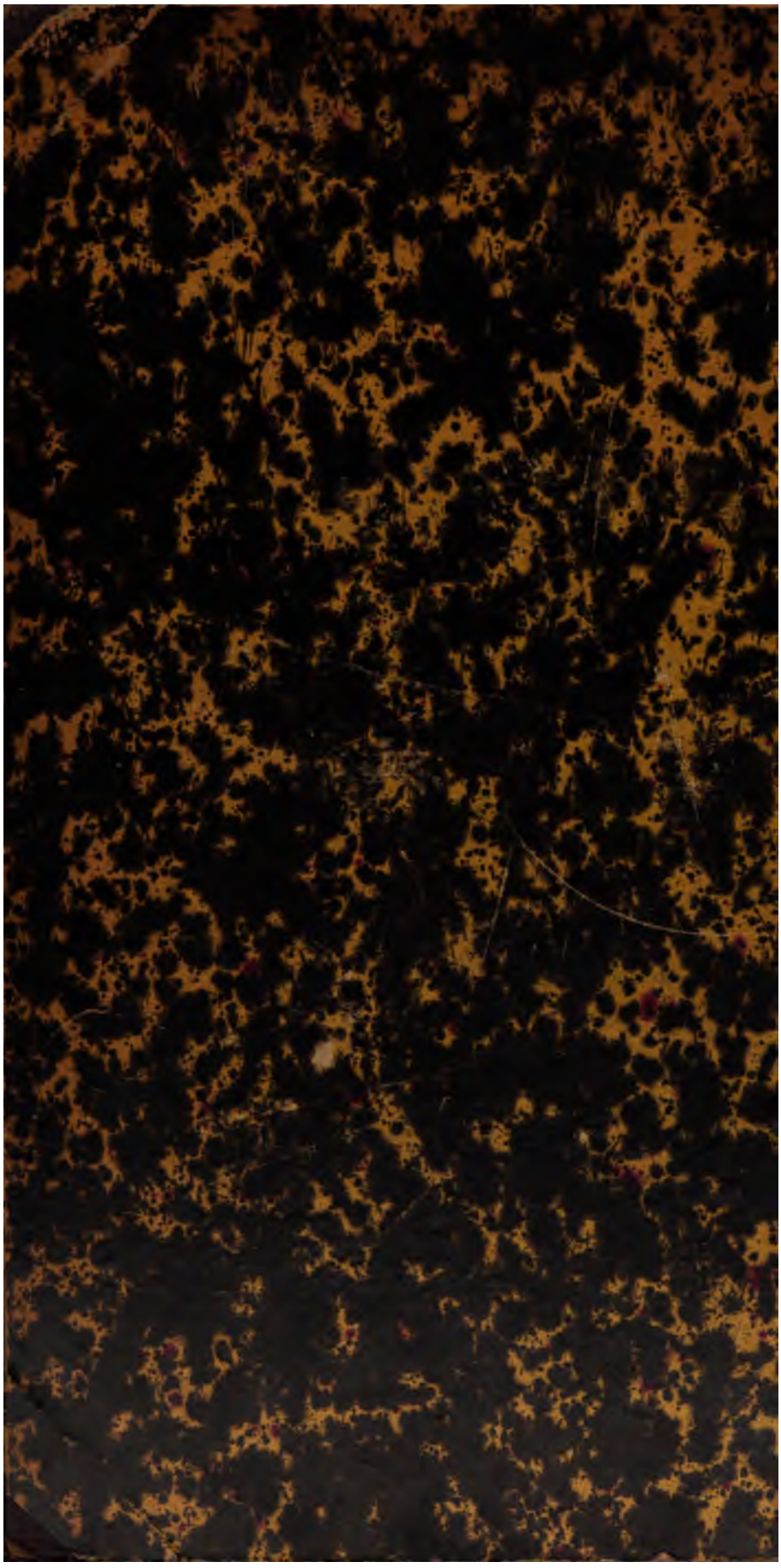
Verbesserung.

S. 135, Z. 16 von oben: statt „ruhen" lies „feiern".

Druck von Johann N. Vernay, Wien, IX, Mariannengasse 17.



DK
436.5
S6W5
v.1

Stanford University Libraries
Stanford, California

Return this book on or before date due.